

Editorial: Neue Aufmachung – neue Anstrengung .....	1
Verlagsmitteilungen .....	5
Volker Braun: Theaterhölle .....	9
Frigga Haug: Frauenhotel .....	10

### **Die Übermacht, der Krieg, der Widerstand**

Wolfgang Fritz Haug Herrschaft ohne Hegemonie? .....	11
Stephen Gill Übermacht und Überwachungsmacht im globalen Kapitalismus .....	21
Joachim Hirsch Macht und Anti-Macht. Zu John Holloway .....	34
<i>Zur Diskussion gestellt:</i>	
Georges Labica Gewalt der Herrschenden, Gewalt der Beherrschten .....	41

### **Foucault, die Macht, der Neoliberalismus**

R. Keith Sawyer Archäologie des Diskursbegriffs .....	48
Jan Rehmann Vom Gefängnis zur modernen Seele .....	63
Tilman Reitz Die Sorge um sich und niemand anderen Foucault als Vordenker neoliberaler Vergesellschaftung .....	82
Cathren Müller Neoliberalismus als Selbstführung. Anmerkungen zu den »Governmentality Studies« .....	98

\*\*\*

### *Geschichte*

Werner Schmidt C.H. Hermansson und die Entstalinisierung der KP Schwedens .....	107
--	-----

### *Nachruf*

Zum Tode von Georg Knepler (Gerd Rienäcker) .....	116
---	-----

<i>Kongressberichte: Wissenschaftsorganisationen im Wandel – Neue Perspektiven für die Gleichstellungspolitik? (S. Andresen und C. Kimmerle)</i> .....	119
--	-----

<i>Ankündigungen</i> .....	121
----------------------------	-----

VerfasserInnen; Zeitschriftenschau; Summaries .....	166
---	-----

## Besprechungen

### Philosophie

Smart, Ninian, <i>Weltgeschichte des Denkens.</i>	
<i>Die geistigen Traditionen der Menschheit</i> (M.Hailer) .....	122
Soldani, Franco, <i>La strada non presa.</i>	
<i>Il marxismo e la conoscenza della realtà sociale</i> (W.F.Haug) .....	123
Fernández Buey, Francisco, <i>Leyendo a Gramsci</i> (P.Jehle) .....	124
Foucault, Michel, <i>Dits et écrits</i> (T.Reitz) .....	126
Ludewig, Karin, <i>Die Wiederkehr der Lust.</i>	
<i>Körperpolitik nach Foucault und Butler</i> (T.Maul) .....	127
Jagose, Annamarie, <i>Queer Theory – Eine Einführung</i> (K.Pühl) .....	129

### Kunst und Kultur

Ramonet, Ignacio, <i>Liebesgrüsse aus Hollywood.</i>	
<i>Die versteckten Botschaften der bewegten Bilder</i> (T.Barfuss) .....	130
Prokop, Dieter, <i>Der Medien-Kapitalismus.</i>	
<i>Das Lexikon der neuen kritischen Medienforschung</i> (T.Barfuss) .....	132
Theweleit, Klaus, <i>Der Knall: 11. September, das Verschwinden</i>	
<i>der Realität und ein Kriegsmodell</i> (J.Wietschorke) .....	134

### Soziologie

Halbwachs, Maurice, <i>Klassen und Lebensweisen</i> (S.Moebius) .....	135
Fitzl, Gregor, <i>Soziale Erfahrung und Lebensphilosophie.</i>	
<i>Georg Simmels Beziehung zu Henri Bergson</i> (S.Moebius) .....	138
Engler, Steffani, »In Einsamkeit und Freiheit?« <i>Zur Konstruktion der wissen-</i>	
<i>schaftlichen Persönlichkeit auf dem Weg zur Professur</i> (S.Andresen) .....	139
Frerichs, Petra, u. Heike Wiemert, »Ich gebe, damit Du gibst«.	
<i>Frauenetzwerke</i> (I.Dölling) .....	140

### Pädagogik

AG Betriebliche Weiterbildungsforschung / Projekt Qualifikations-	
Entwicklungs-Management (Hg.), <i>Kompetenzentwicklung 2001:</i>	
<i>Tätigsein – Lernen – Innovation</i> (P.Faulstich) .....	141
Arnold, Patricia, <i>Didaktik und Methodik telematischen Lehrens und Lernens</i>	
(M.Bauer) .....	143
Enzelberger, Sabina, <i>Sozialgeschichte des Lehrerberufs</i> (S.Bloemeke) .....	144
Giesecke, Hermann, <i>Was Lehrer leisten. Porträt eines schwierigen Berufes</i>	
(S.Bloemeke) .....	144
Macha, Hildegard, u. Claudia Solzbacher (Hg.), <i>Welches Wissen brauchen</i>	
<i>Lehrer? Lehrerbildung aus dem Blickwinkel der Pädagogik</i> (S.Bloemeke) ....	144

(Fortsetzung S. VIII)

**Soziale Bewegungen und Politik**

Bergmann, Theodor, <i>Im Jahrhundert der Katastrophen. Autobiographie eines kritischen Kommunisten</i> (G.Fülberth) .....	147
Bergmann, Theodor, Wolfgang Haible u. Gert Schäfer (Hg.), <i>Geschichte wird gemacht. Soziale Triebkräfte und internationale Arbeiterbewegung im 21. Jahrhundert</i> (S.Müller) .....	150
Hierlmeier, Josef, <i>Internationalismus. Eine Einführung in die Ideengeschichte des Internationalismus von Vietnam bis Genua</i> (U.Brand) .....	151
Haug, Wolfgang Fritz u. Frigga Haug (Hg.), <i>Unterhaltungen über den Sozialismus nach seinem Verschwinden</i> (M.Brie) .....	152

**Ökonomie**

Duménil, Gerard, u. Dominique Lévy, <i>Économie marxiste du capitalisme</i> (W.F.Haug) .....	155
Altwater, Elmar, u. Birgit Mahnkopf, <i>Globalisierung der Unsicherheit. Arbeit im Schatten, schmutziges Geld und informelle Politik</i> (W.F.Haug) .....	157
Boss, Alfred, <i>Sozialhilfe, Lohnabstand und Leistungsanreize</i> (C.Brütt) .....	159
Gebauer, Ronald, Hanna Petschauer u. Georg Vobruba, <i>Wer sitzt in der Armutsfalle? Selbstbehauptung zwischen Sozialhilfe und Arbeitsmarkt</i> (C.Brütt) .....	159

**Geschichte**

Grosse, Pascal, <i>Kolonialismus, Eugenik und bürgerliche Gesellschaft in Deutschland 1850-1918</i> (T.Schwarz) .....	161
jour fixe initiative berlin (Hg.), <i>Geschichte nach Auschwitz</i> (K.Lindner) .....	163
Krankenhagen, Stefan, <i>Auschwitz darstellen. Ästhetische Positionen zwischen Adorno, Spielberg und Walser</i> (M.Elm) .....	164

## Neue Aufmachung – neue Anstrengung

### I.

Zum Auftakt ihres fünfundvierzigsten Jahrgangs präsentiert sich diese Zeitschrift in neuem Gewand, das wir Martin Grundmann verdanken. Mit dieser Veränderung im Erscheinungsbild sind einige gute Nachrichten mit einer schlechten verbunden. Die schlechte vorweg: Die Höhe haben wir um einen knappen Zentimeter verringert und sind damit aufs Format der meisten Zeitschriften (etwa Forum Kritische Psychologie, Peripherie, ProKla, Widerspruch, Z, Zeitschrift für kritische Theorie) eingeschwenkt. Wir tun das nicht, weil es uns besser gefiele, im Gegenteil. Aber das Ende der unflexiblen Massenproduktion des Fordismus hat die Papierproduktion nicht erreicht, jedenfalls besteuert der Markt gnadenlos jene Abweichung vom »Normalformat«, mit der wir 1966 (Arg. 36, 8. Jg., H. 1) mit demonstrativer Chuzpe das Erbe der *Zeitschrift für Sozialforschung* angetreten haben (deren Rezensionsteil bis heute das – auf Grund der historischen Umstände uneinholbare – Vorbild des unsrigen abgibt).

Nun zu den guten Nachrichten: Die durch die Verringerung des Satzspiegels wegfallenden Zeilen machen wir durch zwei zusätzliche Druckbögen pro Jahr wett, so dass der Jahrgang statt bisher 960 künftig 992 Seiten umfassen wird. Zudem statten wir die Hefte mit besserem (säurefreiem) Papier, einem stärkeren Umschlag und Zweifarbdruk aus. Die vierte Umschlagseite nutzen wir für detailliertere Einblicke in den Inhalt, als dies bislang auf der ersten möglich war. Die Buchhandlungen sind auf die letzte Innenseite vorgewandert. Zugleich haben wir eine Reihe bibliographischer und typographischer Konventionen denen des *Historisch-kritischen Wörterbuchs des Marxismus* angenähert und kohärenter gestaltet.

Sprechen wir vom Geld, einem besonderen Thema bei einer kritisch-theoretischen Zeitschrift, die eine Schrift ihrer Zeit sein und zugleich gegen den Zeitgeist angehen muss, die sich der Herrschaft des Finanzkapitals widersetzt, doch sich und ihr Kapital finanziell reproduzieren muss, für die zwar »die Welt keine Ware« ist, die sich aber selbst als Ware zu realisieren hat. Da der Verlag bei der Euro-Umstellung, als ihm das Wasser bis zum Halse stand, den Abonnementspreis zu Beginn des vergangenen Jahres bereits um fast zehn Prozent erhöht hat, bleibt dieser Preis unverändert. Dagegen wird das Einzelheft um 80 Cent bzw. 1 Euro teurer. Der Vorteil, den das Abonnement bietet, wächst dadurch quasi auf ein Freiheft pro Jahr, und das ist nur gerecht, denn die Abonnenten bilden das Rückgrat der Zeitschrift und Abonnentenwerbung ist, neben den momentan das Überleben sichernden Geldspenden, die langfristig sinnvollste und wirksamste Unterstützung, die ihr zuteil werden kann.

Die Herausgeber verbinden mit der Neugestaltung das doppelte Versprechen, die Zeitschrift bis zum Abschluss des 50. Jahrgangs weiterzuführen und die Qualitätsstandards weiter (und zum Teil wieder) zu erhöhen. Im Papierformat mögen die Hefte schrumpfen, aber an inhaltlichem Format sollen sie zunehmen. Dies gilt nicht

zuletzt für den Rezensionsteil. Das heißt aber nicht, dass den Jüngeren der Zugang erschwert würde. Seit ihren Anfängen hat diese Zeitschrift ihren Ehrgeiz darein gesetzt, mit Nachwuchsautoren zu arbeiten. Sie hat immer neuen Jahrgängen junger Intellektueller »über die Schwelle« zur Publikation geholfen. Oft bildete die »kleine Form« der Rezension oder Annotation den Einstieg. Weit über tausend junger Intellektueller (bereits das Register 1959-1976 in Argument-Sonderband AS 20 führt fast 1000 Namen auf) sind hier mit ihren ersten Veröffentlichungen hervorgetreten. Und seit den ersten Anfängen bis heute befinden sie sich dabei in Gesellschaft der international besten kritischen Theoretiker der älteren Generationen, wie überhaupt die Verbindung von Erneuerung und Kontinuität ein Grundprinzip unserer Arbeit ist.

In diesem Sinne erneuern wir unsere Einladung zur Mitarbeit. Sie ergeht an die jungen Intellektuellen, denen es im Horizont der Proteste gegen die Kriegspolitik der USA und der weltweiten globalisierungskritischen Bewegung um eine theoretisch vertiefte kritische Durchdringung der gesellschaftlichen Verhältnisse und ihrer Reproduktion geht. Sie ergeht nicht zuletzt an diejenigen unter den ungezählten ehemaligen Mitarbeitern, die das Handtuch nicht geworfen und weder resigniert noch ihren Frieden mit den Verhältnissen gemacht haben.

## II.

Zuletzt haben wir anlässlich ihres 40jährigen Bestehens den Kurs dieser Zeitschrift auf den Begriff gebracht. Davon ist jede Silbe aktuell (vgl. »Stirb und werde – 40 Jahre ARGUMENT«, Arg. 230/1999). Verändert hat sich das Umfeld und damit die Bedeutung des in diesem Umfeld gehaltenen Kurses. Am Schluss jenes Programmartikels geht es um die zunehmende Isolation, die den Eindruck erwecken kann, die Zeitschrift sei »wie eine Insel« stehen geblieben, wo einmal ein ausgedehntes Hinterland kritischer Intelligenz inmitten sozialer Bewegungen bestanden hatte. Noch immer gilt das trotzige chinesische Sprichwort, das Oskar Negt sich aufs Papier geschrieben hat, auch für uns: »Nur tote Fische schwimmen mit dem Strom.« Es wird einem nichts geschenkt auf diesem Weg. Doch am Ende des 20. Jahrhunderts ist eine neue und neuartige soziale Bewegung aufgetaucht, die globalisierungskritische Bewegung (»Die neue ›Aurora‹«, Arg. 234/2000, 6), die sich seitdem zur »Bewegung der Bewegungen« für eine Globalisierung von unten entwickelt und von Mal zu Mal an Schwung gewonnen hat, bis sich angesichts amerikanischer Kriegspolitik eine fast beispiellose weltweite Friedensbewegung an ihr auskristallisiert hat, vorbereitet zuletzt durch die Demonstration beim Europäischen Sozialforum in Florenz.

In der weiter oben erwähnten Nr. 36 dieser Zeitschrift geht es um *Die Amerikaner in Vietnam*. Es kann sein, dass bald das Thema *Die Amerikaner im Irak* auf die Tagesordnung rückt. »Wo Ideen ohnmächtig sind«, heißt es im Editorial jenes Heftes von 1966, »entlädt sich das Leiden unter den Verhältnissen oft als Wut gegen das bloße Reden. ›Bei Diskussionen kommt eh nichts heraus‹, lautet die Formel, mit der die richtige Meinung resigniert. Es galt, die Argumentation vor den Folgen ihrer Ohnmacht zu retten. Wir mussten lernen, was jede Generation unter anderen Bedin-

gungen lernen muss: auf lange Sicht zu arbeiten, jene lebensfähige Verbindung von Geduld und Ungeduld herzustellen, ohne die man über kurz oder lang doch resigniert. Wir mussten lernen, Einsichten aufzubewahren und mit anderen Einsichten zu verknüpfen, wenigstens die *theoretische* Beziehung zwischen den verschiedensten gesellschaftlichen und privaten Lebensbereichen herzustellen, wo die *praktische* versagt blieb. Wie von selbst ergab sich so die Form, die wir uns nach und nach zum Programm machten«.

Das Erscheinungsbild zu verändern, kann also nicht heißen, dass wir unsere Geschichte abschütteln, obgleich es angesichts der systemisch erzeugten Geschichtslosigkeit oft zum Verzweifeln schwierig sein kann, Jüngere dazu zu bringen, in diese Kontinuität (wie immer kritisch-erneuernd) einzutreten. »Wer sich zur Geschichte seiner Bewegung verhält wie jemand, der sich an nichts erinnert« (Lenin), neigt dazu, auf jede Losung zu fliegen und in jede Falle zu tappen. Dies zumal, wenn wie im Zeichen der US-Kriegspolitik Vernunft und Moral als machtlos erfahren werden.

In dieser Hinsicht lassen wir uns von der Maxime leiten, die Gramsci dem marxistischen Zeitschriftenwesen ins Stammbuch schrieb, nachdem er die intellektuellen Schaumschlägereien unterm Namen des »Lorianismus« aufs Korn genommen hatte: »Man muss nüchterne und geduldige Leute schaffen, die nicht verzweifeln angesichts der schlimmsten Schrecken und sich nicht an jeder Dummheit begeistern. Pessimismus des Verstandes, Optimismus des Willens.« (*Gefängnishefte*, H. 1, §63, Bd. 1, 136) Doch ebenso, im Herzen disziplinierter Intellektualität, die dem »Drogendenken« widersteht und auf die ideologischen Palliative verzichten kann, brauchen wir die Ungeduld und den visionären Ausblick in jene »andere Welt«, um deren Möglichkeit es geht.

### *Veränderungen in der Redaktion*

Im Redaktionssekretariat, das mit einer Halbtagsstelle ausgestattet ist, laufen alle Fäden zusammen. Als Redaktionssekretärin zu amtieren, wie Christina Kaindl es in den vergangenen vier Jahren mit großem Einsatz getan hat (vgl. Arg. 228, 763), ist in Verbindung mit der Redakteurstätigkeit eine Schlüsselstellung, politisch und theoretisch so wichtig wie organisatorisch und herstellungstechnisch. Nun hat Christina glücklicherweise ein Stipendium der Rosa-Luxemburg-Stiftung erhalten und kann sich ihrer Promotion widmen. Sie wird weiterhin als Redakteurin tätig sein und u.a. die Sparte Geschichte im Rezensionsteil bearbeiten, unterstützt von dem hamburger Historiker Lars Lambrecht. Ihr Nachfolger im Sekretariat ist Jörg Nowak, der vor einem Jahr der Redaktion beigetreten ist und den Rezensionsteil Philosophie mitbetreut (vgl. Arg. 244, 3f).

Jan Rehmann, der bereits von 1990 bis 1997 der Redaktion angehört hat (vgl. Arg. 179) und seit seiner Umsiedelung nach New York als korrespondierender Redakteur mitwirkte, feiert mit diesem Heft sein Comeback in der Redaktion. Achim Trebeß, der als korrespondierender Redakteur seit zwei Jahren im Rezensionsteil die Sparte »Kunst und Kultur« bearbeitete, hat uns zum Ende des Jahres 2002 verlassen. Seine

Aufgabe hat Thomas Weber übernommen. Als korrespondierende Redakteure, die mitverantwortlich sind für einzelne Rezensionssparten, kommen neu hinzu Alexander Gallas (Philosophie), Christof Ohm (neue Technologien) und Erwin Riedmann (Soziologie). Alexander Gallas schreibt an seiner Magisterarbeit über die »Wertkritik«. Christof Ohm war bereits 1970 (Arg. 60) und 1973 (Arg. 78) als Gastredakteur der Zeitschrift tätig, zuletzt wieder bei den Doppelheften über *Die neue Ökonomie des Internet* (Arg. 238/2000) und *Geburt des Biokapitalismus* (Arg. 242/2001). Erwin Riedmann arbeitet an einer Dissertation mit einem Thema im Schnittpunkt von Stadt-, Migrations- und Armutsforschung.

Ulrich Brand setzt bis zum Abschluss seiner Habilitation aus, wird allerdings als Gastredakteur das letzte Heft des Jahrgangs vorbereiten, das dem zehnten Jahrestag des zapatistischen Aufstands in Mexiko gewidmet sein wird. Die Soziologen Helmut Steiner und Werner van Treeck, der von 1981 bis 1994 als Redakteur mitgearbeitet hat, unterstützen den Rezensionsteil Soziologie, Morus Markard bearbeitet die erneut aufgenommene Sparte Psychologie, der marburger Politikwissenschaftler Leo Bieling den Bereich internationale Politik.

### *Zum vorliegenden Heft*

Um Determinanten einer Situation, die »womöglich einen Wendepunkt in der Weltgeschichte«<sup>1</sup> bedingt und über der die Kriegspolitik der USA wie ein Verhängnis lastet, während die USA selbst zum Ort eines »rasanten Abbau der inneren Rechtssicherheit«<sup>2</sup> geworden sind, geht es im ersten Teil. – Ausgehend von Gramscis Unterscheidung von Herrschaft und Führung stößt *Wolfgang Fritz Haug* auf das Ringen zweier imperialer Konzepte und untersucht, wie die durch die »Dyshegemonie« der USA entstandene Hegemoniekrise die Handlungsbedingungen der Linken verändert. – *Stephen Gill* zufolge beruht der »disziplinäre Neoliberalismus« der USA nicht mehr auf Hegemonie, die einen Konsens zwischen herrschenden und subalternen Kräften herzustellen versucht, sondern auf Strategien der Übermacht (supremacy), die unter Einsatz einer »panoptischen« Überwachung in Staatsapparaten und Privatwirtschaft eine auf Zwang beruhende Form von Herrschaft über eine atomisierte und fragmentierte Opposition anstreben. – *Joachim Hirsch* beleuchtet Stärken und Schwächen der in der »Bewegung der Bewegungen« einflussreichen Konzeption John Holloways, welche die strategische Absage der Zapatistas an die Perspektive einer »Machtergreifung« theoretisch verallgemeinert. – *Georges Labica* bringt in seiner kontroversen Rede über Staatsterror und Gegenterror einen Zorn zum Ausdruck, wie er angesichts der internationalen Gewaltverhältnisse, die im Nahostkonflikt wie von einem Brennglas gebündelt erscheinen, von großen Teilen der Weltbevölkerung empfunden wird. Wir werden versuchen, der Widersprüchlichkeit der Konfliktlage durch weitere Beiträge in den folgenden Heften gerecht zu werden.

1 Robert C. Byrd, »Dieser Krieg ist falsch«, FAZ, 1.3.2003, 33

2 Günter Barudio, »Der Lehrherr des Königs von Amerika«, FAZ, 1.3.2003, 38

Der zweite Heftschwerpunkt rückt die »Foucault-Industrie« auf den Prüfstand, die sich zu einer akademischen Großmacht entwickelt hat. Vor allem in den sogenannten Geistes- und Kulturwissenschaften besetzt und verwaltet sie, was sich zuvor als Ideologiekritik und kritische Gesellschaftstheorie verstand. Sie stellt die postmodernen Formen bereit, in denen Kritik auf dem Markt der Akademia ankommen kann und dabei um ihren Verstand gebracht wird. Dagegen beanspruchen die Beiträge dieses Heftes, Foucault sowie die ihn nacherzählende Sekundärliteratur kritisch zu lesen und im Übergang vom Fordismus zum neoliberal geprägten High-Tech-Kapitalismus zu verorten. – *R. Keith Sawyer* stößt in seiner »historischen Archäologie« des Diskursbegriffs darauf, dass die teils lacanianische, teils marxistische Herkunft des Konzepts von der zweiten Generation der Cultural Studies »vergessen« und stattdessen auf Foucault überschrieben wurde. Im Zuge dessen wurden die Begriffe der »Ideologie« und der »Kultur« verdrängt. – *Jan Rehmann* wendet sich gegen die Legende, Foucaults *Überwachen und Strafen* hätte den »Reduktionismus« marxistischer Ansätze mit einem pluralen Machtbegriff überwunden. Ein Vergleich mit Rusches und Kirchheimers klassischer Untersuchung zum Strafrecht zeigt, dass Foucaults Kritik einseitig auf die relativ progressiven »sozialpädagogischen« Rehabilitierungsmodelle fixiert ist und die Abschreckungs- und Ausbeutungsfunktionen entnennt, die in der neoliberalen »Gefängnisindustrie« wieder dominant werden. – *Tilman Reitz* ergänzt Nancy Frasers Versuch, Foucault als Kritiker des Fordismus zu verorten, um die Beobachtung, dass seine Aufwertung von Fragmentierungen sich unmerklich in Ideologien des Neoliberalismus einfügt. – *Cathren Müller* zeigt, wie die »Governmentality Studies« die Diskurse eines »unternehmerischen Selbst« und seiner »Selbstregierung« aus den gesellschaftlichen Widersprüchen herauslösen und so den Herrschafts- und Gewaltcharakter des Neoliberalismus ausblenden.

WFH, JR, TR

## Verlagsmitteilungen

*Zur Lage der Zeitschrift* – Der InkriT-Aufruf in Arg. 247/2002, für die Erhaltung der Zeitschrift zu spenden<sup>1</sup>, ist zu unserer Freude nicht ungehört verhallt: bis Ende Februar 2003 sind 5375 Euro aufs Spendenkonto eingegangen. Das hat es dem InkriT ermöglicht, die letzten 3 Hefte des Jahrgangs 2002 zu subventionieren; zudem ist fast das gesamte erste Halbjahr 2003 gesichert.

Damit die Zeitschrift nicht immer weiter um Spenden bitten muss (vorläufig muss sie es noch), wäre ihr sehr geholfen, wenn unsere Leserinnen und Leser in ihren Freundeskreisen Abonnenten werben könnten. Als ein Berliner Arzt erfuhr, dass schon hundert weitere Abonnenten das *Argument* aus den roten Zahlen ziehen würden (soweit inzwischen nicht Kündigungen den Zuwachs abschmelzen), hat er

1 Benötigt werden pro Heft 1000 Euro. Die Spenden ans Institut für kritische Theorie (InkriT-Konto 1735 76 84 00 bei der SEB AG, BLZ 100 101 11) sind gemeinnützig.



»ohne großen Aufwand sieben neue Abonnenten in acht Tagen hinzugewonnen«. Von der Hälfte der Leser und Leserinnen erhofft er sich ähnliche Initiativen. Wenn es auch nur ein Viertel wären, wäre das *Argument* so entlastet, dass sich Redaktion und Verlag den inhaltlichen und politischen Aufgaben, die mehr und mehr werden, noch intensiver widmen könnten. (Neue Abonnenten, bzw. diejenigen, die sie einwerben, erhalten übrigens wahlweise Jutta Helds *Der spanische Bürgerkrieg und die bildende Kunst* oder Etienne Balibars *Die Grenzen der Demokratie* als Prämie.)

*Zur Lage des Verlags* – Die Sparmaßnahmen, der Archivverkauf im Herbst, die Aktion Buchpatenschaften und offensive Lizenzgeschäfte haben gefruchtet. Einer sehr vorläufigen Überschlagsrechnung zufolge konnte das Jahr 2002 – allerdings nur im jahresinternen Wirtschaften – mit einem kleinen Plus abschließen: Konkreten Ausgaben von rund 535 Tsd. EUR stehen konkrete Einnahmen von rund 540 Tsd. EUR gegenüber. Allerdings ist es nicht gelungen, die überhängenden offenen Posten von 2001 abzubauen. Im Klartext heißt das: Eine greifbare Stabilisierung ist gelungen, doch weiterhin drückt die zum Teil sehr bedrohliche Schuldenlast. Ob es gelingt, sie hinlänglich abzubauen, hängt vom Verkaufserfolg der Bücher ab: Wird die neue Verlagspolitik im Wissenschaftsbereich (mit einem neuen wissenschaftlichen Beirat aus Argumentredakteuren und HKWM-Mitarbeitern) Früchte tragen? Und wird es gelingen, die diesjährigen Krimis und Romane erfolgreich im Buchhandel, bei den Medien und beim Lesepublikum zu lancieren? Auch hier werden Hilfen, Ratschläge, Rezensionen, Büchertische usw. gebraucht.

*Buchpatenschaften* – Der Argument-Verlag hat seit dem Winter 2002 das System der Buchpatenschaften eingeführt. Buchpatenschaften sind so etwas wie mittelfristige zinslose Kredite auf die Produktion von Büchern, die den Kreditgebern wichtig sind. Die Kredite werden zur Hälfte schon nach drei Monaten zurückgezahlt, der Rest folgt innerhalb von 18-20 Monaten in gleichen Raten. Die Kreditgeber erhalten einen Vertrag, der ihnen das Besitzrecht auf den entsprechenden Teil der Bücher garantiert, bis der Kredit zurückgezahlt ist. Solche Patenschaften werden insbesondere für Nachauflagen dringlich, da diese ohne Außenhilfe gar nicht gemacht werden, bzw. die Bücher nicht vorrätig gehalten werden können. In dieser Weise konnten bislang das *Kommunistische Manifest*, die Bände 2 und 3 der Hall-Ausgabe, aber auch die Erstauflage des Registerbands zu Gramsci vorfinanziert werden. Jetzt werden weitere Buchpaten gesucht. Fällige Nachauflagen sind: Band 1 der *Ausgewählten Schriften* von Stuart Hall; ferner ist der erste Band des *HKWM* zum vierten Mal vergriffen. Die gute Nachricht bedeutet hohe Produktionskosten bei langsamem Rücklauf. Auch im Belletristikbereich wird bei Nachauflagen Hilfe gebraucht und zwar für die Krimis der britischen Bestsellerautorin McDermid, von der eine Neuerscheinung herauskommt und also dringend etliche Nachauflagen älterer Titel fällig sind. FH

## Argument-Neuerscheinungen

## Wissenschaft

Wieso verlieren Menschen die ihnen angeborene Fähigkeit zu lernen? Darum und um die Rückgewinnung von Lernfähigkeit geht es in Frigga Haugs neuem Buch *Lernverhältnisse – Selbstbewegungen und Selbstblockierungen*. Oft lernt es sich ungewollt, während man vergisst, was man lernen will. Viele reagieren auf frustrierende Verhältnisse mit Lernwiderstand. Um einen Weg aus Selbstblockierungen zur Selbstbewegung zu finden und auf den Begriff zu bringen, bedarf es einiger Umbauversuche in der kritisch-psychologischen Lerntheorie sowie des Versuchs, die Erfahrungen in geschlechtstypischer Selbstwahrnehmung zu verorten. Grundlage sind einerseits in einem Zeitraum von zwanzig Jahren in unterschiedlichen Kontexten entstandene Lerngeschichten und -tagebücher von Studierenden, andererseits exemplarische literarische Lernanordnungen bei Bertolt Brecht und Virginia Woolf. In autobiographischen Erinnerungen an bestimmte Lernschritte geht es um den Brückenschlag zwischen den Ebenen des Alltags, der Literatur und der Theorie.

Band 37 des *Jahrbuchs für Kritische Medizin* gibt einen Einblick in die fachlichen und politischen Aspekte neuerer Qualifikationsentwicklungen und Professionalisierungstendenzen im Gesundheitswesen. Der Wandel gesundheitlicher Problemlagen, der wissenschaftliche Erkenntnisfortschritt und die Reformen im Gesundheitswesen haben zu intensiven Bemühungen um reformierte Aus-, Weiter- und Fortbildungskonzepte sowie zur Etablierung neuer Berufsprofile geführt. Dabei geht es nicht nur um die Anpassung an veränderte gesundheitliche Versorgungsanforderungen, sondern auch um Interessenpolitik: die »Besetzung« zukunftssträchtiger Handlungsfelder, berufliche Statusverbesserungen, die Verschiebung professioneller Kompetenzgrenzen und den Zugang zur Ressourcenverteilung.

## Belletristik

Im Ariadnekrimiprogramm erscheint ein neuer McDermid: *Die Geiselnahme* (1143). Die Autorin veröffentlicht seit 1989 bei uns. Sie brachte mit der lesbischen Journalistin Lindsay Gordon eine weibliche Heldin in die Diskussion, die ebenso fähig wie nonkonformistisch sich für Gerechtigkeit, Politik und ein genussvolles Leben zugleich einsetzt. Sie ist Protagonistin im neuen Roman; sie war es ebenso in unserem ersten McDermid: *Die Reportage*. Zur Zeit sind 10 Krimis von ihr im Ariadneprogramm.

Historische Romane, so arbeitet Gramsci heraus, sind die Gattung, in der das Volk seine Bedürfnisse aufgehoben denkt, die es liest. Um so schlimmer, wenn es keine populären linken Romane gibt, die sich mit Geschichte befassen. Der deutsch-indische Roman *Cut!* (1146) arbeitet »historisch-moralisch« ein Stück Kolonialgeschichte auf und verbindet dies zugleich mit der heutigen Kinowelt und Hamburger Hafenszene.

In der Schwulenreihe Pink Plot gibt es einen Karnevalskrimi, der somit auch eine Form von Volkskultur zur Grundlage eines Krimiszenarios macht. Holger Möltenbergs *Bombenstimmung in Köln* (2076), arbeitet zugleich mit den Formen des Kölner Karnevals, wie er eine hochaktuelle Problematik – Islamismus und Bomben – in seine Handlung legt.

Zukunftsromane arbeiten in einer fiktiven Welt und Gesellschaft an Kritikmustern für die Gesellschaft, in der wir leben. Neben der Lust an der Phantasie geht es immer wieder um radikales Zuendenken von Problematiken, die heute aktuell sind. Barbara Slawig: *Flugverbot – Die lebenden Steine von Jargus* (5015), entwirft ihren Roman zwischen Wissenschaft, Militär und Bürokratie. »Die feministische Gesellschaftskritik wirkt umso stärker, als die männliche Hauptfigur ein sympathisches Gegenbeispiel bietet. Slawig zeigt den kleinen Ausschnitt einer groß angelegten Welt, deren geistig-politische Kämpfe sich in jeder Unterhaltung manifestieren. Vor allem die Menschen machen dieses Buch so überzeugend, spannend und unterhaltsam, intelligent, bedrückend und herzerfrischend zugleich.« (Birgit Will, UFO Berlin)



## Zur Konstruktion von Lernsubjekten

Frigga Haug  
**Lernverhältnisse**  
 Selbstbewegungen und Selbstblockierungen  
 ISBN 3-88619-324-1 · 19,90 €

Im Buchhandel oder direkt vom  
 Argument-Versand, Reichenberger Str. 150, 10999 Berlin  
 Fax: 030 / 611 42 70, versand@argument.de

 **Argument**  
 www.argument.de

Volker Braun

## THEATERHÖLLE

Ich stehe am Bühnenrand und starre auf die Handlung, die sich verläuft am Strand, Schaum und Abschaum der Menschheit. Ich habe keine Sprache dafür oder vergesse die Hälfte, und die andere lebt von meinem schlechten Gedächtnis. Wie soll das Stück ausgehen, das vom Leben eingeholt wird, der Terror betritt den Schauplatz **TOD DEN TOURISTEN** am Traumstrand von Bali. Absurde Regelung der Wirklichkeit, blutiger Einfall, auf den man kommen muß, um das Leben nicht zu verfehlen. Es reißt die Handlung an sich, ein wahnwitziger Selbstdarsteller, unbekanntes Unglücks, das Mitspieler sucht; die toten Statisten die Stars und kein Ende der Vorstellung. Während ich noch überlege, wie das die Komödie ändert, wird die Bühne, führt denn Schleef Regie, von Männern in Kampfanzügen besetzt. Ein Musical **NORD-OST** im Kulturhaus der moskauer Kugellagerfabrik, der harmlose Volkstanz der Vaterländischen Geschichte, und vor dem Happy-End wird sie gewaltsam Gegenwart. Der Terror logiert im Theater, im Saal sitzen die Geiseln. Die Fabel **DER STELLPLATZ DER WIDERSPRÜCHE**, das Herzstück des Dramas; die Requisiten sind Gewehre, und die Souffleuse würgt der Brechreiz. Der Autor, der nicht mehr gebraucht wird, wartet im Schneetreiben auf die Verwandlung der Zuschauer in Flüchtlinge. **DER ZUSTAND DER ZUSCHAUER IST STABIL. ES HERRSCHT EINE GESPANNTE RUHE**, die Notdurft wird im Orchestergraben verrichtet. Mitten im Parkett ist eine Bombe platziert, Frauen in schwarzen Burkas, Sprengsätze am Leib, ruhen in den hinteren Reihen. **WAS WOLLT IHR DENN** fragen die Platzanweiser. Die Antwort schluckt das Schlafgas. Was bleibt, sind Wiederbelebungsversuche, vergeblich wahrscheinlich, weil die Dosis zu hoch war. Ich bin mit der Kunst am Ende; nur die Übertreibung ist wahr, kein Theater mehr ohne die Vorstellung, daß es zur Hölle wird, keine Kunst ohne den Traum, die Wirklichkeit unmöglich zu machen.

## Nachrichten aus dem Matriarchat

### Frauenhotel

Seit die Frauenbewegung verschwunden ist, sind ihre Forderungen eine Beute für alle, die davon zu profitieren wissen. So die nach Frauenräumen. Wer erinnert sich noch der ersten Versuche, Bereiche zu schaffen, aus denen ›patriarchale‹ Umgangsweisen verbannt sein sollten? Es ging um kleine Projekte: Buchhandlungen, in denen nur Frauen einkaufen durften, Bars oder Cafés als Orte der Kultivierung autonomer Lebensweisen von Frauen, Kinos für weiblich-lesbische Kultur, Frauenhäuser zum Schutz vor männlicher Gewalt. – Aus manchem davon lässt sich heute Geld machen, wenn frau es nach den Gesetzen des Marktes ausrichtet.

Da war eine ältere Dame in der Schweiz, die eine Million Schweizer Franken in ein Frauenprojekt investieren wollte. Fähige und kundige Frauen der Oberklasse, Architektinnen, Juristinnen, Betriebswirtinnen setzten sich zusammen und beschloßen, ein First Class-Hotel mit vier Sternen nur für Frauen im besten Viertel von Zürich zu etablieren. Designermöbel, Kunstwerke, offener Kamin, ein ›Wellness-Bereich‹ sollten Frauen nur von Frauen angeboten werden. Und damit niemand mit Gedächtnis auf falsche Ideen käme, verlautbarten sie: »Wir sind weder Feministinnen, noch Lesbierinnen, einfach nur ein Hotel für Frauen.« Keineswegs einfach sind Ausstattung, Bedienung und Preis. Das Angebot richtet sich an Betuchte, die unbelästigt von männlichen Blicken und Sprüchen sich entspannen und wohlfühlen wollen.

Aber war da nicht einmal eine soziale Bewegung gewesen? Die »Verwaltungsrä-tinnen« erinnerten sich daran und verfügten, ihr Projekt solle etwas Gutes für Frauen tun als weitere Attraktion für zahlende Nachfrage. So kommt es ja in einer Gesellschaftsklasse, der die Gästinnen sich nicht zurechnen müssen, vor, dass Frauen straucheln und aus der Bahn geworfen werden. Dieser Bedauernswerten möchte frau sich coram publico annehmen, indem zur Bedienung der achtundzwanzig Gästinnen zwölf solcher Krisenfrauen mit staatlicher Hilfe auf Teilzeit eingestellt und so unter Anleitung einer Sozialpädagogin wieder an den Alltag gewöhnt werden sollen.

Frau kann als Aktionärin mitmachen. Das 2001 eröffnete Unternehmen mit seinem Aktienkapital von bislang achthunderttausend Franken, stellt sich folgendermaßen vor: »In der lichtdurchfluteten, offenen Spa-Landschaft mit Saunen, Dampfbad mit Lichttherapie, Kneippbereich, Erlebnisduche und Ruheraum offenbart sich das Herz des Frauenhotels.« Dazu ein letztes semantisches Treibgut von der Frauenbewegung: »Ohne Männer ist eine andere Atmosphäre im Haus. Da geht vieles über den Bauch.«

Frigga Haug

Wolfgang Fritz Haug

## Herrschaft ohne Hegemonie?<sup>1</sup>

Can we run a foreign policy in the absence of trust? The administration apparently thinks it can use threats as a substitute. (Paul Krugman, *New York Times*, 24.2.2003)

### I.

Als aus der bipolaren, durch Systemkonkurrenz geprägten Weltordnung nach dem Zusammenbruch der SU die USA als einzige Supermacht hervorging, war ein militärisches Quasi-Monopol entstanden. Noch schwebten der Traum eines Völkerfrühlings und Ideen aus Gorbatschows Neuem Denken über der Szene, und unter dem Namen »Globalisierung« konnte das »Streben nach globaler Übereinkunft« im Sinne einer erdumspannenden öko-sozialen Verantwortung fürs menschheitliche Ganze verstanden werden (Mandel 1989, 125). Der von Seiten der USA hochtechnologisch geführte erste Krieg gegen den Irak und die Raub- und Säuberungskriege entlang ethnischer oder religiöser Spaltungen im Zeichen des Postkommunismus und der zusammengebrochenen nationalen Befreiungs- und Entwicklungsregime in der Dritten Welt ließen den Traum bald zum Alptraum erstarren. Machtvakuen hier, Übermacht dort haben eines gemeinsam: das Machtungleichgewicht bedingt Instabilität. Doch während die Machtvakuen regional wirken, wirkt die Übermacht global.

In der Tat unterhöhle die militärische Potenz zur Überwältigung rivalisierender Mächte das »Streben nach globaler Übereinkunft«. Das Quasi-Monopol zehrte am Multilateralismus. Eine Zeit lang ließen sich diese Spannungen verkleiden. Die Anschläge vom 11. September 2001 und die Reaktionen darauf setzten eine jähe Dialektik in Gang. Mit einem Ruck erklärten sich fast alle Regierungen der Erde mit den USA solidarisch, die rot-grüne Deutschlands sogar »bedingungslos«. Mehr noch: große Teile der Weltbevölkerung fühlten, was ihre Regierungen sagten. Freilich nicht überall. In lateinamerikanischen und arabischen Ländern und anderen Weltzonen, wo die Menschen unter der US-Politik oder unter den Auswirkungen der neoliberalen Globalisierungspolitik und den von dieser genährten Peripheriekriegen zu leiden hatten, konnte man Genugtuung darüber hören, dass die US-Amerikaner am eigenen Leib zu spüren bekamen, was hier Alltag ist. Zwar waren die drohenden Töne des Wer-nicht-für-uns-ist-gegen-uns in den Erklärungen des amerikanischen Präsidenten unüberhörbar, doch der Konsens kam spontan, und der geschichtliche Moment gehörte den USA. Und wie »Moment« von »movimento« kommt, setzte sich diese Konjunktur um in eine Reorganisation der internationalen Verhältnisse. Eine Weltallianz gegen den Terrorismus formierte sich, die alte Fronten und Spaltungslinien zum Schnee von gestern zu machen schien.

1 Überarbeitete Fassung eines Vortrags bei der BdWi-Veranstaltung »Neoliberalismus als Krieg?« am 22. Februar 2003 in Berlin.

Der »explosionsartige Bedeutungsgewinn«, den der Kampf gegen den Terror erlangt hatte, wurde von der Bush-Administration dazu genutzt, die »einzigartige, konkurrenzlose Sonderstellung Amerikas« zu kodifizieren (Feldmeier 2002). Wie eine Symptomhandlung mutet es im Rückblick an, die Trümmerstätte der Türme des Welt-handelszentrums »Ground Zero« zu nennen. Denn so hieß im Jargon der US-Armee der von einer abgeworfenen Atombombe verursachte innere Zerstörungskreis. Im Vergleich zu den »Ground Zero« von Hiroshima und Nagasaki stellen die Zerstörung jener beiden Türme und die über dreitausend Menschen, die sie in den Tod gerissen haben, nur ein Steinchen eines grauenhaften Mosaiks dar. Es ist, als schriebe der Name »Ground Zero« die amerikanische Täterschaft in den eigenen Opferstatus ein. Die Bekämpfung des Terrors wurde gegen all diejenigen, die sie in Richtung auf rechtsstaatsförmige Weltverhältnisse führen wollten, wiederum als *Krieg* artikuliert. Die Nato rief den »Bündnisfall« aus. Es brauchte ein herkömmliches Ziel, und der Krieg erhielt es in Gestalt eines der ausgebombtesten und miserabelsten Länder dieser Erde, Afghanistan. Diesen Krieg aber führten die USA allein, ließen allenfalls Hilfstruppendienste zu und erwiesen so die »Irrelevanz und Erosion« der Nato »im Augenblick der großen Krise« (Frankenberger 2002). Wenigstens schien die Zielwahl motiviert: Afghanistan war islamistisch regiert und ein Unterschlupf islamistischer Milizen. Bin Ladens Propaganda verknüpfte seine Gastgeber mit den Terroranschlägen.

Im Irak dagegen herrscht die Diktatur einer weltlich orientierten Partei, die Todfeindin der Islamisten ist. Wie konnte der Irak zum nächsten Ziel des »Weltkriegs gegen den Terror« werden? John Le Carré bemerkt dazu: »Wie es Bush und seiner Junta gelang, den Zorn der Amerikaner von Osama Bin Laden auf Saddam Hussein umzulenken, ist einer der großartigsten, auf der wundersamen Wirkung von Public Relations beruhenden Kunstgriffe der Geschichte.« Inzwischen meinte jeder zweite Amerikaner, Saddam sei für die Angriffe vom 11.9. verantwortlich. Doch eine wachsende Minderheit der US-Amerikaner glaubt kein Wort davon. Eine riesige Mehrheit der Weltbevölkerung aber führt die Kriegspläne der USA auf »handfeste Ölinteressen« (Scheer) und ähnliche klassisch-imperialistische Antriebe zurück. Es brauchte kaum mehr als ein Jahr, um die Weltstimmung vom einen Extrem ins entgegengesetzte umschlagen zu lassen. Gegen den Willen der Völker und gegen den »Rat« der meisten Verbündeten, auch ohne Mandat der Vereinten Nationen, schickten die USA sich an, diesen Krieg zu führen.

Dass auf ihn weitere Kriege folgen sollen, besagt die neue Militärdoktrin, die Bush am ersten Jahrestag der Anschläge vom 11.9. verkündet hat. »Der Krieg gegen Terroristen von globaler Reichweite ist ein globales Unternehmen von ungewisser Dauer.« Doch als Richtlinie, die Wirkung von Massenzerstörungswaffen auf die eigene Bevölkerung zu »minimieren«, bietet der gebetsmühlenhaft repetitive Text, den Condoleezza Rice unter Mitwirkung von George W. Bush abgefasst haben soll, nur leere Worte. Dafür tauchen unter der »Terrorbekämpfung« andere Kriegsziele auf: »freedom, democracy, and free enterprise« bilden das »single sustainable model«, das als Endsieger aus den großen Kämpfen des 20. Jahrhunderts ein Daseinsrecht hat. Es zu verteidigen ist Pflicht »across the globe and across the ages«. Diese Militärdoktrin ist ein Manifest globaler Expansion: »extend the benefits of freedom across the globe

[...] bring the hope of democracy, development, free markets and free trade to every corner of the world«. Entwicklungshilfe wird rundweg für gescheitert erklärt. Statt dessen sollen »Gesellschaften für Handel und Investition geöffnet« werden. »Free markets and free trade are key priorities of our national security strategy.« Die Nato muss »act wherever our interests are threatened«. Aber: »we will [...] act apart when our interests and unique responsibilities require«. Dieses Imperium will sich global; es duldet kein Außen mehr: »Today, the distinction between domestic and foreign affairs is diminishing.«

Die schiere militärische Übermacht, der ungeheuerliche Aufwand dafür, den sich dieses Land dank seiner ökonomischen Sonderstellung, das Land des US-Dollars, der de-facto-Weltwährung zu sein, leisten kann, gewährt ihm die Herrschaft in dem Sinn, dass »eine einzige Macht«, wie Walter Jens gesagt hat, »tun und lassen kann, was sie will, dank ihrer ökonomischen und militärischen Stärke« (zit. n. ND, 19.2.03, 2). Unterm Eindruck der neuen Doktrin revidierte Arundhati Roy ihre erste Einschätzung der Reaktionen der US-Regierung auf den 11. September als »töricht und arrogant«: »Tatsächlich handelt es sich um eine raffinierte Werbekampagne für einen irrigen, gefährlichen Krieg.« Er schützt Verhältnisse, in denen das oberste Prozent der Weltbevölkerung »über ebensoviel Einkommen wie die untersten 57 Prozent« verfügt und in denen »51 Prozent der hundert größten Wirtschaftsunternehmen Firmen, nicht Länder« sind. Der Weltkrieg gegen den Terror, »The Task That Never Ends«, »ist Amerikas perfekter Krieg, das Vehikel des unaufhörlich expandierenden amerikanischen Imperialismus« (Roy 2002). Doch mehren sich die Anzeichen dafür, dass die USA im Ausspielen ihrer Herrschaftsmacht die Hegemonie verlieren. Herrschaft ohne Hegemonie aber ist instabil.

## II.

Nie zuvor gab es, wie Immanuel Wallerstein bemerkt hat, so viel Diskussion vor einem Krieg und nie so wenig Rückhalt bei der öffentlichen Meinung der Welt. Der Aufmacher der ND-Titelseite vom 11. Februar 2003 war überschrieben: »Nein zum Irak-Krieg heißt auch Nein zur US-Hegemonie«. Dem liegt eine Verwechslung zugrunde: Gesagt war Hegemonie, gemeint Hegemonismus. Für die Verwechslung gibt es namhafte Vorbilder. Wenn Walden Bello die USA als »an aggressive power bent on achieving world hegemony« beschreibt, dann versteht er darunter das durch keine andere Macht oder Rücksicht gebremste Ausspielen von »military and political preponderance«. Was er beschreibt, ist nicht Hegemonie, sondern der Hegemonismus einer Übermacht, die sich für »open-ended and preemptive unilateralist interventionism« entschieden hat. Wenn die deutsche Außenpolitik darauf drängte, die Welt der internationalen Politik »multipolar« zu halten, wenn sie sich somit einer US-Monopolarität widersetze und dadurch zum Kristallisationspunkt ähnlicher Bestrebungen in der internationalen Staatenwelt wurde, wandte sie sich nicht gegen eine Hegemonie der USA, wenn man darunter mehr als auf Übermacht basierende Vorherrschaft versteht, sondern verteidigte Bedingungen, die es den USA auferlegen würden, sich hegemoniefähig zu verhalten also, wenn überhaupt, dann allenfalls mit »breitem Konsens unter den Nationen« (Oz) militärisch



zu intervenieren. Nicht ohne Komik sieht Hermann Gremliza darin einen »neuen Kalten Krieg [...], den Eurodeutschland, das zweite Imperium der neuen Weltordnung, gegen die USA führt«.

Keiner hat über Hegemonie so systematisch nachgedacht wie Antonio Gramsci. Das legt den Versuch nahe, die gegenwärtige Situation mit seinen Begriffen zu analysieren. Zwar bezieht sich Gramscis Hegemoniebegriff, der strategische Knotenpunkt im Begriffsgeflecht seiner *Gefängnishefte*, primär auf die Verhältnisse von sozialer Herrschaft und politischer Macht im Innern von Klassengesellschaften, doch hat ihn bereits Gramsci immer wieder auf Verhältnisse internationaler Politik übertragen. Die Grundunterscheidung, die er trifft, tritt uns aus der gegenwärtigen Weltsituation nachdrücklich entgegen, nämlich die zwischen Herrschaft und Führung (vgl. dazu die Paragraphen 44 und 45 bereits des ersten der *Gefängnishefte*). Führungsfähigkeit ist die operative Verwirklichung von Hegemonie. Die Vertreter einer herrschenden Klasse erweisen sie gegenüber verbündeten Klassen, während sie gegnerische Klassen unterdrücken (was nicht ausschließt, dass stabile Hegemonie weit in die Reihen der Unterdrückten und ihrer Intellektuellen reichen kann). Jede herrschende Klasse, die auch führend werden will, setzt zwar letztlich ihre Interessen an erste Stelle, aber nicht notwendig immer an chronologisch erste, vor allem nicht immer ganz vorn ins Schaufenster. Es ist nicht damit getan, partikuläre Interessen als allgemeine darzustellen, wie Marx und Engels es in der *Deutschen Ideologie* auf den Punkt gebracht haben. Allenfalls könnte man sagen, dass die universalistische Verkleidung klassenegoistischer Interessen einer eigenen Materialität bedarf. Sie erhält sie in Gestalt gewisser Opfer zugunsten der Verbündeten, zu denen eine herrschende Klasse fähig werden muss, um ihre Herrschaft auf Hegemonie zu gründen und dadurch politisch zu verankern. Anders würde sie, mit Gramsci gesprochen, in korporatistischem Gruppenegoismus verharren. Von ihm muss sie sich »reinigen«, um hegemonial zu werden. Das heißt nicht, dass sie keinen Druck einsetzt. Doch gelingenden Falles basiert ihre Führungsfähigkeit in erster Linie auf ihrer Anziehungskraft und der daraus resultierenden Zustimmung.

Auf unterschiedliche Weise drücken dies die Akteure des gegenwärtigen Geschehens aus, und die Intellektuellen bringen es auf den Punkt. »Es sieht so aus, als seien die USA der Aufgabe überdrüssig, die Welt zu führen«, heißt es etwa bei Pierre Manent, »und hätten beschlossen, sie kurzerhand zu regieren.« (Zit.n. Lüthy 2002) Den amerikanischen Schriftsteller Louis Begley, einen gebürtigen Polen, macht »das amerikanische Imperium« vor allem kraft »einer Qualität stolz: Es stützt sich auf Länder, die Verbündete, Teil dieses Imperiums sein wollen.« Die »Entschlossenheit Bushs und seiner Berater, den Irak anzugreifen«, sowie die Art, sie durchzusetzen drohen nun »Geister freizusetzen, die ebenso böse sind wie die vom Terrorismus beschworenen. Und die Vereinigten Staaten - an der Spitze ihres Imperiums - lassen sich möglicherweise die wunderbare, einzigartige Chance entgehen, als Führer von Nationen aufzutreten, die sich freiwillig auf ihre Seite gestellt haben.« Dieser glühende Neu-Amerikaner kommt daher »in aller Vorsicht« zu dem Schluss: »Soweit die Protestmärsche in Europa sich gegen den Krieg richteten und nicht gegen die Amerikaner schlechthin, halte ich sie daher [...] für ein ermutigendes Zeichen.«

Die Selbstverständlichkeit, mit der Begley und viele andere neuerdings vom »Imperium« der USA sprechen, und vor allem wie sie dies tun, ist geeignet, die affirmative Seite von Hardt/Negris *Empire* ins Licht zu rücken. Eigentlich sahen sich die beiden Autoren ja in ihrer Hauptthese, mit dem Imperialismus sei es ein für alle Male vorbei und schon gar nicht könne man die USA als Zentrum einer imperialistischen Politik kritisieren, durchs wirkliche Geschehen blamiert. Auch wenn der Widerspruch, »sowohl die Einheit (eine einzige Herrschaftslogik) als auch die Pluralität (eine Reihe nationaler und supranationaler Organisationen) zu behaupten, durch die Einführung der Hegemonie als des vermittelnden Prinzips gelöst werden kann«, gibt es »keine Gewähr dafür, dass die Macht des US-Superstaates im globalen imperialen Interesse ausgeübt wird und nicht in der Verfolgung eigener imperialistischer Interessen, wie sie von Zeit zu Zeit von ihren Staatsmanagern wahrgenommen werden« (Jessop 2002, 786). Gleichwohl ist es mehr als nur eine gewieft Ausrede, wenn Tonio Negri neuerdings die seinen Thesen widersprechende US-Politik als »imperialistischen *backlash* im und gegen das Imperium« bezeichnet hat (2002). Auch Gremlizas übergroßes Wort vom Krieg, den Deutschland, »das zweite Imperium der neuen Weltordnung, gegen die USA« führe, müsste kaum verändert werden, um einen überraschenden Sinn zu entbergen: Zwei imperiale Projekte würden demnach miteinander ringen; das eine will die USA primär führend, das andere primär herrschend. Ein hegemonial, nicht hegemonistisch us-geführtes »Imperium« ist es ja, in dessen Namen Leute wie Begley gegen den Hegemonismus der US-Politik auftreten. Nicht die gegenwärtige US-Administration verträte demnach das »Imperium«, sondern ihre Kritiker, zumindest diejenigen aus den kapitalistischen Reichtumszonen (oder -inseln).

Wenn das so ist, wäre es zumindest auf öffentlich-intellektueller Ebene zu einer regelrechten Dys-Hegemonie wenn nicht der USA, so doch der US-Regierung gekommen. Die in ihrer weltweiten Gleichzeitigkeit beispiellosen Demonstrationen vom 15. Februar 2003 in 600 Städten der Welt, der weitere folgen dürften, die von der französischen Zeitung *La Croix* als »Globalisierung der öffentlichen Meinung« bezeichnet worden sind (laut FAZ, 17.2.2003), bezeugen die Tiefenwelle, von denen solche intellektuellen Äußerungen durch die normalerweise kaum durchlässigen Filter der Gatekeeper der veröffentlichten Meinung getragen worden sind. Die USA haben den Bogen überspannt. Kann man sagen, dass er gerissen ist?

### III.

Bei einer Dys-Hegemonie muss kein positiver gemeinsamer Nenner wirksam sein. Die gemeinsame Ablehnung ist genug. Dys-Hegemonie ist daher eine notwendige, aber keine zureichende Bedingung für einen breit getragenen Entwurf »einer anderen Welt«. Darüber, wie es anders sein soll, gehen die Meinungen auseinander. Nicht anders verhält es sich in der Frage, was die US-Administration wirklich treibt. Vermutlich würden die meisten Kriegsgegner Wolfgang Ullmann zustimmen, dass die US-Politik »nichts anderes als ein Ausdruck des aus ihrem imperialistischen Programm abgeleiteten Anspruchs auf uneingeschränkten Zugriff auf die knapper werdenden globalen Rohstoffressourcen« ist. Vereinfacht drückt dies die Losung »Kein Blut für Öl« aus.

Unsinn! fahren verschiedene Stimmen dazwischen. Herfried Münkler fordert kategorisch, Schluss zu machen mit Losungen wie »kein Blut für Öl«. Als Machiavelli-Leser sieht er zwar ungerührt, dass die Rede von den angeblichen Massenvernichtungswaffen des Irak als Kriegsgrund »pure Heuchelei« ist, desgleichen die behauptete Verbindung mit al Qaida (da der Irak seine Morde durch staatlich gegängelte Terrororganisationen ausführen lässt, die berechenbar sind, während al Qaida sich durch Spenden finanziert und völlig autonom handeln kann). Als wirklichen Grund vermutet er die Absicht, die Entwicklungsblockade der arabischen Gesellschaften an einer Stelle zu durchbrechen und ein modernes Regime zu schaffen, das seine natürlichen Reichtümer zum Wohle seiner Bevölkerung verwendet, die zudem politisch mitbestimmen darf, was den Islamismus vom Nachschub an jungen Terrorrekruten abschneidet. »Es dürfte kaum einen Staat in der Region geben, der dazu besser geeignet wäre.« Das Ganze ist laut Münkler »eine gewaltige Aufgabe«. – Er ist natürlich nicht der Erfinder dieses Projekts eines »Demokratischen Greater Middle East« (Asmus/Pollack 2002). Doch diese verlockende Vision ist wohl erst recht eine verlogene Vision.

Der Konflikt um die US-Kriegspläne gegenüber dem Irak offenbart nicht nur »ein Entzweigungspotenzial, wie man es seit Jahrzehnten nicht erlebt hat« (Feldmeier 2003), sondern führt auch zu den widersprüchlichsten Verwerfungen der politischen Landschaft. In Deutschland sind Regierung und Bevölkerung gegen den Krieg, wobei die Bevölkerung zugleich mehrheitlich gegen die Regierung und für die konservative Opposition ist, die schlecht verhehlt, dass sie sich den USA als Kriegspartnerin empfiehlt. In Spanien drängt sich die Regierung gleich hinter der britischen an den Kriegskurs der USA heran, während die sozialdemokratische Opposition (wie die große Mehrheit der Bevölkerung) gegen den Krieg ist. Während die sozialliberale *Frankfurter Rundschau* Münklers Kriegsverkörperung Platz gibt, macht die große liberale Zeitung Spaniens, *El País*, die Titelseite ihrer Sonntagsausgabe vom 29. Dezember 2002 mit der Hauptüberschrift auf: »Garzón: »Bush sagt nein zum Internationalen Strafgerichtshof und ja zum internationalen Verbrechen«. Was die öffentlichen Rechtfertigungen der US-Politik teils mit Schreckensvisionen, teils mit positiven Zielen wie Befreiung von der Diktatur angeht, lässt Wallerstein einen britischen Historiker sagen: »What Englishmen condemn is almost always worthy of condemnation, if only it had happened.«

Doch auch Wallerstein glaubt nicht ans Öl als Kriegsmotiv. Er hält es für ausgemacht, dass Saddam Massenvernichtungswaffen akkumuliert, dass aber gegenwärtig keine Gefahr besteht, dass er sie einsetzt. Was das Öl angeht, dessen Kontrolle zumeist als Kriegsgrund angenommen wird, sieht er die USA in allen drei motivierenden Hinsichten bestens aufgestellt: Profitieren von der Öl-Industrie, Einfluss auf den Öl-Preis, Zugang und Zugangskontrolle. Öl könne allenfalls einen »Kollateralprofit« bei einem Krieg abwerfen. Warum also dann den Krieg wählen? Weil, wie Wallerstein meint, die regierende Gruppe die internationale Machtposition der USA zumindest seit dem Vietnamkrieg aufgrund der zögerlichen Haltung der diversen Regierungen (einschließlich der von Reagan) im Niedergang begriffen sieht. Daher muss einmal eisern durchgegriffen werden, damit die ganze Welt aufgrund überwältigender militärischer Übermacht den Vorrang der USA nicht nur in dieser, sondern in sämtlichen Fragen überhaupt

anerkennt. Dann werden, denken Bush und seine Berater, die potenziellen Atomkräfte ihre Pläne aufgeben, der Dollar wird zu neuen Höhen steigen, und eine neue Ära hoher Profite und Prosperität wird anbrechen. Weil sie fest daran glauben, stoßen alle Mahnungen auf taube Ohren. Außerdem setzen sie auf einen zu schnellem Erfolg führenden Bewegungskrieg. Die Zweifel erfahrener Militärs werden ignoriert. Die »Falken« sind fast alles Zivilisten.

Für Elmar Altvater ist »möglicherweise ein entscheidendes Motiv für die brutale Konsequenz, mit der der Irak unter US-Einfluss gebracht werden soll«, und »ein Kern des Krieges« die Verteidigung des Dollars als Erdölwährung gegen Euro und Yen. Für die Zukunft sieht Altvater diese »Währungskonkurrenz [...] zum Währungskrieg eskalieren«. Die USA verschulden sich, solange die Ölrechnungen in Dollar ausgestellt werden, dann weiter in einer Währung, die sie sich durchs Drucken von Geldscheinen beschaffen können. »Das Öl wäre sozusagen der Wertanker des US\$« um den Preis einer Inflationierung der Weltwirtschaft. Würden Ölrechnungen dagegen in Yen oder Euro ausgestellt, würde schon angesichts des Handelsdefizits (2002 betrug es ca. 550 Mrd. US\$) die Finanzierung der Ölimporte zum Problem. Damit erklärt Altvater die »anti-ökonomischen« Dimensionen des jetzigen Kriegsprojekts.

Rudolf Hickel hat, gestützt auf die (auf die USA beschränkten) Berechnungen des Ökonomen William D. Nordhaus, die globalen direkten und indirekten Kriegs- und Kriegsfolgekosten auf eine Bandbreite zwischen 99 Mrd. US\$ (im Falle eines kurzen Krieges und abzüglich der konjunkturfördernden Effekte eines raschen Sieges der US-Armee) und 1 924 Mrd. US\$ (im Falle eines langen Krieges, bei dem sich die Folgen des hohen Ölpreises und die makroökonomischen Auswirkungen auf bis zu 1 200 Mrd. US\$ beziffern könnten) geschätzt. Der Krieg gegen den Irak »wäre demnach nicht nur politisch sondern auch ökonomisch heller Wahnsinn« (Hickel 2003).

Wenn aber der Krieg um den Status der Währungen geführt wird und um den Rattenschwanz von Reichtumsquellen und Kontrollmacht über andere Länder, sieht die Sache anders aus. Auch verkleinert sich dabei die Kluft zwischen der Clintonvariante der US-Politik und dem Bush-Modell. Der Krieg würde ja dann auch, wie Altvater argumentiert, um die Wiederkehr der »goldenen Zeiten« des Doppeldefizits (Staatshaushalt und Leistungsbilanz) unter Clinton geführt, »die der US-Mittelklasse einen Konsumrausch in den 90er Jahren bescherten«. Freilich ist dieser Weg mit großen Risiken behaftet: Außer den Öl-Gesellschaften und der Rüstungsindustrie würden alle anderen Branchen verlieren; sollte der Krieg länger dauern, könnte es zur Flucht aus dem US\$ kommen. »Das wäre der Super-Gau der Bush-Regierung.« Geht die Rechnung aber auf, sind die Verbündeten unter den Verlierern, nicht zuletzt auch die Staaten der »coalition of the willing«. Die hegemoniale Einbettung der – auf militärische Übermacht und Kontrolle über die Weltwährung und die entscheidenden Ressourcen gestützten – Vorherrschaft wäre brüchig. Die Zahl der zu unterdrückenden, weil nun wirklich antimperialistischen Gruppen, ja mehr oder weniger ganzen Bevölkerungen, würde jede imperiale Kontrollmöglichkeit übersteigen. Diese Weltunordnung würde sich aber auch im Innern des Imperialstaats ausbreiten. Der von mir 1979 auf den historischen Staatssozialismus sowjetischer Observanz gemünzte, der Sache nach von Ralf

Dahrendorf schon 1959 ausgesprochene Satz, dass ein Sicherheitskonzept, »welches auf Kontrolle und Repression setzte, zum größten und tödlichen Sicherheitsrisiko« (vgl. Haug 1993, 98) werden kann, hätte sich im globalen Maßstab in dieser Herrschaft ohne stabile Hegemonie wiederholt.

Bereits jetzt hat die Volle-Kraft-voraus-Haltung der US-Regierung nach Wallersteins Einschätzung vier Beeinträchtigungen der internationalen Stellung der USA zur Folge gehabt: 1. Die von den USA einzig zu fürchtende Koalition, auf deren Verhinderung bislang alle US-Politik gerichtet war, die von Frankreich, Deutschland und Russland, ist dadurch zustande gekommen. 2. Die logische Antwort wäre eine geopolitische Allianz mit China, Japan und Korea, doch auch diesen Weg hat sich die US-Regierung blockiert. 3. Die strategisch zentrale Ölpreiskontrolle erfolgte über Saudi-Arabien im Tausch gegen militärische Garantie der Dynastie, doch genau diese Garantie wird jetzt aufs Spiel gesetzt. 4. Die Nichtverbreitungspolitik in Sachen Nuklearwaffen ist mehr oder weniger ein Scherbenhaufen. – Falls der Blitzsieg sich einstellen sollte, wären die negativen Effekte einzudämmen; falls nicht, würden sie sich potenzieren. Wallerstein sagt jedenfalls voraus, dass Bush, wenn er einmal die Präsidentenposition abgeben muss, den allmählichen Niedergang der USA in einen viel schneller verlaufenden Prozess verwandelt haben wird.

#### IV.

Das Ringen zweier Imperialkonzepte wird durchquert von dem, was in einem Leitartikel der *Frankfurter Allgemeinen*, die es müde war, des Tanzes ums Goldne Kalb bezichtigt zu werden, der »Tanz ums soziale Kalb« genannt worden ist (von Altenbockum). Arundhati Roy stellte in ihrer Rede in Porto Alegre den Zusammenhang zwischen der Kritik an der »Corporate Globalization – or shall we call it by its name? – Imperialism« und der Bewegung gegen den geplanten Irak-Krieg der USA her. Den Krieg kann die Protestbewegung nicht aufhalten. Aber sie kann seine Betreiber »belagern«. Sein »Empire« hat sich demaskiert. »It now stands before us on the world's stage in all its brutish, iniquitous nakedness. Empire may well go to war, but it's out in the open now (...) Too ugly to rally its own people. It won't be long before the majority of American people become our allies.« Vor dem 11. September, fuhr sie fort, besaßen die USA eine Geheimgeschichte, geheimgehalten vor allem vor der eigenen Bevölkerung. Doch inzwischen sind Amerikas Geheimnisse zu Geschichte und ist diese Geschichte zum Straßengespräch geworden. »Menschen zu töten, um sie vor einer Diktatur zu retten, ist ein alter Sport der US-Regierungen.« Hussein ist ein (mit amerikanischer und britischer Hilfe groß gewordener) Schurke, ohne den die Irakis zweifellos besser dran wären. Doch ohne Bush wäre die gesamte Welt besser dran. Er ist ungleich gefährlicher als Saddam. »We can continue to build public opinion until it becomes a deafening roar.« (Roy 2003) Das wäre der weltweite Schrei, der die Dys-Hegemonie der US-Politik zum Ausdruck brächte.

Doch die ›interklassistische‹ Menge, die diesen Schrei ausstößt, würde einer Zerreißprobe unterworfen, wenn es darum ginge, einen – nochmals mit Gramsci gespro-

chen – alternativen »geschichtlichen Block« zu bilden. Dass die rot-grüne Politik der Kriegsverhinderung und die Orientierung auf eine »andere Welt«, sprich: auf eine sozial gerechtere und ökologisch weniger destruktive Weltordnung, nicht dauerhaft zusammengehen müssen, hat der türkische Schriftsteller Orhan Pamuk ausgesprochen: Er begrüßt die »Bemühungen, den amerikanischen Forderungen zu widerstehen«, sagt freilich voraus, die Interessenkonflikte, die derzeit Europa und die USA gegeneinander richten, seien auf Dauer »weniger wichtig als die Tatsache, dass beide ihre Idee des Westens glorifizieren und dass sie den allergrößten Teil der Reichtümer der Welt genießen und konsumieren. Reiche Männer verstehen einander. Wenn sie es für nötig halten, werden sie auch darin übereinstimmen, ein weiteres Mal Hunderttausende zu bombardieren und zu töten.« Die Bewegung gegen den Krieg kann sich auf die Regierungen, die ihn vorderhand verhindern wollen, nicht verlassen.

Schärfste Kritik an den USA, bei der es vielen Europäern den Atem verschlägt, kommt aber nicht nur aus Erfahrungen der »Peripherie«, sondern zumal aus dem Auge des Taifuns. So sagte etwa der amerikanische Historiker Hayden White in einem Vortrag vor der American Academy in Berlin: »Derzeit werden wir von einem »Schurkenstaat« (den Vereinigten Staaten) bedrängt, der einen Traum imperialer Größe aus einer früheren Epoche ausleben will, die Welt an den Rand eines nuklearen Krieges bringt und zur Verteidigung eines Wirtschaftssystems, das die Zügelung durch Vernunft und Moral gleichermaßen zurückweist, das Risiko eines solchen Holocaust einzugehen bereit ist. Man hat dieses Wirtschaftssystem so eng mit der Idee der Demokratie verknüpft, dass seine Ideologen keinen Unterschied zwischen ihnen sehen können. Die Vereinigten Staaten werden angetrieben von den Imperativen eines Wirtschaftssystems in einer jener Krisen, ohne die es sich nicht selbst reinigen oder erneuern oder seine Orgie der Wegwerfproduktion wiederbeleben kann.«

Die neoliberale Hegemonie ist, weil die kapitalistische Globalisierung ihr Operationfeld bildet, »transnational oder gar nicht«, wie Mario Candeias zu Recht feststellt. Wenn er fortfährt, insofern sei »das ganze Gerede vom neuen us-amerikanischen Imperium Nonsens«, ist eine zusätzliche Überlegung angebracht. Die Frage stellt sich vielleicht anders: Wird die einzige potenzielle Führungsmacht, der auch die erforderliche Zwangsgewalt zur Verfügung steht, sich von den »Atlantikern« und allen anderen »gouvernementalen« Klein- und Mittelmächten, die von ihr geführt werden wollen, »zwingen« lassen, im Verhältnis zu ihnen die Führung übers Kommando zu stellen? Tut sie es nicht, wird »die Legitimität des amerikanischen Unternehmens erodieren«, während sich eine »anti-US coalition of the less powerful« konsolidiert und gegen den US-Hegemonismus gerichtete Bewegungen sich in der »globalen Zivilgesellschaft« ausbreiten (Bello). Für die »Bewegung der Bewegungen«, die gegen die kapitalistische Globalisierung auf eine andere Welt drängt, wäre der hegemoniale Multilateralismus nicht die Lösung, wohl aber langfristig ein besserer Ausgangspunkt. Kurzfristig aber hat die Hegemoniekrise ihre Handlungsbedingungen dramatisch verändert.

## Literatur

- v. Altenbockum, Jasper, »Nach Norden«, *FAZ*, 15.2.2003, 1
- Altvater, Elmar, »Die Währung des schwarzen Goldes«, Vortrag am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin, 12.2.03 (nach dem Ms. zitiert)
- Asmus, Ronald D., u. Kenneth M. Pollack, »Transformation des Mittleren Ostens. Das neue transatlantische Projekt«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 48. Jg., 1457-66, H. 12, 2002
- Begley, Louis, »Das Washington-Imperium«, *FAZ*, 20.2.03, 33
- Bello, Walden, »The Reemergence of Balance-of-Power Politics«, *Focus on Trade*, Nr. 85, Febr. 2003
- Candeias, Mario, »Terror und Krieg – Widersprüche neoliberaler Globalisierung«, Vortrag bei der BdWi-Veranstaltung »Neoliberalismus als Krieg?« am 22. Febr. 2003 in Berlin (nach dem Ms. zit.)
- Feldmeier, Karl, »Maulen reicht nicht«, *FAZ*, 21.9.02, 10
- ders., »Mitten durch«, *FAZ*, 26.2.03, 1
- Frankenberger, Klaus-Dieter, »Partnerschaft in der Krise«, *FAZ*, 11.9.02, 3
- Gramsci, Antonio, *Gefängnishefte*, Kritische Ausgabe in 10 Bänden, Hamburg 1991-2002
- Gremliza, Hermann, »Krieg den Palästen?«, in: *konkret* 2/2003, 9
- Hardt, Michael, u. Antonio Negri, *Empire*, Cambridge/Mass.-London: Harvard University Press 2000; dt. unter demselben Titel: Frankfurt/M-New York 2002
- Haug, Wolfgang Fritz, *Determinanten der postkommunistischen Situation*, Hamburg 1993
- Hickel, Rudolf, »Gesamtwirtschaftliche Kosten eines Kriegs gegen den Irak: Anschlag auf die Weltwirtschaft«, stark gekürzt in: *Frankfurter Rundschau*, Dokumentation, 14.12.2003, hier zit.n. dem ungekürzten Ms. vom 13.2.2003
- Jessop, Bob, »Informationskapitalismus und Empire – Verklärungen der US-Hegemonie«, in: *Das Argument* 248, 44. Jg., 2002, H. 5/6, 777-90
- Le Carré, John, »The United States of America has gone mad«, in: *The London Times*, 15.1.2003; dt. in: *Der Spiegel* 4/2003, 138-40 (unter der kaschierenden Überschrift »Bekennnis eines Terroristen«)
- Lüthy, Christoph, »Das böse Projekt«, *FAZ*, 30.10.02, N 3
- Mandel, Ernest, *Das Gorbatschow-Experiment. Ziele + Widersprüche*, a.d.Frz. v. Hans Günter Holl u. Eberhard Rathgeb, Frankfurt/M 1989
- Münkler, Herfried, »Blockierte Entwicklung«, *FR*, 29.11.2002
- Negri, Antonio, »Il backlash imperialista sull'Imperio«, Interview in: *il manifesto*, 14.9.2002, 12
- Nordhaus, William D., *The Economics of a War with Iraq*, Cowles Foundation for Research in Economics, Yale University, Discussion Paper No. 1387, Dez. 2003
- Oz, Amos, »Bushs Baby«, *FAZ*, 21.2.03, 37
- Pamuk, Orhan, »Wir Türken fühlen uns nicht bedroht von Saddam«, *FAZ*, 15.2.03, 33
- Roy, Arundhati, »Wie man einen Krieg verkauft«, *FAZ*, 2.10.02, 41
- dies., Rede beim Welt-Sozialforum in Porto Alegre, 2003
- Scheer, Hermann, »Das Öl ist der Hauptgrund für diesen Krieg«, Interview, *Spiegel online*, 10.1.2003
- Ullmann, Wolfgang, »Die Dreistigkeit der Heuchelei«, in: *Freitag*, 7.2.03, 1f
- Wallerstein, Immanuel, »The Righteous War«, *Commentary* No. 107, 15.2.2003
- White, Hayden, »Imperiale Träume«, *FAZ*, 12.2.2003, N 3

Stephen Gill

## Übermacht und Überwachungsgewalt im globalen Kapitalismus

Weltmacht ist heutzutage unter anderem unter dem Aspekt der Übermacht (*supremacy*) in dominanten Herrschaftssystemen zu verstehen. Der Begriff der Übermacht bezieht sich dabei auf eine nicht-hegemoniale, auf Zwang beruhende Form von Herrschaft über eine atomisierte und fragmentierte Opposition (Gill 2002). Übermachtstrategien beruhen wie Zwang und Einkerkung auf der Entpolitisierung und Fragmentierung oppositioneller Kräfte, wodurch die herrschende Macht noch in ihren willkürlichsten Momenten wirksam bleiben kann. Im Unterschied dazu ist die hegemoniale Herrschaftsform eher vorausschauend, einbeziehend und durch Konsens zwischen herrschenden und subalternen Kräften über soziale und politische Arrangements bestimmt. Übermacht involviert in der aktuellen Weltordnung erhöhte Überwachung und Strategien sozialer und politischer Kontrolle durch Staat und Kapital, die verhindern sollen, dass existenzielle Angst und eine weit verbreitete Wahrnehmung von Unsicherheit in der Masse der Bevölkerung zu kohärenter politischer Opposition gegen die Kontrollmechanismen des Kapitals werden. Natürlich gehören dazu auch Methoden und Techniken zur Unterstützung der erweiterten Reproduktion des Kapitals.

In diesem Zusammenhang versteht sich mein Beitrag als hypothetische Untersuchung einer grundlegenden Form moderner Sozialgewalt, der ausgeweiteten Überwachung. Er beschäftigt sich also mit der Frage, wie der Panoptismus – der sowohl die Selbstdisziplin von Eliten und Staatskadern als auch die Überwachung der Bevölkerung beinhaltet – mit der Beschaffenheit und den Widersprüchen des globalen Kapitalismus zusammenhängt, sowie damit, wie emanzipatorische Formen des kollektiven Handelns durch ihn eingeschränkt (jedoch nicht vollständig kontrolliert) werden können (vgl. Gill 2001). Staat und Kapital arbeiten angestrengt an der Institutionalisierung panoptischer Praktiken, um einerseits durch Risikomanagement Profitchancen zu maximieren und andererseits Ordnung und ›Disziplin‹ aufrecht zu erhalten. Doch die neuen Technologien ermöglichen auch neue Formen politischen Handelns und einen Machtzuwachs auf Seiten ›nicht-staatlicher Akteure‹. Dies beruht auf dem Doppelcharakter der Netzwerktechnologien: Sie können eine relativ umfassende Machtquelle für die Kommunikation unter Individuen und Gruppen darstellen, die sonst kaum Äußerungsmöglichkeiten hätten. In einer Weltwirtschaftspolitik, die auf wachsender Ungleichheit basiert, liegt es jedoch näher, dass sie die Kluft zwischen ›Informationsreichen‹ und ›Informationsarmen‹ ausdehnen, anstatt sie zu verringern.

Die folgenden Hypothesen sollen Tendenzen und keine Gesetzmäßigkeiten herausstellen. Das heißt, dass die umrissenen Entwicklungen durch demokratisch-



kollektives Handeln geformt und umdefiniert werden können, um eine demokratischere und verantwortungsvollere Überwachungsform für unsere Gesellschaften und die Weltordnung zu erlangen. Meine Hypothesen beziehen sich hauptsächlich auf Disziplinar- und Strafsysteme, die mit der zwangsförmigen Reproduktion der Globalisierung und den übermächtigen politischen Kräften verbunden sind. Es geht um die Frage, inwiefern der Panoptismus im globalen Kapitalismus als Teil eines Versuchs verstanden werden kann, das politisch-soziale Subjekt durch einen neo-liberalen Disziplinardiskurs neu zusammensetzen. Im Zentrum dieses Diskurses stehen nicht das aktiv-demokratische politische Subjekt oder der Citizen, sondern eher das Individuum als Arbeiter und Konsument, der für den wirtschaftspolitischen »Marktplatz« transparent gemacht werden soll.

Die erste Hypothese ist, dass die jüngste Machtausdehnung der USA mit ihrer Führungsposition im Bereich der netzwerkbasierten panoptischen Technologien zusammenhängt, die zur Überwachung von Regierungen, Bevölkerungen und wirtschaftlichen Aktivitäten genutzt werden. Eine zweite Hypothese ist, dass die Ausweitung panoptischer Macht zum Zwecke maximierter Vorhersagbarkeit und minimierter Unsicherheit mit der Beschleunigung intensiver und extensiver Kapitalausdehnung verbunden ist. Die dritte Hypothese lautet, dass diese verstärkten Akkumulationstendenzen zu Widersprüchen gesellschaftlicher Reproduktion führen. Dies hat zur Folge, dass Regierungen Techniken ausgeweiteter Überwachung – sowie Disziplinierung, Bestrafung und Einkerkierung – anwenden, um die bestehende Ordnung aufrecht zu erhalten. Die vierte Hypothese ist, dass zu dieser gesellschaftlichen Ordnung neue Systeme militär-politischer Überwachung hinzutreten, die von der Bündnispolitik der USA dominiert werden.

### *1. Panoptische Gewalt*

Beginnen wir mit dem klassischen Konzept panoptischer Gewalt – mit Jeremy Benthams Entwurf einer hyperrationalistischen Überwachungsarchitektur. Obwohl es nie errichtet wurde, sollte das Panoptikon durch Disziplinierung und Normalisierung der Subjekte eine neue Machtwirtschaft ermöglichen. Benthams Hauptziel war die Schaffung einer Art Fertigungseinheit mit billigen Arbeitskräften. Das Panoptikon war nicht nur als Gefängnismodell gedacht, sondern auch als Modell für Bildungs- und Gesundheitsinstitutionen sowie Heilanstalten etc., und Bentham suchte nach einer Möglichkeit, solche Einrichtungen auf effiziente, gewinnbringende sowie natürlich »sichere« Art produktiv zu machen. Seine Lösung sollte auf zwei Überwachungstypen basieren. Zum einen würden die Wärter in einem zentralen Wachturm jederzeit in der Lage sein, die Insassen in ihren ständig beleuchteten Zellen zu beobachten. Auf einer anderen, subtileren Ebene würden die Insassen, da ihre Zellen für die (ihrerseits nicht sichtbaren) Wächter einsehbar wären, dazu neigen, sich selbst zu disziplinieren und sozusagen als Hilfwächter zu fungieren. Die Macht würde daher sowohl gegenwärtig (die Häftlinge wären sich der Wächter im Turm bewusst) als auch nicht-nachweisbar sein (sie würden nicht wissen, ob sie unter Beobachtung stehen).

1794 entwickelte Bentham den Plan, Häftlinge und Bedürftige (arme, arbeitslose Leute) im großen Rahmen zum Betrieb von Maschinen einzusetzen, da ihm aufgefallen war, dass dies billiger wäre, als die Maschinen mit Dampf zu betreiben. Er stellte sich eine Art Aktiengesellschaft vor, mit der er aus dieser Idee Profit schlagen könnte. Daher wurde der »Panoptikonplan für Arbeitshäuser« erstellt, geleitet von einem Vorstand, in dem die Stimmen gemäß der Aktienanteile verteilt würden. Das Panoptikon sollte aus 250 Häusern mit 500 000 Insassen bestehen und *National Charity Company*, Nationale Wohlfahrtsgesellschaft heißen. Die Insassen/Bedürftigen sollten nach ausgeklügelten Klassifizierungssystemen nach Art ihrer Arbeitslosigkeit organisiert werden. Damit »stellte Benthams Plan nichts weniger als das Ausgleichen des Geschäftszyklus durch die Kommerzialisierung der Arbeitslosigkeit in gigantischem Ausmaß dar« (Polanyi 1944/1975, 107).

Foucault (1974) sah den Ursprung disziplinärer Projekte und Herrschaftspraktiken darin, dass die Pest und die Verbreitung von Epidemien unter Kontrolle gehalten werden sollten. Aufwändige Klassifizierungssysteme und andere Hilfsmittel (z.B. Quarantäne, Systeme ständiger Meldepflicht und Erfassung) wurden dazu genutzt, gefährdete Bevölkerungsteile zu überwachen. In diesem Sinne wurden disziplinäre Verfahren als Schutz einer bestimmten gesellschaftlichen Ordnung vor der Bedrohung durch intern und extern erzeugtes Chaos verstanden. Dabei waren, wie Braudel (1982) für das 15. bis 18. Jh. gezeigt hat, die Armen die Hauptopfer. Camus demonstriert in seinem in Algier spielenden Roman *Die Pest*, dass sich Epidemien auch im 20. Jh. gesellschaftlich ungleich auswirken. In ungleichen Verhältnissen bestimmt eine Machthierarchie – die zum Teil rassenspezifisch ist –, wie die Quarantäne- und Behandlungseinrichtungen strukturiert sind und – damit einhergehend – wer die besten Überlebenschancen hat. Ähnliches gilt für Epidemien, die sich im Zug der gegenwärtigen Globalisierung ausbreiten. Herrschaftssysteme dieser Art werden zum Ziel heftigen Widerstands.

In bezug auf gegenwärtige Probleme beleuchtet die Idee des Panoptikons auch die Bedeutung des Begriffs der »Transparenz«, der im Zentrum jüngster Diskurse über Global Governance steht. Ein Beispiel bilden die Bemühungen internationaler Finanzinstitutionen (IFI) um eine Garantie, dass Drittweltregierungen steuer- und wirtschaftspolitische Daten zur Verfügung stellen, nicht zuletzt um zu versichern, dass sie ihre Schulden gegenüber ausländischen Investoren bezahlen können. Dies ist ein Bestandteil der sogenannten »neuen internationalen Finanzarchitektur«, die nach der Asienkrise in den späten 1990ern errichtet wurde. Die Strategien der IFI haben den Effekt, dass die ärmsten Menschen Zinsen an den IWF, die Weltbank und ausländische Investoren zahlen müssen, während viele Herrscher von Drittweltländern die freie Beweglichkeit des Kapitals ausnutzen, um (häufig von ihren Bürgern geraubte) Milliarden auf Auslandskonten zu deponieren. Wenn wir uns diese Initiativen ins Gedächtnis rufen, sehen wir, inwiefern Bentham nicht nur viele Aspekte des modernen Strafvollzugs, zum Beispiel der us-amerikanischen Gefängnisindustrie vorweggenommen hat. Seine Idee bereitet darüber hinaus moderne Strategien vor,

die Arbeitslosigkeit, Sozialwesen und Verschuldung verwalten und natürlich produktiv und gewinnbringend gestalten sollen. Zu ihnen zählen auch jüngste Tendenzen zur Umwandlung von Welfare in Workfare.

## 2. Amerikanischer Datenkapitalismus und Weltmacht

Entgegen den Erwartungen vieler Theoretiker, die vorhergesagt hatten, dass der relative Niedergang der Vereinigten Staaten anhalten würde, gab es in den USA während der 1990er einen langanhaltenden Aufschwung, der erst im Jahr 2001 endete. Ein Merkmal dieses Wiederauflebens hängt damit zusammen, dass das liberalisierte Weltfinanzsystem dazu beitrug, die US-Expansion durch Handelsüberschüsse anderer Nationen (insbesondere Japans, Südkoreas und der Kapitalexperte der EU) zu finanzieren. Dadurch wurden die Defizite in privaten Inlandsrücklagen, die den Investitionsanstieg in den USA in den 90ern finanzieren sollten, durch ausländisches Kapital aufgefüllt. Diese Finanzierungsform verband sich mit höheren öffentlichen Investitionen innerhalb der USA, die sich auf den akademisch-militärischen Bereich und Hochtechnologieunternehmen (z.B. das Internet) konzentrierten. Auf Produktionsebene gab es viele Neuerungen im Bereich der Informations-, Kommunikations- und Kontrollsysteme. Der Übergang zur ›New Economy‹ war nicht nur mit Deregulierungsstrategien verbunden, sondern auch damit, dass US-Regierung und -Unternehmen weitestgehend Kontrolle über die internationalen Standards gewonnen haben, die festlegen, wie die Infrastrukturen der Netzwerk- und Kommunikationsbranchen im allgemeinen aussehen. Der Industriezweig ›Netzwerk‹ erleichtert die Überwachung, Kategorisierung, Einbindung und Normalisierung (wohlhabender) Konsumenten für neue Güter- und Dienstleistungsmärkte. Dies spielt sich üblicherweise in einem verfassungsgemäßen und datenschutzrechtlichen Rahmen ab. Was allerdings oft übersehen wird, ist, dass die neuen Technologien mit Bemühungen um eine größere soziale Kontrolle von Regierungen, Bevölkerungen und wirtschaftlichen Aktivitäten einhergehen. Dies ist einer der Gründe dafür, dass die US-Regierung den Übergang vom Nachkriegsmodell staatskapitalistischer Kontrolle hin zu einer liberalisierten Anordnung der Bereiche Telekommunikation, Rundfunk und Software aggressiv gefördert hat. Kommunikationssysteme werden flexibler und marktorientierter, vor allem wenn die neuen Medien (z.B. das Internet) leichter zugänglich sind. Diese Entwicklung wird durch Abkommen im Rahmen der WTO gestützt: Das GATS (*General Agreement on Trades and Services*) etwa soll den Liberalisierungs- und Privatisierungsprozess nicht nur im Bereich der Kommunikation vorantreiben, sondern auch in den Bereichen Finanzen, Bildung, Gesundheit, Rundfunk und Fernsehen.

Der Netzwerkkapitalismus der ›New Economy‹ konzentriert sich auf die Kontrolle abstrakter Gegenstände, etwa geistiger Eigentumsrechte, die zunehmend als Ware behandelt werden. Auf massiven Druck der US-Regierung und wirtschaftlicher Interessenvertreter sind diese Rechte nun der Jurisprudenz der WTO unterworfen worden. Der Vorgang begann 1994, als es den USA in der Uruguay-Runde

gelang, den Handel an die Rechte geistigen Eigentums zu binden, da US-Software-, Unterhaltungs- und Pharmazieunternehmen für globale Erfassungs- und Vollzugsmechanismen plädierten (TRIPS, *Trade Related Intellectual Property Rights*). Es ist erschreckend, wie wenig der »zunehmende Gebrauch des Strafrechts in einem Bereich, der üblicherweise eine zivilrechtliche Angelegenheit war«, diskutiert wird (Braithwaite/Draho 2000, 85). Zudem hat TRIPS wenig mit freiem Handel zu tun, da es die Rechte an Neuerungen etc., z.B. durch Patente, privaten Monopolisten zuschreibt. Aus diesem Grund vertreten sogar einige neo-klassische Wirtschaftswissenschaftler die Meinung, dass TRIPS durch Behinderung des Wettbewerbs das Gemeinwohl unterminiert. In diesem Sinn haben Entwicklungsländer und NGOs einige Aspekte von TRIPS scharf kritisiert und seine Abschaffung gefordert. Gegen bestimmte Klauseln, wie §27.3 (b), der sich mit der Patentierung von Lebensformen befasst, wurden auch ethische Einwände erhoben.

### 3. Erweiterte Reproduktion des Kapitals und gesellschaftliche Ordnung

Die moderne Überwachung von Systemen und Bevölkerungen zielt darauf ab, Vorhersagbarkeit so zu maximieren und Ungewissheit zu minimieren, um damit die intensive und extensive Ausweitung des Kapitals zu untermauern. Mit »intensiv« meine ich die Art, wie das Kapital nicht nur die Arbeit, sondern auch die Freizeit und immer weitere Bereiche des Gesellschaftslebens durchdringt. In letzter Zeit konnte man beobachten, wie Teile des menschlichen Körpers zu Waren werden. Wir haben auch erlebt, wie Familie, Bildung und Kirchen zusehends nach marktorientierten, dem Profit verpflichteten Prinzipien funktionieren. Anders ausgedrückt tendiert das Kapital dazu, das Soziale zu entfremden und sich unterzuordnen, solange Profitchancen abzusehen sind. Mit »extensiv« denke ich an die Ausbreitung der Warenform in neue Regionen wie der ehemaligen Sowjetunion und China. Wie es Marx und Engels im *Kommunistischen Manifest* ausdrücken, arbeitet das Kapital an einer universellen Revolution, »reißt alle chinesischen Mauern nieder«, bringt alle gesellschaftlichen Beziehungen aus dem Gleichgewicht und formt sie um. Die GATS- und TRIPS-Abkommen tragen zur Institutionalisierung dieser Prozesse bei, indem sie die Rechte des Kapitals international festschreiben.

Insgesamt wird die Ausbreitung des Kapitals, weil sie widersprüchlich verläuft, von steigenden Überwachungstätigkeiten durch die liberal-demokratischen Staaten begleitet. Es ist dabei natürlich festzuhalten, dass bestimmte Arten der Überwachung sowohl notwendig als auch nützlich sind, etwa um Rüstungsbeschränkungen und ökologische Kontrolle durchzusetzen. Abgesehen davon erleben wir die verschärfte militärisch-politische Überwachung und Kontrolle einer Welt, in der gesellschaftliche Ungleichheiten, soziale Entwurzelung, politische Polarisierung und kommerzieller Wetteifer zunehmen und in der die Verbreitung von Waffen anhält. Kontrolltechnologien werden in soziale und politische Kontexte eingebettet, in denen sie nicht neutrale technische Apparate bleiben, sondern zu Teilen einer Machtarchitektur werden. In diesem Kontext ist der Umfang und Charakter des Pan-

optismus größtenteils durch die Dialektik von Staat und Kapital bestimmt. Tatsächlich wird die Innovation von Überwachungspraktiken und -technologien heute von Staatsapparaten – wie dem der USA – vorangetrieben, die zum Zwecke der Planung, Besteuerung und Kontrolle Informationen über Firmen und Bevölkerungen, legale und illegale Vorgänge sammeln. Dieser Prozess hat sich seit den Anschlägen auf das World Trade Center und das Pentagon im September 2001 entschieden verstärkt. Abgesehen davon haben kapitalistische Unternehmen schon lange panoptische Techniken genutzt, um ihren Profit zu maximieren und/oder Risiken einzuzugrenzen. Voraussetzung dieser Entwicklungen sind die erhöhten Verarbeitungskapazitäten von Kommunikations- und Softwaresystemen.

Die treibende Kraft des neuen Kapitalismus sind Konsum und entsprechende Konsumentenkredite, die die Umschlagsdauer des Kapitals vermindern. Daher hängt die Kapitalakkumulation u.a. von einem komplexen System ab, das Geschäftsvorgänge überwacht und Risiken und Kredite in Echtzeit aufeinander abstimmt. Die Vorgehensweise des modernen Geschäftspanoptismus basiert hauptsächlich auf versicherungsmathematischen Techniken, d.h. auf Risikoverwaltung und nach Möglichkeit auf Risikovermeidung. Sie helfen »unproduktive«, »unprofitable« oder »riskante« Individuen auszuschließen und jene zu selektieren, die als Arbeiter und Konsumenten »konstruiert«, normalisiert oder gewinnbringend eingebunden werden können. Auch genetische Fahndungstechniken, Lügendetektoren und andere Tests fungieren sowohl als Teil des Einstellungsverfahrens in großen US-Unternehmen als auch in (nicht nur vertraulichen) Bereichen der staatlichen Bürokratie, oft verbunden mit Bewertungen der Kreditfähigkeit und der Überprüfung polizeilicher Führungszeugnisse. US-Unternehmen versuchen potenziell, »gefährliche« Arbeiter, die »kränklich« und deshalb zu einer finanziellen Last für das Krankenversicherungssystem des Unternehmens werden könnten, auszusortieren. Einige Theoretiker meinen einen Trend zu einem Überwachungsprozess zu erkennen, der die Arbeiter selbst als Risiken betrachtet. Laut der *American Management Association* werden 75% der Mitarbeiter des amerikanischen Privatsektors elektronisch überwacht; 33% der Arbeiter, die das Internet nutzen, werden beim Surfen beobachtet.

Wie weithin berichtet wurde, wird das Erstellen von Konsumentenprofilen großflächig praktiziert, mit Kreditwürdigkeit verknüpft und im Hinblick auf jede einzelne Transaktion angewendet (z.B., wenn wir an der Kasse auf eine computerisierte Kreditgenehmigung warten). Größere Anschaffungen werden oft durch Darlehen finanziert, die eine genaue Überprüfung der Kreditwürdigkeit erfordern. Die nötigen Informationen werden bei Transaktionen gesammelt, die elektronische Spuren hinterlassen, etwa beim Gebrauch von Chip- oder Kreditkarten und der Nutzung des Internets. Datenbanktechnologien verwalten Dateien über vorangegangene Kreditnahmen und den finanziellen Status der Kunden (sowie in einigen Fällen Vorstrafenregister, Versicherungs- und Gesundheitsakten). Hersteller nutzen diese integrierten Datenbasen wiederum dazu, nach den Konsumentenprofilen neue Modelle zu entwickeln, und auch, um gezielt jene potenziellen Kunden anzuwerben, die als kreditwürdig gelten (Gandy 1993). Dadurch ermöglichen diese Technologien

die Vernetzung der verschiedenen Industriebereiche sowie eine tiefere und flexiblere Verknüpfung von Finanzen, Produktion und Verbrauch – will sagen: Sie stehen im Zentrum der politischen Ökonomie flexibler Akkumulation. Zudem schaffen sie etwas, das als hochwertige Ware betrachtet wird: Datensätze über (Konsumenten-) Populationen. Solche Daten können ihrerseits innerhalb der erweiterten Reproduktion der Zirkulation des Kapitals ge- und verkauft werden.

Besonders das Internet ermöglicht diesen Sortierungs-, Kategorisierungs- und Bewertungsprozess. Zusätzlich dient es als eine Art Hochsee, die sich außer Reichweite vieler nationaler Verfügungs- und Besteuerungsstrukturen befindet. Das Surfen im Internet bringt z.B. die gleichzeitige Erstellung und Speicherung von Aktivitätsprotokollen mit sich. Dadurch trägt es indirekt zur Erstellung von Konsumenten-/Nutzerprofilen bei. Ebenso rasant wie die kommerzielle Nutzung des Internets insgesamt ist die Verwendung von *Cookies* zum Sammeln von Kundendaten gestiegen. Und da das Netz ein grenzenloser Cyberspace ist, ist dieser Prozess transnational und hebt sich über einzelne Rechtsprechungen hinweg. Wichtig ist in diesem Kontext, dass die USA – wo die größten und aggressivsten Datengesellschaften angesiedelt sind – keinen verfassungsrechtlichen Schutz der individuellen Privatsphäre kennen. Private Unternehmen haben riesige Datensätze über Bürger erstellt, und ein großer Teil davon wird ihnen in der Tat von der Regierung (meist zu Schleuderpreisen) verkauft. Einigen Regierungsbehörden (besonders Nachrichtendiensten) kommt das Wachstums des Internets gelegen, da es die Sammlung und Analyse potenziell riesiger Mengen von Daten ermöglicht. Auf ähnliche Weise strebt der öffentliche Sektor danach, das Finanzsystem zu überwachen, um Steuerforderungen geltend zu machen und in einigen Fällen Betrug und Geldwäsche sowie ›Staatsfeinde‹ zu überführen. Gegenüber gesellschaftlichen Gruppen, Bevölkerungen und Ländern, die noch nicht in die Kreisläufe des globalen Kapitalismus hinein normalisiert sind, werden Strategien der Einkerkung, der militärischen Überwachung, der organisierten Gewalt und Intervention als ultimative Machtmittel eingesetzt. In diesem Kontext ist die Hypothese zu spezifizieren: Der Panoptismus ist *ein* Mittel zur zwangsförmigen Unterdrückung der Widersprüche zwischen Kapitalakkumulation und gesellschaftlicher Reproduktion; wenn er versagt, wird zunehmend auf Einkerkungs- und Bestrafungsstrategien zurückgegriffen.

#### 4. Gesellschaftliche Un-Ordnung in den USA: Enklavisierung und Einkerkung

Die panoptischen und normalisierenden Praktiken, welche die us-amerikanische Gesellschaft betreibt, wenden sich hauptsächlich an die Nutznießer zunehmend privatisierter Marktstrukturen und privater Sicherheit. Die Nutzer von Gold- und Platinkreditkarten müssen davon ausgehen, dass ihre privaten monetären Informationen in ›panoptischen‹ Datenbanken bewertet und manipuliert werden; gleichzeitig werden sie jedoch, obwohl normalisiert und eingebunden, durch Rechts- und Zwangssysteme sowie durch räumliche Trennung vor marginalisierten Mitgliedern der Gesellschaft geschützt. In vielerlei Hinsicht sind sie Nutznießer einer neuen

Weltsozialordnung mit sozialer und räumlicher Konzentration von Wohlstand und Armut (zunehmende Ghettoisierung). Laut demographischen Untersuchungen gibt es eine neue globale Ungleichheitspolitik, die Klassenunterschiede in steigendem Maße sozial und räumlich fest schreibt. Dieser Prozess wurde in den Vereinigten Staaten hauptsächlich Rassenunterschieden zugeordnet, wodurch die Dimension der Klassen verhüllt wurde (Massey 1996, 403f).

In den meisten Städten der USA und der sogenannten Dritten Welt werden die Wohlhabenden durch die Bildung von *Gated Communities* und den Einsatz privater Sicherheitsdienste abgeschirmt. Diesen Prozess bezeichne ich als soziale Enklavisierung. Eine seiner Auswirkungen ist die Unterminierung der Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Reproduktion der weniger wohlhabenden Gemeinschaften. Wenn etwa die Wohlhabenden aus den Zentren der großen Städte in ihre Vorstädte flüchten, erodiert das urbane Steueraufkommen. Die Armen erhalten so immer schlechtere Dienstleistungen, während die Reichen einen kleineren Anteil an den Steuern zahlen und trotzdem auf einer Pro-Kopf-Skala mehr Dienstleistungen erhalten als zuvor in sozial gemischten Gemeinschaften. Immer öfter bekommen die Reichen die Armen gar nicht mehr zu sehen. Diese Entwicklungen wurden mit der zunehmend nihilistischen und brutalen »Sozialökologie« amerikanischer Städte in Beziehung gesetzt (Massey 1996).

Um deren Auswirkungen unter Kontrolle zu bringen, hat es einen starken Zuwachs an Verbrechensbekämpfung und Gefängnisindustrie gegeben, die zusammen die höchste industrielle Zuwachsrate der letzten zwanzig Jahre haben. Die Einkerkerungszahlen sind fast exponentiell gestiegen. Der dynamischste Zweig dieser Industrie ist der der privaten Gefängnisse, die in wirtschaftlich schwachen, ländlichen Gebieten gebaut werden. Solche Gefängnisse schaffen Arbeitsplätze, steigern das lokale Steueraufkommen und ermöglichen die kapitalistische Super-Ausbeutung billiger Gefängnisarbeit unter repressiven Bedingungen. Wie allgemein bekannt ist, haben die USA unter allen großen Ländern die höchsten Einkerkerungszahlen: 5-8 mal höher als Kanada und die EU, etwas höher als Russland. Darüber hinaus sind amerikanische Häftlinge unverhältnismäßig oft schwarz und männlich; eine erschreckende Quote von 13 Prozent junger schwarzer Männer hat Gefängnisserfahrungen gemacht. Ähnliche rassen- und geschlechtsspezifische Muster treffen auch auf den amerikanischen Umgang mit der Todesstrafe zu.

### 5. Die Überwachung von Freund und Feind

Nach den Anschlägen im September 2001 ist die amerikanische Bundesregierung, unterstützt von einer großen Mehrheit, schnell zu einer Erweiterung ihrer Kontrollbefugnisse übergegangen, die erhöhte Video-, Telefon- und Internetüberwachung mit sich bringt. Biometrische Firmen entwickeln bereits Gesichts- und Netzhauterkennungstechnologien, die z.B. die Identität von Flugpassagieren bestätigen sollen. Die Aktienwerte solcher Firmen sind seit den Angriffen auf die USA stark gestiegen, und das trotz eines allgemeinen Kursverfalls von 10-15 Prozent. Einige ihrer Techniken werden nun in Bundesgesetze zur Einwanderung und Ausländerüberwachung

eingebaut. Am 6. Juni 2002 hat Präsident George W. Bush den formalen Vorschlag zur Einrichtung eines Departments für *Homeland Security* unterbreitet. Er reagierte damit auf den wachsenden öffentlichen Unmut darüber, dass die Regierung es vor den Anschlägen auf Pentagon und WTC versäumt hatte, Warnungen vor einer direkten Bedrohung der USA ernst zu nehmen. Es ist die weitestgehende Umstrukturierung des US-Sicherheitsapparates seit dem Zweiten Weltkrieg, die weit über das gegenwärtige Ad-hoc-System, das über zwanzig einzelne ausführende Organe zusammenschließt, hinausgeht.

Man kann annehmen, dass sich das internationale Gegenstück zur internen Machtstrategie der US-Überwachungssysteme in den US-geführten Allianzen wiederfindet, wobei das Ziel der USA mit der bereits erwähnten modernistischen Dystopie zusammenfällt: Freunde und Feinde werden gleichermaßen unter totale Überwachung gestellt, auch wenn klar ist, wie unerreichbar dieses Ziel bleibt. An dieser Stelle ist ein Standpunkt in Erinnerung zu rufen, den der geopolitische Theoretiker George Kennan nach dem Zweiten Weltkrieg einnahm: Eine amerikanische Abwehrstrategie sollte den damaligen Zustand der Wirtschaft – die sehr ungleiche Verteilung von Reichtum und Macht, die eindeutig zum Vorteil der USA gestaltet war – absichern. In diesem Sinn hat das US-Verteidigungsministerium 1997 ein Strategiedokument veröffentlicht, das vorschlägt, unter »Anwendung aller Mittel« eine »Dominanz auf allen Ebenen« zu verfolgen. Ziel war dabei, die Überlegenheit zu Land und zur See, in Luft und Weltraum aufrecht zu erhalten. Als wichtigste strategische Initiative der USA im 21. Jahrhundert wurde eine rasante Militarisierung des Weltraums angekündigt, die »US-nationale Interessen und Investitionen« vor traditionellen Rivalen und neuen Herausforderungen schützen sollte, etwa den Gefahren aufgrund des »Auseinanderdriftens von ›Besitzenden‹ und ›Nicht-Besitzenden‹« (US Space Command 1997). Die neue strategische Überzeugung der USA ist, dass die Herausforderungen ihrer Übermacht diffuser werden, was bedeutet, dass sogar ›Freunde‹ zu potenziellen Überwachungszielen werden. Angesichts der umfangreichen Vernetzung amerikanischer Nachrichtendienste hat dies natürlich Besorgnis in der EU und anderswo erregt.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass internationale Organisationen unter dem Einfluss der US-Regierung und transnationaler Unternehmen bemüht sind, einheitliche Standards für Datenbasen und -protokolle sowie für andere Formen der Informationsversorgung zu schaffen. Standards legen zwar keine Inhalte fest, aber eine Kontrolle über die grundlegende Infrastruktur verschiedener Netzwerke kann als wichtige Machtquelle betrachtet werden. Die Entwicklung von Netzwerken bekommt dadurch einen strategischen Aspekt. Tatsächlich fordern mehrere US-Militärtheoretiker einen Zugriff ihres Landes auf strategische Knotenpunkte der globalen Systeme und Netzwerke, damit Zugangs- und Beteiligungsregeln für diese Netzwerke kontrolliert werden können. Dies wird als Teil eines Übergangs von alten Kriegsformen zu einem »Informationskrieg« bzw. »Cyberkrieg« verstanden (Fast 2001). Ungeachtet ihres derzeitigen Engagements im ›Krieg gegen den Terror‹ ist sich die Bush-Regierung darüber im Klaren, dass ihre militärischen Prioritäten nicht nur bei einer Neuauflage vom Krieg der Sterne (Raketenabwehr) liegen, sondern



auch darin, ihre weltraumbasierten Satelliten- und terrestrischen Überwachungsstrukturen auszubauen. Die Regierung hat außerdem den Bedarf betont, auf breiterer Ebene Möglichkeiten des Informationskrieges auszuloten, was z.B. Pläne zur Schaffung eines neuen Geheimdienstes im Weißen Haus und im Pentagon, des sogenannten »*Office of Strategic Influence*« (OSI) mit sich bringt. Diese orwellsche Initiative wurde von vielen Amerikanern scharf kritisiert, nachdem Mitglieder der Bush-Regierung erklärt haben, dass das OSI Falschpropaganda und Desinformationskampagnen einsetzen würde, um »anti-amerikanische« Kräfte weltweit zu bekämpfen. Momentan scheint das OSI mit unbegrenztem Budget seinen Weg zu gehen.

Die Bedeutung hochtechnologischer Überwachung spiegelt sich in der neuen Leitung des Pentagons unter Donald Rumsfeld: Vorsitzender der Stabschefs ist nunmehr General Richard B. Myers, der ehemalige Oberbefehlshaber der US-Weltraumstreitkräfte. Myers beaufsichtigte die Entwicklung des militärischen Computernetzwerks, was ihn zum Experten für Taktiken des Cyberkrieges machte. Tatsächlich haben sowohl die Bush- als auch die Clinton-Regierung beachtliche Aktivitäten im Bereich Militär- und Überwachungspraktiken entwickelt, die verdeutlichen, dass der Gebrauch organisierter Gewalt nur ein Teil der neuen Architektur militärischer Macht ist, neben der unnachgiebigen Überwachung von Feind und Freund durch die NSA und andere Nachrichtendienste. Im April 2001 wurde bekannt gegeben, dass das *National Reconnaissance Office* (das Nationale Aufklärungsbüro) der USA von Regierung und Kongress zur großangelegten Ausweitung der Satellitenspionage befugt worden ist. Die US-Initiative »*Future Image Architecture*« ist das teuerste Unterfangen, das jemals von den Nachrichtendiensten durchgeführt wurde. Es zeigt, welche Bedeutung die Bush-Regierung der militärischen Nutzung des Weltraums und der Cyber-Kriegsführung verleiht. Es wird 8 bis 20mal so viele Bilder sammeln wie heutige Systeme; weiterhin wird es in der Lage sein, jedes Ziel für etwa 30 Minuten mit Kameras zu verfolgen (gegenüber 10 Minuten nach heutigem Standard), und »die Fähigkeit haben, so kleine Objekte wie einen Baseball überall zu jeder Zeit auf dem Planeten zu verfolgen«. Es steht mit mächtigen Computern auf der Bodenstation in Verbindung, welche die Bilder (z.B. von Schlachtfeldern) schnell analysieren und an die Behörden der US-Regierung verteilen können (Fitchet 2001).

An dieser Stelle ist anzumerken, dass die USA von den Nachrichtendiensten ihrer wichtigsten Verbündeten profitieren. Viele der elektronischen Überwachungseinrichtungen englischsprachiger Länder sind im sogenannten ECHELON-System zusammengefasst, das seit 1979 ausgebaut wurde. Seine Software, die sich durch Internetserver gräbt, analysiert täglich eine Nachrichtenmenge in zweistelliger Milliardenhöhe. ECHELON speist die Daten in riesige Computer ein, die, als »Wörterbücher«, automatisch Mitteilungen auswählen und weiterleiten, in der bestimmte Zahlen, Themen und Schlüsselwörter vorkommen. In Folge der Angriffe des 11. Septembers unterliegen die Praktiken der Nachrichtendienste rasanten Veränderungen, die entscheidende Auswirkungen auf das Zivilrecht (etwa die Rechte auf Asyl und uneingeschränkte Bewegungsfreiheit) und die Sicherheit der Menschen nicht nur in den Vereinigten Staaten haben. So haben die USA zum Beispiel Kanada

dazu gedrängt, einem vereinheitlichten kontinentalen Sicherheitssystem zuzustimmen (also die US-Struktur als die eigene anzuerkennen), obwohl Kanada eine andere Asyl-, Flüchtlings- und Einwanderungspolitik vertritt. Dies ist allerdings ein Bereich, in dem die Vorliebe der Bush-Regierung für Unilateralismus notwendigerweise gebremst werden wird, da anti-terroristische Maßnahmen eine globale Zusammenarbeit von Polizei und Nachrichtendiensten erfordern. Diese Kooperation kann zwar durch die jüngsten Ereignisse erleichtert werden, aber sie erfolgt keinesfalls automatisch – insbesondere was Überwachung zum Nutzen des amerikanischen Kapitals betrifft. Kontinentaleuropäer schenken amerikanischen Beteuerungen keinen Glauben, nach denen ECHELON nicht für Handelsspionage und das Ausspionieren der Bürger benutzt würde. Von Frankreich und Deutschland angeführt, haben sie begonnen, Konkurrenzsysteme aufzubauen, zum Teil zu kommerziellen und Handelszwecken. Die öffentliche Meinung in der EU scheint über die routinemäßige US-Überwachung von Telefonaten, Faxen und E-Mails besorgt zu sein. Die Vereinbarungen von UKUSA (eines nachrichtendienstlichen Abkommens englischsprachiger Länder, das 1947 in Kraft trat) bieten den USA allerdings einen stabilen Brückenkopf nach Europa, und damit die Möglichkeit, einen großen Teil europäischer Telekommunikations- und Datenflüsse ständiger Überwachung zu unterstellen.

## *6. Schlussfolgerungen*

Weitere Momente der oben genannten Prozesse ergeben sich aus weltweiten Tendenzen zur Privatisierung nicht nur der staatlichen Industrien, sondern auch der sozialen Versorgung, wie sie neuere Berichte der Weltbank und der UNDP ausführlich dargestellt haben (UNDP 2000; Weltbank 2002). Durch sie wird das Risiko immer stärker auf die private Ebene verschoben und Risikobegrenzung erhält eine eigene Marktform, z.B. diejenige privater Gesundheitsversorgung, privater Sicherheitsdienste etc. Gleichzeitig werden die Risiken immer allgemeiner, wie z.B. bei Umweltkatastrophen, aber auch beim Fall von Aktienwerten oder beim Zusammenbruch eines Großunternehmens wie Enron, der die Lebensersparnisse vieler Arbeiter vernichtet.

Allgemein bedeutet die Logik des Panoptismus in der postmodernen Situation das Bemühen, Risiken und Ungewissheit derart unter Kontrolle zu halten, dass einerseits Unordnung und Chaos eingedämmt und andererseits vielfältige Widerstände gegen Kapital und Staat gebrochen werden, etwa solche, die auf den Eigenheiten kultureller Systeme gesellschaftlicher Reproduktion basieren. Dabei bestimmt das Kapital ebenso wie der Staat und die internationalen Organisationen, was in eine normalisierte und legitimierte Abbildung, Ordnung und Überwachung der Gesellschaft hineingehört und was nicht. Abschließend ist zu fragen, wie eine weitere wissenschaftliche Untersuchung dieser Problematik aussehen könnte. Vom Standpunkt der feministischen politischen Ökonomie aus wäre zunächst zu fragen, auf welche Weise Grundprozesse gesellschaftlicher Reproduktion der expandierenden Warenform und einer intensivierten Überwachung untergeordnet werden – oder bestimmter, ob es einen Widerspruch zwischen der global ausgeweiteten

Reproduktion des Kapitals und der gesellschaftlichen Reproduktion der Arbeitskraft gibt, die ja per definitionem in spezifischen Gemeinschaften auftritt. Aus der Perspektive eines transnationalen Klassenstandpunkts hätte man zur Beantwortung der selben Frage mehr darüber herauszufinden, wie der Wandel von Machtstrukturen und Strukturen gesellschaftlicher Reproduktion mit der Transformation kapitalistischer Eigentumsstrukturen zusammenhängt. Denn das Kapital hat zwar eine mächtige Stimme im politischen Prozess, aber es hat besonders unter globalisierten Bedingungen auch die Möglichkeit, sich aus bestimmten nationalen Rechtsräumen zurückzuziehen, sobald deutlich wird, dass das Geschäftsklima verdorben ist. Nichtmobile Produzenten und Arbeiter sind an bestimmte Orte gebunden und haben diese Rückzugsoption nicht. Dies ist ein Aspekt der strukturellen Macht des Kapitals. Demokratie und die Fähigkeit, Strukturen gesellschaftlicher Reproduktion aufrecht zu erhalten, erfordern also sowohl eine umfangreiche demokratische Überwachung als auch mehr Möglichkeiten, die Besteuerung (mobilen) Kapitals durchzusetzen. In einem dritten Ansatz brauchen wir angesichts des steigenden Unsicherheitsgefühls – sogar auf Seiten der Mächtigen – viel mehr Wissen über das Verhältnis zwischen sozialer Entwurzelung, Wirtschaftskrise und neuen Formen organisierter Gewalt. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass dies durch die heutigen Überwachungsformen gewonnen werden kann, da diese mit groben, dichotomen Methoden der Kategorisierung und Klassifizierung arbeiten. Das Problem ist epistemologischer und gesellschaftlicher Art. Der Transparenzkapitalismus kam auf, als globale Wirtschafts- und Finanzkrisen ausbrachen und wirtschaftliche Ungleichheit stieg. Eine Manifestation dieser Situation ist irrationaler, gewalttätiger Widerspruch – inklusive des Terrorismus der Schwachen. Eine Erklärung dafür ist, dass die Staaten sich zusehends darauf konzentrieren, eine wirksame Umgebung für das Kapital zu schaffen, während sie sich aus der Gewährleistung gesellschaftlicher Reproduktionsbedingungen (Wohlfahrt, Bildung, Gesundheit) zurückziehen. Das derart geschaffene Vakuum besetzen nun erzkonservative Kräfte. Einige dieser Kräfte versuchen – auf reaktionäre Weise – inmitten des ausgeweiteten Überlebenskampfes neue Bedeutungs- und Ordnungsstrukturen zu erstellen, andere indoktrinieren unterdessen ihre Gefolgsleute zu einem Märtyrerverhalten, das sich gegen den Westen im allgemeinen und die USA und Israel im besonderen richtet.

Auch wenn daher die Anschläge des 11. Septembers 2001 das Werk radikaler Fundamentalisten aus der Mittelschicht waren, die als Märtyrer ihrer Sache agierten, bleibt es wichtig, den weiteren Kontext und die starken Vorbehalte großer Teile der Weltbevölkerung gegenüber der Macht der USA nicht aus den Augen zu verlieren. Um diese Bedrohung in Schach zu halten, bedarf es weit mehr als militärischer Überwachungseinrichtungen oder einer Ausweitung der amerikanischen Propagandamaschine in der islamischen Welt. Was nötig ist, sind politische Praktiken, welche die Unsicherheit der Menschen, die wirtschaftliche Entwurzelung und die Privatisierung des Risikos angehen.

Aus dem Englischen von Henrike Lichtenberg

## Literatur

- Bakker, Isabella, »Neoliberal Governance and the New Gender Order«, in: *Working Papers*, 1. Jg., 1999, H. 1, 49-59
- Bentham, Jeremy, *The Panopticon Writings*, London-New York 1995
- Braithwaite, John, u. Peter Drahos, *Global Business Regulation*, Cambridge 2000
- Braudel, Fernand, *Civilization and Capitalism, 15th-18th century*, 3 Bd., New York 1982
- Fast, William R., *Knowledge Strategies: Balancing Ends, Ways, And Means In The Information Age*, Washington 2001
- Foucault, Michel, *Überwachen und Strafen*, Frankfurt/M 1974
- Gandy, Oskar Jr., *The Panoptic Sort: a Political Economy of Personal Information*, Boulder 1993
- Gill, Stephen, *American hegemony and the Trilateral Commission*, Cambridge/UK-New York 1990
- ders., »Globalisation, market civilisation, and disciplinary neoliberalism«, in: *Millennium*, 23. Jg., 1995, H. 3, 399-423 (zit. 1995a)
- ders., »The Global Panopticon? The neo-liberal state, economic life and democratic surveillance«, in: *Alternatives*, 20. Jg., 1995, H. 1, 1-49 (zit. 1995b)
- ders., »Finance, production and panopticism: inequality, risk and resistance in an era of disciplinary neo-liberalism«, in: ders. (Hg.), *Globalization, Democratization and Multilateralism*, New York 1997
- ders., »Auf dem Weg zu einem postmodernen Fürsten?«, in: *Zeitschrift für Marxistische Erneuerung*, 12. Jg., 2001, Nr. 48, 60-72
- ders., *Power and Resistance in the New World Order*, Basingstoke 2002a
- ders., »Constitutionalizing Inequality and the Clash of Globalizations«, in: *International Studies Review*, 3. Jg., 2002, H. 4, 47-65 (zit. 2002b)
- Picchio, Antonella, *Social reproduction, the political economy of the labour market*, Cambridge/UK-New York 1992
- Polanyi, Karl, *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaftssystemen* (1944), Frankfurt/M 1975
- UNDP, *Human Development Report 2000*, New York 2000
- World Bank, *Building Institutions for Markets*, Washington DC 2002



»Eine knappe Beschreibung des Kapitalismus zu Beginn des 21. Jahrhunderts.« E. Hobsbawm

Karl Marx & Friedrich Engels  
**Das Kommunistische Manifest**

Eine moderne Edition

Mit einer Einleitung von Eric Hobsbawm

geb. mit Schutzumschlag

ISBN 3-88619-322-5 · 12,90 € [D]

**Argument**

Im Buchhandel oder direkt vom Argument-Versand: Reichenberger  
Str. 150, 10999 Berlin, Fax: 030 / 611 42 70 versand@argument.de

Joachim Hirsch

## Macht und Anti-Macht

Zu John Holloways Buch *Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen*<sup>1</sup>

Wer von dem Buch einen praktischen Ratschlag erwartet, wie nun die Welt zu verändern sei, wird enttäuscht werden. Es geht erst einmal darum, wie sie *nicht* verändert werden kann, wenn es um Emanzipation und Befreiung gehen soll: durch das Ergreifen von (Staats-) Macht. Gezeigt werden soll, dass es darum geht, Anti-Macht, kreative Macht zu entwickeln, dass Weltveränderung als Negation dessen begriffen werden muss, was gemeinhin als Politik verstanden wird und sich in der immerwährenden Reproduktion von Macht- und Unterdrückungsverhältnissen erschöpft. Eine »Gesellschaft ohne Machtverhältnisse« ist das Ziel.

Drei zentrale Begrifflichkeiten bestimmen die Argumentation: der Schrei, instrumentelle und kreative Macht sowie Fetischisierung. Mit »Schrei« ist die Wut über die bestehenden Zustände, das Aufbegehren, das Nicht-mehr-mitmachen-Wollen gemeint, das am Anfang jeder kritischen Reflexion steht. Die Wut, nicht die Vernunft drängt zum Gedanken. In einem existenzialistisch anmutenden Rekurs auf unmittelbare Subjektivität wird »die Weigerung, das Inakzeptable zu akzeptieren« und das Bewusstsein von der Möglichkeit eines »radikalen Andersseins« zum Ausgangspunkt von Denken und Handeln. Unter den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen wird die ursprüngliche, kreative Macht der Menschen, ihre Fähigkeit, das gesellschaftliche Leben selbst zu gestalten, negiert durch die »Unterbrechung des gesellschaftlichen Flusses des Tuns«, durch Fremdbestimmung, die im Kern aus der Trennung von den Bedingungen ihrer Tätigkeit resultiert. Daraus erwächst instrumentelle Macht, die den Fluss des Tuns unterbricht und im Kapitalverhältnis mit der damit verbundenen Versachlichung der gesellschaftlichen Verhältnisse ihren historischen Höhepunkt findet. Diese Versachlichung äußert sich im Prozess der Fetischisierung, in der Verdinglichung gesellschaftlicher Beziehungen, durch die das eigene Produkt der Menschen zu einer sachlichen Gewalt über sie wird, wie Marx und Engels es in der *Deutschen Ideologie* ausdrücken. Die Fetischisierung fesselt die Menschen, ihr Denken wie ihr Handeln an die bestehenden Zustände. Damit vervollständigt sich ihre »Entmenschlichung«. Die Reproduktion von Herrschaft und Ausbeutung durch eigenes Denken und Tun, das Eindringen instrumenteller Macht in alle Subjekte ist das zentrale Problem einer Theorie der Revolution.

Von hier aus müssen die – gescheiterten – kommunistischen und sozialdemokratischen Versuche, die Welt mittels des Ergreifens staatlicher Macht zu verändern, grundsätzlich kritisiert werden. Das Spiel von Macht und Gegenmacht reproduziert immer nur auf neue Weise instrumentelle Machtverhältnisse. Der Staat ist, neben Ware

1 Holloway, John. *Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen*, aus dem Engl. von Lars Stubbe, Westfälisches Dampfboot, Münster 2002 (255 S., br., 24,80 €)

und Geld, Ausdruck der Fetischisierung gesellschaftlicher Beziehungen. Er ist nicht der Sitz von Macht, sondern Ausdruck der die kapitalistische Gesellschaft kennzeichnenden Trennungen. Um es in den Worten der materialistischen Staatstheorie auszudrücken, ist der Staat ein Bestandteil des kapitalistischen Produktionsverhältnisses und diesem nicht äußerlich, daher kein neutrales Instrument. Er schreibt die Trennungen und Identifizierungen fest, die Bestandteil instrumenteller Macht sind. Es gilt also, den Staatsfetisch aufzulösen, anstatt sich darauf einzulassen. Dies führt zu einer Kritik an der Tradition des »wissenschaftlichen« Marxismus, der, die marxische Theorie positiverend, dem Fetischismus der bürgerlichen Gesellschaft aufsitzt. Im instrumentellen Begriff von Macht gefangen bleibend, reproduziert er diese in Theorie und Praxis: Befreiung wird zur Tat von Avantgarden, nicht durch, sondern »für« die Unterdrückten, als Veranstaltung einer Partei, die das Etikett »revolutionär« völlig zu Unrecht trägt.

Gleichwohl ist die kapitalistische Gesellschaft kein geschlossenes Gehäuse der Hörigkeit. Fetischisierung ist kein Zustand, sondern ein permanent umkämpfter Prozess. Dies resultiert daraus, dass instrumentelle Macht immer auf die Potenziale kreativer Macht, ihre Benutzung und Ausbeutung angewiesen bleibt. Darin wurzelt die Möglichkeit eines befreienden Handelns. Es richtet sich gegen alle Identifizierungen und Klassifizierungen, sei es als Klasse, Geschlecht oder Nation, die die Antithese gegenseitiger Anerkennung darstellen. »In der bürgerlichen Theorie ist Subjektivität gleichbedeutend mit Identität. Wir (...) verstehen (...) unter Subjektivität die Negation von Identität« (89). Es geht also darum, »im Wesen der kapitalistischen Macht selbst nach Hoffnung zu suchen. (...) Allgegenwärtige Macht bedeutet allgegenwärtigen Widerstand« (96). Dieser beruht darauf, dass es die Menschen selbst sind, die die bestehenden Zustände, ihre Unterdrückung schaffen und reproduzieren. Die Abhängigkeit der instrumentellen Macht – des Kapitals – von der kreativen bedingt ihre grundsätzliche Fragilität und Verletzbarkeit und dies ist es, was die Hoffnung auf die Möglichkeit besserer Zustände eröffnet. Die permanente, nur unterschiedliche historische Ausformungen annehmende Krise des Kapitalismus resultiert aus dem Zwang des Kapitals, sich von der kreativen Macht der Produzenten sowohl zu befreien als auch diese in immer neuen Formen zu unterwerfen. Somit sind Widerstand und Kampf in das bestehende Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnis grundsätzlich eingeschrieben.

Holloway entwickelt in seinem Buch einen Entwurf kritisch-materialistischer Theorie, der Tradition hat. Er geht von einer an den Frühschriften orientierten Marx-Interpretation aus und beschäftigt sich ebenso eingehend wie kritisch mit den Schriften von Georg Lukács und der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule. Ausgenommen von jeder Kritik bleibt allerdings Marx selbst. Auf die in seinem Werk enthaltenen Problematiken und Widersprüche wird nicht eingegangen. Holloway referiert und radikalisiert die Erkenntnisse einer an die gesellschaftlichen Formbestimmungen anknüpfenden materialistischen Staatstheorie und er tut dies in einer eingängigen und verständlichen Sprache – wohl auch ein Vorteil der (von Lars Stubbe im Übrigen sehr gut gemachten und mit kenntnisreichen Erläuterungen versehenen) Übersetzung. Allerdings reproduziert er damit aber auch die oft diskutierte Problematik eines »hegelianischen« Marxismus. Zwar räumt er ein, dass die Subjekte von den bestehenden

gesellschaftlichen Verhältnissen geprägt und geformt, »beschädigt« werden. Seine Argumentation beruht indessen auf der Annahme einer essenziellen, jenseits aller gesellschaftlichen Bedingungen existierenden Subjektivität und »Menschlichkeit«, die in dem die Geschichte durchziehenden und in der kapitalistischen Gesellschaft auf ihren Höhepunkt kommenden Verhältnis von Trennung und Fetischisierung sich selbst entfremdet: das Subjekt wird durch die Entfaltung instrumenteller Macht »entsubjektiviert« und die Menschheit »entmenschlicht«. Damit formuliert er eine Gegenposition zu aktuellen poststrukturalistischen und dekonstruktivistischen Theorien, setzt sich aber auch über einige in diesem Zusammenhang entwickelte Einwände hinweg. Der sozusagen existenzialistische Rekurs auf unmittelbare Subjektivität in der Kategorie des »Schreis« ist nicht nur sympathisch, sondern als Ausgangspunkt jeder theoretischen Kritik sicherlich notwendig. Ob es damit jedoch gelingt, den durch die Frage nach dem Maßstab und dem Subjekt von Kritik bezeichneten gordischen Knoten kritischer Theorie wirklich zu durchtrennen, ist zu bezweifeln. Holloways Subjektkonzeption lässt Befreiung zur Wiederherstellung von etwas Ursprünglichem, im Kern vorhandenem, eben zu »Ent«-Entfremdung werden. Demgegenüber sollte der marxsche Satz, das »Wesen« des Menschen sei »in seiner Wirklichkeit« das »Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse«, durchaus ernst genommen werden. Tut man dies nicht, so braucht die Frage, welche Subjekte für welche Freiheit und welche Form der gesellschaftlichen Existenz kämpfen, überhaupt nicht mehr gestellt zu werden. Dadurch entsteht die Gefahr, dass »Würde« – der immer wieder genannte normative Maßstab – zur leeren Metapher wird. Althussers »theoretischer Antihumanismus«, der sich gegen totalitäre Implikationen eines hegelianischen Marx-Verständnisses gerichtet hat, wäre in diesem Zusammenhang jedenfalls eine genauere Auseinandersetzung wert gewesen.

Holloway präsentiert wichtige und außerordentlich beachtenswerte Argumente für eine Kritik auch linker Theorien, ihren wie immer heimlichen Positivismus, ihren Funktionalismus, ihr letztendliches Verschwägertsein mit der herrschenden Macht. Gleichzeitig zeigt er eine beeindruckende Nonchalance, wenn es darum geht, sich genauer auf sie einzulassen. Foucault wird als Theoretiker komplex verzweigter Machtbeziehungen zwar zur Kenntnis genommen, ohne jedoch darauf einzugehen, dass sein Machtkonzept dem des Autors diametral entgegengesetzt ist, dass bei ihm das Verhältnis von instrumenteller und kreativer Macht eben nicht einfach als »antagonistisch« gefasst wird. Allerdings bleibt Holloway gerade in dieser Beziehung selbst einigermaßen unscharf, z.B. wenn er darauf hinweist, dass wir »zutiefst und unabdingbar« (58) Teil des Antagonismus von instrumenteller und kreativer Macht sind. Ob dies grundsätzlich der Fall ist oder nur auf die kapitalistische Gesellschaft zutrifft, ist nicht ganz klar. Im ersteren Falle hätte so ähnlich auch Foucault argumentieren können. Dennoch wird ihm vorgeworfen, er bleibe in bürgerlichen Kategorien befangen, was in dieser Schlichtheit kaum haltbar ist. Foucault ernster zu nehmen, hätte allerdings bedeutet, den Gegensatz von »Macht« und »Anti-Macht«, auf dem das ganze Argument ruht, grundsätzlich zu problematisieren.

Gramsci kommt erheblich schlechter weg und wird praktisch mit einem Nebensatz als ebenfalls dem Fetisch – konkreter: staatszentrierter Avantgardepolitik – aufsitzend

abgetan. Gramsci kann in dieser Beziehung sicher kritisiert werden, aber die Behauptung, er habe die Bedeutung permanenter (Klassen-)Kämpfe übersehen, ist einfach unhaltbar. Die in die gleiche Schatulle gesteckte Regulationstheorie wird kritisiert, weil sie »den Kapitalismus als eine relativ reibungslos sich selbst reproduzierende Gesellschaft betrachtet, in der alles, was für die kapitalistische Reproduktion notwendig ist, automatisch vonstatten geht« (157). Nun wird das Problem des Funktionalismus innerhalb der Regulationstheorie selbst ausgiebig diskutiert, allerdings erheblich differenzierter. Hier wäre eine genauere Kritik hilfreicher gewesen als pauschale Abkanzelung. Immerhin stellt die Regulationstheorie die Frage, wie der Kapitalismus als antagonistische, von Klassenkämpfen durchzogene Gesellschaft überhaupt relative Stabilität erlangen kann und formuliert dafür Bedingungen, die keinesfalls »funktional« garantiert, sondern eben unkämpft sind. Mit der Reproduktion ist es ohnehin so ein Problem. Holloway sieht mit einer Theorie der Reproduktion grundsätzlich die Unmöglichkeit verbunden, Fetischisierung zu verstehen. Die Begründung dafür bleibt er indessen schuldig. Im Übrigen hatte schon Marx darauf hingewiesen, und einige seiner im Text zitierten Äußerungen zeigen dies auch, dass das kapitalistische Produktions- und Herrschaftsverhältnis eben nur von seiner Reproduktion her begriffen werden kann und dass es darauf ankommt, diesen Prozess genau zu verstehen. Reproduktion ist Klassenkampf, wessen sich jede ernster zu nehmende kritisch-materialistische Theorie bewusst ist. »Regulation« der Reproduktion gelingt nur so lange, als die Kämpfe die kapitalistischen Formen (oder den »Fetisch« in der Sprache des Autors) nicht sprengen. Dies alles wäre in einschlägigen Texten leicht nachzulesen und Holloway hätte hier sogar interessante Ansatzpunkte für seine eigene Argumentation, z.B. in Bezug auf die im Prozess der Fetischisierung und der Herausbildung gesellschaftlicher Formen enthaltenen Konflikte und Widersprüche finden können. Insgesamt fällt auf, dass Holloways Theoriekritik durchgängig von einer bemerkenswerten Immunisierungsstrategie geprägt ist.

Dennoch zeichnet sich der Text durch den Versuch aus, das dialektische Denken von Marx konsequent anzuwenden und auch weiterzuentwickeln. Holloway kann sehr gut nachweisen, dass kritische Theorie ihr Ziel verfehlt, wenn sie sich darauf nicht einlässt. Ein Problem entsteht dadurch, dass er diese Dialektik an entscheidenden Punkten still stellt und Negation ins Positive verkehrt. Kreative Macht als die Negation instrumenteller Macht steht zu dieser zugleich, wie er selbst sagt, in einem »unabdingbaren«, eben einem widersprüchlichen Verhältnis. Gleichzeitig wird sie von Holloway als essenziell, als von Widersprüchen freie Möglichkeit positiviert. Identifizierung wird als »Antithese« gegenseitiger Anerkennung zur Entfaltung kreativer Macht bezeichnet. Unterschlagen wird dabei, dass Anerkennung gleichzeitig Identifizierung voraussetzt – ein Widerspruch, der in einigen aktuellen Debatten um »Identitätspolitik« sehr viel schlüssiger entfaltet wird. Eine in gewissem Sinne ebenso »undialektische« Herangehensweise kennzeichnet Holloways Umgang mit den Begriffen Fetisch und Fetischisierung. Dass in der Durchsetzung der kapitalistischen Formen, von Warenförmigkeit und Geldbeziehungen, in der Zentralisierung der Gewalt und in der Trennung von Staat und Gesellschaft auch ein Element von Freiheit und Selbstbestimmung liegt, wird zwar kurz erwähnt, bleibt aber argumentativ folgenlos. Aufklärung verkümmert gar zu einer



»philosophischen Begleitmusik zur Entwicklung kapitalistischer Verhältnisse« (84). Die Frage, ob und in welcher Weise eine differenzierte und freie Gesellschaft objektiver Formen, d.h. in der Tat einer spezifischen Versachlichung bedarf, dass es also möglicherweise darauf ankäme, diese nicht einfach abzuschaffen, sondern bewusst mit ihnen umzugehen, Fetischisierung also sozusagen im hegelschen Sinne »aufzuheben«, wird nicht gestellt. Es ist deshalb kein Zufall, dass Holloway den zu erreichenden gesellschaftlichen Zustand als »Gemeinschaft« und nicht als »Gesellschaft« bezeichnet. Das Ideal einer einfachen, sozusagen urkommunistischen Gemeinschaft wird zum Maßstab. Insgesamt hätte eine Auseinandersetzung mit der »Dialektik der Aufklärung«, mit Horkheimer und Adorno und über diese hinaus gut getan. Gesellschaftliche Naturverhältnisse, ein zentrales Element kritischer Theorie, kommen bei ihm überhaupt nicht vor.

Was überraschenderweise ebenfalls nicht vorkommt, ist Politik. »Politik« und »Anti-Politik« werden in Form einer abstrakten Entgegensetzung behandelt. Der Begriff »Anti-Politik« ist wichtig, insofern er darauf verweist, dass politisches Handeln, das sich auf das Terrain der herrschenden gesellschaftlichen Formen, auf den Staat, die Trennung von »Politik« und »Ökonomie«, von »Staat« und »Gesellschaft« einlässt, keine radikal gesellschaftsverändernde Qualität erlangen kann. Es kommt in der Tat darauf an, den Politikbegriff neu zu definieren. Die Bezeichnung »Anti« hat jedoch erneut den Charakter einer abstrakten Entgegensetzung. Die Entwicklung kreativer Macht kann sich nicht auf die einfache Negation der herrschenden beschränken, sondern bedarf der konkreten Auseinandersetzung mit dieser. Der Staat ist nicht nur ein abstrakter Fetisch, sondern ein gesellschaftliches Kampffeld. Poulantzas (dessen *Staatstheorie* übrigens nicht einmal zitiert wird) hat dies wohl am besten charakterisiert und zumindest in seinen späteren Schriften auf das notwendige und zugleich konflikt-hafte Verhältnis institutioneller und außerinstitutioneller Politik, von »Macht« und »Anti-Macht« hingewiesen. Holloway selbst hat vor längerer Zeit einen Text verfasst, der »In und gegen den Staat« betitelt ist. Dieser Begriff kommt in seinem Buch zwar einmal vor (118), wird aber in keiner Weise ausgeführt. Im Vorwort wird emphatisch die Losung der argentinischen Aufständischen »que se vayan todos« (»alle Herrschenden sollen verschwinden«) zitiert. Das klingt schön. Inzwischen hat die Erfahrung jedoch gezeigt, dass dies allein noch keine Gesellschaftsveränderung bedeutet, wenn es nicht gelingt, über fragmentierte Kämpfe hinaus alternative gesellschaftliche Konzepte zu entwickeln. Dies führt zur Frage der Hegemonie, die Holloway als Ausdruck instrumenteller Macht, als die bestehenden Verhältnisse befestigendes und legitimierendes Konzept abtut (156). Der Kampf gegen die herrschenden Verhältnisse, gegen die Macht erfordert eine Verständigung über Ziele, Gesellschaftskonzepte, darüber, was ein würdiges und gutes Leben ausmacht. Die Entwicklung kreativer Macht wäre selbst ein konflikthafter Prozess. Was dies heißt, liegt nicht einfach im »Wesen« der Menschen begründet, um, wie Holloway meint, im Prozess der Kämpfe einfach freigelegt zu werden. Ihre Realisierung wäre immer Gegenstand von Auseinandersetzungen, Kompromissen und Verhandlungen – und damit eben auch von Macht.

Wenn Holloway auf konkrete Kämpfe eingeht, so geschieht dies in Form einer eigentümlich summarischen Aufzählung, die von den mexikanischen Zapatistas über

die Liverpoolsen bis hin zu den globalisierungskritischen »Demonstrationen gegen die Macht des Finanzkapitals« reicht (179). Zugestanden wird, dass diese Kämpfe selbst – da von »entfremdeten«, beschädigten, der Fetischisierung unterworfenen Subjekten geführt – von Widersprüchen durchzogen sind. Auf diese geht er allerdings kaum ein. Sie erscheinen eher als irgendwie aufzuhebende Nebensache. Sicherlich ist es richtig, sich von der Vorstellung eines vordefinierten revolutionären Subjekts – etwa der »Arbeiterklasse« – und von einer vorgegebenen Einheit der Kämpfe frei zu machen. Holloway führt jedoch eben diese Einheit quasi hinterrücks wieder ein, wenn der völlig abstrakt definierte »Kampf« als solcher zur Leitformel wird. Die Frage, was es praktisch heißt, gegen die Fetischisierung zu kämpfen, wird überhaupt nicht gestellt, obwohl auch Holloway weiß, dass es durchaus Kämpfe gibt, die den gesellschaftlichen Fetisch – die Geld- oder Staatsform, die Identifizierungen – bestätigen und befestigen. Die Frage wäre also, inwieweit es in der Entwicklung der Kämpfe gelingt, die fetischisierten Formen des gesellschaftlichen Lebens zu überschreiten und andere, freiere Formen der Vergesellschaftung zu entwickeln, d.h. das von der herrschenden Macht vorgegebene Terrain der Auseinandersetzungen zu verlassen. Darüber ist vieles geschrieben und einiges ist im Verlauf der Geschichte auch praktiziert worden. Beides ist aber offensichtlich nicht einmal eine Auseinandersetzung wert. Was Holloway in diesem Zusammenhang als Maßstab nennt, sind »Liebe«, »Gemeinschaft«, »Solidarität« – Begriffe, die in ihrer abstrakten Allgemeinheit kaum zu übertreffen sind. Ganz abgesehen davon, dass es schwer fällt, sich eine freie Gesellschaft vorzustellen, die allein auf diesen Prinzipien beruht.

Das führt dazu, dass der Begriff der Revolution ebenso blass wie abstrakt bleibt. Richtig ist, dass sie von selbst durch die herrschende Macht geformten Subjekten gemacht werden muss und dass die damit verbundenen Widersprüche erst in Kämpfen und Auseinandersetzungen aufgelöst werden können, bei denen es vor allem auch um Selbstveränderung geht. Wer ist es nun, die oder der kämpft, sich auflehnt, sich für die Negation entscheidet? Holloways Antwort ist: wir alle – oder zumindest »fast jeder Mensch« (166). Weil wir ja schließlich alle, genau genommen die Kapitalisten nicht ausgenommen, Opfer der Fetischisierung und der instrumentellen Macht sind. Holloway kritisiert Hardt und Negris *Empire* und die darin enthaltenen theoretischen Irrtümer durchaus zutreffend (184ff). Er teilt keineswegs deren insgeheime Affirmation des Neoliberalismus, fällt aber dennoch letztendlich auf eine erstaunlich ähnliche Argumentationsweise zurück. Auch er postuliert, dass die Krise des Kapitals Ausdruck »unserer« Stärke ist, d.h. der Fähigkeit, sich der Fetischisierung und der instrumentellen Macht zu entziehen. Das ist eine Selbstverständlichkeit, insofern Klassenkampf und Krise bereits mit dem Begriff des Kapitals gegeben sind. Die Frage ist, unter welchen Bedingungen und in welchen Formen Kämpfe geeignet sind, nicht nur Bestandteil der Reproduktion des Kapitals zu sein, sondern diese wirklich in Frage zu stellen. Womit wieder die Frage der Politik auf der Tagesordnung stünde.

Beachtlich ist, dass Holloway trotz aller Kritik ein Konzept entwickelt, das dem der »Multitude« von Hardt und Negri frappierend ähnlich ist. Die Frage ist, wie es eigentlich dazu kommt, dass diese Argumentationsfigur – die Konstruktion einer nicht

näher spezifizierten, rebellischen, kämpfenden »Menge« – inzwischen sozusagen den *Mainstream* linker Theorie bezeichnet. Man könnte vermuten, dass dies nicht nur mit dem Verlust alter revolutionärer Sicherheiten und damit verbundenen theoretischen Orientierungsproblemen, sondern auch der Wahrnehmung einer scheinbar unentrinnbar geschlossenen Machtstruktur zu tun hat, gegen die nur noch die abstrakte Negation gesetzt werden kann. Die Reaktion auf den Verlust des konkreten revolutionären Subjekts besteht in dessen verschwommener Verallgemeinerung. Der Appell an die Negation, den Bruch mit dem Bestehenden, an das Nicht- mehr- mitmachen ist zweifellos wichtig, wird allerdings politisch weitertreibend nur, wenn er theoretisch mit einer genauen Analyse der sich verändernden Reproduktionsformen des Kapitalismus, seiner historischen Formveränderungen verbunden wird, also dem, was Holloway recht pauschalisierend als die bestehenden Verhältnisse legitimierende Theorie denunziert.

Unter diesen Voraussetzungen wird es zum wesentlichen Zweck von Theorie, Hoffnung zu wecken. Und darauf zielt Holloways Buch vor allem ab. Hoffnung wird allerdings nur im Kontext einer die bestehenden Verhältnisse in allen ihren Widersprüchlichkeiten zur Kenntnis nehmenden konkreten Utopie wirkungsmächtig. Holloways Botschaft hat – sein Sprachduktus ist nicht zufällig – etwas merkwürdig Pastorales. Es handelt sich um eine Sozialphilosophie mit – nicht zuletzt wegen der theoretischen Immunisierungsstrategie – eigentümlich theologischen Zügen. Oft drängt sich der Eindruck auf, als gehe es nur um die richtige Auslegung der richtigen Schriften. Weil konkrete materielle Verhältnisse, Vergesellschaftungsformen, der Umgang mit Macht, eine Spezifizierung des Politikbegriffs nicht vorkommen, gerät er in die Gefahr, bei einem idealistischen Appell für eine Veränderung des Bewusstseins zu verharren.

Dennoch muss betont werden, dass das Buch außerordentlich lesenswert und wichtig ist. Holloway arbeitet vielfach in Vergessenheit geratene Elemente einer kritisch-materialistischen Theorie auf und entwickelt sie weiter. Angesichts dessen, dass diese im Kontext einer sich pragmatisch gebenden linken »Realpolitik« vielfach keiner Berücksichtigung und Diskussion mehr wert zu sein scheinen, ist seine Intervention ebenso notwendig wie erfreulich. Seine Ausführungen zur Bedeutung und zum theoretischen Stellenwert der marxischen Werttheorie sind, um nur ein Beispiel zu nennen, glänzend (vgl. 211ff). Und natürlich ist seine Kritik an der aktuellen linken Theoriebildung ernst zu nehmen, auch wenn er sie nicht besonders gut entwickelt. Er liefert eine treffende Kritik aller politisch-theoretischen Konzeptionen, die darauf hinauslaufen, die bestehenden Machtverhältnisse mit ihren eigenen Mitteln bekämpfen zu wollen, etwa durch Eroberung oder Beeinflussung der Staatsmacht. Damit greift er in zentrale Auseinandersetzungen etwa innerhalb der aktuellen globalisierungskritischen Bewegung ein. »Dieses Buch hat kein Ende«, schreibt Holloway zum Schluss, »es ist eine Frage, eine Einladung zur Diskussion« (248). Diese Einladung sollte auf jeden Fall aufgegriffen werden, allerdings auch im Sinne einer Kritik nicht nur der Blindstellen, sondern mehr noch einiger seiner theoretischen Grundannahmen. Dies könnte die Chance eröffnen, eine radikale Theorie der Befreiung wieder auf die Tagesordnung zu setzen. Und eben das wäre sicherlich im Sinne des Autors.

Georges Labica

## Gewalt der Herrschenden, Gewalt der Beherrschten<sup>1</sup>

Ich muss Ihnen zunächst gestehen, dass ich etwas gezögert habe, als mich die Einladung der Organisatoren zu dem heutigen Treffen erreichte. Ich sagte mir, dass ein so ozeanisches Problem wie das des Terrorismus uns – nicht nur mich, sondern uns alle – zu Schwimmern macht, die Gefahr laufen zu ertrinken. Ich beschränke mich deshalb auf einen Gesichtspunkt, der den aktuellen Diskurs des Terrorismus betrifft. Mein Ausgangspunkt ist folgende Beobachtung. Die Gewalt, als deren extreme Form oft der Terrorismus gilt, kann nicht als ein Begriff aufgefasst und in eine einsinnige Definition eingeschlossen werden. Ihre Formen sind so verschieden, dass es schwierig und vielleicht willkürlich ist, sie auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Ich erinnere nur daran, dass nicht jede Form von Gewalt notwendig blutig ist. Es ist bekannt, dass die schlimmste Form von Gewalt nicht immer körperlich und sichtbar ist. So etwa die den gesellschaftlichen Verhältnissen innewohnende Gewalt, die keineswegs nur den totalitären oder diktatorischen Regimen zukommt, sondern jede Gesellschaft bestimmt, die auf der Ausbeutung der Arbeit beruht, deren grundlegende Form das Lohnverhältnis darstellt, wobei Krankheiten, Hunger, Elend und Tod die leider alltäglichen Folgen schreiend ungleicher Existenzbedingungen sind. Deshalb entzieht sich das Wesen der Gewalt selbst einem umfassenden Zugriff. Für den Ausdruck Terrorismus gelten ähnliche Schwierigkeiten.

Diese semantische Lage offenbart sich als paradoxe mit dem Diskurs, der heute eine nie dagewesene Ausweitung erfährt und der mit der Aussage auftritt, dass der terroristischen Gewalt eine nicht diskutierbare Bedeutung anhaftet, dass sie nicht Gegenstand einer Untersuchung, sondern lediglich einer unwiderrufflichen Ablehnung sein kann. Diese Haltung in der Folge des 11. September 2001 kannte praktisch keine Ausnahme, und die Kritiker, die meist »antiamerikanisch« genannt wurden, achteten darauf, jede Analyse des Ereignisses mit der üblichen vorbeugenden Formel von der »entschiedenen Verurteilung jeder Form von Terrorismus« einzuleiten.

Dieses Paradox muss untersucht werden angesichts der beträchtlichen politischen Einsätze, die es in unserer Gegenwart impliziert. Terrorismus ist das blindlings begangene Verbrechen, das es auf unschuldige Zivilpersonen abgesehen hat: so die gang und gäbe Definition. Und doch muss jeder dieser Ausdrücke auf den Prüfstand. Es geht hier weder um die Rekonstruktion einer Geschichte noch um das Aufstellen einer Typologie, sondern lediglich darum, an einige Zusammenhänge zu erinnern, die, indem sie auf Unterschiede aufmerksam machen, unser Paradox ins Licht

<sup>1</sup> Vortrag, gehalten am 26.10.02, beim Colloque international sur le Terrorisme, Algier, 26.-28. Oktober 2002

rücken. Der Terrorismus – das Wort, nicht die Sache – ist eine französische Erfindung. Und zwar datiert es von 1794, ebenso wie das Wort »Terrorist«, das im selben Jahr von Babeuf benutzt wurde. Es bezeichnet die Phase, die in der Französischen Revolution als »Schreckensherrschaft« (terreur) benannt wurde, womit ein politisches Vorgehen gekennzeichnet wird, das von den Repräsentanten der Nation (dem Konvent) beschlossen und von der Regierung (dem Wohlfahrtsausschuss) umgesetzt worden ist. Die Schreckensherrschaft kommt laut Robespierre, der weder ihr entschiedenster Anhänger noch Akteur war, der Tugend zu Hilfe, um die Revolution zu retten. Bekanntlich wird ihr im Thermidor durch die Gegen-Schreckensherrschaft (contre-terreur) ein Ende gemacht. Der »rote Terror« zur Zeit der bolschewistischen Revolution wiederum ist nur in Bezug auf den »weißen Terror« zu verstehen. Im Bürgerkrieg stehen die Revolutionäre an der Macht gegen die Gegen-Revolutionäre, die sie stürzen wollen.

Bewegungen von unterschiedlicher Bedeutung, die, näher zur Gegenwart hin, als »terroristische« qualifiziert werden, bezeichnen minoritäre Gruppen, die sich selbst als Avantgarde definieren und Formen des bewaffneten Kampfes gegen die herrschenden Mächte führen. Halten wir fest, dass, in der Praxis, Erfolg oder Misserfolg das Urteil über ihr Handeln fällen. Zu erinnern ist an die antikolonialen Kämpfe, etwa die des Vietcong im ehemaligen Indochina, die der FLN in Algerien, des ANC in Südafrika und – unter unseren Augen – die der palästinensischen Fedajin; in den Metropolen, vor allem in der Zeit von den 1960er bis in die 80er Jahre, die Kämpfe gegen die Bourgeoisie, die Rote-Armee-Fraktion in Deutschland, die Roten Brigaden in Italien, die Zellen Kommunistischer Kämpfer in Belgien, die *Action Directe* in Frankreich, der 17. November in Griechenland, der Grapo in Spanien oder die Libanesische Revolutionäre Armee-Fraktion, von deren Aktivisten viele bis heute in Haft sind. Kann das Wort »Terrorismus« auf triftige Weise alle diese Ausdrücke umfassen?

Heute bezeichnet der Terrorismus eine Form von Gewalt mit planetarischer Ambition, die der Gegenstand eines spezifischen Diskurses ist. Man hält sich nicht mehr damit auf, wie noch gewisse Historiker, dass »die Grenze zwischen dem Terrorismus und dem bewaffneten Widerstand gegen einen (vermeintlichen) Unterdrücker oft verschwommen ist« (Dominique Venner, *Histoire du terrorisme*, Paris 2002). Als müsste nicht gerade auf diese Grenze das Augenmerk gerichtet werden, um sich zu fragen, wer macht was? Wer sind die »Terroristen«? Wer sind ihre »Opfer«? Im Namen welcher Ideologie handeln sie? Welches sind ihre Beweggründe? Welche Ziele verfolgen sie? Usw. Seit dem 11. September 2001 gibt der neue herrschende Diskurs vor, einen Kampf zu führen, der durch eine internationale Mobilisierung gedeckt wird und der nichts weniger will, als den »Terrorismus« auszurotten.

Worauf stützt sich dieser Diskurs, der wörtlich vom Terrorismus spricht und seine Akteure brandmarkt? Er tritt als universeller auf. Er identifiziert den Terrorismus mit al-Qaida, d.h. mit dem radikalen Islamismus (besser: dem »politischen Islam«), der das Böse sein soll. Er ist manichäisch, denn es geht darum, auch wenn er das abstreitet, eine Zivilisation zu »verteufeln« (man beachte die religiöse Terminolo-

gie) und die Gesamtheit der Individuen, aus denen sie sich zusammensetzt, unter Verdacht zu stellen. Umgekehrt setzt er sich selbst als einzig dem Guten dienend, als das Bollwerk der menschlichen Werte und der Demokratie. Die Idee, die sich mithin aufdrängt, ist die des Kreuzzuges: »Wer nicht für mich ist, ist gegen mich.«

Unser Paradox wird von Edward Said treffend erläutert, wenn er sagt:

Die Ideologie des Terrorismus hat also von nun an ein autonomes Leben erlangt, das stets aufs Neue legitimiert wird ohne jeden Beweis, ohne jede logische oder rationale Argumentation [...] Der Terrorismus und der gegen ihn geführte obsessive Kampf sind zu einer Art geschlossenen Kreislaufs geworden aus sich selbst rechtfertigendem Mord und langsamem Tod von Feinden, die in der Angelegenheit weder Wahl noch Stimme haben (*Al Ahram Weekly*, 8. August 2002).

Der Sprecher dieses Diskurses ist bekannt: die Vereinigten Staaten von Amerika, die seine Wirkung perfekt orchestriert haben. Es ist bezeichnend, dass das durch die Attentate vom 11.9. hervorgerufene Sympathiekapital keinerlei Rolle gespielt hat bei einem Land wie Algerien, das seit über zehn Jahren von einer Welle besonders blutiger Attentate überzogen wird. Was die Hypermacht trifft, wird eben auch überbewertet, so sehr, dass man ihr auf emotionalem ebenso wie auf ökonomischem oder militärischem Gebiet eine Art Monopol einräumt. Nach allgemeinem Urteil ist dieses Kapital seither deutlich im Wert gefallen, hat sich doch gezeigt, dass die Interessen, die es verschleiert hat, mit dem moralischen Zuckerguss rein gar nichts zu tun haben. Die omnipotente Arroganz hat die Besorgnis in Feindseligkeit verwandelt. Worum ging es eigentlich? Zunächst handelte es sich darum, den Willen zu weltweiter Vorherrschaft über die Verbündeten mit weniger Macht, wie der »westlichen« Länder, besonders der Europäer zu festigen, beziehungsweise über Nationen, die noch unfähig sind, als Rivalen aufzutreten, wie Russland und China, oder sich in enger Abhängigkeit befinden bzw. Vasallen sind – die Länder der muslimisch-arabischen Welt. Andererseits ging es darum, jede Form autonomer nationaler Entwicklung zu verhindern, wie man es im Falle des Golfkriegs und der Aggression der NATO gegen Jugoslawien gesehen hat. Keiner hat das Recht, auch nur geringfügig vom neoliberalen Modell abzuweichen, das die Herren der Welt verordnet haben. Ferner musste man die Hand auf die Energiereserven des Planeten halten, vor allem das Erdöl und seine Transportwege, wo immer sie sich befinden und egal zu welchem Preis für ihre Inhaber, wiederum den Irak, Afghanistan, die ehemaligen sowjetischen muslimischen Republiken, Venezuela, Kolumbien, Sudan usw. Schließlich musste man, was die Innenpolitik betrifft, wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten entgegentreten, die durch die Wahlskandale, die betrügerischen Bankrotte, die Verschuldung, die Diskriminierungen jeder Art hervorgerufen wurden.

Der Diskurs, der »Terrorismus« sagt, führt schließlich in den Terror, der die Unterwerfung unter die Diktate und Interessen der einzigen Supermacht hervorrufen soll. Er bewirkt damit eine außerordentliche semantische Manipulation, welche die Existenz eines Staatsterrorismus verschleiert und die Formen von Widerstand, die sich ihm entgegensetzen versuchen, als »Terrorismus« stigmatisiert. Schon Jean Genet hat auf diesen Unterschied zwischen befreiender Gewalt, die für ihn vor dreißig Jahren exemplarisch durch das palästinensische Volk verkörpert wurde, und unter-

drückerischer Brutalität, ausgeübt durch den israelischen Besatzer, hingewiesen. Es versteht sich fast von selbst, dass der »Staatsterrorismus«, der nie zu rechtfertigen ist, zur Praxis eines jeden Staates gehört, welcher Natur er auch immer sein mag, weil das angeblich legitime Gewaltmonopol immer auch Missbrauch autorisiert. Wenn es stimmt, wie in einem schönen Anfall von Selbstkritik Präsident George W. Bush der Bonner Afghanistankonferenz am 27. November 2001 mitgeteilt hat, dass »all jene, die Massenvernichtungswaffen produzieren, um die Welt zu terrorisieren, Terroristen sind«, dann wird deutlich, dass der us-amerikanische Imperialismus in der Tat die Quelle und der Mittelpunkt des weltweiten Terrors ist. Der Diskurs, den er einzuflößen versucht, ist nichts anderes als der Diskurs der Knechtschaft. Welches sind die Folgen?

Zwei Arten derselben lassen sich unterscheiden. Auf der sichtbarsten Ebene sind sie politischer Natur. Sie legen es darauf an, international ein Klima der Angst, des Verdachts, der Kriegsbereitschaft zu erzeugen, wobei sie die Medien anstacheln, Öl ins Feuer der Psychose zu gießen. Dabei duldet es keinerlei Zweifel, dass der Krieg eine völlig unangemessene Antwort auf die Gefahr ist, die er bekämpfen soll; und dass die Mittel, die er ins Werk setzt, allenfalls geeignet sind, die Aversion und den auf Rache sinnenden Hass seitens der zu Schuldigen gestempelten Länder, der notorischen »Schurkenstaaten«, anschwellen zu lassen. Auf nationaler Ebene der »verbündeten« bzw. beherrschten Länder betrifft die Militarisierung nicht nur die Rüstung, sondern erstreckt sich ebenso auf die wirtschaftlichen Dispositive. Wie in den USA werden fast überall die Verteidigungshaushalte aufgestockt (z.B. in Frankreich). Einem UN-Bericht zufolge hat sich die Summe der Militärausgaben im Zeichen des »Krieges gegen den Terror« im Jahre 2001 auf 839 Milliarden US-Dollar erhöht, das sind 137 Dollar pro Bewohner und 6 Prozent des Bruttosozialprodukts aller Länder. Man denke an die Hilfe, ja Rettung, die eine solche Summe für den afrikanischen Kontinent darstellen würde, der buchstäblich seines Existenzrechts beraubt ist. George W. Bushs Ankündigung vom 21. Dezember 2001 war klar: »Das Jahr 2002 wird ein Jahr des Krieges sein.« Er ist dabei, diese Botschaft fürs Jahr 2003 zu erneuern. Die Verstärkung der repressiven Maßnahmen beschränkt sich nicht aufs Gebiet der Polizei, sondern zieht gewolltermaßen antisoziale Maßnahmen nach sich, so dass in Frankreich von einem »Krieg gegen die Armen« gesprochen werden konnte (Abbé Pierre). Die Etablierung einer »moralischen Ordnung« durch angeblich »anti-terroristische« Gesetze (in Frankreich fordert eine Petition der Juristen deren Abschaffung), bedroht selbst das Recht auf freie Meinungsäußerung. Das jüngst erlassene Verbot der baskischen Nationalpartei Batasuna in Spanien, die Auslieferung Persichettis, die Haftstrafe für José Bové in Frankreich fügen sich zu der von den USA gegen das Projekt eines internationalen Strafgerichtshofes geforderten rechtlichen Unbelegbarkeit ihrer Bürger, Angehörige des Militärs wie Zivilisten. Die Verweigerung des Rechts, sei es das internationale Recht oder seien es die Menschenrechte, verrät hegemonistische Verachtung. Sie macht sich eklatant bemerkbar bei den Kriegen, die ohne die Parlamente beschlossen werden. Die Nato erhält freie Hand.

Die UNO, ihrer Charta zufolge gegründet zur Verteidigung des Weltfriedens, billigt das unglaubliche Konzept des »Präventivkrieges«, das jeden beliebigen Angriff rechtfertigt. Man erinnert sich noch daran, wie die USA kurzerhand aus der Internationalen Menschenrechtskommission ausgeschlossen worden sind; oder dass sie die Konferenz von Durban verlassen haben, wo der Versklavung der Afrikaner und ihrer Deportation in die Neue Welt der Prozess gemacht wurde. Es verwundert nicht, dass der Rassismus in diesem Schlamm fruchtbaren Boden findet. Bei den vormaligen Kolonialmächten weckt er wieder – und bei den neuen urbanen »westlichen« Generationen provoziert er neu – die Ablehnung des Anderen, so daß es entgegen dem weit verbreiteten, häufig erpresserisch zugunsten der israelischen Regierung eingesetzten Antisemitismusvorwurf nicht mehr primär der Jude ist, wohl aber der Araber und der Muslim, die als Arme überdeterminiert und von vorneherein diskriminiert werden. Der spanische Untersuchungsrichter Garzon hat am Vorabend der Bombenangriffe auf Afghanistan gesagt: »Man wird die Armut vernichten, das Elend bombardieren.«

Die zweite Gruppe von Folgen ist ideologischer Natur. Ihre Liste ist lang. Ich beschränke mich auf die Fälschungen, die dazu dienen, den Kreuzzug und seine totalitäre Zielsetzung als wohlbegründet erscheinen zu lassen. Bleiben wir beim Diskurs. Bei der Definition der (gewaltsamen) Widerstandsformen als »Terrorismus« seien nur die zivilen und unschuldigen Opfer ausschlaggebend. Doch diese Begriffe entstammen der Meinungsmanipulation. Wo wäre der Krieg, der nicht mehr zivile und unschuldige Opfer gefordert hätte als militärische Opfer? Und sind die Soldaten nicht zumeist aus ihren Verhältnissen herausgerissene Zivilisten? Wie sollte man nicht - und mit wieviel Zorn – an Hiroshima und Dresden im Zweiten Weltkrieg erinnern, an die Kinder im Irak, die heute Opfer der Blockade sind, sowie an tausende und abertausende anderer? Soviel ich weiß, waren das weder Militärs noch Terroristen, die unter den Bomben oder in den Krankenhäusern elend zugrundegegangen sind. Schaut man sich überdies die jüngsten Meinungsumfragen an, in denen die Unterstützung der us-amerikanischen und israelischen Bevölkerungen für die Politik ihrer jeweiligen Regierung zum Ausdruck kommt, wie sollten einem bei der Rede von den unschuldigen Zivilisten nicht Zweifel kommen? Die Bürger der Vereinigten Staaten, die den Krieg nie anders als bei den andern gekannt haben, haben sie nicht am 11. September 2001 entdeckt, was sie bislang in aller Ruhe ignorierten, dass sie sich nämlich seit jeher im Krieg befinden, und zwar gegen die ganze Welt? Was soll man im übrigen von den Phänomenen religiöser Regression halten, die von der Psychose des »Zusammenstoßes der Kulturen« ausgelöst worden sind und die auf islamischem Boden kein Land, selbst unter den am meisten laizistischen, aussparen? Die Dispositive ökonomischer Knechtung, des IWF oder der Weltbank, funktionieren unterdessen mit vollem Ertrag ...

Wer glaubt noch, dass das von den USA gegen den »internationalen Terrorismus« in Anspruch genommene Recht auf Selbstverteidigung oder die israelischen »Repressalien« etwas anderes sind als eine Rollenverkehrung (das in Syrien ausradierte Kenitra, Kana im Süden des Libanon, um nur diese Beispiele zu nennen), bei



welcher der Henker sich als Opfer ausgibt? Nichtsdestoweniger zögert man nicht, mit Präsident Vaclav Havel die »Schläge« gegen Jugoslawien als »ausschließlich humanitär« zu qualifizieren. Allein der Fall der Eingesperrten von Guantanamo, die als »Gefangene vom Schlachtfeld« bezeichnet werden, müsste für sich schon ausreichen, um einem die Augen zu öffnen für die Verachtung des Rechts und den »verdunkelten Horizont der Menschenrechte«, wie Mary Robinson, die Hochkommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte, gesagt hat. Was die Identifizierung des Gegners angeht: al-Qaida stellt die Erfindung eines Feindes dar: nach dem Kommunisten der Islamist, denn der Cowboy braucht immer einen Indianer – am liebsten einen toten. Eine Angelegenheit, die, machen wir uns nichts vor, nicht nur die USA angeht, und zwar infolge des Rückstoßeffekts, des »blowback«, wie der 1950, nach der Ermordung von Mossadeq, von der CIA erfundene Ausdruck lautet. Ben Laden aber, falls er denn existiert, ist er nicht ein Klon der CIA und, wie Arundhati Roy gesagt hat, »ein amerikanisches Familiengeheimnis«? Die algerischen »Afghanen«, sind sie nicht unter entsprechendem Segen und dank reichlicher Dollarspesen großgezogen worden, um die Intervention der Sowjetunion zu provozieren? Wie Noriega sind die Taliban der Bumerang, der dem, der ihn geschleudert hat, ins Gesicht zurückschlägt. Ein jüngst erschienenes Buch – *Onze septembre. Pourquoi ils ont laissé faire les pirates de l'air* (»Elfter September. Warum man die Luftpiraten hat gewähren lassen«, von Peter Franssen, EPO, Brüssel) – geht so weit, auf Grundlage zunehmend schlüssiger Dokumente mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit zu behaupten, dass die Spezialdienste der USA gewusst hätten, was geschehen würde. Reden wir vom politischen Islam, dem »Islamismus«, um daran zu erinnern, dass er im Wesentlichen das Produkt der imperialistischen Politiken ist, wie sie seit Bandung praktiziert worden sind. Wer erinnert sich nicht, wenn auch nur bruchstückhaft, an die Ermordungen der antikolonialistischen und antiimperialistischen Führer wie Ben Barka, Curiel, den Che, oder an die Ermordung der Exponenten der Unabhängigkeit wie Lumumba oder Mossadeq, an die Liquidierung der oppositionellen, nationalen und progressiven Bewegungen, an die bewaffnete, finanzielle, ökonomische und diplomatische Unterstützung der Konterrevolutionen und der reaktionärsten Kräfte in der gesamten arabisch-muslimischen Welt: Sind es nicht die muslimischen Zivilisten – allen voran die Frauen, deren Mut niemals genug gelobt werden kann –, die den höchsten Preis an die vom Westen unterstützten islamistischen »Terroristen« entrichtet haben und noch immer entrichten!!

Angesichts dieses wirklichen Zentrums, das der Terrorismus des Superstaates darstellt, dessen bloßes Spiegelbild al-Qaida ist, kommt es darauf an, jenem mit aller Kraft die Widerstandsformen entgegenzusetzen, die ihm trotz ihrer Schwäche die Stirn bieten und ihn auch bereits in Verlegenheit bringen. Wir können sicher sein, dass im Zentrum von al-Quds, wenn es einmal die Hauptstadt des palästinensischen Staates sein wird, ein Denkmal stehen wird, das die Märtyrer der Unabhängigkeit rühmt, in erster Linie die Kamikaze. Und das wird nur gerecht sein.

Dies bringt mich dazu, zum Schluss etwas zur doppelten Notwendigkeit zu sagen, von der wir uns heute leiten lassen sollten, wenn wir gegen den Terrorismus kämpfen wollen, und zwar wirksam kämpfen, nicht nur, indem wir seinen Diskurs oder seine Symptome brandmarken: Die erste betrifft den Imperialismus der Globalisierung unter us-amerikanischer Vormundschaft, der dabei ist, sich jeglicher Kontrolle zu entziehen. Sie ist untrennbar von der zweiten, dem Kampf für die Rechte der Völker und der Demokratie überall auf der Welt.

Aus dem Französischen von Wolfgang Fritz Haug und Peter Jehle

*Anmerkung der Redaktion:*

*Natürlich streiten wir in der Redaktion um die einzelnen Beiträge, diskutieren für und gegen sie. Dafür haben wir z.B. die Einrichtung, dass wenigstens zwei Votanten sich gleichermaßen positiv entscheiden müssen und, so sie entgegengesetzter Auffassung sind, ein Dritter eingeschaltet wird. In dem vorliegenden Heft wurde der Streit um die Beiträge heftiger und bis an den Rand des Zerreißen geführt. Für den zur Diskussion gestellten Text von Georges Labica haben wir schließlich eine Annotation beschlossen und eine Reihe von Desiderata formuliert, die wir als »call for papers« weitergeben.*

*Für den Text spricht, dass hier ein exponierter linker Theoretiker den islamistischen Terror in einem Koordinatensystem von Gewalt und Gegengewalt rekonstruiert, das im hegemonialen Diskurs ideologisch verschleiert wird, um den Terror zur Legitimierung globalen Herrschaftshandelns zu nutzen. Seine Rekonstruktion soll dem Zorn eines großen Teils der Weltbevölkerung eine Stimme geben, der in Armut und Knechtschaft gehalten wird, und wie Labica sind wir der Meinung, dass dieser gerechte Zorn in der politischen Analyse begriffen werden muss. Gegen den Text spricht, dass er mit dem Lob eben jener terroristischer Attentäter provozieren will, die im Bunde mit der israelischen Rechten die Ansätze einer palästinensischen Staatsbildung zunichte machen und das Entstehen einer Zivilgesellschaft sabotieren, die eine israelisch-palästinensische Friedensbewegung tragen könnte.*

*Es ist dringend notwendig, Klarheit über die Widersprüchlichkeit von Gewalt zu gewinnen, über das Verhältnis von Antisemitismus und Antislamismus, die palästinensischen Selbstmordattentate und die Frage des linken Widerstands. Im Argument sind solche Fragen diskutiert worden (vgl. Argument 167, 175, 195, 224). Wir rufen auf, sich an der Debatte zu beteiligen.*

R. Keith Sawyer

## Archäologie des Diskursbegriffs

In den letzten 30 Jahren hat sich der Diskursbegriff nahezu ungehindert in den Gesellschafts- und Geisteswissenschaften durchgesetzt. Seine Ausbreitung und interdisziplinäre Vervielfältigung weisen auf ein intellektuelles Bedürfnis hin, das mit ihm befriedigt wird. Die folgende historische ›Archäologie‹ des Diskursbegriffs wird sowohl die Angebots- als auch die Nachfrageseite dieses vor allem anglo-amerikanischen Trends rekonstruieren: die Herkunft des gegenwärtigen Gebrauchs, die Gründe dafür, ihn Foucault zuzuschreiben, und die Auskünfte, die uns sein Erfolg über unser eigenes intellektuelles Klima gibt.

### *Das Problem*

In den 1980er Jahren begannen britische und us-amerikanische Autoren, sich über die Popularität des Diskursbegriffs und seine widersprüchlichen Verwendungsweisen Gedanken zu machen. So mussten sich z.B. Kulturwissenschaftler mit dem Vorwurf des leeren »Diskurs-Gequatsches« auseinandersetzen (Henriques u.a. 1984, 105). Die Anthropologen Abu-Lughod und Lutz stellten 1990 fest: »›Discourse‹ has become, in recent years, one of the most popular and least defined terms in the vocabulary of Anglo-American academics. [...] Defining discourse precisely is impossible because of the wide variety of ways it is used« (1990, 7). Natürlich beziehen sich diese Autoren nicht auf den relativ unproblematischen Standardgebrauch des Begriffs, wie er schon in den 40er Jahren üblich war: *Diskurs* in diesem traditionellen Sinn bezeichnete sprachliche Einheiten, die größer sind als ein Satz, und *Diskursanalyse* meinte einfach die Untersuchung solcher Satz-Sequenzen (Brown/Yule 1983, Harris 1952, Levinson 1983, 286-94); sie beziehen sich vielmehr auf einen *weiten* Gebrauch, der viel mehr als Sprache umfassen soll. Er hat sich so sehr in Gesellschafts- und Kulturtheorien ausgebreitet, dass er unproblematisch geworden ist und in der Regel keiner spezifischen Zuordnung mehr bedarf. Soweit er doch zugeordnet wird, wird er zumeist auf Foucault zurückgeführt. Dass dies normalerweise eher beiläufig geschieht, ohne Seitenangaben, Belegstellen oder auch nur Buchtitel, zeigt, dass Foucaults Urheberschaft ebenso gefestigt und unproblematisch geworden ist wie die weite Begriffsverwendung selbst.

Die folgenden Beispiele stammen aus verschiedenen Disziplinen: In *post-kolonialen Theorien* ist der Diskurs ein Herrschaftssystem, wenn z.B. Edward Said den »Orientalismus« als »Western style for dominating, restructuring, and having authority over the Orient« definiert und ihn zugleich in Foucaults Diskursbegriff verankert, wie er in der *AW* und in *ÜS* entwickelt worden sei (1978, 3); in der *Anthropologie* wird Diskurs z.B. von Abu-Lughod und Lutz im Sinne von *Kultur*

oder von *Ideologie* verwendet, und dies in einem »much wider Foucaultian sense« (1990, 9) – ohne jegliche bibliographische Angabe; in der *Soziolinguistik* bedeutet Diskurs *Sprechstil* oder *Register*: »Following current practice, we will apply the term ›discourse‹ (a term derived from Foucault) to the many different ways of speaking that are associated with different social contexts, different speaking positions« (Lee 1992, 51); in der *Psychologie* kann Diskurs eine körperliche Praxis bedeuten: »Giving an injection or cutting a body are *discursive practices*. For Foucault [...], discourses and practices should be treated as if they were the same thing« (Parker 1990, 199) – summarischer Verweis auf *AW*; in *feministischen Theorien* mag Diskurs einen *Subjekt-Typ* bezeichnen, so definiert z.B. Mills den »discourse of middle-class femininity« als »utterances, texts, gestures, behavior [...] within which middle-class women could work out their own sense of identity« (1997, 62) – allgemeiner Verweis auf Foucault ohne Werkangabe.

Konsens ist, dass der weite Diskursbegriff von Foucault herrührt, aber dies widerspricht dessen eher begrenzter, technischer Begriffsverwendung. Vielmehr ist er von anderen französischen Autoren (Lacan, Althusser, Pêcheux) entwickelt worden, denen Foucault eher feindlich gegenüberstand. War die »erste Welle« der britischen *Cultural Studies* in den 70er Jahren sich dieses Ursprungs noch bewusst, wurde er von einer zweiten Rezeptionswelle vergessen und nachträglich mit Foucault assoziiert.

### *Foucaults Diskurs über Diskurs: Die Archäologie des Wissens*

Vor der *AW* von 1969 hatte Foucault den Term nicht als ein analytisches Konzept verwendet, danach geht er dazu über, ihn auf bemerkenswerte Weise zu vermeiden. Freilich stimmt Foucaults Begriffsverwendung in *AW* eher mit dem allgemeinen Sprachgebrauch im französischen Strukturalismus überein. So hatte Benveniste 1958 den Diskurs als »in Aktion versetzte Sprache« definiert (1966, 223), die französischen Diskursanalytiker assoziierten ihn anders als ihre anglo-amerikanischen Kollegen mit Begriffen wie Gebrauch, Funktion und Praxis. Sowohl Benveniste als auch Foucault verstanden Diskurse als spezifische Ereignisse des Sprachgebrauchs – Briefe, Reden, Gespräche, Gerichtsdokumente, Bücher.

Zu beobachten ist zunächst, wie Foucault den Diskursbegriff mit anderen analytischen Schlüsselbegriffen – Positivitäten, Diskursformationen und dem Archiv – verknüpft, um seinen begrifflichen Rahmen identifizieren zu können. Zu Beginn von Teil II setzt er der »Ideengeschichte«, die die Kreativität, den Einfluss und das Werk der Individuen betont (42), eine andere Ebene der Analyse entgegen, nämlich »die Gesamtheit aller effektiven Aussagen (énoncés), [...] gesprochen oder geschrieben [...], in ihrer Dispersion von Ereignissen« (41). Hierzu ersetzt er die »wissenschaftliche Disziplin« durch das neue Konzept der *Diskursformation*. Sie stellt eine begrenzbare Gruppierung von Aussagen dar, die vier Kriterien erfüllen muss: dass die Aussagen sich auf den gleichen Gegenstand beziehen, in der gleichen Äußerungsmodalität erfolgen, zum gleichen System der begrifflichen Organisation

gehören und ähnliche Themen und Theorien aufweisen, die Foucault als Strategien bezeichnet. Alle vier Kriterien sind erforderlich, um die Einheit zu gewährleisten, die eine Diskursformation darstellt.

In Teil IV verbindet er die Diskursformation mit den Konzepten der *Positivität* und des *Archivs*: als erstes gewinnen diskursive Praktiken Individualität und Autonomie, d.h. sie überschreiten die *Schwelle der Positivität*. »Die Positivität eines Diskurses [...] charakterisiert seine Einheit durch die Zeit hindurch« (183). Eine Positivität ist die lockerste und am wenigsten regulierte Form einer Diskursformation. Indem Foucault den hegelschen Begriff der Positivität verwendet, setzt er Konnotationen in Bewegung, die von den wenigsten Foucault-Forschern bemerkt worden sind: Für Hegel war Positivität historisch kontingent und repräsentierte eine *Äußerlichkeit*, eine dem Gedanken auferlegte Form von Zwang oder Autorität. Erst nach der Bestimmung der Diskursformation kann Foucault das *Archiv* definieren, nämlich als »das allgemeine System der Formation und der Transformation der Aussagen« (188). Es fesselt unser Denken, und wir können es nicht beschreiben, »da wir innerhalb seiner Regeln sprechen« (189). Wie McNay zeigt (1994, 66), hat Foucault den Begriff des *Archivs* gewählt, um den der *épistémè* zu ersetzen, den er nach der *OD* nicht mehr benutzt hat: er antwortet den Kritikern, die die *épistémè* als eine gänzlich idealistische, strukturalistische Kategorie bezeichnen, indem er die historischen Transformationen und Potenziale des *Archivs* hervorhebt. Foucault benötigt diese drei Begriffe – Diskursformation, Positivität und Archiv –, um die »Archäologie« des Wissens zu beschreiben und ihre Spezifik gegenüber der Ideengeschichte zu bestimmen (224, 231).

Von hier aus kann man den technischen Gebrauch des Terms leichter verstehen, den Foucault in Teil III entwickelt. Nicht zufällig beginnt er seine Definition mit dem Eingeständnis, dass seine vorangegangenen Verwendungen des Terms verwirrend waren: statt die »schwimmende Bedeutung des Wortes »Diskurs«« einzuengen, habe er seine Bedeutung vervielfacht: »habe ich nicht das gleiche Wort Diskurs [...] variieren lassen, je nachdem ich meine Analyse oder ihren Anwendungspunkt verlagerte [...]?« (116) Dabei bezieht er sich auf mehrere beiläufige nicht-technische Verwendungsweisen aus Teil II. Nach dieser Entschuldigung verwendet er den Teil III größtenteils dazu, eine technische Definition des Terms zu entwickeln. Er beginnt mit einer Definition des Begriffs der *Aussage*. Sie bildet die »elementare Einheit des Diskurses« (117), aber nicht in einem strukturalistischen Sinn. Aussagen sind nicht Propositionen oder Sätze. Foucault bestimmt sie vielmehr funktionalistisch als Einheiten des *Sprachgebrauchs*: »Die Aussage ist also nicht eine Struktur, [...] sie ist eine Existenzfunktion« (126). Zu diesem Zeitpunkt meinte Foucault noch, dass Aussagen keine Sprechakte sind, da diese sich in der Regel aus mehreren Aussagen zusammensetzen (120ff), aber diese Behauptung beruhte auf einem Missverständnis der Sprechakttheorie: nachdem Searle ihn darauf hingewiesen hat, dass auch ein Sprechakt aus mehreren Sprechakten bestehen kann, korrigierte Foucault seine Position.<sup>1</sup>

1 Vgl. Foucaults Brief an Searle vom 15. Mai 1979, wo er schreibt: »I was wrong in saying that statements were not speech acts« (z.n. Dreyfus/Rabinow 1982, 46).

Erst nachdem er die *Aussage* bestimmt hat, kann er den Begriff des *Diskurses* definieren. Wieder zitiert er zunächst die »uneindeutigen« Verwendungsweisen, die er selbst zuvor benutzt hatte (156), und es ist bezeichnend, dass sich alle auf spezifische Instanzen des Sprachgebrauchs beziehen. Die dritte Verwendung, nämlich »eine Menge von Zeichenfolgen, insoweit sie Aussagen sind« (ebd.), bildet die Grundlage für seine eigene Definition: »Diskurs wird man eine Menge von Aussagen nennen, insoweit sie zur selben diskursiven Formation gehören.« (170)

Foucault führt diese Definition in zwei bekannt gewordenen Vorlesungen kurz nach der Fertigstellung der *AW* fort. In *Was ist ein Autor?* von 1969 sind die Bezeichnungen »Diskurs« und »Text« austauschbar, und beide beziehen sich nur auf verbale Zeichen: er habe sich an die »Welt der Diskurse« gehalten und sich auf den Autor als »Autor eines Textes, eines Buches oder eines Werkes beschränkt, deren Produktion man ihm legitimerweise zuschreiben kann« (Schriften I, 1020). Die Inauguralvorlesung am Collège de France vom Dezember 1970, *Die Ordnung des Diskurses*, ist insofern von Bedeutung, als Foucault sich hier auf die Verbindungen zwischen Diskursen einerseits und Macht und Wissen andererseits konzentriert. Letztere werden seine späteren Werke zunehmend bestimmen. Er betont, dass nur der Diskurs als sprachliche Praxis mit der Macht verbunden werden kann und grenzt sich damit vom syntaktischen Ansatz der strukturalistischen Linguistik ab (*Odis* 30f). Doch zur gleichen Zeit, als er die Verbindungen von Diskurs und Macht behandelt, beschreibt er die Diskurse nach wie vor als spezifische Instanzen des Sprachgebrauchs und analysiert ihre Herkunft und Organisation mit einem begrifflichen Instrumentarium, das dem der *AW* im wesentlichen entspricht (ebd., 17ff).

### *Foucault und der Strukturalismus*

An foucaultschen Standards gemessen sind diese Definitionen relativ konsistent und unzweideutig. Dennoch ist die Darstellung offenbar so verwirrend, dass sie eine ganze Generation von Sekundärliteratur in die Irre geführt hat. Die Herleitung des weiten Diskursbegriffs von Foucault ist so beständig, weil sie auf zwei grundlegenden Rezeptionsfehlern beruht: zum einen verkennt man den starken strukturalistischen Einfluss auf die Theorieproduktion im Frankreich der 60er Jahre sowie Foucaults intellektuelle Umorientierung nach 1968; zum anderen sind die wirklichen Ursprünge des weiten Diskursbegriffs im anglo-amerikanischen Geistesleben weitgehend unbekannt.

Man kann Foucaults technische Diskurs-Definition nicht verstehen ohne das, was Paul Veyne als die »Hochzeit der strukturalistischen und linguistischen Hektik« der späten 60er Jahre bezeichnet hat (1997, 146).<sup>2</sup> Zur Zeit der Abfassung der *AW* teilte Foucault mit den Strukturalisten das Interesse an der Identifizierung der autonomen Regeln, die seinem Gebiet, der Geschichte des Wissens, zugrunde lagen. Man erforsche vor allem »Formen oder Systeme«, d.h.

2 Zu den Querverbindungen zwischen Foucaults *AW* und dem Strukturalismus vgl. u.a. die Beiträge von Davidson (1997), Dreyfus/Rabinow (1982), Frank (1992), Hall (1980a).

logische Korrelationen zwischen einer Vielzahl von Elementen [...], die zu einer Sprache, zu einer Ideologie [...], zu einer Gesellschaft [...] oder zu verschiedenen Erkenntnisbereichen gehören, wie ich sie untersucht habe. Ganz global könnte man den Strukturalismus definieren als Erforschung logischer Strukturen, wo immer sie entstanden sein mögen (Schriften I, 834).

heißt es in einem Interview 1968.

Dieser Hintergrund ist wichtig, um die Analogien zwischen Foucaults Kategorien und denen der Grammatiktheorie Chomskys zu verstehen: *Aussagen* (Sprechakte) entsprechen den *Worten*, der *Diskurs* dem *Satz*, die *diskursiven Formationsregeln* sind analog zur *Grammatik*, die *Diskursformation* zum *Genre* (Register, Sprachstil) und das *Archiv* zur *Sprache*. Da die Aussagen, die das Grundelement des foucaultschen Systems darstellen, Ereignisse des Sprachgebrauchs sind, muss dies auch für Aussagengruppen gelten. Ein Diskurs ist daher eine spezifische Instanz des Sprachgebrauchs: ein Brief, ein Buch, ein Argument, ein Gespräch. Jeder Diskurs wird, analog zu Chomskys generativer Grammatik, durch die Regeln der Diskursformation und des Archivs generiert. Foucaults Definition legt selbst den Vergleich mit der Transformationsgrammatik nahe: das Archiv ist »das allgemeine System der Formation und der Transformation der Aussagen« (188).

Bekanntlich hat Foucault vehement darauf bestanden, kein Strukturalist zu sein, und zweifellos würde er sich von dem simplistischen anglo-amerikanischen Stil meiner Gegenüberstellung mit Chomsky distanzieren. Tatsächlich ist Foucault kein Strukturalist im Sinne Chomskys oder Levi-Strauss', denn beide suchten nach Beziehungen zwischen Tiefen- und Oberflächenstrukturen, »Kompetenz« und »Performanz«, mit dem Schwerpunkt auf ersterer, die sie mit einer zugrundeliegenden systemischen Ebene assoziierten. Dagegen konzentriert sich Foucault auf *Praxis*, »verbale Performanz« (295), und definiert die Diskurse auf funktionaler Ebene als Kombinationen von Sprechakten. Seine Archäologie ist eine Art Paradox, ein Strukturalismus der Praxis: nicht eine saussuresche Untersuchung der Beziehungen zwischen *signifié* und *signifiant*, sondern eine Untersuchung, die »das Prinzip bestimmen [will], gemäß dem nur die signifikanten Gesamtheiten haben erscheinen können, die Aussagen gewesen sind« (172f).<sup>3</sup>

Die Ausblendung dieser strukturalistischen Einflüsse kombiniert sich synergetisch mit einem zweiten Missverständnis. Es wird weithin übersehen, dass Foucault nach der *AW* seine Aufmerksamkeit vom Diskurs zu den sog. »nicht-diskursiven Praktiken« verlagerte. Einige von ihnen, die sich auf den Diskurs beziehen, hat er bereits in der *AW* aufgezählt. Sie betreffen u.a. »das System und die Prozesse der Aneignung des Diskurses«, z.B. in der pädagogischen Praxis oder in den politischen und ökonomischen Entscheidungen der Regierungen (99), »ein institutionelles Feld [...], eine Gesamtheit von Ereignissen, Praktiken, politischen Entscheidungen, eine

3 Dreyfus/Rabinow bemerken zu diesem Paradox: »It seems that the regularities he describes [...] must be evidence of some underlying systematic regulation. However, since at this stage he is committed to the view that discursive practices are autonomous and determine their own context [...], the result is the strange notion of regularities which regulate themselves« (1982, 84).

Verkettung ökonomischer Prozesse« (224). Foucault hat diese nicht-diskursiven Praktiken explizit aus der archäologischen Untersuchung ausgeschlossen, was von vielen französischen Intellektuellen und v.a. von althusserianischen Marxisten grundlegend kritisiert worden ist. Aufgrund der Kritik an *OD* und *AW* sowie als Reaktion auf die Ereignisse vom Mai 1968 wandte Foucault sich den nicht-diskursiven Praktiken zu.<sup>4</sup> In *ÜS*, das Foucault sechs Jahre nach der *AW* veröffentlichte (die längste Unterbrechung zwischen seinen Monographien), sowie in den darauf folgenden Büchern ist das Fehlen von *Diskurs* und *Archäologie* auffällig. Und an den wenigen Stellen, in denen er *Diskurs* verwendet, weist er auf die Einbettung in nicht-diskursive Praktiken hin. In *ÜS* werden Macht- und Wissensbeziehungen weder als Diskurse noch als Diskursformationen behandelt. Auch in *SuWI* ist der Diskursbegriff erstaunlich unzweideutig verwendet, nämlich nur zur Beschreibung spezifischer Instanzen des Sprechens oder Schreibens über Sexualität (v.a. im Kapitel »Die Anreizung zu Diskursen«). Die Sexualität selbst, als Begriff und als Reihe gesellschaftlich konstruierter Praxen, ist nie als ein »Diskurs« beschrieben.

Dennoch wird der weite Diskursbegriff häufig auf diese späteren Werke zurückgeführt. Die nicht-diskursiven Konzepte wie z.B. Macht-Wissens-Beziehungen, Macht-Technologien, Semiotechniken, Apparate, oder die »Politiken des Körpers« werden mit den eher strukturalistischen und linguistischen Kategorien von *OD* und *AW* zusammengeworfen. Die Ursache dieser Vermengungen ist offenbar die subtile und vermutlich unbewusste Motivation, Foucault in Richtung eines weiten Diskursbegriffs zu schieben. Um dies zu verstehen, müssen wir uns zunächst den Ursprüngen des anglo-amerikanischen Diskurs-Konzepts zuwenden.

### *Die Herkunft des Diskurses, und wie sie vergessen wurde*

Wenn nicht Foucault, wer dann? Sprach- und Diskurstheorien, die vom französischen Strukturalismus und Post-Strukturalismus abgeleitet waren, sickerten erstmals in den 70er Jahren in die britischen Gesellschaftstheorien ein, z.B. bei Marxisten (Hindess/Hirst 1977), Theoretikern der Zeitschrift *Screen* (Coward/Ellis 1977) und der Sprachgruppe des *Centre for Contemporary Cultural Studies (CCCS)* in Birmingham (Hall 1980a). Aber diese Diskurstheorien stammten nicht von Foucaults Schriften.

Der weite Diskursbegriff, definiert als »socially produced groups of ideas or ways of thinking that can be tracked in individual texts or groups of texts, but that also demand to be located within wider historical and social structures or relations« (Turner 1996, 32f), wurde erst allmählich zu einem Zentralbegriff der britischen Kulturtheoretiker. In den 70er Jahren suchten sowohl die Zeitschrift *Screen* als auch das *CCCS* nach Werkzeugen zur Analyse der Popularkultur. Sie begannen mit marxistischen Konzepten, z.B. den gramscianischen Begriffen der Hegemonie und des Widerstands sowie der Ideologietheorie Althusers. Dann wandten sie sich

4 Vgl. hierzu Sheridan (1980, 113ff), Dreyfus/Rabinow (1982, 104)



den Ansätzen von Roland Barthes und anderen französischen Semiologen zu und gelangten zu Lacans Theorie, dass das Unbewusste durch die Sprache konstituiert ist. Erst nach diesen Erkundungen trat Foucault ins Blickfeld, und diese Reihenfolge ist bedeutsam für ein Verständnis, auf welche Weise ihm der gegenwärtige Diskursbegriff zugeschrieben wurde.<sup>5</sup>

In Frankreich wurde die Diskursanalyse zwischen 1969 und 1981 in den Zeitschriften *Langages*, *Langue française* und *Bulletin du Centre d'Analyse du Discours* betrieben. Die meisten von ihnen waren marxistisch orientiert und standen Foucault kritisch gegenüber, während dieser für seine Gegnerschaft zu den Althusserianern bekannt war. Hier begann die breite Verwendung des Diskursbegriffs. Sie basiert auf Althusser's Konzept der Ideologie und wurde durch eine Gruppe um Paul Henry und Michel Pêcheux zu einer »Diskurstheorie« ausgearbeitet. Althusser hatte versucht, Gramscis Intuition weiterzuentwickeln, dass der Staat die Macht nicht nur durch Zwangsmittel, sondern auch durch subtilere Systeme kultureller Reproduktion ausübt. Er sprach in diesem Kontext von einer Pluralität ideologischer Staatsapparate, die u.a. die Religion, die Erziehung, die Familie, das Rechtswesen und die Medien umfasst (1970, 119f). Sein Strukturalismus bestand darin, die Ideologie als ein Repräsentationssystem zu analysieren, die das »imaginäre Verhältnis der Individuen zu ihren realen Existenzbedingungen« repräsentiert (133). Die Ideologie hat die Funktion, über die sog. »Anrufung« Individuen zu Subjekten zu konstituieren (140). Bereits früher differenzierte er zwischen theoretischen Ideologien und ihnen zugrundeliegenden praktischen Ideologien, die in den materiellen Verhältnissen verankert sind. Es lohnt sich, die folgende Definition von 1967 mit den eingangs von mir zitierten Beispielen eines breiten Diskursbegriffs zu vergleichen:

Die praktischen Ideologien sind komplexe Formationen von Montagen aus Begriffen (notions), Vorstellungen und Bildern innerhalb von Verhaltensweisen, Handlungen, Haltungen und Gesten. Insgesamt fungieren sie als praktische Normen, die die Haltung und die konkrete Stellungnahme der Menschen gegenüber den realen Gegenständen und den realen Problemen ihrer gesellschaftlichen und individuellen Existenz sowie ihrer Geschichte »bestimmen.« (1967, 31)

Diese Sätze enthalten den Kern des weiten Diskursbegriffs.

Althusser selbst beschäftigte sich kaum mit Sprache oder Diskurs. Sein Ideologiebegriff wurde in Frankreich v.a. von Pêcheux auf Diskurse angewandt. In *Les Vérités de la Palice* prägte er den Begriff der »Diskurstheorie« (1975, 31), die das Ziel haben sollte, die Beziehungen zwischen Diskursen (im weiten Sinn) und Ideologien zu untersuchen. Wie Ideologien entstehen auch Diskurse aus Konfrontationen. »Jeder diskursive Prozess schreibt sich in ein ideologisches Klassenverhältnis ein« (82). Ein Schlüsselbegriff ist neben dem *diskursiven Prozess* die *Diskursformation*.

5 Zu den Debatten zwischen *Screen*-Theoretikern und CCCS über die richtige Verwendung und Gewichtung dieser theoretischen Perspektiven, siehe z.B. Coward (1977), Chambers u.a. (1977/78), Hall (1980b), Morley (1980). Obwohl Diskurs, Sprache, Subjektivität, Praxis und Ideologie eine zentrale Rolle spielten, wird Foucault in den Debatten nicht erwähnt.

Er dient wesentlich dazu, Lacan und Althusser zu verbinden: die Individuen werden als »sprechende Subjekte«, d.h. als Subjekte »ihrer« Diskurse angerufen, und zwar durch Diskursformationen, die die ideologischen Formationen in der Sprache repräsentieren (145).<sup>6</sup>

Diese althussersche Bedeutung von Diskurs wurde von den britischen Marxisten rezipiert, und zwar irgendwann zwischen 1975 und 1977, den Publikationsjahren der zwei bekannten Auseinandersetzungen mit Althusser von Hindess und Hirst: in dem Buch von 1975 taucht »Diskurs« noch nicht auf, aber in dem Buch von 1977 – zum gleichen Thema und mit dem Untertitel einer »Selbstkritik« – wird er zum Zentralbegriff des ersten Kapitels, »Discourse and Objects of Discourse«. Im gleichen Jahr erscheint Ernesto Laclaus Aufsatz zum lateinamerikanischen Populismus, der sich im althusserschen Theorierahmen mehrfach auf den weiten Diskursbegriff bezieht.<sup>7</sup> Eine weitere Quelle ist die Kombination von Semiotik und Lacans psychoanalytischen Strukturalismus, die in den 70er Jahren in England zu einem »radical recentering of virtually the whole terrain of Cultural Studies around the terms ›discourse‹ and ›the subject‹« führte (Hall 1980a, 34). Die Zeitschrift *Screen* stützte sich u.a. auf die *Tel Quel*-Semiotiker Barthes und Kristeva, um die Verbindungen zwischen Sprache und Subjektivität zu untersuchen. Die lacansche Theorie, dass das Subjekt durch Sprache konstituiert wird, wurde als fruchtbarer Ansatz für Probleme wahrgenommen, die in Strukturalismus und Marxismus Leerstellen darstellten. Sie schien zudem einen Mechanismus für Althusser's Subjekt-Anrufung bereitzustellen.

Der grundlegende Anspruch der Semiologie liegt darin, dass alle Zeichensysteme mit semiologischen Techniken analysiert werden können, und dass die an der Sprachanalyse entwickelten Techniken auf andere Formen zwischenmenschlicher Kommunikation anwendbar sind. Schon in den 50er Jahren ist bei französischen Anthropologen und Semiologen die weitverbreitete Angewohnheit zu beobachten, Sprachmetaphern für nicht-linguistische Phänomene zu verwenden. Dem folgte auch Lacan, als er in einer Vorlesung 1953 den Diskursbegriff außerhalb des Bereichs der Sprache anwandte. Mit der enthusiastischen Rezeption der Sammlung *Écrits* von 1966, die auch die Vorlesung von 1953 enthielt, wurde der Lacanismus zur intellektuellen Mode der 60er Jahre, und eine ganze Generation französischer Intellektueller besuchte seine Seminare, einschließlich Barthes, Foucault, Derrida und Althusser (vgl. Lacan 1968, XIV-XVII).

Die »Omnipräsenz des menschlichen Diskurses« und sein »transindividuelles« Unbewusstes, das ihn für die Subjekte unverfügbar macht (ebd., 20, 27), mögen als Schlagworte genügen, um die Reichweite des Diskursbegriffs für die Intel-

6 Obwohl Pêcheux und Foucault den Term »Diskursformation« benutzen, verweist Pêcheux in diesem Zusammenhang nicht auf Foucault. Das Wort war bis 1971 weit verbreitet und zu dieser Zeit unvermeidlich mit den von den Althusserianern verwendeten Syntagmen *Gesellschaftsformation* und *ideologische Formation* assoziiert.

7 Vgl. Laclau (1977, 157-98), z.B. »classes cannot assert their hegemony without articulating the people in their discourse« (196).

lektuellen in den 60er Jahren zu veranschaulichen. In dem Seminar von 1969/70, das er vermutlich vor der Lektüre von *AW* fertiggestellt hat, entwickelte Lacan die Diskurstheorie weiter und kam zu der Auffassung, dass der Diskurs allen grundlegenden Beziehungen zugrunde liege, seien es psychologische, gesellschaftliche oder solche mit der physischen Welt (Lacan 1991; vgl. Bracher 1994). Vermutlich war er der Urheber des geläufigen Gemeinplatzes, dass das Selbst »durch Diskurse konstituiert ist«, aber dieses Konzept war im strukturalistischen und post-strukturalistischen Denken weit verbreitet. »Das Unbewusste ist der Diskurs des Anderen«, schrieb Lacan, wobei er mit dem »Anderen« auf das »absolute und universale Subjekt« verweisen will (zit. n. Pêcheux 1975, 123). Der Einfluss von Lacan und Benveniste zeigte sich z.B. an den Arbeiten von Julia Kristeva, die die Begriffe beider in einer feministischen und marxistischen Theorie zu kombinieren versuchte. Kristeva hatte wiederum großen Einfluss auf die britischen *Screen*-Theoretiker der 1970er Jahre (Coward/Ellis 1977) sowie die Schriften des *CCCS* (vgl. Weedon u.a., 1980).

Gegen Ende der 70er Jahre hatten die *Cultural Studies* diese Theorien kombiniert, um ein Konzept von Sprache und Diskurs im Verhältnis zur Ideologie zu entwickeln, das den Mechanismus erklären kann, mit dem die Konstruktion des Selbst gesellschaftlich kontrolliert wird. In Anlehnung an Pêcheux betrachtete man den Diskurs als Funktionsweise für Althussers Anrufung durch die Ideologie. In Verbindung mit dem semiologischen Anspruch, dass alle Zeichensysteme mit Hilfe von Techniken analysiert werden können, die ursprünglich für linguistische Zeichen entwickelt worden waren, hatte das *CCCS* ein kräftiges Theoriearsenal zur Verfügung, um die Phänomene der Popularkultur zu analysieren. Bislang ist Foucault noch nicht auf der Bühne erschienen. Aber die drei Richtungen der französischen Theorie hatten ein Problem aufgeworfen, für das Foucault als Lösung angesehen wurde. Das Problem bestand darin, dass alle diese Theorien einen universalistischen statt einen spezifisch historischen Status hatten. Zunehmend daran interessiert, ihre Theorie mit einem differenzierten Geschichtskonzept auszustatten, orientierte sich die *CCCS*-Sprachgruppe an Foucault, der die historische Entwicklung der Macht- und Wissensbeziehungen untersucht hatte (Weedon u.a. 1980, 208).

In den meisten Fällen las die »erste Welle« der britischen Forscher die Schriften Foucaults noch ziemlich genau und war sich darüber im Klaren, dass seine Terminologie mit dem bereits entwickelten weiten Diskursbegriff nicht zusammenpasste. In den britischen Texten der 70er und frühen 80er Jahre wurde »Diskurs« noch nicht Foucault zugeschrieben sondern Pêcheux, Althusser und Lacan.<sup>8</sup> Dennoch lasen die *CCCS*-Theoretiker, die das Diskurskonzept weiterentwickelten, Foucault mit spezifischen theoretischen Bedürfnissen und interpretierten seine Schriften aus den 60er und den 70er Jahren mit Hilfe ihres bereits entwickelten Diskursbegriffs. Tatsächlich

8 Z.B. Cousins/Hussain (1984), Hall (1980a), Henriques u.a. (1984), Macdonell (1986), Struiever (1985), Weedon u.a. (1980).

stützte sich das CCCS weniger auf die AW als auf die späteren nicht-diskursiven Werke, v.a. auf *ÜS* und *SuWI*, die nun aber genutzt wurden, um »eine Analyse der Entstehungs- und Konstitutionsbedingungen spezifischer Formen diskursiver Subjektivität« zu entwickeln (Weedon u.a. 1980, 212).

Auf diese Weise verschmolz das CCCS Foucaults spätere Theorie nicht-diskursiver Praktiken mit einer Diskurstheorie, die aus anderen theoretischen Quellen stammte. In den 80er Jahren ging eine »zweite Welle« englischsprachiger Theoretiker dazu über, dieses hybride Diskurskonzept Foucault zuzuschreiben, ohne dass man dafür eine einzelne Person als Urheber ausfindig machen könnte. Um 1989, also fünf Jahre nach Foucaults Tod, hatte sich die Verknüpfung schon so verfestigt, dass man meinte, auf spezifische Textbelege überhaupt verzichten zu können. Allenfalls stützte man sich auf Passagen der AW, v.a. aus dem Teil II, die aus dem Kontext gerissen waren<sup>9</sup>, oder man gab als Definitionen von Diskurs Stellen aus, wo Foucault eindeutig andere Begriffe definierte, wie z.B. *Dispositiv*, *Épistémè*, Diskursformation oder diskursive Praxis.

Einige Beispiele mögen genügen, um diese Projektion zu veranschaulichen:

*Apparat/Dispositiv*<sup>10</sup> – Abu-Lughod und Lutz behaupten in einer Anmerkung, dass Foucault »in einigen seiner späteren Schriften den Begriff Diskurs durch den des ›Dispositivs‹ ersetzte« (1990, 20). Aber in der angeführten Schrift von 1977 definiert Foucault das »Dispositiv« als ein »heterogenes Ensemble, das sich aus Diskursen, Institutionen, architektonischen Arrangements, reglementierenden Entscheidungen, Gesetzen, administrativen Maßnahmen, wissenschaftlichen Aussagen [...] zusammensetzt« (III, 299). Während also der Eindruck erweckt wird, als dehnte Foucault den Diskursbegriff auf die gesamte Aufzählung aus, hat er den Diskurs lediglich als *ein* Element gekennzeichnet.

*Épistémè*: Manfred Frank beginnt seine Analyse der OD mit der Bemerkung, selbstverständlich vermeide Foucault weithin den Ausdruck Diskurs und bevorzuge den Term »*épistémè* des klassischen Zeitalters« (1992, 104f). Dennoch betitelt er seinen Beitrag mit »Foucaults Diskursbegriff« und re-interpretiert seine Argumentation, als handelte sie tatsächlich vom Diskurs, den er wiederum nicht nur im Sinne der *épistémè*, sondern auch der »Ordnung« und der »Codes einer Kultur« interpretiert.

9 Viele Autoren (z.B. Abu-Lughod/Lutz 1990, 9; Mills 1997, 17; Parker 1990, 196; Sarup 1989, 70) stützen sich mit eigenartiger Regelmässigkeit auf eine Passage, in der Foucault die Aufgabe formuliert, den Diskurs nicht mehr »als Gesamtheiten von Zeichen [...], sondern als Praktiken zu behandeln, die systematisch die Gegenstände bilden, von denen sie sprechen. Zwar bestehen diese Diskurse aus Zeichen; aber sie benutzen diese Zeichen für mehr als nur zur Bezeichnung der Sachen.« (AW, 74) Dabei abstrahiert man vom Kontext der Passage, nämlich der Diskussion der Beziehungen zwischen Worten und Dingen, und verschweigt Foucaults eigene spezifische Diskurs-Definitionen (116-171) sowie seine Selbstkritik hinsichtlich des zweideutigen Wortgebrauchs.

10 Im Englischen wurden *dispositif* und *appareil* unterschiedslos mit *apparatus* übersetzt, obwohl die Unterschiede im Französischen sehr deutlich sind. *Appareil* hat eine stärker mechanische, instrumentelle Konnotation und verweist indirekt auf die marxistische Verwendung (z.B. in Althusser's ISA-Begriff). Dagegen wird *dispositif* nicht zur Bezeichnung mechanischer Instrumente benutzt, sondern für abstraktere Organisations- und Ausführungssysteme. Im militärischen Sinne kann er »Truppenanordnung« und im juristischen Sinn »gerichtliche Verfügung« bedeuten.

*Diskursive Praxis* wird von vielen Autoren mit dem *Diskurs* verwechselt, indem man z.B. von den einschlägigen Definitionen weglässt, worauf sie sich beziehen, und als Definitionen von Diskurs ausgibt (vgl. etwa Mills, 1997, 51).

*Diskursformation* – meist wird Diskurs in dem Sinne verwendet, in dem Foucault von Begriffen, Äußerungsmodalitäten, Objekten oder Strategien sprach, die als Teil von Diskursformationen fungieren und nicht von »Aussagengruppen«, die ein spezifisches Sprachereignis konstituieren. Sobald sich z.B. eine bestimmte Redeweise über Geschlecht (gender), d.h. eine diskursive Praxis, als spezifischer Bereich mit diskursiven Regelmäßigkeiten etabliert, kann sie als Diskursformation analysiert werden, da sie die Schwelle der Positivität überschritten hat. Trotz der verwirrenden Terminologie sagt Foucault niemals, dass Diskurs eine Art Diskursformation oder überhaupt synonym mit ihr sei.

Der bei den anglo-amerikanischen Intellektuellen geläufige weite Diskursbegriff hat seine Herkunft in dem, was Pêcheux die »Dreier-Allianz« des französischen Denkens nannte: Althusser, Lacan und Saussure. Die Ironie besteht natürlich darin, dass Foucault mit einer solchen Zusammenstellung am allerwenigsten assoziiert werden kann. Seine Anstrengung bestand gerade darin, sich von diesen drei Schulen zu distanzieren. Er kritisierte Althussters Ideologiebegriff und wurde für seine Behauptung berühmt, Marx sei im Denken des 19. Jahrhunderts wie ein »Fisch im Wasser« und höre überall sonst auf zu atmen (*OD*, 320). Und umgekehrt kritisierte der Althusser-Schüler Lecourt (1972, 108f, 124f) das foucaultsche *Archiv* als einen paradoxalen Fehlschlag, eine Version des althussterschen Konzepts einer »theoretischen Ideologie«, aber abgehoben von praktischen Ideologien und damit ohne Verankerung in materiellen Verhältnissen. Foucaults Ablehnung der freudschen Psychoanalyse wurde wiederum spätestens bei der Veröffentlichung von *SuWI* deutlich.

### *Die Verdrängung von Kultur und Ideologie*

Ich möchte nun auf die eingangs gestellte Frage zurückkommen, welche intellektuellen Bedürfnisse durch den weiten Diskursbegriff befriedigt wurden. Ich kontextualisiere diese Bedürfnisse, indem ich den Diskurs mit den benachbarten Konzepten der Kultur und der Ideologie konfrontiere.

Als der Diskursbegriff auftauchte, waren die *Cultural Studies* gerade auf der Suche nach einem neuen Term, der den Begriff der Kultur ablösen konnte. Zum einen war es schwierig, den in den 70er Jahren einflussreichen Marxismus mit dem Kulturbegriff zu versöhnen, denn dieser schien allgemein einen Bereich der Ideen, Begriffe und Symbole zu bezeichnen, den man von materiellen Realitäten und konkreten gesellschaftlichen Praktiken abgrenzen kann (Abu-Lughod/Lutz 1990, 9; Hall 1980a, 22). Dagegen konnte man mit dem Diskursbegriff gesellschaftliche und materielle Praktiken beschreiben, ohne eine gewisse Eigenständigkeit der symbolischen Strukturen zu leugnen. Zum zweiten bestätigen heute die meisten Anthropologen, dass der traditionelle Kulturbegriff und vor allem derjenige der strukturalistischen Anthropologie der 60er und 70er Jahre allzu synchronisch ausgerichtet

und unhistorisch war. Für die *Cultural Studies* der 70er Jahre nahm er die Färbung einer totalisierenden Ideologie an. Indem man sich auf Foucaults spätere Schriften stützte, konnte man den Diskurs als historisch konstruiert und kontingent verstehen. Und drittens legte der Kulturbegriff den Akzent aufs Bewusstsein, Bedeutungen und Werte. Dies rief die lacanianischen Angriffe der *Screen*-Theoretiker hervor, die sich auf die diskursive Konstruktion des Unbewussten beriefen (Coward 1977). Aus diesen und anderen Gründen wurde der Kulturbegriff in den *Cultural Studies* allmählich aufgegeben, und der Diskursbegriff übernahm viele der zuvor mit ihm verbundenen Bedeutungen. Die gegenwärtigen Verwendungsweisen erinnern kaum mehr an die Unterschiede zwischen Diskurs und Kultur, die für die britischen Debatten der 70er zentral waren.

Die britische Althusser-Rezeption weckte ein starkes Interesse für einen Ideologiebegriff, der sich nicht auf die Inhalte von Ideen und Glaubenssystemen bezog, sondern auf die unbewussten Kategorien, durch die die materiellen Bedingungen repräsentiert und interpretiert werden. Freilich stießen die späteren Theoretiker auf einige unerwünschte Implikationen. Zum einen stellte Althusser die Ideologie der Wissenschaft entgegen, während es vielen gegenwärtigen Theoretikern darauf ankommt, dass auch die Wissenschaft ideologisch ist; zum zweiten schien das Ideologiekonzept untrennbar mit einer marxistischen Basis-Überbau-Konzeption verbunden, die sich durch eine radikale Trennung zwischen dem Bereich der Ideen und der materiellen gesellschaftlichen Wirklichkeit auszeichnete. Dagegen umfasst der weite Diskursbegriff auch materielle und körperliche Praktiken; zum dritten wurde Althusser's Ideologiebegriff als ein funktionalistisches, ahistorisches und synchrones Konzept wahrgenommen, während Foucault die Technologien und Diskurspraktiken als historisch situierte konzipierte (Hall 1980a, 27; Henriques u.a. 1984, 107f); und schließlich ging man davon aus, dass der Ideologiebegriff einem marxistischen Modell des Klassenkampfes verhaftet ist, während Diskurs auch die Rassen- und Geschlechterkonflikte reflektierte, für die sich die *Cultural Studies* sowie die feministischen und post-kolonialen Theorien vorrangig interessierten. Aus diesen Gründen übernahm der Diskursbegriff auch zahlreiche Bedeutungen, die früher mit dem Ideologiebegriff verbunden waren, und auch hier sind sorgfältige Unterscheidungen, die in den 70er Jahren noch bedeutsam waren, in Vergessenheit geraten.

Der Diskursbegriff befriedigte diese multiplen Anforderungen auf einzigartige Weise. Er hat die totalisierenden sowie die semiotischen Bedeutungen der ›Kultur‹ in Beschlag genommen, mit den gramscianischen und althusserianischen Begriffen der Hegemonie und Ideologie verbunden, mit den Konzepten der lacanschen Psychoanalyse verschmolzen, nebenbei noch den *linguistic turn* in der Literaturtheorie angezapft und schließlich Foucaults historische Orientierung an Macht- und Wissensbeziehungen aufgenommen. Es überrascht nicht, dass ein solch alles-umfassender Term widersprüchliche und verworrene Bedeutungen enthält. Vielleicht ist dies einfach zuviel theoretisches Gewicht, als dass man es auf ein Wort laden könnte.

Auch wenn die Verbindung dieses Diskursbegriffs mit Foucault problematisch ist, ist sie doch tief in der kollektiven Psyche der anglo-amerikanischen Theorieent-

wicklung verwurzelt. Die nahezu kanonische Zuschreibung hat schließlich noch ein anderes Motiv: Während andere Diskurstheoretiker aus Frankreich relativ unbekannt sind, ist Foucault in den englischsprachigen Ländern berühmt und wird viel gelesen. Auf ihn zu verweisen, ist zum sichtbaren Zeichen einer Zugehörigkeit geworden, die eine bestimmte intellektuelle Stellung beglaubigt. Der Verweis auf weniger bekannte Figuren wie z.B. Pêcheux erfüllt diese Funktion nicht. Zur gleichen Zeit, als Foucaults Stern zumindest in den anglo-amerikanischen Ländern aufstieg, ist der lacansche Freudianismus aus der Mode gekommen, den Marxismus hat man seit den politischen Ereignissen von 1989 verabschiedet, und der Strukturalismus wurde schon in den späten 70er Jahren abgelehnt. Sich auf diese Schulen zu beziehen, verschafft dem Autor nicht die erwünschte Affiliation.

Wenn man also die Herkunft des weiten Diskursbegriffs angeben will, sollte man ihn entweder den *Cultural Studies* gemeinsam zuschreiben oder Lacan oder den marxistischen Diskurstheoretikern im Frankreich der 60er und 70er Jahre, abhängig vom spezifischen Theoriegebrauch, den man beabsichtigt. Will man in diesem Zusammenhang auf Foucault verweisen, könnte man sich auf Begriffe wie Diskursformation, Positivität, *épistémè* oder Archiv stützen, soweit es sich um spezifisch linguistische Praktiken handelt, oder im Fall der nicht-linguistischen Praktiken auf die Begriffe Dispositiv, Macht/Wissensbeziehungen, Semiotiken oder Körper-Politiken. Die eigene Verwendung von Diskurs auf solche vorsichtige Weise zu bestimmen und zu begrenzen, könnte zu der dringend benötigten Klarheit auf diesem verworrenen Gebiet beitragen. Den Diskursbegriff pauschal Foucault zuzuschreiben, perpetuiert diese Konfusion.

Aus dem Amerikanischen von Jan Rehmann

### Literatur

Siglen der häufig zitierten Werke Foucaults

I-VI *Dits et écrits 1954-1988*, 4 Bde., Paris 1994

DE *Dits et écrits 1954-1988*, 2 Bde., Paris 2001

AW *Archäologie des Wissens* (1969), Frankfurt/M 1973

DM *Dispositive der Macht. Michel Foucault über Sexualität, Wissen und Wahrheit*, Berlin/W 1978

NGH *Nietzsche, die Genealogie, die Historie* (1971), zit. aus *SdW*, 69-90

OD *Die Ordnung der Dinge. Eine Archäologie der Humanwissenschaften* (1966), Frankfurt/M 1971

Odis *Die Ordnung des Diskurses* (1971), Frankfurt/M 1991

SdW *Von der Subversion des Wissens*, Frankfurt/M 1987

SuW 1 *Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit I* (1976), Frankfurt/M 1983

SuW 2 *Der Gebrauch der Lüste. Sexualität und Wahrheit II* (1983), Frankfurt/M 1986

SuW 3 *Die Sorge um sich. Sexualität und Wahrheit III* (1983), Frankfurt/M 1986

ÜS *Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses* (1975), Frankfurt/M 1976

- VdG *In Verteidigung der Gesellschaft. Vorlesungen am Collège de France* (1975-76), Frankfurt/M 1999 (1997)
- WiK *Was ist Kritik?*, Berlin 1992
- WG *Wahnsinn und Gesellschaft. Eine Geschichte des Wahns im Zeitalter der Vernunft* (1961), Frankfurt/M 1978
- Abu-Lughod, Lila, u. Catherine A. Lutz, »Introduction: Emotion, Discourse, and the Politics of Everyday Life«, in: dies. (Hg.), *Language and the Politics of Emotion*, New York 1990, 1-23
- Althusser, Louis, *Philosophie und spontane Philosophie der Wissenschaftler* (1967), Schriften, Bd. 2, Berlin/West 1985
- ders., *Ideologie und ideologische Staatsapparate* (1970), Hamburg-Berlin/W 1977
- Benveniste, Émile, »Subjectivity in Language« (1966), in: ders., *General Problems in Linguistics*, Miami 1971, 223-30
- Bracher, Mark, »On the Psychological and Social Functions of Language: Lacan's Theory of the Four Discourses«, in: ders. u.a. (Hg.) *Lacanian Theory of Discourse: Subject, Structure, and Society*, New York 1994, 107-28
- Brown, Gillian, u. George Yule, *Discourse Analysis*, New York 1983
- Chambers, Iain, John Clarke, Ian Connell, Lidia Curti, Stuart Hall u. Tony Jefferson, »Marxism and Culture«, in: *Screen*, 18. Jg., 1977/78, H. 4, 109-19
- Coward, Rosalind, »Class, »Culture« and the Social Formation«, in: *Screen*, 18. Jg., 1977, H. 1, 75-105
- dies. u. John Ellis, *Language and Materialism. Developments in Semiology and the Theory of the Subject*, London 1977
- Cousins, Mark, u. Athar Hussain, *Michel Foucault*, New York 1984
- Davidson, Arnold I., »Structures and Strategies of Discourse: Remarks Towards a History of Foucault's Philosophy of Language«, in: ders. (Hg.), *Foucault and his Interlocutors*, Chicago 1997, 1-17
- Dreyfus, Hubert L., u. Paul Rabinow, *Michel Foucault: Beyond Structuralism and Hermeneutics*, Chicago 1982
- Frank, Manfred, »On Foucault's Concept of Discourse«, in: T. J. Armstrong (Hg.) *Michel Foucault: Philosopher*, New York 1992, 100-104
- Hall, Stuart, »Cultural Studies: Two Paradigms«, in: *Media, Culture, and Society*, 2. Jg., 1980, H. 1, 57-72 (zit. 1980a)
- ders., »Recent Developments in Theories of Language and Ideology: A Critical Note«, in: ders. u.a. (Hg.), *Culture, Media, Language: Working Papers in Cultural Studies, 1972-1979*, New York 1980, 157-62 (zit. 1980b)
- Harris, Zellig S., »Discourse Analysis«, in: *Language*, 28. Jg., 1952, H. 1, 18-23
- Henriques, Julian, u.a., *Changing the Subject: Psychology, Social Regulation, and Subjectivity*, New York 1984
- Hindess, Barry, u. Paul Q. Hirst, *Pre-Capitalist Modes of Production*, London 1975
- dies., *Modes of Production and Social Formation: An Auto-critique of Pre-Capitalist Modes of Production*, London 1977
- Lacan, Jacques, »Fonction et champ de la parole et du langage en psychanalyse«, in: ders., *La Psychoanalyse*, H. 1, Paris 1956/1968
- ders., *Le Séminaire, livre XVII: L'envers de la psychoanalyse*, Paris 1991
- Laclau, Ernesto, *Politics and Ideology in Marxist Theory: Capitalism, Fascism, Populism*, London 1977
- Lecourt, Dominique, *Pour une critique de l'épistémologie (Bachelard, Canguilhem, Foucault)*, Paris 1970/1972



- Lee, David, *Competing Discourses: Perspective and Ideology in Language*, New York 1992
- Levinson, Stephen C., *Pragmatics*, New York 1983
- Macdonell, Diane, *Theories of Discourse: An Introduction*, New York 1986
- McNay, Lois, *Foucault: A Critical Introduction*, Oxford 1994
- Mills, Sara, *Discourse*, New York 1997
- Morley, Dave, »Texts, Readers, Subjects«, in: Hall u.a. 1980, 163-73
- Parker, Ian, »Discourse: Definitions and Contradictions«, in: *Philosophical Psychology*, 3. Jg., 1990, H. 2, 189-204
- Pêcheux, Michel, *Les vérités de La Palice: Linguistique, Sémantique, Philosophie*, Paris 1975
- Said, Edward W., *Orientalism*, New York 1978
- Sarup, Madan, *An Introductory Guide to Post-structuralism and Postmodernism*, Athens/GA 1989
- Sheridan, Alan, *Michel Foucault: The Will to Truth*, New York 1980
- Struever, Nancy S., »Historical Discourse«, in: *Handbook of Discourse Analysis, Volume 1: Disciplines of Discourse*, hgg. v. T.A. v. Dijk, Orlando/FL 1985, 249-71
- Turner, Graeme, *British Cultural Studies: An Introduction*, New York 1996
- Veyne, Paul, »Foucault Revolutionizes History« (*Comment on écrit l'histoire, 1971*), in: A. I. Davidson (Hg.), *Foucault and his Interlocutors*, Chicago 1997, 146-82
- Weedon, Chris, Andrew Tolson u. Frank Mort, »Theories of Language and Subjectivity«, in: *Culture, Media, Language: Working Papers in Cultural Studies, 1972-1979*, hgg. v. CCCS, London 1980, 195-216



## Ein Schlüssel zum Spätwerk Foucaults

Thomas Lemke

### **Eine Kritik der politischen Vernunft**

Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität  
Argument Sonderband Neue Folge AS 251  
ISBN 3-88619-251-2 · 20,50 €

Im Buchhandel oder direkt vom  
Argument-Versand, Reichenberger Str. 150, 10999 Berlin  
Fax: 030 / 611 42 70, versand@argument.de

 **Argument**  
www.argument.de

Jan Rehmann

## Vom Gefängnis zur modernen Seele

Foucaults »Überwachen und Strafen« neu besichtigt

Die 1975 erschienene Untersuchung *Überwachen und Strafen* (ÜS)<sup>1</sup> ist die erste Studie, in der Foucault sein Projekt einer *Genealogie* der Macht und der Subjektivität an einem historischen Gegenstand verfolgt. Dieses Projekt hat er aus seiner Nietzsche-Lektüre in *Nietzsche, die Genealogie, die Historie* (NGH, 1971) bezogen, und von dort stammt auch die Verbindung Körper-Macht-Wahrheit, die er nun als leitende Fragestellung an einen historischen Stoff anlegt. ÜS ist zugleich eine Studie, die sich streckenweise an die marxischen Untersuchungen zur Herausbildung kapitalistischer Produktionsverhältnisse anlehnt und sie zugleich mit einer Genealogie der »Disziplinarmacht« zu ergänzen und neu zu fundieren beansprucht.

Die vorherrschende Tendenz, das foucaultsche Diskurs- und Machtkonzept als erfolgreiche Überwindung marxistischer Gesellschaftstheorien zu präsentieren, lässt sich auch in den Kommentaren zu ÜS beobachten. Dreyfus und Rabinow sehen Foucaults Leistung darin, dass er Bestrafung und Gefängnis als eine »komplexe soziale Funktion« analysiert und damit ihre Betrachtung als Repressionsinstrumente oder Widerspiegelungen der Sozialstrukturen überwindet (1983, 143). Poster begrüßt, dass Foucault im Rückgriff auf Nietzsches Konzept der Genealogie eine Perspektive entwickelt, bei der die Produktionsweise nicht mehr im Zentrum steht (1984, 95). Auch Michèle Barrett sieht die Errungenschaft der foucaultschen Disziplinarmacht darin, die marxistische Fixierung auf Gesellschaftsstrukturen hinter sich zu lassen (»to sideline the social structures«). Dabei ist ihr besonders wichtig, dass Foucault von vornherein außerhalb des Basis-Überbau-Modells arbeitet, statt sich noch wie die Althusserianer damit abzumühen, es durch polymorphe Kausalitätskonzepte zu modifizieren (1991, 138). Lemke zufolge liegt der »große Vorzug« von ÜS darin, die »relative Autonomie« der Machtbeziehungen ernstzunehmen und auf diese Weise die »reduktionistischen, essenzialistischen und ökonomistischen Erklärungsmodelle« durch eine »historisch-konkrete Analyse sozialer Verhältnisse« zu ersetzen (1997, 73).

Gerade diese Zuschreibungen des Anti-Reduktionismus und der historischen Konkretion erweisen sich bei näherer Untersuchung als unhaltbar. Damit soll nicht in Frage gestellt werden, dass Foucault für die Erforschung bürgerlicher Strafsysteme und Disziplinierungsprojekte im Einzelnen wertvolle Anregungen gegeben hat. Die Kritik richtet sich vielmehr auf eine theoretische Anordnung, die das historische Material entkonkretisiert und einer totalisierenden Zurichtung unterwirft.

1 Hierauf beziehen sich alle weiteren, mit bloßer Seitenangabe versehenen Nachweise.

Ein solches Verfahren kann natürlich nicht an der foucaultschen Rhetorik der Macht-Vielfalt abgelesen werden, sondern zeigt sich an den operativen Strategien, mit denen er das Material anordnet.

Foucaults Argumentation ist auf eine Weise mit historischen Beispielen gesättigt, die es schwermacht, das Gemachte, gezielt Perspektivische der Auswahl und Anordnung freizulegen. Zur Verfremdung der historischen Evidenz bietet sich indes ein klassischer Text an, mit dem *ÜS* sich überschneidet und von dem es sich zugleich abhebt. Es ist eine Studie, die Foucault selbst als »großes Buch« bezeichnet hat (*ÜS* 35), nämlich das 1939 veröffentlichte *Punishment and Social Structure* von Georg Rusche und Otto Kirchheimer.<sup>2</sup>

### *Eine (allzu) flüchtige Begegnung mit der »Kritischen Theorie«*

Die theoretische Bedeutung eines Vergleichs mit der Studie von Rusche und Kirchheimer liegt u.a. darin, dass es sich hier um die erste Veröffentlichung des »Instituts für Sozialforschung« in den USA handelt. Beide Autoren gehören zum Umkreis der Frankfurter Schule, wenn auch in unterschiedlicher Weise. Der nach London emigrierte Rusche, der ein erstes Manuskript des Buches bis 1934 fertiggestellt hat, gerät in zunehmende Spannungen zu Horkheimer.<sup>3</sup> Da er für eine Überarbeitung »nicht verfügbar« war, wie Horkheimer in der Vorbemerkung zur Studie mitteilt (R/K 8), wird das Buch von Kirchheimer, der ab 1937 zum Institut in New York gehört, überarbeitet, ergänzt und fertiggestellt. Die beiden Autoren haben nie zusammengearbeitet und kannten sich nicht. Rusche, aus dessen Veröffentlichungen 1930 und 1933 die Originalfassung in Umrissen rekonstruiert werden kann, zeigt sich vom Endergebnis enttäuscht.<sup>4</sup> Die Studie bleibt lange Zeit nahezu unbeachtet und wird dann gegen Ende der 1960er Jahre, als es zu einem Einbruch soziologischer Herangehensweisen in die Kriminologie kommt, zum Geheimtip auf einschlägigen Konferenzen. Das Buch wird zum »Mythos« (Steinert 1981, 332), es gilt als »unerlässliche Voraussetzung für die Diskussion einer politischen Ökonomie des Strafrechts« (Rausch 1975, 218), das Namenspaar wird zur »lachenden Sonne der Antikerkerbewegung« (Schumann 1981, 64). Steinert zufolge drückte dann Foucaults *ÜS* mit seiner »Eleganz und Wortgewalt« das Buch »für einige Zeit in den Hintergrund« und ließ es »trocken und pedantisch erscheinen, [...] phantasielos [...] in seinem ›Ökonomismus‹, der durch Foucaults Theorie der diffusen Macht überwunden schien« (1981, 332).

2 Im folgenden zitiert nach der deutschen Ausgabe und mit dem Autorenkürzel R/K

3 Vgl. hierzu Melossi (1980, 57) und Steinert (1981, 316). Der theoretische Konflikt zwischen Rusche und Horkheimer bezieht sich u.a. auf gegensätzliche Interpretationen des deutschen Faschismus: letztes Stadium des entwickelten Monopolkapitalismus oder Vollendung der reinen positivistischen Rationalität des Ökonomischen, manifestiert in einem autoritären Irrationalismus (vgl. Zander 1980, 206).

4 Vgl. Rusches Brief an Horkheimer vom 14.6. 1939 (z.n. Steinert 1981, 314). Zur komplizierten Entstehungsgeschichte und dem widersprüchlichen Charakter des Buches vgl. u.a. Zander (1980, 204ff) und Steinert (1981, 314ff).

Betrachten wir zuerst die Berichterstattung in *ÜS* selbst. Foucault referiert von Rusche und Kirchheimer zunächst das methodische Prinzip, die Strafsysteme nicht unmittelbar aus den jeweiligen Verbrechen zu erklären, sondern selbst als eigenständige »soziale Phänomene« zu untersuchen (35; vgl. R/K, 12). Es folgt der Gedanke, dass die Strafmaßnahmen »nicht einfach ›negative‹ Mechanismen sind, die einschränken, verhindern, ausschließen, unterdrücken«, sondern an »positive und nutzbringende Effekte« geknüpft sind. Offensichtlich klingt hier die bekannte Abgrenzung von einer rein negativen »Repressionsthese« an, die Foucault dann v.a. in *SuWl* ausarbeiten wird. Allerdings hätten Rusche und Kirchheimer die verschiedenen Strafsysteme unmittelbar mit den »Produktionssystemen« in Beziehung gesetzt, so dass der Sklavenhaltergesellschaft die Strafe der Versklavung, dem Feudalismus die körperliche Züchtigung, der merkantilistischen »Handelsgesellschaft« (*société marchande*) das Zuchthaus und dem industriellen System die »Internierung zum Zweck der Besserung« entspräche. Als Alternative zu diesen »eindeutigen Zuordnungen« (36) schlägt Foucault vor, die Geschichte der Strafen auf der Grundlage einer »Mikrophysik der Macht« zu schreiben, die wiederum auf einer »politischen Ökonomie« des Körpers« beruhen und sich v.a. auf die Konstitution von »Macht/Wissen-Komplexen« konzentrieren soll (37ff).

Dies also scheint der Punkt zu sein, an dem Foucault mit seinem Machtbegriff eines der von Lemke (1997, 73) angeführten »reduktionistischen, essenzialistischen und ökonomistischen Erklärungsmodelle« überwindet. Allerdings ist Foucaults Berichterstattung für ein Verständnis der methodischen Unterschiede kaum hilfreich. Dies ergibt sich schon daraus, dass er sich auf nicht mehr als fünf Seiten auf die von Kirchheimer verfasste Einführung bezieht (R/K, 9-14), deren explizite Theorie hinter der weitaus komplexeren impliziten Theorie der historischen Kapitel zur Herausbildung des bürgerlichen Strafsystems zurückbleibt. Gerade von diesen hat Foucault, ohne es kenntlich zu machen, Ergebnisse übernommen, die zu den interessantesten von *ÜS* gehören. Dieser fragwürdige Umgang mit dem »großen Buch« führt zu mehreren Unrichtigkeiten: Von einer »eindeutigen Zuordnung« zwischen Straf- und Produktionssystemen kann bei Rusche und Kirchheimer keine Rede sein. So wird z.B. der »Feudalismus« in ein »frühes« und »spätes« Mittelalter unterteilt, denen wiederum völlig unterschiedliche Strafsysteme zugeordnet werden, und auch innerhalb des »industriellen Systems« des Kapitalismus differenzieren die Autoren verschiedene Strafarten – von der Einzelhaft über die »Gefängnisfabrik« bis zur Geldstrafe –, die sich teils ergänzen, teils miteinander konkurrieren. Dies liegt in erster Linie daran, dass sie als Bezugspunkt nicht die jeweilige Produktionsweise, sondern v.a. die Fluktuationen des Arbeitsmarkts gewählt haben. Und schließlich ist es Foucault selbst, der seine Untersuchung auf eine »Internierung zum Zweck der Besserung« zulaufen lässt, aber nicht Rusche und Kirchheimer, die vielmehr zwischen ca. 1875 und 1932 einen allgemeinen Rückgang der Gefängnisstrafen und ihre Ersetzung durch Geldstrafen feststellen. In den von Kirchheimer neu verfassten Kapiteln wird diese »Kommerzialisierung des Strafvollzugswesens« als angemessener Ausdruck modern-kapitalistischer »Rationalität« und in diesem Sinne als

»Rationalisierung« des bürgerlichen Strafsystems behandelt (R/K, 203ff, 242, 244, 287).<sup>5</sup> Damit hat Foucaults Referat die Studie von Rusche und Kirchheimer um ihre Pointe gebracht. Dies ist um so erstaunlicher, als auch er sein Buch als eine Untersuchung zur westlichen »Rationalität« versteht<sup>6</sup>, so dass sich eine Debatte über die verschiedenen Rationalisierungskonzepte (Disziplinierung oder Kommerzialisierung) geradezu angeboten hätte.

Da das Referat nicht zuverlässig Auskunft gibt, müssen wir bei Rusche und Kirchheimer selbst nachlesen, um sowohl die Anleihen Foucaults als auch seine theoretische Umarbeitung feststellen zu können. Auf eine erste Überschneidung mit Foucault stoßen wir im »späten Mittelalter« nach dem 15. Jahrhundert, das Rusche und Kirchheimer (mit Tawney) als eine Periode der Einhegungen, des Vordringens des Kapitals und einer zunehmenden Verelendung der Volksklassen beschreiben (R/K, 19ff). Zur Absicherung wird ein grausames System von Hinrichtungen und Verstümmelungen eingeführt, das sich v.a. gegen die Eigentumsdelikte der Besitzlosen richtete (23ff, 29f, 33). Die Inszenierung der Hinrichtungen und Verstümmelungen, die Rusche und Kirchheimer im Zusammenhang mit der »ursprünglichen Akkumulation des Kapitals« (Marx) behandeln, entspricht den »Marter-Festen«, die im ersten Teil von *ÜS* ausführlich beschrieben werden. Allerdings ist in Foucaults Darstellung der sozialgeschichtliche Zusammenhang mit der frühkapitalistischen Abschreckung des Pauperismus, die Marx als »Blutgesetzgebung gegen die Exproprierten« beschrieben hat (MEW 23, 761ff), nicht mehr sichtbar. Die Folterungen erscheinen als Kennzeichen einer »Souveränitätsmacht«, die als eine ritualisierte Kriegsführung beschrieben wird (vgl. *ÜS*, 55f, 64, 75). Foucault wird diese Souveränitätsmacht später als königliches »Zugriffsrecht« auf die Körper der Untertanen definieren und den modernen Formen der »Disziplinar«- und »Biomacht« entgegenzusetzen (*SuW I*, 162).

Allerdings konzentrieren sich Rusche und Kirchheimer auf eine Entwicklung, für die man bei Foucault keine Entsprechung findet, nämlich die Tendenz im Merkantilismus des 17. Jahrhunderts, die Arbeitskraft der Gefangenen durch Galeerensklaverei, Deportationen und Zwangsarbeit auszubeuten (R/K, 36). Bevölkerungsrückgang und Arbeitskräftemangel führten im 17. Jahrhundert zu hohen Reallöhnen und verhinderten die Ausbildung einer »Reservearmee«. Die merkantilistischen Staaten reagierten zum einen mit intensiven Maßnahmen zur Steigerung der Bevölkerungszahl (Populationismus) – ein Aspekt also, den Foucault später unterm Begriff der »Biomacht« subsumieren und ins späte 18. Jahrhundert verlegen wird (*SuW I*, 166f) –, zum anderen mit der sozialpolitischen Strategie, durch die Eingliederung der Armen

5 Es ist zu vermuten, dass Kirchheimer diese an Max Webers Moderne-Konzept angelehnte Rationalisierungsthese im Dissens zu Rusche formuliert hat, in dessen Schriften (Rusche 1930; 1933) der Begriff keine Rolle spielt. Von Kirchheimer stammen neben der Einleitung die Kapitel IX-XIII (Schumann 1981, 66).

6 Gegenstand von *ÜS* sei nicht die Geschichte des Gefängnisses oder der Bestrafung schlechthin, sondern »la ratio qui a été mise en oeuvre dans la réforme du système pénal«, es gehe um eine historische Analyse »de la raison punitive« (DE 2, 832f).

in die Produktion den Arbeitermangel zu beheben, ohne gleichzeitig eine Erhöhung der Löhne zuzulassen (R/K, 53). In diesem Zusammenhang wird das »Zuchthaus« eingeführt. Das 1596 eröffnete *Rasphuis* in Amsterdam dient als Modell für zahlreiche Zuchthaus-Gründungen. In Paris wird das erste *Hôpital général* 1656 gegründet, das dann in ganz Frankreich v.a. von den Jesuiten verbreitet wird (63). Durchgängig handelt es sich um eine Verbindung von Armenhaus, Arbeitshaus und Strafanstalt, die primär als Manufaktur und damit unmittelbar als Bestandteil kapitalistischer Entwicklung funktioniert; seine Insassen sind arbeitsfähige Bettler, Landstreicher, Prostituierte und Diebe, seine Hauptaufgabe besteht darin, »die Arbeitskraft unwilliger Menschen sozial nutzbar zu machen« (63, 73f).

Vor diesem Hintergrund erklären Rusche und Kirchheimer die Herausbildung des Gefängnisses als eine Weiterentwicklung des merkantilistischen Zuchthauses: »Die frühe Form des modernen Gefängnisses war [...] mit den Zuchthäusern und ihren Produktionsstätten verbunden«, die nicht so sehr der »Besserung« dienten, als v.a. die Funktion hatten, die Arbeitskraft auszubeuten und neue Arbeiterreserven auszubilden (89, 91, 93f, 98). Davon unterscheiden sie eine zweite Genealogie des Gefängnisses, nämlich von der katholischen Kirche her, der es nicht erlaubt war, Todesurteile zu vollstrecken, und die daher, früher als der Staat, dazu überging, religiöse Abweichung und klerikale Kriminalität mit Freiheitsentzug zu bestrafen (100ff). Praktiziert wurde v.a. die Einzelhaft, die auf Reue und innere Bekehrung ausgerichtet war – die Ausbeutung der Arbeitskraft spielte hier kaum eine Rolle (101f).

Die Vermischung von Straftätern, Armen, Waisen, Prostituierten und Irren in den Zuchthäusern sowie die zunehmende Verelendung der Einrichtungen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts werden nun von unterschiedlichen Vertretern einer aufgeklärten Strafrechtsreformbewegung als despotische Willkür kritisiert. Der Kritik liegt ein Gerechtigkeitsbegriff zugrunde, der die Berechenbarkeit zum Hauptinhalt hat und auf einer strikten Korrelation zwischen dem Verbrechen und der Strafe besteht (106ff). Reflektiert wird zudem die gefährliche Wirkung der öffentlichen Hinrichtungen, »wo die häufige und ungerechte Hinrichtung von Dienstboten für die geringsten Diebstähle zu gefährlichen Unruhen führte« (108). Die Milderung der Strafen dient somit auch der Revolutionsabwehr (108f) – ein Aspekt, den wir auch bei Foucault wiederfinden (*ÜS*, 75ff, 94).

Rusche und Kirchheimer zufolge ist die Kritik der Aufklärer erfolgreich, weil sie sich mit der Krise der merkantilistischen Zuchthausarbeit überkreuzt: zum einen kommt es in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts zu einem Überangebot an Arbeitskräften und damit zu einer Verelendung der Arbeiterschaft – die von den herrschenden Klassen gewünschte »relative Überbevölkerung« ist nun Wirklichkeit geworden (R/K, 121) –, zum anderen wird es aufgrund der Maschinisierung der Industrie »immer schwieriger, die arbeitsfähigen Insassen der Armenhäuser profitabel zu beschäftigen« (127). Gab es im Merkantilismus einen starken Bedarf an preiswerter Zuchthausarbeit, wird diese nun »seitens der Arbeiterklasse und der Unternehmer mit gleicher Vehemenz attackiert« (155). Damit rückt die »repressive,

abschreckende Seite der Strafe in den Vordergrund«, die Gefängnisarbeit wird zu einer Foltermethode ohne produktiven Sinn (156f). Die Haftstrafe wird »genau in dem Augenblick, in welchem die ökonomische Grundlage des Zuchthauses durch industrielle Veränderungen zerstört worden war, zur hauptsächlichen Bestrafungsart der ganzen westlichen Welt« (143). Die Verallgemeinerung der Haftstrafe bei gleichzeitiger Krise der Zuchthaus-Funktion ist es, was Foucault als »Geburt des Gefängnisses« fasst, wobei er freilich die Ablösung der Gefängnisstrafe von der »produktiven« Zuchthausarbeit gerade nicht behandelt. Während er auf ein umfassendes Kerkersystem schließt, das die gesamte Gesellschaft durchdringt und zur »Disziplinargesellschaft« konstituiert, zeichnen Rusche und Kirchheimer eine widersprüchliche Entwicklung nach, bei der – je nach Arbeitsmarktlage und sozialpolitischer Konstellation – unterschiedliche Strafmodelle miteinander konkurrieren.

Auffällig sind die Unterschiede zwischen der us-amerikanischen und der europäischen Entwicklung. In den USA wurde das von den Quäkern eingeführte Philadelphia-System, das eine strikte Einzelhaft vorsah, in den 1830er Jahren unter den Bedingungen eines akuten Arbeitskräftemangels zunehmend durch das »Auburn-System« ersetzt, das die Einzelhaft auf die Nächte beschränkte und mit gemeinsamer Arbeit in den Werkstätten am Tage kombinierte – mit guten Arbeitsleistungen konnten sich die Gefangenen eine Strafherabsetzung verdienen (178ff). Gestützt auf die Berechnungen von Beaumont und Tocqueville von 1833 zeigen Rusche und Kirchheimer, dass die Einnahmen aus der Gefängnisarbeit die Unterhaltskosten bald überstiegen (183). »Die Gefängnisse wurden erneut zu lebhaften Fabriken, sie begannen Waren mit Profit zu produzieren« (182), bis der Druck der Arbeiterbewegung gegen Ende des 19. Jahrhunderts wieder zu einer weitgehenden Einschränkung der Gefängnisarbeit führte, »was sich sehr zum Leidwesen der Gefangenen auswirkte« (184). Dagegen sprechen sich die europäischen Strafexperten auf dem internationalen Gefängniskongress 1846 in Frankfurt/M mit großer Mehrheit für das Philadelphia-Modell aus. Die positiven Arbeitsanreize des Auburn-Systems werden als zu nachsichtig kritisiert, aus »disziplinarischen« Gründen bevorzugt man die Einzelhaft als Besserungsanstalt (183f, 188). Mit ihr konnte man »die ganze Gewalt der Autoritäten und sogar die Architektur des Gefängnisses auf den einzelnen Gefangenen konzentrieren« (187) – ein Gedanke, den Foucault in seiner Analyse des »Panoptismus« umsetzen wird. Unter diesen Bedingungen wird die Gefangenenarbeit unproduktiv und verwandelt sich zur reinen Strafarbeit, in England werden z.B. Hand- oder Tretmühlen (die »Kurbel«) eingeführt, die nichts antreiben, sondern nur aus Motiven der Grausamkeit eingesetzt werden (189f).

Für Rusche und Kirchheimer hängt der Vorrang der Abschreckung mit der Existenz einer großen industriellen Reservearmee in Europa und der damit zusammenhängenden Revolutionsfurcht zusammen: »Was die europäische Gesellschaft mit ihrer industriellen Reservearmee brauchte, war eine Strafe, die sogar verhungerten Menschen Angst einjagen würde« (185). Es ist v.a. diese »europäische« Konstellation im frühen 19. Jahrhundert, in der Foucault seine »Geburt des Gefängnisses« ansetzt. Was bei ihm die Keimzelle darstellt, aus der sich die Disziplinargesellschaft

entwickelt, ist bei Rusche und Kirchheimer freilich nur eine Phase des bürgerlichen Strafsystems. Davon heben sie eine »moderne Gefängnisreform« ab, die um ca. 1875 einsetzt und mit kurzen Unterbrechungen bis zur Weltwirtschaftskrise reicht: Aufgrund höherer Reallöhne und einer stärkeren Beteiligung der Arbeiter am Massenkonsum kommt es allgemein zu einem Rückgang der Straftaten (193f), und angesichts der »maximalen Absorption von Arbeitskräften« wird die »sinnlose Einsperung von Menschen [...] als unzeitgemäß empfunden« (195). Die Reformer (z.B. Liszt in Deutschland, Prins in Belgien) entwickeln einen »soziologischen« Ansatz, dem zufolge das Verbrechen durch eine richtige Sozialpolitik zu bekämpfen ist (196, 200). Das Ziel sollte darin bestehen, durch Geldstrafen, Bewährungsstrafen und Beseitigung der sozialen Missstände möglichst viele Delinquenten aus den Gefängnissen herauszuhalten sowie Dauer und Schärfe der Haftstrafen abzumildern (203f). Tatsächlich werden die Zustände in den Gefängnissen erträglicher, die Selbstmord- und Sterblichkeitsrate geht zurück (207f), von 1882-1932 ist eine Zunahme der Geldstrafen auf ca. 50% der Diebstahls- und Betrugsfälle zu verzeichnen (233).

Die differenzierte Untersuchung von Rusche und Kirchheimer hat den Vorzug, Besonderheiten des faschistischen Strafvollzugs hervortreten zu lassen. In der Wirtschaftskrise sind die Gefängnisse zum erstenmal wieder bis zu den Kapazitätsgrenzen belegt (247). Zur gleichen Zeit, als die NS-Regierung die rechtsstaatlichen Garantien aufhebt und die Todesstrafe wieder massiv einsetzt, nehmen die Freiheitsstrafen in Zahl und Dauer zu, die Lebensbedingungen in den Gefängnissen verschlechtern sich rapide, die Ansätze zu Berufsausbildung und Rehabilitation werden fallengelassen, die materiellen Vergünstigungssysteme abgeschafft (260-69). Die Nazi-Propaganda gegen das »Weimarer Gefängnisparadies« ist Bestandteil einer rassistischen Akzentuierung und Intensivierung des »moralischen« Gegensatzes zwischen dem »ehrlichen« Armen und dem Kriminellen – eine Intensivierung, die Rusche und Kirchheimer als »Ideologieschöpfung« bezeichnen (254f). Die Moralisierung geht mit der Eliminierung soziologischer Betrachtungsweisen aus dem Strafprozess einher: die »Gerichtshilfe«, die in der Weimarer Republik das Gericht mit Informationen über das soziale Milieu und die Persönlichkeitsgeschichte des Delinquenten versorgt hatte, wird teils unterdrückt, teils direkt der Staatsanwaltschaft unterstellt – die Delikte werden von ihrer sozialen Basis isoliert und als Verrat an der Gemeinschaft behandelt (255ff). Das straffällige Individuum soll nicht am Durchschnittsmenschen gemessen werden, sondern am »konstruierten Idealbild« des »willensstarken Volksgenossen« (258).<sup>7</sup>

Die von Rusche und Kirchheimer vorgenommene Phasenaufteilung wird in der sozialgeschichtlich orientierten Literatur zum Strafsystem im großen und ganzen bestätigt.<sup>8</sup> Allerdings entging den Autoren, ähnlich wie später auch Foucault, dass

7 Zur Bedeutung der intensiven Artikulation des Vor-Bilds im Faschismus, vgl. W.F. Haug (1986, 146ff).

8 Vgl. für Frankreich z.B. die Studie von J.-G. Petit (1990) sowie die von ihm herausgegebenen Sammelbände (1984; 1991). Als Weiterführung des Ansatzes von Rusche und Kirchheimer verstehen sich



sich in den USA nach der Abschaffung der Sklaverei eine umfassende »racialization of prisons« (James 1996, 33) durchsetzte, bei der v.a. im Süden die weiße Gefängnispopulation durch eine überproportional schwarze abgelöst wurde. Methodisch werden v.a. staats- und ideologietheoretische Modifikationen des sozialgeschichtlichen Ansatzes vorgeschlagen, um die Funktion der Strafsysteme bei der disziplinären Produktion einer dem industriellen Kapitalismus entsprechenden Arbeitsmoral und Lebensweise besser erfassen zu können.<sup>9</sup> Aber sobald man über die von Kirchheimer verfasste Einleitung, auf die Foucault sein gesamtes Referat gründet, hinausblickt, sieht man, dass die implizite Theorie der historischen Untersuchung trotz der Fokussierung auf Arbeitsmarkt und Sozialpolitik keineswegs reduktionistisch angelegt ist. Dies zeigt sich an der sorgfältigen Differenzierung sowohl der Genealogie des Gefängnisses (Zuchthaus und »Kirche«) als auch seiner widersprüchlichen Funktionen (Abschreckung, Ausbeutung, »Besserung«). Wie besonders in den Aufsätzen von Rusche erkennbar, wird auch der Arbeitsmarkt selbst nicht »ökonomistisch«, sondern im Zusammenhang mit seiner sozialpolitischen Regulierung behandelt.<sup>10</sup> Die Studie fasst also das Verhältnis von Produktionsweise und Strafsystem keineswegs als »eindeutige Zuordnung«, wie Foucault behauptet. Eher könnte man umgekehrt ihre Grenze so bestimmen, dass Arbeitsmarkt und Sozialpolitik nicht ausreichen, um die Stellung des Strafsystems in der Reproduktion der Gesellschaft zu begreifen, und dass den Autoren 1939 die analytischen Instrumentarien nicht zur Verfügung standen, um die staats- und ideologietheoretischen Implikationen ihres Ansatzes auszuarbeiten.

### *Weiterentwicklung oder Preisgabe einer Sozialgeschichte des Strafsystems?*

Die Attraktivität von Foucaults Ansatz besteht u.a. darin, diese Lücke zu besetzen. Zum einen thematisiert er das Gefängnis als Teil einer gesellschaftlichen Disziplinierung, die im Koordinatensystem von Rusche und Kirchheimer als eigener Gegenstand nicht auftaucht. Eine weitere Stärke liegt im Interesse für die Formen und materiellen Anordnungen der Disziplinierung. Wo Rusche und Kirchheimer das Gefängnis nach seinen gesellschaftlichen *Funktionen* befragten, konzentriert sich Foucault auf Aspekte seines *Funktionierens*: öffentliche Inszenierungen, räumliche Anordnungen, Blick-Richtungen, zeitliche Strukturierungen, Dispositive der Unterwerfung und Subjektkonstitution. Das Gefängnis produziert auch etwas Eigenes, könnte man seine These resümieren, nämlich disziplinierte Subjekte, die durch eine spezifische Verschränkung von Nützlichkeit und Unterwerfung (*docilité-utilité*)

---

u.a. die Studie von Melossi/Pavarini (1981) und in Deutschland die Arbeiten von Steinert und Treiber. Zu einzelnen historischen Einwänden siehe Steinert/Treiber (1978) und Schumann (1981, 68f).

9 Vgl. hierzu z.B. Steinert (1981, 324, 328), Melossi/Pavarini (1981, 17), Schumann (1981, 72, 76).

10 Vgl. Rusche (1933, 310ff).

geprägt sind (ÜS, 175f). Und es produziert den Gegenstandsbereich einer »Delinquenz«, die das komplementäre Gegenstück zur Moralisierung der Volksklassen im 19. Jahrhundert darstellt, indem sie dazu beiträgt, die »anständigen« Arbeiter von »Sozialbanditentum« und Lumpenproletariat abzuspalten (327ff, 356f, 365ff).

Verfolgt man diese Linie des Vergleichs weiter, gelangt man allerdings schnell an den Punkt, an dem die Stärken der foucaultschen Beobachtungen der Schwäche eines überallgemeinen Erklärungsanspruchs zum Opfer fallen. Geht es bei Rusche und Kirchheimer darum, das Gefängnis historisch-soziologisch im Zusammenhang mit den Kräfteverhältnissen in Arbeitsmarkt und Sozialpolitik zu rekonstruieren, erhält es bei Foucault den Stellenwert einer »Elementarform der Disziplargesellschaft« (Breuer 1986, 61). Erklärt werden sollen nichts weniger als die umfassende Sozialdisziplinierung der neuzeitlichen »Körper«, die Herausbildung des modernen »Wissenschaft/Justiz-Komplexes« mit einem neuen universalistischen »Wahrheits-Regime«, die gemeinsame »Matrix« von Strafrecht und Humanwissenschaften, sowie »ein Stück der Genealogie [...] der modernen ›Seele‹ « (ÜS, 33f, 41). Von der Geburt des Gefängnisses gelangen wir zur »Geburt des Menschen als Wissensgegenstand für einen ›wissenschaftlichen‹ Diskurs« (34f), die Foucault schon in *OD* für den gleichen Zeitraum vorgesehen hatte. Die Disziplin »fabriziert« unmittelbar »Individuen« und eine »Individualität«, die zellenförmig, organisch, evolutiv und kombinatorisch ist (216, 220, 247f).

Es ist vor allem dieser umfassende Erklärungsansatz, der dem Buch die Faszination eines »großen Wurfes« verliehen hat. Die Rezeption ist nicht ohne Paradoxien: Nachdem man im theoretischen Marxismus althusserscher Prägung angefangen hatte, die »Ableitungen« der (Staats-)Macht aus der Ökonomie als ein hegelianisierendes Denken der »expressiven Totalität« zu kritisieren (Althusser 1965, 75) und sich auf die relative Eigenständigkeit der ideologischen Instanzen zu konzentrieren, schien Foucault hier einen Ansatzpunkt gefunden zu haben, der es ermöglichte, die verschiedenen Funktionsebenen der Gesellschaft von der Architektur des »Panoptismus« bis zum vermeintlich »Innersten« des Individuums sozusagen auf einen Schlag miteinander zu verbinden. Es kommt hinzu, dass diese Ableitung mit der Rhetorik einer dezentral wirkenden »Mikrophysik der Macht« mit multipler Herkunft einherging, die jeden Verdacht eines neuen Reduktionismus zu entkräften schien.

Dass dieser Großentwurf nicht nur hinter Althusser zurückfällt, sondern sich auch kaum mit dem eigenen Anspruch einer multiplen, lokalen Analyse verträgt, wird deutlich, sobald man ihn mit der historisch-soziologischen Analyse von Rusche und Kirchheimer sowie dem Erkenntnisstand der neueren sozialgeschichtlichen Literatur konfrontiert. Ich möchte mich auf einige ausgewählte Beispiele beschränken, zum einen, um die idealtypische Konstruktion des foucaultschen Gegenstands freizulegen, zum anderen, um die sozialökonomischen und ideologietheoretischen Bezüge, von denen er abstrahiert hat, gleichsam nachzutragen.

*Abstraktion von Zwangsarbeit.* – Foucault lässt sich derart von den grausamen Marter-Festen der »Souveränitätsmacht« faszinieren, dass er darauf verzichtet, ihre Stellung im Gesamtsystem der angewandten Strafen zu bestimmen. Ausgeklammert

sind sowohl die Galeerenstrafen, die gerade im absolutistischen Frankreich verbreitet waren (bis 1748), als auch die nachfolgenden Straflager (*bagnes*), die in den großen Seestädten unter dem Kommando der Marine zum Schiffsbau und zur Erweiterung der Hafenanlagen eingesetzt wurden. Dass Foucault von der Organisation der Zwangsarbeit absieht, liegt vermutlich daran, dass sie gerade dort, wo er einen Einschnitt zwischen alter Souveränitäts- und neuer Disziplinarmacht ansetzt, eine Kontinuität im Strafsystem dokumentiert: Die *bagnes* werden 1791 von der Konstituante nicht aufgelöst, weil es der Marine durch intensive Lobbyarbeit gelungen ist, ihr Monopol ohne jede parlamentarische Kontrolle aufrechtzuerhalten. Aufgrund einer jakobinischen Amnestie für Schmuggler und kleine Verbrecher verringert sich kurzfristig die Zahl der Zwangsarbeiter, aber der Thermidor 1795 kehrt durch die Einbeziehung kleinerer Straftäter und Vagabunden den Trend wieder um. Die »Straflager-Werkstatt« (*bagne-arsenal*) funktioniert als Teil eines großen Staatsunternehmens, unter durchaus rentablen Bedingungen und häufig in Kombination mit freien Arbeitern.<sup>11</sup> Um die Mitte des 19. Jahrhunderts wird sie durch die Einführung neuer Technologien im Schiffs- und Hafenbau unproduktiv, aber die Zwangsarbeit wird nun wiederum, ebenfalls unterm Kommando der Marine, in der Form umfangreicher Deportationen v.a. nach Guyana und Neukaledonien weitergeführt – bis zu ihrer Abschaffung durch die Volksfront-Regierung 1938.<sup>12</sup>

*Genealogische Engführung des Gefängnisses.* – Dass Foucault die Arbeits- und Zuchthäuser aus seiner Genealogie des Gefängnisses weggelassen hat, ist um so erstaunlicher, als er selbst 1961 in *Wahnsinn und Gesellschaft* das *Hôpital général* in Paris als eine der Antworten auf eine gesamteuropäische ökonomische Krise behandelt hatte (WG, 83ff, 94). Indem er in *ÜS* die »Geburt« des Gefängnisses im Übergang zum 19. Jahrhundert ansetzte, hat er »entweder das Thema verfehlt oder dem Buch einen irreführenden Untertitel gegeben«, denn in Wirklichkeit ging es nicht um eine »Geburt« des Gefängnisses, sondern um seine »Anerkennung durch die Justiz« (Treiber/Steinert 1980, 82, 89f). Während die Arbeits- und Zuchthäuser eine heterogene Masse von Pauperisierten enthielten, werden nun Kriterien einer legalen Bestrafung durchgesetzt, bei der die Eingesperrten zuvor als Rechtssubjekte definiert und verurteilt werden.<sup>13</sup> In Foucaults Darstellung sind sowohl die rechtsstaatlichen Unterschiede zwischen Gefängnis und Zuchthaus als auch ihre funktionalen Gemeinsamkeiten ausgeblendet und durch die idealtypische Entgegensetzung von »Marterfest« und moderner Körper-Disziplinierung verdeckt. Hier zeigt sich die Schwäche eines von Nietzsche abgeleiteten Genealogie-Konzepts, das im Namen des »Zufälligen«, »Ereignishaften«, »Diskontinuierlichen« auf die Rekonstruktion historisch-funktio-

11 vgl. hierzu exemplarisch Zysberg in Petit (1991, 194, 201ff, 208ff)

12 vgl. Pierre in Petit (1991, 231ff, 256f)

13 In diesem Zusammenhang kritisiert Habermas eine Reihe einseitiger Abstraktionen, durch die Foucault die Strafjustiz zunächst aus der Entwicklung des Rechtsstaats herauslöst, dann unter Absehung vom allgemeinen Strafprozessrecht auf den Strafvollzug einengt und auch bei diesem wiederum die Aspekte der Verrechtlichung ausblendet, so dass schliesslich alle Tendenzen zunehmender Rechtssicherheit eliminiert sind (1985, 340).

naler Zusammenhänge verzichtet<sup>14</sup>: es ist methodisch irreführend, das Gefängnis mit allem Möglichen in Beziehung zu setzen, nur nicht mit den Institutionen, die seine Vorläufer und funktionalen Äquivalente darstellen. Wie sähe z.B. Foucaults neue Macht-Technologie aus, wenn er die pädagogischen Diskurse der Gefängnisdirektoren mit den nicht weniger pädagogischen Diskursen der Zuchthaus-Direktoren verglichen hätte, statt sie den Folterungen des Henkers entgegenzusetzen?

Während Rusche und Kirchheimer die Herausbildung des Gefängnisses sowohl von den Disziplinierungsapparaten der Zwangsarbeit als auch von der Einzelhaft-Praxis der katholischen Kirche her rekonstruierten, erweist sich Foucaults Gefängnis-Genealogie als eine konstruierte Engführung, die besonders die beim Zuchthaus noch unübersehbaren Funktionen einer Einschüchterung der »gefährlichen Klassen« und des Hineinzwingens in eine neue Fabrikdisziplin aus der Untersuchung ausgeschlossen hat. Diese Dimensionen sind mit dem Niedergang des Zuchthauses keineswegs beendet, sondern durchziehen in unterschiedlichen Mischungsverhältnissen und Gewichtungen auch die Geschichte des modernen Gefängnisses bis hin zu den aktuellen Manifestationen des »*Prison Industrial Complex*«.

*Verfahren der Widerspruchseliminierung.* – Während Rusche und Kirchheimer sich darum bemühen, die Widersprüche zwischen Gefangenenausbeutung, Abschreckung und progressiven Gefängnisreformen herauszuarbeiten, sind alle »Prinzipien«, mit denen Foucault das Gefängnis definiert, nach der gleichen Logik ausgerichtet: Ob Einzelzelle oder Gefängnisfabrik, Strafarbeit oder Berufsausbildung, ökonomische Anreize oder Psychoberatung – immer geht es nur um die »Besserung«, d.h. darum, »Transformationen an den Individuen vorzunehmen« (*ÜS*, 318). Mit dem überallgemeinen Begriff der »Besserung«, den Foucault unkritisch-einführend den ideologisierenden Texten der Strafapparate entnommen hat<sup>15</sup>, sind die Kämpfe um die Strafrechts- und Gefängnisreform an allen Fronten ausgeblendet. Das Verfahren eines systemtheoretischen Funktionalismus, das Foucault von unterschiedlicher Seite bescheinigt worden ist<sup>16</sup>, kann hier im konkreten Vollzug beobachtet werden: Was immer im Bereich des Gefängnisses geschieht, wird in ein »simultanes System« eingeordnet (349).

*Einebnung von progressiver Gefängnisreform und Faschismus.* – Die »Besserung« ist nicht nur der Aspekt, den Foucault allen Gefängnis-»Prinzipien« zugrundelegt, sondern auch derjenige, den er am grundsätzlichsten und pauschalsten in Frage stellt. Seine Kritik ist einseitig auf die relativ progressiven sozialpädagogischen Ansätze fixiert, die in den Auseinandersetzungen um das Strafsystem als Kritik-

14 Vgl. *NGH*, 74, 76, 79ff, 85f

15 Es gehört zu Foucaults theoretischer Produktionsweise, dass in der Regel nicht unterschieden werden kann, wann die Darstellung der Argumentation der Gefängnisverwaltung endet und die eigene Argumentation beginnt (z.B. *ÜS*, 309ff). Indem er darauf verzichtet, die von den Strafapparaten reklamierte »Besserung« mit den jeweiligen realen Gefängnispraxen zu konfrontieren, stellt er die Disziplinierung »aus der einseitigen Perspektive der Verwaltung von Gesellschaft« und damit »aus bürokratischer Sicht« dar (Treiber/Steinert 1980, 77, 87).

16 Vgl. z.B. Honneth (1985, 216), Poulantzas (1978, 74).

und Einspruchsinstanz gegen die Abschreckungs- und Ausbeutungsfunktionen des Gefängnisses von Bedeutung sind. Zielscheibe ist v.a. der »teleologische« Anspruch einer »nützlichen« Umformung« und Wiedereingliederung (313), der sich historisch erst in den Gefängnisreformen zwischen ca. 1875 bis ca. 1932 durchgesetzt hat und von den Nazis als »Weimarer Gefängnisparadies« denunziert wurde.<sup>17</sup> Aber eine Normalisierungskritik, die das Feuer ihrer »radikalen« Entlarvung auf die Rehabilitationsprojekte konzentriert und dabei deren faschistische Abschaffung und Ablösung durch Liquidierung der A-Normalen und Verelendung der Gefangenen übersieht, hat die Verbindung zu den historischen Frontstellungen verloren.

Der Ertrag ist widersprüchlich. Durch die Thematisierung der materiellen Dispositive und Funktionsweisen von Disziplinierungsprozessen hat Foucault der Sache nach ideologietheoretische Fragestellungen einbezogen, die zu einer fruchtbaren Erweiterung einer kritischen Sozialgeschichte beitragen könnten. Er hat dies zugleich auf eine reduktionistische Weise getan, die hinter das sozialgeschichtliche Reflexions- und Differenzierungsniveau von Rusche und Kirchheimer wieder zurückfällt. Die theoretischen Weichenstellungen sind in einem Konzept der Macht angelegt, das Foucault zu Beginn der 70er Jahre von Nietzsche übernommen hat, und mit dessen Hilfe er die althussersche Ideologietheorie zu überwinden versucht.<sup>18</sup>

*Das Doublebind zwischen »Mikrophysik« und allgegenwärtiger »Fresszelle« (Poulantzas)*

Die von der Foucault-Industrie verbreitete Erfolgsgeschichte, Foucault habe den marxistischen »Reduktionismus« mithilfe eines multizentrischen und polyformen Machtkonzepts überwunden, vereindeutigt und verdeckt einen Widerspruch, der für seine Arbeitsweise kennzeichnend ist: Tatsächlich hat er seinen Machtbegriff v.a. in Abgrenzung zu Althussers »ideologischen Staatsapparaten« als eine »Mikrophysik« eingeführt, die kein Machtzentrum hat, nicht in staatlichen Instanzen lokalisierbar ist, sondern ein komplexes Netz vielgestaltiger Prozesse mit multipler Herkunft darstellt (ÜS, 37f, 177, 276f, 296). Dagegen ist in seiner Herleitung einer »von Disziplinarmechanismen vollständig durchsetzten Gesellschaft« (268) von der angekündigten Vielfalt nichts mehr zu sehen. Sobald das neue Disziplinar-Dispositiv sich – wie multipel auch immer – durchgesetzt hat, funktioniert seine Ausbreitung »einheitlich« und »kontinuierlich« (386), das »große Gefängnis-Kontinuum« erstreckt sich von den kompakten Institutionen über die Wohltätigkeitsvereine und Arbeitersiedlungen »bruchlos« bis in die entlegensten Bereiche hinein und durchdringt den gesamten Gesellschaftskörper (384f, 392). Die Formierung der Disziplinargesellschaft erschöpft sich in einer »Bewegung der Extension« (Breuer 1986, 61). Es ist, als setzte sich die historische Linearität, gegen die Foucault den nietzscheschen Begriff der *Genealogie* eingeführt hat, hinter seinem Rücken wieder durch.

17 Vgl. hierzu R/K (193ff, 200, 209, 249) sowie Pierre (in Petit 1991, 264ff).

18 Zu Foucaults Einführung eines neo-nietzscheschen Machtbegriffs vgl. Rehmann (2002, 63ff).

Dieser Mehrdeutigkeit ist spiegelverkehrt auch die Kritik am foucaultschen Machtkonzept gefolgt, die sich entweder auf die theoretische Zusammenhangslosigkeit der multiplen »Mikrophysik« der Macht konzentrierte oder aber auf die Reibungslosigkeit, mit der sie sich gesamtgesellschaftlich durchsetzen soll. Beginnen wir mit dem ersten Pol, einer Genealogie der Disziplinarmacht, die diese aus einer »Vielfalt von oft geringfügigen, verschiedenartigen und verstreuten Prozessen« ableitet (ÜS, 177). Foucault konzentriert sich v.a. auf die disziplinierende Detailarbeit am soldatischen Körper im späten 18. Jahrhundert und die »analytische« Überwachungsanlage bei der Pestbekämpfung gegen Ende des 17. Jahrhunderts (173ff, 251ff), aber seine Beispiele beziehen sich auch auf Schulen, Kollegs, Krankenhäuser, Betriebe usw. Dass sich Disziplinen vielfältig und an den unterschiedlichsten Punkten der Gesellschaft herausbilden, ist zunächst eine durchaus plausible Annahme und hängt u.a. mit der Mehrdeutigkeit der Wortbedeutung »Disziplin« selbst (lat. *discere*, lernen: Erziehung, Bildung, Zucht, Lehrfach) zusammen. Tatsächlich gibt es ja die unterschiedlichsten Disziplinen z.B. der Klöster, der Fürstentümer, der Zünfte sowie des Stadtbürgertums, aus dem sich dann das entwickeln wird, was sowohl Sombart als auch Max Weber (wiederum unterschiedlich) als »kapitalistischen Geist« bezeichneten; es gibt die verschiedensten Versuche einer »Disziplinierung« der Unterschichten sowie umgekehrt Versuche einer »Selbstdisziplinierung« in der Arbeiterbewegung zum Zwecke einer demokratischen Selbstvergesellschaftung, die wiederum häufig in despotisch-hierarchische Fremdherrschaft umgeschlagen sind. »Disziplin ist daher entgegengesetzt bestimmbar, vieldeutig und umkämpft. Disziplin kann ebensosehr revolutionär sein wie der Verstoß gegen Disziplin.« (F. Haug 1995, 789)

Vor dem Hintergrund einer solchen widersprüchlichen Vielfalt ist Foucaults Betonung des multiplen Ursprungs der Disziplinen ebenso unbestreitbar wie wenig ergiebig. Denn für die qualitativen Differenzen zwischen den Disziplinen (z.B. zwischen handwerklichem Gebrauchswertstandpunkt, kapitalistischer Tauschwert-Askese und einer Selbstorganisation sozialer Bewegungen) interessiert Foucault sich gerade nicht. Das Unterscheidungskriterium von Fremd- und Selbstbestimmung ist in seinem Konzept anonymer, sich selbst reproduzierender »Macht« verlorengegangen. Dadurch wird die Vielfalt selbst zu einer rhetorischen Figur, die das Gegensatzfeld der Disziplinen nicht aufschließt, sondern verbirgt.

Die Vielfalts-Rhetorik ist unfähig, die proklamierte Entwicklung der Disziplinen zu »allgemeinen Herrschaftsformen« im 17. und 18. Jahrhundert (ÜS, 176) zu erklären. Dies wird deutlich, wenn man Foucaults Genealogie der Disziplinen mit den v.a. von Max Weber und Gerhard Oestreich inspirierten Untersuchungen zur modernen »Sozialdisziplinierung« konfrontiert.<sup>19</sup> Entscheidend ist demnach der Übergang von der »Selbstdisziplinierung« bestimmter gesellschaftlicher Gruppen zu einer »Fremd-

19 Vgl. hierzu als Überblick immer noch der Sammelband von Sachße/Tennstedt (1986, 13ff.), zudem in kritischer Auseinandersetzung mit Foucault Treiber/Steinert (1980, 90ff) sowie die Arbeiten von Stefan Breuer (1978, 411, 430ff; 1983, 261ff; 1986, 52ff, 55f; 1987, 324ff, 336f).

disziplinierung«, die sich in zwei großen Schüben durchsetzt: beginnend bei den städtischen Bettel- und Armenordnungen des späten Mittelalters wird sie v.a. über die Herrschaftsstäbe des absolutistischen Staats (Heer und Verwaltung) erstmals zum Programm einer »Fundamentaldisziplinierung« (Oestreich 1969, 195) verallgemeinert. Die gesellschaftliche Durchsetzung erfolgt dann dadurch, dass kapitalistische Marktvergesellschaftung und große Industrie einen neuen tauschwertvermittelten Herrschaftstyp erzeugen, den Marx als »sachliches« Abhängigkeitsverhältnis bzw. »sachliche Mächte« über der Gesellschaft analysiert hat.<sup>20</sup> Breuer zufolge ist in der »Totalisierung der abstrakten Arbeit« und des damit einhergehenden Aufstiegs der abstrakt-linearen Zeit zur »Systemzeit« die strukturelle Voraussetzung der von Foucault beschriebenen Verallgemeinerung der Disziplin zu suchen (1987, 336).

In Foucaults Genealogie der Disziplinarmacht sind beide Seiten dieses herrschaftlichen Vermachtungsprozesses ausgeblendet. Ausgehend von Bourdieus Habitus- und Feldtheorie hat Schwingel (1993, 169f) angemerkt, Foucaults Macht-konzept lasse unberücksichtigt, dass die Macht materiell wie auch symbolisch »akkumulierbar« ist, so dass die Herrschenden, die das »Kapital« in einem Feld konvertieren, zumeist auch in anderen Feldern tendenziell herrschende Positionen einnehmen können. Stellt man die Frage der Macht-Akkumulation konkret, stößt man wieder auf die Instanzen des Ökonomischen, des Staats und des Ideologischen, aus deren Funktionszusammenhang Foucault seinen Machtbegriff herausgebrochen hat. In diesem Kontext hat Poulantzas beobachtet, dass Foucault, um seinen Macht-Begriff von dem des Staats absetzen und außerhalb seiner Reichweite ansiedeln zu können, wieder den engen Staatsbegriff zugrundelegt, den Gramsci überwunden hat: Krankenhäuser, Irrenanstalten, Sportapparate u.dgl., die Foucault außerhalb eines solchen Staates verortet, gehörten als »appareil santé-asiles« zum Konzept eines integralen Staats (1978, 41).<sup>21</sup>

Foucaults »Mikrophysik« fasst also weder die wirkliche, antagonistisch reklamierte Vielfalt der Macht noch deren herrschaftliche Akkumulation. Zu beobachten ist darüber hinaus das Paradox, dass gerade die Ausblendung der gesellschaftlichen Machtkonzentration durch Kapital, Staat und ideologische Apparate schließlich in die Vorstellung einer »Disziplinarmacht« einmündet, die alle Vollmachten besitzt, sich bis in die »moderne Seele« hinein auszubreiten. Damit sind wir am zweiten Pol des Machtkonzepts angelangt, der in der Literatur als »Funktionalismus« oder »Totalisierung« kritisiert wird.<sup>22</sup> Offenbar hängen die beiden Pole des Widerspruchs

20 *Deutsche Ideologie* (MEW 3, 74) und *Grundrisse* (MEW 42, 81f). Was den bürgerlichen Herrschaftstyp von vor-bürgerlichen unterscheidet, ist der »stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse« (MEW 23, 765). Vor allem die Abhängigkeit der Arbeiter von der gleichförmigen Bewegung der Maschine rufe die »strengste Disziplin« hervor (433; vgl. 390, 446f).

21 Einen ähnlichen Reduktionismus beobachtet Poulantzas sowohl hinsichtlich des Ökonomischen (1978, 39f, 75, 163) als auch des Ideologischen (73).

22 Vgl. hierzu exemplarisch die Kritik von Habermas (1985, 336ff) und Honneth (1985, 216). Konkret am historischen Beispiel der deutschen Jugendfürsorge (1878 bis 1932) durchgeführt und damit besonders ergiebig ist die Kritik von Peukert (1991).

miteinander zusammen. Wir finden bei Foucault sowohl einen Entortungs-Diskurs, der nachzuweisen versucht, dass die Macht weder vom Staat und seinen ideologischen Apparaten noch von Ökonomie und den Klassenverhältnissen her gedacht werden kann, als auch gleichzeitig den Diskurs einer Re-Lokalisierung der Macht, der diese wegen ihrer Verbindung mit dem »Krieg«, dem »Wissen« und dem »Leib« in eine Basis-Position (*sous-sol*) *unterhalb* der gesellschaftlichen Instanzen und Relationen verortet, aus denen sie zuvor herausabstrahiert wurde.<sup>23</sup> Beiden Diskursen ist gemeinsam, dass die Macht – entgegen dem Anspruch Foucaults – nicht als wirklicher Relationsbegriff, »*pouvoir relationnel*« (ÜS, 229, 208), behandelt wird, sondern neo-nietzscheanisch als ein Subjekt mit nahezu unbegrenztem Erzeugerstatus. Statt die Kräfteverhältnisse zwischen gesellschaftlichen Praxen zu bezeichnen, hat die Macht nur noch sich selbst als Grundlage und wird zur reinen »Situation«, in der es immer schon Macht gibt (Poulantzas 1978, 163). So kommt es unter der Hand wieder zu einem allmächtigen »*Maître-Pouvoir*«, der den Kämpfen immer schon zugrundeliegt: Aus der Relation wird eine »Fresszelle« (*essence phagocyte*), die alle Widerstände kontaminiert (165f).

#### *Die Metaphorisierung des Gefängnisses und der »Prison Industrial Complex«*

Für Foucault hat das Gefängnis-Netz schließlich »kein Außen« mehr, weil in der panoptischen Gesellschaft die Einsperrung eine »allgegenwärtige Strategie« darstellt, bei der man die Strafgewalt von der »Heil- oder Erziehungsgewalt« kaum mehr unterscheiden kann (ÜS, 388, 391). Es bildet das »große Fundament der Normalisierungsmacht«, der die unterschiedlichen Intellektuellen-Kategorien auf gleiche Weise unterstellt sind: »Wir leben in der Gesellschaft des Richter-Professors, des Richter-Arztes, des Richter-Pädagogen, des Richter-Sozialarbeiters; sie alle arbeiten für das Reich des Normativen.« (392f) Diese Kurzschließung von Gewalt (Einsperrung), Ideologie (Normalisierung) sowie Heilung/Erziehung führt zu einem letzten Widerspruch der foucaultschen Argumentation: Das Gefängnisdispositiv, das zu einer die Gesamtgesellschaft durchdringenden Disziplin- und Normalisierungsmacht »ausgeschwärmt« (*essaimage*) ist (271/246), macht sich schließlich selbst überflüssig. Indem die »Normalisierungsnetze« der Medizin, Psychologie, Erziehung, Fürsorge, Sozialarbeit usw. immer dichter werden, verliert das Scharnier des Gefängnisses an Bedeutung (395). Der Widerspruch besteht darin, dass Foucault einen Teilaspekt des gesellschaftlichen Gewaltapparats zum Hegemoniemodell der modernen Gesellschaft schlechthin hochstilisiert und ihn dann zum »Normativen« sublimiert, als seien die Abschreckungsfunktion des Gefängnisses und mit ihr die Gewaltverhältnisse überhaupt aus der bürgerlichen Gesellschaft verschwunden.

23 Sie funktioniert als »base« und »*sous-sol*« der bürgerlichen Rechtsgleichheit (ÜS, 285), bewegt sich unterhalb der Ideologien und Apparate (VdG, 43) und kommt »von unten«, vom »bebenden Sockel der Kräfteverhältnisse« her (SuW I, 114, 116).



Schon in *ÜS* ist angelegt, was Foucault im Konzept der »Biomacht« weiterentwickeln wird: Die Überverallgemeinerung der Gewaltaspekts mündet in seine imaginäre Aufhebung.<sup>24</sup>

Foucault verdeckt den Widerspruch zwischen der Allgegenwart des Gefängnis-Dispositivs und seiner Auflösung ins Normative durch eine metaphorische Verwendung des Terms. Sie lässt sich exemplarisch an dem vieldiskutierten Passus beobachten, in dem Foucault die »Seele« als Produkt der Disziplinarmacht versteht und als »Gefängnis des Körpers« artikuliert (42). Vermutlich handelt es sich hier, wie Judith Butler nahelegt (2001, 87f; vgl. 1995, 60ff), um eine Anspielung an das aristotelische Seelen-Konzept als Form und Prinzip des Körpers. Butler diskutiert die foucaultsche Redeweise als Figur der Subjektivierung schlechthin, bei der »jede ›Identität‹ als totalisierende genau als eine solche ›den Körper einkerkernde Seele‹ zu fungieren [scheint]« (2001, 83). Man könnte dazwischenfragen, was denn von Foucaults Zelebration der Körper übrigbleiben würde, wenn man ihnen die »Seele«, hebräisch *ruah*, d.h. den Atem, das Leben entzöge. Butlers Interpretation steht für eine philosophische Rezeption, die sich einführend auf der Linie der foucaultschen Gefängnis-Metaphorisierung bewegt, statt deren Funktionalität selbst zu hinterfragen. Sie übersieht v.a., dass die Metaphorisierung selbst eine ideologische Anrufung enthält: wer immer sich in der Verwirklichung seiner Handlungsmöglichkeiten eingeeengt sieht, ist eingeladen, sich als Opfer desselben normativen »Gefängnisses« zu fühlen wie die wirklich Eingesperreten. Es ist der Appell an ein politisches Selbstverständnis, das die Unterschiede zwischen denen »drinnen« und denen »draußen« imaginär aufhebt.

Dieser Widerspruch schlägt auch auf die Ebene der politischen Strategie durch. Einerseits ist *ÜS* als »Geschichte der Gegenwart« angelegt (43) und korrespondiert unmittelbar mit der politischen Erfahrung der Gefängnisrevolten im Nachklang der 68er Bewegung. Zugleich reagiert es in einer Weise auf die Niederlage der Gefangenenbewegung, die einem Rückzug aus diesem Bereich gleichkommt. Für Foucault geht es nicht darum, ob das Gefängnis bessernd wirkt oder nicht (dies wäre ein möglicher Einsatz reformerischer Vorschläge), auch nicht um die Frage, »ob es eine Alternative zum Gefängnis gibt« (dies liefe auf eine radikale, »abolitionistische« Infragestellung hinaus), sondern um den »großen Aufstieg der Normalisierungsanlagen« schlechthin (395). In dem Maße, in dem Foucault das Gefängnis in die elastische »Norm« auflöst, gibt er die Kämpfe um (oder gegen) die Einsperrungs-Systeme der bürgerlichen Gesellschaft preis.

Foucaults Prognose einer normativen Ver(über)flüssigung des Gefängnisses wurde alsbald von den Tatsachen widerlegt: Kurz nach der Veröffentlichung von *ÜS* setzte sich in den USA beim Übergang vom sozialdemokratischen »Wohlfahrtsstaat«

24 Bei der »Biomacht« geht es darum, »Kräfte hervorzubringen, wachsen zu lassen und zu ordnen«, während das Recht »sterben zu machen« der vergangenen »Souveränitätsmacht« zugeordnet wird (*SuW I*, 162f). Statt Repression und Macht-»Produktivität« in ihren wechselseitigen Beziehungen zu analysieren, werden sie kontrafaktisch in eine zeitliche Abfolge gebracht.

zum Neoliberalismus eine neue Strafpolitik durch, die die Zahl der Inhaftierungen sprunghaft ansteigen ließ. Nachdem die Zahl der Strafgefangenen bis 1975 auf 380000 gefallen war, gab es 1985 bereits 740000 Strafgefangene, 1995 waren es über 1,5 Millionen und Ende 1998 beinahe 2 Millionen, was einem jährlichen Wachstum von annähernd 8% während der 90er Jahre gleichkommt (Wacquant 2000, 68f). Auch in Europa kommt es nach einer längeren Periode sinkender Gefängniszahlen ab 1975 wieder zu einem Anstieg, der sich in den 80er Jahren deutlich beschleunigt (vgl. z.B. für Frankreich die Statistik von Faugeron in Petit 1991, 337). Bereits die These vom Verschwinden der Marter-Schauspiele zu Beginn des 19. Jahrhunderts übersieht nicht nur die Strafpraxis in den europäischen Kolonien, sondern auch die symbolische Bedeutung des verstümmelten Körpers in den Lynchmorden an Schwarzen nach dem amerikanischen Bürgerkrieg (James 1996, 29f). Das Gefängnis übt eine Gewaltfunktion zur Aufrechterhaltung der Rassenungleichheit aus (ebd., 24; vgl. Davis 1998, 98). Es konstituiert ein wirkliches »Außen«, mit dessen Hilfe das »Innen« der us-amerikanischen *civil society* zusammengehalten wird. Foucaults Normalisierungsthese »seems in need of revision«, meint Parenti (1999, 135), da die ritualisierte Zurschaustellung von polizeilicher Gewalt eine wichtige Rolle in der Kontrolle der »gefährlichen Klassen« spielt. Fixiert auf die sozialstaatlichen Integrations- und therapeutischen Rehabilitationsmodelle der späten 1960er Jahre hat er den anschließenden Umbau der Sozialkontrolle und insbesondere ihre Aufspaltung zwischen bourgeoisier Selbst-Regulierung und dem überwachten Ausschluss einer Heloten-Klasse nicht mehr zur Kenntnis genommen.

Foucault fehlen die analytischen Instrumentarien, um den neoliberalen Zusammenhang zwischen der »Atrophie des Sozialstaates« und der »Hypertrophie des Strafrechtsstaates« (Wacquant 2000, 68) zu erfassen. Genau hier liegen die Stärken von Rusches und Kirchheimers »historisch-soziologischem« Ansatz. Foucault richtet sich einseitig gegen eine Sozialpädagogisierung des Strafsystems, wie sie für das »sozialdemokratische« Zeitalter des fordistischen Wohlfahrtsstaats typisch war (vgl. den Beitrag von Tilman Reitz in diesem Heft). Den Reformern, welche die Abschreckungsfunktion der Strafe durch ein humanistisches Projekt der »Besserung« zu ersetzen beanspruchten, wollte er nachweisen, dass sie nicht mehr als eine Verfeinerung der Sozialkontrolle durchsetzten. Diese Fixierung verleitete ihn dazu, die Stellung des Gefängnisses im »Gewaltpanzer« sowie in der Sozialpolitik der bürgerlichen Gesellschaft unberücksichtigt zu lassen. Sein Konzept einer im Selbstlauf ausschwärmenden Macht ist ein Erkenntnishindernis, wenn es darum geht, die Strafsysteme im Zusammenhang mit den jeweiligen Regulationsweisen des Kapitalismus zu begreifen.

## Literatur

Für die Siglen der häufig zitierten Werke Foucaults siehe S. 60

Althusser, Louis, *Für Marx* (1965), Frankfurt/M 1968

Barrett, Michèle, *The Politics of Truth. From Marx to Foucault*, Cambridge 1991

Breuer, Stefan, »Die Evolution der Disziplin. Zum Verhältnis von Rationalität und Herrschaft in Max Webers Theorie der vorrationalen Welt«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 30. Jg. 1978, 409-37

ders., »Die Formierung der Disziplinargesellschaft: Michel Foucault und die Probleme einer Theorie der Sozialdisziplinierung«, in: *Sozialwissenschaftliche Informationen für Unterricht und Studium*, H. 4, 1983, 257-64

ders., »Sozialdisziplinierung. Probleme und Problemverlagerungen eines Konzepts bei Max Weber, Gerhard Oestreich und Michel Foucault«, in: Sachße/Tennstedt 1986, 11-44;

ders., »Foucaults Theorie der Disziplinargesellschaft. Eine Zwischenbilanz«, in: *Leviathan*, 1987, H. 3, 319-37

Butler, Judith, *Körper von Gewicht. Die diskursiven Grenzen des Geschlechts* (1993), Frankfurt/M 1995

dies., *Psyche der Macht. Das Subjekt der Unterwerfung* (1997), Frankfurt/M 2001

Davis, Angela, »Racialized Punishment and Prison Abolition«, in: Joy 1998, 96-107;

Dreyfus, Hubert L., u. Paul Rabinow, *Michel Foucault. Beyond Structuralism and Hermeneutics. Second Edition with an Afterword by and an Interview with Michel Foucault*, Chicago 1983

Ewald, François u. Bernhard Waldenfels (Hg.), *Spiele der Wahrheit. Michel Foucaults Denken*, Frankfurt/M 1991

Haug, Frigga, »Disziplin«, in: HKWM 2, 1995, 788-801

Haug, Wolfgang Fritz, *Die Faschisierung des bürgerlichen Subjekts. Die Ideologie der gesunden Normalität und die Ausrottungspolitiken im deutschen Faschismus. Materialanalysen*, Berlin/W 1986

Honneth, Axel, *Kritik der Macht. Reflexionsstufen einer kritischen Gesellschaftstheorie*, Frankfurt/M 1995

James, Joy, *Resisting State Violence. Radicalism, Gender, and Race in U.S. Culture*, Minneapolis 1996

dies. (Hg.), *The Angela Y. Davis Reader*, Malden-Oxford 1998

Lemke, Thomas, *Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität*, Hamburg 1997

MEW = Marx-Engels-Werke, Bd. 1-42, Berlin/DDR 1957ff

Melossi, Dario, »Georg Rusche: A Biographical Essay«, in: *Crime and Social Justice*, 14, 1980, 51-63

ders. u. Massimo Pavarini, *The Prison and the Factory. Origins of the Penitentiary System* (1977), London-Basingstoke 1981

Oestreich, Gerhard, *Geist und Gestalt des frühmodernen Staates. Ausgewählte Aufsätze*, Berlin/W 1969

Parenti, Christian, *Lockdown America. Police and Prisons in the Age of Crisis*, London-New York 1999

Petit, Jacques-Guy, *Ces peines obscures. La prison pénale en France (1780-1875)*, Paris 1990

ders., u.a. (Hg.), *La Prison, le Bagne et l'Histoire*, Genève 1984

ders., u.a. (Hg.), *Histoires des Galères, Bagnes et Prisons. XIIIe-XXe siècles. Introduction à l'histoire pénale de la France*, Toulouse 1991

Peukert, Detlev J.K. »Die Unordnung der Dinge. Michel Foucault und die deutsche Geschichtswissenschaft«, in: Ewald u.a. 1991, 320-33

Poster, Mark, *Foucault, Marxism and History. Mode of Production versus Mode of Information*, Cambridge/UK 1984

Poulantzas, Nicos, *L'Etat, le Pouvoir, Le Socialisme*, Paris 1978

Rausch, Karin, »Georg Rusche/Otto Kirchheimer, Sozialstruktur und Strafvollzug«, in: *Kritische Justiz*, 1975, 215-18;

Rehmann, Jan, »Michel Foucault und die Konstruktion eines postmodernen Nietzscheanismus (Teil II)«, in: *Das Argument* 244, 44. Jg., 2002, H. 1, 51-72;

Rusche, Georg, »Zuchthausrevolten oder Sozialpolitik. Zu den Vorgängen in Amerika«, zuerst in *Frankfurter Zeitung* vom 1.6. 1930, Nr. 403, zit.n. Rusche/Kirchheimer 1981, 291-97;

ders., »Arbeitsmarkt und Strafvollzug. Gedanken zur Soziologie der Strafjustiz«, zuerst erschienen in: *Zeitschrift für Sozialforschung*, Bd. 2, 1933, 63-78, zit. n. Rusche/Kirchheimer 1981, 298-313;

Rusche, Georg u. Otto Kirchheimer, *Sozialstruktur und Strafvollzug* (1939), 2. Aufl., vermehrt um einen Anhang mit 2 Aufsätzen von Georg Rusche u. um ein Nachwort von Heinz Steinert, Frankfurt/M-Köln 1981 (zit. R/K)

Sachße, Christoph u. Florian Tennstedt (Hg.), *Soziale Sicherheit und soziale Disziplinierung. Beiträge zu einer historischen Theorie der Sozialpolitik*, Frankfurt/M 1986

Schumann, Karl F., »Produktionsverhältnisse und staatliche Strafen. Zur aktuellen Diskussion über Rusche und Kirchheimer«, in: *Kritische Justiz*, 14. Jg, 1981, 64-77

Schwingel, Markus, *Analytik der Kämpfe. Macht und Herrschaft in der Soziologie Bourdieus*, Hamburg 1993

Steinert, Heinz, »Nachwort. Dringliche Aufforderung, an der Studie von Rusche und Kirchheimer weiterzuarbeiten«, in: Rusche/Kirchheimer 1981, 314-36;

Steinert, Heinz u. Hubert Treiber, »Versuch, die These von der strafrechtlichen Ausrottungspolitik im Spätmittelalter »auszurotten«. Eine Kritik an Rusche/Kirchheimer und dem Ökonomismus in der Theorie der Strafrechtsentwicklung«, in: *Kriminologisches Journal*, 10. Jg, 1978, 81-106;

dies., *Die Fabrikation des zuverlässigen Menschen. Über die »Wahlverwandtschaft« von Kloster- und Fabrikssystem*, München 1980

Wacquant, Loïc, *Elend hinter Gittern*, Konstanz 2000

Zander, Hartwig, »Georg Rusche, marché du travail et régime des peines: introduction à la genèse de l'oeuvre de Georg Rusche«, in: *Deviance et Société*, 4. Jg., 1980, H. 3, 199-213



## Max Weber gramscianisch gelesen

Jan Rehmann

**Max Weber:**

**Modernisierung als passive Revolution**

Kontextstudien zu Politik, Philosophie und

Religion im Übergang zum Fordismus

ISBN 3-88619-253-9 · 20,35 € [D]

**Argument**

Im Buchhandel oder direkt vom Argument-Versand: Reichenberger  
Str. 150, 10999 Berlin, Fax: 030 / 611 42 70 versand@argument.de

Tilman Reitz

## Die Sorge um sich und niemand anderen

Foucault als Vordenker neoliberaler Vergesellschaftung

Vor gut anderthalb Jahren erklärte Nancy Fraser Foucault für historisch. Seine Diskurs- und Sozialanalysen seien, so die These, sämtlich der Opposition gegen ein fordristisches Gemeinwesen verhaftet und deswegen für die postfordistische Situation nicht mehr zu gebrauchen. Die Kritik der großen Disziplinarapparate, der umfassenden sozialen Planung sowie des normalisierten Subjekts<sup>1</sup> trüge nur noch wenig zum Verständnis der deregulierten und fragmentierten Verhältnisse von heute bei. Dies löste einigen Protest seitens der Jüngeren aus, die gerade mit Foucault postfordistische, genauer: neoliberale Machtverhältnisse zu entziffern beanspruchen. Frasers Historisierungsthese lässt sich jedoch auch dann bezweifeln, wenn man ihrer Verortung Foucaults zustimmt. Aus der Datierbarkeit seiner *kritischen* Impulse folgt nämlich keineswegs notwendig, dass seine theoretische Haltung *insgesamt* obsolet geworden ist. Gegen diese Kopplung spricht nicht allein die anhaltende Beliebtheit seiner Methodik und seines Habitus. Bemerkenswert ist vor allem, dass diverse Anschluss-theorien ihm positive Ansätze für eine Gesellschaft entnehmen, die öffentlich geregelte Verantwortlichkeiten durch private Selbstverantwortung ersetzt. So mündet z.B. die Konzeption einer Ästhetik der Existenz, wie sie Foucault aus der antiken Sexualethik gewinnen wollte, bei Autoren wie Schmid und Shusterman ohne weiteres in die Anpreisung von Lifestyle und Liberalismus. Tatsächlich können sich solche Weiterführungen auf Verfahrensweisen und politische Positionen Foucaults berufen. Er trifft sich mit den Programmen und Praktiken neoliberaler Vergesellschaftung in dem entscheidenden Punkt, dass er gegen die theoretische Durchdringung und die politische Regulation der sozialen Gesamtordnung den Antagonismus partikularer Kräfte ins Feld führt. Für Jan Rehmann nimmt Foucault bereits 1971, »mitten im linksradikalen Diskurs die neoliberale Zerstörung des gesellschaftlichen Gesamtzusammenhangs vorweg« (2002, 67). Nun gibt es, wie im Folgenden zu diskutieren ist, für die kritisch-theoretische Negation dieses Zusammenhangs in

---

1 So ließen sich wohl am ehesten die drei Schwerpunkte der Fordismuskritik erläutern, die Fraser bei Foucault erkennt: »totalization, social concentration within a national frame, and self-regulation«. Am besten illustrieren ihre einführenden Bemerkungen das gemeinte Verhältnis: »Writing at the zenith of the postwar Keynesian welfare state, [Foucault] taught us to see the dark underside of even its most vaunted achievements. Viewed through his eyes, social services became disciplinary apparatuses, humanist reforms became panoptical surveillance regimes, public health measures became deployments of biopower, and therapeutic practices became vehicles of subjectification.« (Fraser 2003, ursprünglich ein Vortrag auf der Frankfurter Foucault-Konferenz 2001.)

den 1970er Jahren gute Gründe. Besonders interessieren wird jedoch der Umstand, dass sie bei Foucault in einer Apotheose von Fragmentierung aufgehen, die ihrerseits nur noch *eine* schlüssige Motivation hat: den Willen, diese Fragmentierung gesellschaftlich durchzusetzen. Faktisch ließ sich das nur im Bündnis mit den Vertretern des freien Marktes und des schlanken Staats, des kreativen Leistungsethos und des optimierten Konsums machen.

Foucault hat eine solche Koalition kaum intendiert und ihre Entfaltung nicht mehr erlebt, aber seine Arbeiten schaffen Formen intellektueller Selbstverständigung, die sie für breite akademische Kreise attraktiv gemacht haben. Im Folgenden wird schrittweise nachvollzogen, wie dieser Beitrag zustande kommt, wie er aussieht und wie weit er geht: Zunächst gilt es anhand von Foucaults Themen noch einmal genau zu sehen, von welchen Mustern fordistischer Vergesellschaftung er sich abgestoßen hat; die Gegenprogrammatisierung, die er entwickelt, lässt sich dann am besten in seiner theoretischen Verfahrensweise verfolgen, die weitaus elaboriertere Antworten bietet als seine politischen Tätigkeiten und Aussagen; schließlich sind jedoch auch im letzteren Bereich Spuren einer neoliberalen Wende nachweisbar – besonders im Kontext des Spätwerks.

## I.

Das Gefüge fordistischer Institutionen und Praktiken – die standardisierte Massenproduktion, die staatlich-bürokratische Eingliederung, die kulturelle Normierung und der sozialstaatliche Kompromiss – wird bei Foucault nie eingehend untersucht; allenfalls finden sich unter dem Titel ›Biopolitik‹ Spuren seiner nachholenden, diktatorischen Version. Dennoch hat er sich durchgängig darum bemüht, seine historischen Untersuchungen als eine »Geschichte der Gegenwart« anzulegen. Dies zeigt sich besonders deutlich an den Diskussionen, die zwischen Foucaults Aktivitäten in der Gefangenenbewegung und der Niederschrift von *Überwachen und Strafen* vermitteln. Während er im Buch die Geschichte des Gefängnisses zu einer allgemeinen Theorie der Disziplinar- und Überwachungsmacht ausweitet, figuriert es im Vorfeld zunächst als Extremform sozialstaatlicher Integration; Foucault und seine Gesprächspartner tragen die Haftstrafe in eine Skala von Kontrollstrategien ein, an deren anderem Ende Sozialarbeit und Psychotherapie stehen. Als zugrundeliegender Prozess wird dabei, anknüpfend an die Kämpfe um 1968, eine Totalisierung ordnungsstiftender Aktivitäten identifiziert. Für Deleuze entwickelt die »Macht« (mit der hier noch primär Staat und Kapital gemeint sein dürften) nunmehr »zwangsläufig eine totale oder globale Vision«: »Sämtliche Berufsgruppen werden dazu aufgefordert, immer exakter umrissene Polizeifunktionen auszuüben: Lehrer, Psychiater, Erzieher jeglicher Art usw.« (Foucault, II, 388) Das bedeutet auf der einen Seite, dass alle diese »Sozialarbeiter« die »implizite Funktion haben, [...] die Ordnung aufrechtzuerhalten« (Juillard, ebd., 411), und zudem entsprechende Strafkompetenzen übernehmen: »Die Kinder werden bestraft, die Schüler werden bestraft, die Arbeiter werden bestraft, die Soldaten werden bestraft.« (ebd., 535) Zum anderen aber tritt in

den traditionellen Bereichen des Ordnungserhalts an die Stelle von Rechtsnorm und Sanktion die fortwährende Integrationsbemühung.

Ich glaube das Wesentliche ist [...], dass die Sozialarbeit in eine übergreifende Funktion eingetragen ist [...], und zwar in die Funktion der Überwachung und Korrektur. Die Individuen zu überwachen und sie zu korrigieren, und das in beiden Bedeutungen des Wortes, das heißt sie zu bestrafen oder sie zu pädagogisieren. (413)

Derart wird nicht allein der zeitgenössische Ansatzpunkt von Foucaults Forschungen deutlich, sondern auch die Diagnose fordristischer Vergesellschaftung, die sich zu Beginn der 70er Jahre in seinem Kreis herausbildet: Die standardisierte Massenproduktion wird durch ein Ensemble staatlich koordinierter Kontrollstrategien ergänzt, die zugleich restriktiv und erzieherisch für das ordnungsgemäße, berechenbar normale Verhalten der Produzenten und Konsumenten sorgen.

Die Orientierung auf die Produktionsweise muss man in diese Diagnose nicht hineinbringen. Foucault benennt in seinen Überlegungen zur Disziplinarmacht immer wieder die Entwicklung der Produktivkräfte, die es erforderlich macht, »die Arbeiter fest an den Produktionsapparat zu binden, sie dort anzusiedeln [...], wo man sie benötigt, sie dem Rhythmus des Produktionsapparates zu unterwerfen, ihnen die von ihm geforderte Konstanz und Regelmäßigkeit aufzuzwingen« (II, 582); sein Interesse gilt mithin auch einer Archäologie der tayloristischen Fabrik. Und er thematisiert regelmäßig die politische Absicherung der Produktionsverhältnisse – namentlich »eine Spaltung in gute und schlechte Arbeiter«, in ein gezähmtes Proletariat und »gefährliche Klassen«, der neben dem Gefängnisssystem zivilisierende Institutionen wie »die Krankenkasse, die Förderung von Eheschließungen, später die Arbeitersiedlungen« dienen (583). Damit ist dann der Boden für den Prozess bereitet, in dem sich die arbeitende Bevölkerung je nach Lage der Ordnung des autoritären Staates oder des bürgerlichen Lebens einfügt. Was freilich fehlt, sind Überlegungen, die über Ordnungsfragen hinausgehen. Dass in den fordristischen Staaten etwa auch die wachsende Qualifikation der Lohnabhängigen oder die allgemeine Steigerung und partielle Umverteilung des Wohlstands die Lebensformen homogenisiert, ist weder in Foucaults archäologischen Grabungen noch in den gegenwartsdiagnostischen Diskussionen seines Kreises ein Thema.

Das Bild festigt sich, wenn man Foucaults Forschungen zu Medizin, Geisteskrankheit, Humanwissenschaften und Sexualität hinzuzieht. Sie sind durchweg auf den Fluchtpunkt eines normierten nationalen Produktionsregimes ausgerichtet und rücken ihm sämtlich mit dem abstrakten Schema von Norm und Abweichung zu Leibe. Die klarsten Belege für diesen Zusammenhang finden sich im Umfeld der angesprochenen Sozialstaatsdiskussion. Klinik, Psychiatrie und Psychotherapie bilden hier neben Erziehung und Sozialarbeit Foucaults bevorzugte Paradigmen für eine integrative Ordnungsstiftung. »Heute entwickelt sich die Welt auf ein Klinikmodell hin, und die Regierung übernimmt eine therapeutische Funktion. Die Funktion der Machthaber besteht darin, die Individuen im Rahmen einer wahrhaften gesellschaftlichen Orthopädie an den Entwicklungsprozess anzupassen.« (II, 126) Gemeint sind damit, wie man wohl schließen darf, sowohl die Ausgrenzung

von Abweichlern und Nichtzugehörigen, die zuerst *Wahnsinn und Gesellschaft* als Schattenseite der aufgeklärten Normalität identifiziert, als auch die allseitige Kontrolle, die noch die Anomalie kategorisiert und die Anormalen erzieht. Letzterer dienen in bestimmter Hinsicht auch die Humanwissenschaften, in deren Kritik die *Ordnung der Dinge* mündet. Ein Jahrzehnt nach der Abfassung des Buches vermutet Foucault, dass das »Wissen über den Menschen, die Individualität, das normale oder anomale Individuum [...] aus den Praktiken der sozialen Kontrolle und Überwachung hervorgegangen ist« (670). Einen wichtigen Fall bilden die Ausgrenzungs-, Erfassungs- und Erziehungstechniken, auf denen das moderne Wissen über Sexualität basiert: die Kontrolle der Masturbation, die Analyse der Hysterie, die Pathologisierung der Perversen. Ihre Hochphase erreichten Strategien dieser Art wiederum, wo »die so genannte normale Sexualität, d.h. die Reproduktion der Arbeitskraft« (669) die Konkurrenzfähigkeit und Kohäsion der nationalen Produktionsgemeinschaften befördern sollte – zur Zeit des heroisierten Arbeiter- oder Kriegerkörpers und der massenhaften Ermordung von Homosexuellen im NS, der Sexsymbole und der Zensurkodizes von Hollywood. Dass Foucault während der Arbeit an *Sexualität und Wahrheit I* nicht zuletzt auf diesen Funktionskontext abzielte, zeigen seine Überlegungen zur Biomacht, zur politischen Regulierung der menschlichen Reproduktion. Mit seinen Skizzen des faschistischen und stalinistischen »Staatsrassismus« (vgl. *VdG*, 294-305) greift Foucault direkt auf Formationen des mittleren 20. Jahrhunderts zurück, und seine Auseinandersetzung mit der sozialstatistisch basierten Bevölkerungspolitik erlaubt es, die zugrunde liegende Machtstrategie über ihre totalitäre Phase hinaus zu verfolgen. Seine Schüler haben diesen Faden aufgenommen: Die Normalität der modernen Massengesellschaft mag partiell durch ein Netz direkter Disziplinarmaßnahmen hergestellt werden; ebenso zentral ist für sie jedoch die durchschnittsorientierte, nicht mehr ans Einzelindividuum geknüpfte Erhebung und Festschreibung des Normalen. Von Normalisierung kann man sinnvoll nur dann sprechen, wenn zur Kontrolle der Schiffsale die Sorge um die Volksgesundheit und zur Abrichtung des Arbeiters die Kalkulation der Massennachfrage, kurz: zur »Disziplin« die »Regulierung« tritt (283).

An eben diesem Punkt werden jedoch die Tragweite wie die Berechtigung von Foucaults kritischer Perspektive fragwürdig. Zunächst ist unklar, ob die sozialstatistisch basierte Normalität ähnlich grundlegend in Frage gestellt wird wie die Disziplinierung. Während nahezu alle Analysen von Überwachung, Strafe und Kontrolle erkennbar von dem Impuls getragen sind, »nicht derart regiert zu werden«, erscheint der Komplex Sozialstatistik in den Arbeiten der Foucaultschüler häufig eher als besonders interessanter Forschungsgegenstand denn als Kritikobjekt.<sup>2</sup> In ihm zeigt sich, wie das im Anschluss an Ewald und Castel Michael Makropoulos festhält, ein zugleich spezifisch modernes, weil Kontingenz einbeziehendes, und spezifisch soziales, weil auf die *Beziehungen* der einzelnen Akteure und Handlungen gegründetes

2 Die einzige deutliche Ausnahme bildet Castels (1983) scharfe Kritik der sozialstatistischen Risikokalkulation.



Weltverhältnis: Der Gegenstand von Versicherung, Gesundheitspolitik und Sozialfürsorge »sind nicht Handlungssubjekten zuschreibbare Abweichungen und Gefahren, sondern statistisch kalkulierte und nur in Realitätskonstruktionen existierende Risiken« (1990, 15). Wie Konstruktionen dieser Art politisch zu bewerten sind, wird sich nicht allgemein sagen lassen. Dass etwa das System der Sozialversicherungen Unfälle und Notlagen nicht länger den einzelnen Geschädigten anlastet (vgl. Ewald 1986, 18f), sondern sie durch sämtliche möglichen Beteiligten tragen lässt, ist ein gewaltiger zivilisatorischer Fortschritt; die Politik des gesunden Volkskörpers hingegen, die summarisch als pathogen gebrandmarkte Gruppen vernichtet, das größte Verbrechen der bisherigen Geschichte. Die statistisch normalisierende Erfassung kann sowohl Spielräume für das je Individuelle gewährleisten als auch seine restlose Missachtung bedeuten. An Foucaults eigenen Analysen fällt nun auf, dass er stets nur den Kontrollaspekt regulatorischer Macht thematisiert.<sup>3</sup> Mit ihr, so seine berühmte Formulierung, verschiebt sich die Form staatlicher Verfügungsgewalt vom »sterben machen« zum »leben machen und sterben lassen« (*VdG*, 178). Gemeint ist wiederum der Übergang von einer breitmaschigen Begrenzung zu einer lückenlosen Durchdringung humanen Verhaltens. Indem Foucault die globalen Techniken der Regulation allein als Biomacht verhandelt, blendet er auf doppelte Weise die Kontingenz aus, die dann Makropoulos interessiert: Statt der sozialen Konstruktion, die für die einzelnen »Realien« bzw. Handlungssubjekte ein Kontinuum normaler, um den Durchschnitt angelagerter Möglichkeiten vorsieht, thematisiert er nur die Erfassung des Allerkonkretesten, der vielfältigen und bis ins letzte Detail manipulierbaren Lebensvollzüge; und statt eines offenen Zukunftshorizontes kommt ihm nur die scheinbar zielgerichtete Steigerung von »Kräften« (284) in den Blick. So erscheint die Verwaltung der Massen als Schlussstein einer totalen Bevormundung, »die das Leben in ihre Hand nimmt, um es [...] im Einzelnen zu kontrollieren und im Gesamten zu regulieren« (*SuW I*, 163). Die vervollständigte Normalisierungsanalyse impliziert daher eine diffuse, suggestive Sozialstaatskritik: Von der Krankenversicherung über die Hygienevorschrift bis zum öffentlichen Schulsystem steht jede zentrale Vorkehrung für das Zusammenleben großer Populationen im Verdacht, ihre allseitige Erfassung und Konditionierung zu befördern.

Entsprechend abstrakt fallen Foucaults Widerstandsimpulse aus: Eine Zersetzung der fordistischen Normalisierung erwartet er sich vor allem vom Abbau bürgerlicher Moral und Rechtssicherheit (II, 419), von der Ordnungswidrigkeit der gefährlichen Klassen (vgl. II, 376) und der lokalen, zerstreuten Rebellion (vgl. *VdG*, 13ff). Das meiste hiervon hat sich als hoffnungslos kurzatmig erwiesen. Während Foucaults Protest gegen die Stigmatisierung der Häftlinge, den Kontrollcharakter von Sozialarbeit oder die Einsperrungsmacht der Psychiatrie wichtige Reformen anzustoßen half, wurden diejenigen Momente seines Widerstandsmodells, die auf ein unkontrol-

3 Das ändert sich erst – ansatzweise – in den ausgewogenen Überlegungen zur Zukunft der Sozialversicherung, die Foucault 1983 im Gespräch mit einem führenden Gewerkschaftsvertreter äußert (IV, 367-83).

liertes Spiel plebejischer Destruktivkräfte hinausliefen, mit Grund vergessen. Foucault selbst hat sie, wie noch zu sehen ist, bald zugunsten zivilerer und konformerer Zielsetzungen aufgegeben. Bereits in seiner libertärsten Phase hat er jedoch seine Theorie erfolgsträchtig auf eine postfordistische Situation adjustiert. Während sich seine praktischen Impulse zur Totalitätsverweigerung zunächst verlaufen, sind die methodischen früh zur Anschlussfähigkeit gediehen.

## II.

Foucaults Analyse der großen Disziplinarinstitutionen und Eingliederungsstrategien berührt sich, wie oft festgestellt wurde, eng mit den Arbeiten der Frankfurter Schule. Wie Foucault skandalisieren Adorno und Horkheimer die disziplinar und regulatorisch hergestellte Normalität<sup>4</sup>; hier wie dort erscheinen so auch Hilfs- und Reformleistungen des Sozialstaats als Instrumente totaler Eingliederung<sup>5</sup>; auf beiden Seiten herrscht daher schließlich Einigkeit darüber, dass man sich kategorisch der Perspektive eines Ganzen widersetzen muss, für dessen Erhaltung und Perfektionierung die Einzelnen eingespannt werden. Eben hier trennen sich jedoch zugleich die Auffassungen. Während Horkheimer, Marcuse und besonders Adorno davon ausgehen, dass die Totalität des Herrschaftszusammenhangs de facto alle einzelnen Subjekte und Handlungen bestimmt, will Foucault auch noch die theoretische Fixierung aufs Ganze durchbrechen. In explizitem Gegensatz zu den dialektischen Theorien der Totalität pflegt er seinen »glücklichen Positivismus«, um einer »Macht« auf die Spur zu kommen, die »sich von unzähligen Punkten aus im Spiel ungleicher und beweglicher Beziehungen vollzieht« (*SuW I*, 115). Selbst die großen Kontrollinstitutionen können für ihn nur dann durchdrungen werden, wenn man sie auf »Kraftverhältnisse« und »Machtzustände« zurückführt, »die immer lokal und instabil sind« (114). Man kann vermuten, dass Foucault aufgrund eben dieser Differenz einen Resonanzboden gefunden hat, während die Kritische Theorie erheblich an Einfluss einbüßte. Ausschlaggebend dürfte dabei der Umstand sein, dass die theoretische Orientierung aufs soziale Ganze mit der Umwälzung der fordistischen Verhältnisse in Schwierigkeiten geriet. Nicht nur brechen ihr mit dem tendenziellen Bedeutungsverlust des Nationalstaats die Angriffspunkte weg; sie erscheint auch als Affront gegen jeden Versuch, sich nunmehr in Unübersichtlichkeit und Gegeneinander einzurichten. Dass es in Foucaults methodischer Totalitätsablehnung nicht zuletzt um derart praktische Orientierungen geht, wird deutlicher, wenn man nach ihrem Erkenntniswert fragt.

4 »Durch die ungezählten Agenturen der Massenproduktion und ihrer Kultur werden die genormten Verhaltensweisen dem Einzelnen als die allein natürlichen, anständigen, vernünftigen aufgeprägt. Er bestimmt sich nur noch als Sache, als statistisches Element, als success or failure.« (1947, 35)

5 »Die Figur des Arbeiters, der in der Nacht betrunken nach Hause kommt und die Familie verprügelt, ist an den äußersten Rand gedrängt; seine Frau hat mehr als ihn den social worker zu fürchten, der sie berät.« (Adorno 1942, 389)

Das Neue und Aufregende von Foucaults Methodik beruht zu großen Teilen darauf, dass er viele Fragen ausklammert. »Man verdeckt bestimmte existente Bereiche, und dank dieser Ablenkung erscheinen – sozusagen im Kontrast – Phänomene, die sonst in einer allzu komplexen Menge von Beziehungen versunken geblieben wären.« (SdW, 16) Der simultane Einschnitt in der Diskurspraxis heterogener Wissenschaften, die Ausbreitung neuartiger Techniken der Körperabrichtung und die Formierung von Erfassungsinstanzen um Sexualität kommen erst dann in den Blick, wenn man vorerst nicht fragt, wie sich die jeweilige Entwicklung kausal erklären lässt, welche Funktion sie im Zusammenhang der sozialen Reproduktion erfüllt, was ihre Einheitlichkeit gewährleistet. Evidenz gewinnt diese spezifische Forschungstechnik durch den allgemeinen Umstand, dass die Situierung des empirisch Ausweisbaren im Feld umfassender Sozialdiagnosen ohnehin Probleme macht. Gerade die Totalitätstheorien von Lukács bis Adorno zeigen bei diesem Versuch eklatante Schwächen. Entweder sie erkennen in jedem politischen und kulturellen Phänomen nur Tiefenstrukturen wieder, die bereits ihre Referenzautoren analysiert hatten, etwa den Fetischcharakter der Ware. Oder sie nehmen aus eigener Deutungshoheit gesellschaftliche Umbrüche an, ohne sie je genauer zu rekonstruieren, etwa die Ersetzung des »freien Tausches« durch die »totale Planung« (Horkheimer/Adorno 1947, 34) in den entwickelten Industriegesellschaften des mittleren 20. Jahrhunderts. Gegenüber solchen Generalisierungen scheint es ehrlicher, nach einem »präzisen Wissen, einer Fülle angesammelten Materials« zu verlangen (II, 166) und im Übrigen anzuerkennen, »dass wir ohne sicheres Bezugssystem inmitten zahlloser verlorener Ereignisse leben« (181).

Diese Absichtserklärung lässt freilich die Frage offen, unter Rekurs auf welche unsicheren Bezugssysteme schließlich die erforschten Regelmäßigkeiten erklärt, miteinander verknüpft und eingeordnet werden. Unter Berufung auf Nietzsche betont Foucault in seiner Genealogieschrift den Perspektivismus des Forschers.

Der historische Sinn [...] weiß [...], dass er auf einer Perspektive beruht, und verleugnet nicht das System der eigenen Ungerechtigkeit. Er betrachtet die Dinge unter einem bestimmten Blickwinkel, fällt seine Urteile ganz bewusst, sagt ja oder nein, verfolgt alle Spuren des Gifts und sucht nach dem wirksamsten Gegengift. (II, 182f)

In diesem Sinn hatte bereits Horkheimer die »spezifische Aktivität« kritischer Theorie der »beherrschten Klasse« zugeordnet (1937, 189), Benjamin die Heraussprengung einer bestimmten Vergangenheit in den Dienst ihrer Befreiung zu stellen versucht und Adorno Blickwinkel empfohlen, die sich nach dem »Maß« der bestehenden »Ordnung [...] als krank, abwegig, paranoid« darstellen (1951, 127). Man kann vermuten, dass auch den Forschungen Foucaults eher als Nietzsches Herrschaftspathos solche Perspektiven zugrunde liegen – sicher sein kann man sich jedoch nicht. Denn trotz aller offenkundigen Kritik (etwa an der »Kerker-gesellschaft«) vermeidet er in seinen Hauptwerken eindeutige Zuordnungen von theoretischer Konstruktion und politischer Zielsetzung. Dieser Verzicht mag darauf beruhen, dass sich Foucault nie auf eine kohärente politische Haltung festlegen lassen wollte. Er bringt jedoch mit sich, dass die Leerstelle der verweigerten Objekt- und Selbstverortung ein Verlangen

nach alternativen Ganzheitsfiguren provoziert. In der Tat wird sie ausgefüllt, nur nicht durch theoretische Reflexion, sondern durch mythische Setzungen. Wo immer Foucault das Ganze eines Entstehungs-, Funktions- oder Sachzusammenhangs forschungstechnisch ausklammert, trägt er es anschließend in Gestalt großer Erzählungen oder Namen nach.

Das erste entwickelte Paradigma für die fragliche Gegenstandskonstruktion bilden die Etappen der europäischen Episteme in der *Ordnung der Dinge*. Foucault hat die Kernthese des Buches oft genug herausgestellt: In völlig unterschiedlichen Bereichen des Erkennens – dem Wissen von der Sprache, von den Lebewesen und vom Warenverkehr – haben sich jeweils zur selben Zeit die Regeln von Theoriebildung auf dieselbe Weise verschoben (erst sammelt man überall Zeichen, dann erstellt man Klassifikationen, schließlich rekonstruiert man organische Zusammenhänge). Die Äquivalenz der Regelsysteme ist dabei der einzige Gegenstand des theoretischen Interesses. Foucault will weder einen jeweiligen Zeitgeist schildern noch einen Erkenntnisfortschritt nachvollziehen – und er bezieht die epistemischen Verschiebungen auch nicht auf gesellschaftliche oder politische Umbrüche zurück. Die Entscheidung, von einer solchen Erklärung abzusehen, motiviert er im Vorwort zur deutschen Ausgabe pragmatisch damit, es sei oft schwer »zu entscheiden, was eine spezifische Veränderung in einer Wissenschaft verursacht hat«, und besonders im Bereich der empirischen Wissenschaften sei ungeklärt, »wie eine Artikulation, die so komplex [...] ist, wirklich vor sich geht«: »Ich ließ also in diesem Buch die Frage nach den Ursachen beiseite« (*OD*, 14). Dieser bescheidenen Programmatik korrespondiert nun aber im Werk (wie auch in der nachträglichen Methodenreflexion, der *Archäologie des Wissens*) eine Verselbständigung der untersuchten Wissensordnungen: Anstatt dass beschrieben würde, wie die jeweils Forschenden in ihren jeweiligen Institutionen die Regeln ihrer Praxis ändern, transformiert sich in Foucaults Darstellung zumeist direkt das ›Wissen‹, die ›Episteme‹ oder – forschungssprachlich folgenreich – der ›Diskurs‹, scheinbar ganz von allein. Der pragmatischen Bescheidenheit korrespondiert daher im Ergebnis eine gleichsam ontologische Sicht auf die Verschiebungen der Wissensordnungen: sie erscheinen als originäres Geschehen, das sich den forschenden Subjekten selbsttätig offenbart (vgl. Rehmann 2001). Zweck der Untersuchung ist, wie Foucault im französischen Vorwort ausführte, eine Sichtweise, die »die Ordnung in ihrem Sein selbst befreit« (*OD*, 23), Gegenstand »die nackte Erfahrung der Ordnung und ihrer Seinsweisen« (24).

In seinen Forschungen zum Gefängnisystem bemüht sich Foucault demgegenüber bewusst um genetische und vernetzende Erklärungen; er will sowohl die Entwicklung als auch die Ausbreitung der Einsperrungs-, Abrichtungs- und Kontrolltechniken begreifen, die sich im Gefängnis konzentrieren. Während der Abfassung von *Überwachen und Strafen* treten die Entstehungskontexte dieser Techniken dann allerdings wieder an den Rand. Militärischer Drill und Bekämpfung des Vagabundentums durch den frühmodernen Staat, Disziplinierung und Befriedung der Arbeiterschaft im Rahmen der industriellen Produktion, Erziehung und Moralisierung der Unterlassen durch die Institutionen der Zivilgesellschaft erscheinen hier eher als

Äußerungsformen einer überall Fuß fassenden Disziplinarmacht denn als je eigenständige Erklärungsmodelle.<sup>6</sup> So ergibt sich eine Identität der Machtstruktur, die derjenigen der Episteme entspricht: Betrachtete man etwa »die Vorschriften irgendeiner Institution aus dem 19. Jahrhundert«, wäre es prima facie schwer zu sagen, ob es sich um ein Gefängnis, eine Fabrik, ein Collège oder ein Waisenhaus handelt. »Was ist das für eine Identität? Ich glaube, es ist im Grunde die diesen Institutionen eigene Machtstruktur, die genau die selbe ist. Man kann noch nicht einmal von einer Analogie sprechen, es handelt sich tatsächlich um eine Identität.« (II, 547) Die Vorzüge der abstrakt vergleichenden Beschreibung sind hier wesentlich deutlicher als im Feld der Episteme; sie erlaubt es etwa nachzuvollziehen, wie in einer Institution (z.B. der Fabrik) Kontrollkenntnisse genutzt werden können, die zuvor in einer anderen (z.B. im Militär) angesammelt wurden (vgl. *ÜS*, 284). Für das Vorhaben, Entstehungsbedingungen und Funktion des Gefängnisystems aufzuhellen, erweist sie sich jedoch als fatal. Hier steht Foucault nämlich erneut vor dem Problem, wie er die allgemein beschriebene Struktur konkret erklären soll. Er löst es nun nicht mehr durch eine mythische Darstellungsweise, sondern durch eine Verschwörungstheorie. Mit all ihren Disziplinartechniken, so seine kritische Einsicht, gliedern die Gefängnisse die Straffälligen nicht wieder in die Gesellschaft ein, sondern prädestinieren sie für ein dauerhaftes Dasein als Delinquenten. Weshalb also noch Gefängnisse? Weil sie von den ungestraften Verbrechen der Reichen und Mächtigen ablenken. »Man kann sagen, dass die vom Gefängnisystem dingfest gemachte Delinquenz eine Ablenkungsanlage für die ungesetzlichen Gewinn- und Machtschleiche der herrschenden Klassen ist.« (361) Wie in der *Ordnung der Dinge* das verdrängte Ganze des Entstehungszusammenhangs in Gestalt eines Offenbarungsmythos wiederkehrt, wird das Gefängnisbuch vom verdrängten Ganzen des gesellschaftlichen Funktionszusammenhangs heimgesucht.

Die abschließende Funktionsbestimmung des Gefängnisystems ist freilich der bei weitem schwächste Teil des Werkes; die innovative Analysetechnik, mit der es die Verfeinerung, Vernetzung und Diffusion von Praktiken sozialer Kontrolle verfolgt, bleibt davon weitgehend unberührt. Im ersten Band seiner Geschichte der Sexualität entwickelt Foucault eben diese Technik weiter – und bemüht sich zugleich, ungedeckte Funktionszuweisungen prinzipiell auszuschließen. »Weder die regierende Kaste, noch die Gruppen, die die Staatsapparate kontrollieren, noch diejenigen, die die wichtigsten ökonomischen Entscheidungen treffen, haben das gesamte Macht- und damit Funktionsnetz einer Gesellschaft in der Hand.« (*SuW I*, 116) Statt Komplexe geregelten Verhaltens und konditionierter Erfahrung auf die Interessen solcher Herrschaftsgruppen zurückzuführen, will Foucault sie nunmehr in die vielfältigen Führungs- und Kontrollpraktiken, institutionellen Arrangements, materiellen Anordnungen und diskursiven Routinen zerlegen, aus denen sie sich

6 Entsprechend bekommt Foucault, wie Jan Rehmann (in diesem Heft) zeigt, etwa die Unterschiede der Kontrolltechniken zwischen bürgerlich-demokratischen und faschistischen Strafsystemen nicht in den Blick.

zur selbstverständlichen Realität zusammengeschlossen haben. Sexualität zerfiel dann etwa in Elemente wie die Tradition der Beichte und Selbstprüfung, die Genese der Gynäkologie, die Anordnung der Betten im Internat, Sittlichkeitsprozesse und den Erfolg psychoanalytischer Verdrängungstheorien. Die Frage besteht nunmehr darin, was für die Einheit eines solchen ›Dispositivs‹ sorgt. Foucault gibt diesem Kohäsionsprinzip bekanntlich den Namen »Macht« und definiert es als »komplexe strategische Situation in einer Gesellschaft« (114). Das aber provoziert zunächst nur die Folgefrage, auf welche Weise eine solche Situation mit ihren »großen anonymen Strategien« (116) ohne strategische Akteure wie die Staatsregierung usw. zustande kommen soll: »Sie definieren da irgendetwas als eine Strategie ohne Subjekt. Wie ist das zu verstehen?« (Millot in *DM*, 132) Foucault macht diese Frage keineswegs verlegen; er führt die Einheit der Strategie auf diejenige ihres Bezugsproblems zurück. Die »Moralisierung der Arbeiterklasse« (ebd.) etwa habe auf das Problem reagiert, »eine frei flottierende und umhervagabundierende Arbeitskraft in den Griff zu bekommen« (134), ohne dass eine der beteiligten Gruppen – Regierungen, Arbeitgeber, Philanthropen – die betreffende Strategie entworfen habe. Für die Sexualität benennt Foucault mindestens zwei solcher Probleme: Zum einen bilde sie gleichsam ein »Scharnier« zwischen der Disziplinierung des Körpers und der Regulation der Bevölkerung (*SuW I*, 173), und zum anderen habe ihre Kontrolle der Bourgeoisie geholfen, sich ähnlich wie der Adel über eine spezifische Fortpflanzungsweise als Klasse durchzusetzen (147-53). Man könnte weitere Bezugsprobleme vermuten, etwa die Bedrohtheit bürgerlicher Familienstrukturen oder die Notwendigkeit immer neuer Kaufreize im Zeitalter der Massenproduktion – eines wird man derart jedoch sicher nicht finden: eine übergreifende Strategie zur Herstellung von Sexualität, wie sie Foucaults Problemanordnung nahelegt. Während er einerseits die großen strategischen Akteure und eine Reihe heterogener Bezugsprobleme der (produktiven) Kontrolle und (konditionierenden) Freisetzung von Sexualität entnennt, setzt er andererseits an die derart erneut aufgerissene Leerstelle mythisierte Namen: die produktive Macht und die anonyme Gesamtstrategie.

Die Resultate von Foucaults Totalitätsablehnung sind mithin auf der theoretischen Ebene einigermaßen enttäuschend. Wo er Kausalerklärungen vermeidet, führt er ersatzweise eine Selbsttätigkeit des abgespaltenen Teilbereichs ein; wo er Funktionszusammenhänge ausblendet, konstruiert er statt dessen eine Verschwörung der Herrschenden; wenn er schließlich den Antagonismus der Interessen und die Heterogenität der Probleme abdunkelt, die ein neues Erfahrungsfeld prägen, setzt er an deren Stelle ein globales Kohäsionsprinzip. Der Sache bescheidener und exakter Einzelerkenntnis dient er mit alledem kaum. Seine Konstruktionen demonstrieren vielmehr ungewollt, dass man, will man sich verständlich machen und die Bedeutung sozialwissenschaftlicher Beobachtungen aufweisen, um globale, nur teilweise empirisch gedeckte Abschätzungen von Entstehungs-, Funktions- und Sachzusammenhängen nicht herunkommt. Dennoch hat sich Foucaults Methodik als ungemein erfolgreich erwiesen; nicht allein mit ihrer mehr oder minder kontrollierten Vermeidung von Ausgriffen aufs soziale Ganze, sondern gerade auch mit der ergänzenden

Setzung von Einheitsmythen. Wenn Medientheoretiker das Verschwinden der Realität verkünden, Postoperaisten das Zeitalter der immateriellen Arbeit ausrufen und Rechtsgelehrte den modernen Staat aus der Figur des Vogelfreien ableiten, haben sie regelmäßig zunächst vom Ensemble der Herrschafts- und Produktionsverhältnisse abstrahiert, innerhalb dessen Kommunikationsmedien, Arbeitsformen und Rechtsfiguren ihre Funktionen erfüllen, um dann ihre stückhaften Einsichten zu Gesamt-erzählungen aufzublasen. Begreifen kann man diese Theorieform wohl am besten, wenn man nach der Motivation ihres Haupteffektes fragt: der Dekontextualisierung von Verhaltensordnungen.

Zu Beginn der 80er Jahre vertritt Foucault die Auffassung, soziale Praktiken ließen sich auch derart ändern, dass ihre Kontexte davon sozusagen unberührt bleiben. »Ich glaube, wir müssen uns der Idee einer analytischen Verbindung zwischen der Moral und den anderen sozialen, ökonomischen oder politischen Strukturen entledigen.« (III, 392) Die Äußerung, die sich u.a. auf die Moral im »sexuellen und familiären Leben« bezieht (ebd.),<sup>7</sup> ist leicht als gezähmte Fortführung von Vorschlägen zu identifizieren, in denen Foucault zu Beginn der 70er Jahre (noch im Glauben an die Gefährlichkeit seiner Ideen) eine libertäre Praxis jenseits der politischen Gesamtwürfe empfahl. Hatte er damals Experimente mit »Drogen, Sex, Wohngemeinschaften, einem anderen Bewusstsein, einem anderen Typ von Individualität« anvisiert, bei denen man »das ›gesellschaftliche Ganze‹ gerade nicht im Auge behalten« sollte – »oder allenfalls in dem Sinne, dass man es zerstören möchte« (II, 286, 288) –, so bleibt zehn Jahre später das politisch harmlose Spiel mit Selbst, Sex und Nahbeziehungen. Zugleich ist dem Statement abzulesen, dass eine solche Perspektive eben die methodische Zersplitterung von Wirkungszusammenhängen verlangt, die Foucault in seinen Büchern praktiziert. Sie stützt sich auf die Evidenz, dass es vorrangig Sache der konzeptuellen Setzung ist, welche ›Verbindungen‹ zwischen den verschiedenen Bereichen sozialer Praxis angenommen und berücksichtigt werden müssen. So können etwa Dreyfus und Rabinow Foucault nur deshalb nach der Übertragbarkeit der antiken Sexualethik aufs Heute fragen, weil er sie im *Gebrauch der Lüste* nicht ebenso deutlich »an eine männliche Gesellschaft, an die Idee der Asymmetrie, an den Ausschluss des Anderen« (III, 388) gebunden hatte, wie er es dann im Gespräch tut. Gleichermaßen fällt die Verherrlichung plebejischer Regelverstöße leichter, wenn gar nicht erst nach den Lebensbedingungen in kriminalisierten Stadtteilen gefragt wird – und die Verachtung sozialstaatlicher Kontrolle, wenn die Erkämpfung kollektiv getragener Absicherungen überhaupt nicht in die Geschichte der Regulationsmacht eingeht.

Der praktische Ertrag der fragmentierten Gesellschaftsabbildung besteht mithin in einer Verabsolutierung partikularer Handlungsperspektiven. Ihr kommt besonders entgegen, dass Foucault methodisch zusehends die dynamischen, zerstreuten und

7 Foucault verwirft hier wie oft eine Position, die er früher selbst vertreten hatte: »Ich behaupte nämlich, dass sich die Moral zur Gänze auf die Politik und auf die Sexualität reduzieren lässt, welche wiederum auf die Politik reduziert werden kann.« (SdW, 23)

keiner Herrschaftsinstanz zuschreibbaren Aspekte antagonistischer Vergesellschaftung betont. Zwar muss er, wann immer er die in Gefängnis- und Sexualitätsstudien beschriebenen Mechanismen konkret erläutern will, auf die konzentrierte Verfügungsgewalt von Staatsapparat, Privateigentümern und semiprivaten Organisationen hinweisen; sobald er aber ins Prinzipielle geht, scheint sie aufgelöst. »Wer kämpft gegen wen? Wir kämpfen alle gegen alle.« (DM, 141) Der Sachverhalt bleibt auch nach der Ersetzung dieser »Kriegshypothese« durch die Konzeption reversibel-produktiver Macht bestehen, die Foucault in seinem Spätwerk entwickelt. Für die Zersplitterung der sozialtheoretischen Wahrnehmung bleibt es sich gleich, ob hierarchisierte Handlungsordnungen in ein eher feindliches oder in ein eher kooperatives Gegeneinander aufgelöst werden. Indem Foucault diese Auflösung vollzieht, nimmt er methodisch die neoliberale Wende vorweg: Während faktisch noch die normalisierenden Disziplinar- und Regulationsapparate herrschen, inszeniert ihre Beschreibung bereits das unüberschaubare Gegeneinander heterogener Einzelkräfte, das dann mit dem Zerfall der fordistischen Produktionsregimes erfahrene Wirklichkeit und herrschende Ideologie wird.

### III.

Foucault hat zum Ende der 70er Jahre selbst Programme des Neoliberalismus, namentlich Schriften von Ökonomen wie Hayek und Friedman untersucht. Folgt man den wenigen publizierten Texten<sup>8</sup> und Thomas Lemkes Auswertung der Vorlesungen zu diesem Thema, konzentriert er sich dabei auf die Motive der durchgängigen Ökonomisierung sozialen Handelns und der immer wachen Besorgnis, es werde zuviel regiert. In der Folgezeit führt er diese Ansätze kaum weiter, bringt dafür jedoch über Umwege und mit positiveren Untertönen eine dritte Grundfigur des neoliberalen Diskurses aufs Tableau: das freie Individuum. Methodisch wird es wichtig, weil sich Foucaults wachsendes Interesse für Regierungstechniken zwischen den Polen von Fremdführung und Selbstführung aufspannt, thematisch figuriert es im Zusammenhang der antiken Daseinethik, die den neuen Ausgangspunkt für seine Sexualitätsstudien bildet. Dabei zeichnet sich, wenngleich in keinem der beiden Felder klare praktische Perspektiven zur Debatte stehen, eine bahnbrechende Chance ab: Das neue Thema ermöglicht es Foucault, die Normierung und Normalisierung zu unterlaufen, die er zuvor immer nur abwehren konnte.

Denn die ästhetischen und diätetischen Entscheidungen über die »Art und Weise, wie man sich führen und halten soll« (SuW 2, 37), liegen diesseits der internalisierten oder adressierten Normen; sie machen deren Befolgung erst möglich und halten sie zugleich problematisierbar.<sup>9</sup> Mit der Entdeckung dieses Komplexes glaubt Foucault

8 V.a. der Bericht mit dem irreführenden Titel *Naissance de la biopolitique* (III, 818-36).

9 Man muss beide Aspekte freilich aus verschiedenen Kontexten, etwa aus der Einleitung zum *Gebrauch der Lüste* (s.u.) und dem Vortrag *Was ist Kritik?* zusammenführen. Eine sehr selbstführungslastige Synthese gibt Wilhelm Schmid: »Die Ethik [...] konstituiert sich über das Ethos, die



nun nicht nur seine bis dato einseitige Forschungsperspektive vervollständigt zu haben – ebenso wie die Bereiche der Wahrheit und der Macht müsse man den der ›individuellen Führung‹ betrachten –, er macht an ihm auch die Gegenwartsrelevanz der antiken Selbstsorge fest. Als Bezugsproblem scheint dabei die Frage durch, wie die Liberalisierungen der Lebensführung, die in der politischen Rebellion der 60er und 70er Jahre erkämpft wurden, in eine Neugestaltung individueller Lebensentwürfe einmünden könnten. Die heutigen Menschen und Bewegungen, erklärt er Dreyfus und Rabinow, seien erneut auf der Suche nach einer individuellen, von Instanzen wie »Religion« und »Rechtssystem« unabhängigen »Moral«, wie sie bereits von Platon bis zur Stoa umkreist worden war. »Die Ähnlichkeit der Probleme verblüfft mich.« (III, 386) Zuvor hatte er ausgeführt, inwiefern sich die antike Moral dem Bannkreis der Norm entziehen konnte:

Zunächst war diese Sorte von Moral allein ein Problem der persönlichen Wahl. Weiterhin war sie nur einer kleinen Anzahl von Menschen innerhalb der Bevölkerung reserviert; es handelte sich also nicht darum, ein Verhaltensmodell für alle zu entwerfen. [...] Ich sehe nicht, dass man sagen könnte, diese Sorte Moral sei ein Versuch zur Normalisierung der Bevölkerung. (384)

Dieser Weg aus der Normalisierung geht freilich von der Absonderung einer Elite aus – was wie erwähnt Foucaults Schwierigkeiten mit einer Aktualisierung der antiken Selbstsorge motiviert. Ob er daher untergründig auf einen modernen »In-Group-Privatismus« (Kammler 1986, 203f) abzielt oder doch eher nur die Weise untersucht, in der Herrschaftssysteme wie die kriegerische Polisgemeinschaft und die Verwaltungshierarchie der antiken Großreiche die je individuelle Selbstbeherrschung und Selbstsorge einspannen, soll hier nicht geklärt werden. Vielleicht wusste er es selbst nicht – für beide Lesarten finden sich genügend Belege. Aufschlussreicher als ihre Diskussion dürfte es sein, die konzeptuellen Besonderheiten und die strategische Stelle von Foucaults Theorie der Selbstführung genauer einzugrenzen.

An den einleitenden Überlegungen zum *Gebrauch der Lüste*, in denen er die Konzeption einführt, fällt eine große begriffliche Nähe zu Althusser auf: Wie bei diesem geht es auch hier um den Prozess, der die »Individuen« zu »Subjekten«, zu Trägern eines sozialen Zusammenhangs macht (*SuW* 2, 10; Althusser 1970, 140f), hier wie dort wird der Vorgang als eine selbsttätige Übernahme vorgegebener Strukturen geschildert, und bei beiden Autoren soll ein Spiel mit den Begriffen *subjectivation* und *assujettissement* seinen Doppelcharakter verdeutlichen: man wird handlungsfähig, indem man sich unterwirft. Die Akzentuierung der Aspekte jedoch verläuft diametral entgegengesetzt. Während Althusser von den Erfordernissen der Arbeitsteilung und Herrschaftsreproduktion ausgeht, denen man sich in der Subjektwerdung fügt, interessiert sich Foucault (der wenig früher die Konstitution der Disziplinar- und Geständnissubjekte ähnlich strukturbetont beschrieben hatte)

---

Haltung des Individuums, und nicht über die Befolgung von Normen. Das heißt nicht, dass die Geltung von Rechtsnormen ausgesetzt ist, sondern dass diese – und allgemeiner die gesellschaftlichen Normen – von den individuellen Formen her kritisierbar sind.« (1991, 225)

nur für »die Art und Weise, wie das Individuum sein Verhältnis zur Regel einrichtet« (*SuW* 2, 38). Diese unscheinbare Wendung öffnet den weiten Raum einer durch »persönliche Wahl« geformten Individualität; die »Individuen« sind nun fähig, »sich über ihr eigenes Verhalten zu befragen, es zu formen und sich selber als ethisches Subjekt zu gestalten« (18). Wie im Verhältnis Foucaults zu Adorno hat man es hier wieder mit einer Art direkter Abzweigung von der (anti)fordistischen zur neoliberalen Theorie zu tun: In der einen Situation regiert das System, in der anderen agiert das Individuum – auch wenn die Grundstruktur des Verhältnisses gleichbleibt. Die Regeln des Zusammenlebens bleiben in Kraft, treten jedoch an den Rand der theoretischen Aufmerksamkeit. Zumindest die Forschungsperspektive des späten Foucault wird in der Tat privatistisch.

Sie entspricht damit einer Transformation oder vielmehr Abschwächung seiner politischen Haltung. Foucault stellt sich zu Beginn der 80er Jahre zusehends wieder als existenziell fragender statt als öffentlich engagierter Intellektueller dar. In einem seiner größeren amerikanischen Gespräche (beteiligt sind unter anderem Jay, Löwenthal, Rorty und Taylor) akzeptiert er bereitwillig das Angebot, sich im Gegensatz zu politischen Intellektuellen wie Habermas vor allem um Ethik zu kümmern: »was mich interessiert, ist viel eher die Moral als die Politik oder, in jedem Fall, die Politik als eine Ethik« (IV, 586). Zwar differenziert Foucault seine Position im Folgenden und sagt auch nicht die ganze Wahrheit über sein Tun – tatsächlich entwickelt er im Schatten der späten Sexualitätsbücher seine Theorie der Regierungsformen weiter, arbeitet praktisch mit der Gewerkschaft zusammen und ventiliert eine Reorganisation der französischen Linken. Doch die Verklammerung von Forschung und politischen Impulsen ist aufgelöst, während zugleich die Figur der »ethischen« Selbstführung eine neue Verbindung zwischen Theorie und Praxis stiftet.

Die Erfahrungen, die dieser Wendung zu Grunde liegen, sind ebenso individuell wie exemplarisch. Auf der einen Seite stehen die positiven Möglichkeiten nonkonformer (besonders homosexueller) Existenz, die Foucault in Kalifornien kennen lernt (vgl. Eribon 1989, 455; Miller 1993). Seine Interviews empfehlen ausgiebiger als je zuvor die individuelle Lust in Liebespiel und Drogenkonsum. Auf der anderen Seite häufen sich Erfahrungen politischer Wirkungslosigkeit: die Ohnmacht weltweiter Protestaktionen, die Enttäuschung über die sozialistische Regierung Mitterrands – vor allem aber wohl das Scheitern Foucaults eigener libertärer Projekte. Veranlasst durch den Zusammenbruch der Gefängnisinitiative hatte er 1977 die Schwächen des lokalen Widerstands umrissen: Wer sich in seinen Dienst stellt, gehe das »Risiko« ein, »diese Kämpfe mangels einer globalen Strategie und äußerer Unterstützung nicht entwickeln zu können«; spezifisch habe der Gefängniskampf an einer Heroisierung der Abweichler gekrankt: »Er hat sich von einer ganzen naiven und archaischen Ideologie durchdringen lassen, die aus dem Delinquenten zugleich das unschuldige Opfer und die reine Revolte machte« (III, 111). Indem der späte Foucault die Abweichung privatisiert, zieht er die Konsequenz aus diesen Einsichten. Universelle Programme lehnt er weiterhin ab, eine Politik der Normwidrigkeit

jedoch mündet in Mythen, die anders als die theoretischen spürbar zerschellen. Weshalb also nicht einer Gesellschaft zuarbeiten, die vereinzelte Abweichung duldet, solange sie nicht die großen Machtverteilungen bedroht?

Die Bedingungen hierfür sind besonders deutlich in den USA der 80er Jahre gegeben. Die Reagan-Administration reagiert auf die gesellschaftliche Liberalisierung und die ökonomischen Krisen des vorausgehenden Jahrzehnts mit einem Programm, das zunächst in jeder Hinsicht rückschrittlich aussieht: Sie baut Sozialleistungen und die Besteuerung höherer Einkommen ab und versucht zugleich, die Anerkennungschancen nonkonformer Gruppen wie Homosexueller, Linksintellektueller und ethnischer Minderheiten zu beschneiden. Der Erfolg ist ambivalent. Ökonomisch glückt zwar die Umverteilung nach oben – die Einkommensschere öffnet sich, selbst den Mittelschichten geht es tendenziell schlechter (vgl. Ehrenreich 1990, Kuhre 1992) –, aber der Versuch einer kulturellen Re-Normalisierung stößt auf ungeahnten Widerstand (Detlefsen 1991). Denn im Schatten der wirtschaftlichen Deregulierung formiert sich ein qualitativ neuer, kaum mehr universalistisch eingebetteter Pluralismus:

the America of the Eighties emerged as a conglomerate of special interest groups wanting to increase their share of the national wealth and insisting on hearing their own ›story‹ of America. [...] Women, Catholics, Jews, Blacks, Hispanics, Asians, Native Americans, Gays and Lesbians, are just some of the groups who increasingly insist on their ›difference‹. (Grünzweig/Maihofer 1992, 17)

Die regierungskritischen Akademiker und Publizisten finden in eben diesem Pluralismus einen denkbar geeigneten Bündnispartner. Während ihre (durchaus artikulierten) Ablehnung der anti-egalitären Wirtschaftspolitik insofern schlechte Ausgangsbedingungen hat, als sie von den Verantwortlichen und den Betroffenen abgeschnitten bleibt, birgt eben diese Abschottung die Chance, wirkungsvoll auf den Rechten der Marginalisierten zu bestehen. Die Konsolidierung der neoliberalen Gesellschaft bringt daher schließlich keineswegs die Gleichschaltung mit sich, die die Reagan-Administration angestrebt hatte, sondern verbindet sich mit einer Hegung entkoppelter Differenz, die in den Universitäten einen ihrer Hauptstützpunkte hat – und in Foucault einen ihrer wichtigsten Stichwortgeber.

Nicht nur kultiviert er am Ende die Abweichung um ihrer selbst willen; er hat auch wenig gegen die entsolidarisierte Situation aufzubieten, in der sie gedeiht. Foucaults stärkste und bekannteste Formulierung seiner »kritischen Haltung«: »nicht dermaßen regiert zu werden« (WiK, 12), unterscheidet sich im Wortlaut kaum von dem Prinzip, das er als Leitschnur (neo)liberaler Politik benennt: »man muss immer argwöhnen, dass zu viel regiert wird« (III, 820). Sobald freilich ans Licht tritt, in welchem Ausmaß die neoliberalen Gesellschaften faktisch auf allgegenwärtige Militär- und Sicherheitsapparate angewiesen sind, wird es möglich, den ideologischen Verdacht wieder in reale Kritik umzuwenden.

## Literatur

Für die Siglen der häufig zitierten Werke Foucaults siehe S. 60

- Adorno, Theodor W., *Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben*, Frankfurt/M 1951  
ders. und Max Horkheimer, *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente* (1947), Frankfurt/M 1988
- Althusser, Louis, *Ideologie und ideologische Staatsapparate. Aufsätze zur marxistischen Theorie* (1970), Hamburg-Berlin/W 1977
- Castel, Robert, »Von der Gefährlichkeit des Risikos«, in: M.M. Wambach (Hg.), *Der Mensch als Risiko. Zur Logik von Prävention und Früherkennung*, Frankfurt/M 1983
- Detlefsen, Robert, *Civil Rights Under Reagan*, San Francisco 1991
- Ehrenreich, Barbara, *The Worst Years of Our Lives: Irreverent Notes From a Decade of Greed*, New York 1990
- Erison, Didier, *Michel Foucault. Eine Biographie* (1989), Frankfurt/M 1999
- Foucault, Michel, »Afterword«, in: Dreyfus, Hubert L. u. Paul Rabinow, *Michel Foucault. Beyond Structuralism and Hermeneutics*. Second Edition with an Afterword by and an Interview with Michel Foucault, Chicago 1983
- Fraser, Nancy, »From Discipline to Flexibilization? Re-reading Foucault in the Shadow of Globalization«, vorgesehen in: *Constellations*, 10. Jg., 2003, H. 2
- Grünzweig, Walter, und Roberta Maihofer, »Introduction: America in the 1980s«, in: W. Grünzweig u.a. (Hg.) *Constructing the Eighties. Versions of an American Decade*, Tübingen 1992, 13-29
- Kammerler, Clemens, *Michel Foucault. Eine kritische Analyse seines Werks*, Bonn 1986
- Kuhre, Bruce, »The American Dream in Crisis«, in: W. Grünzweig u.a. 1992, 33-50
- Lemke, Thomas, *Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität*, Hamburg 1997
- Makropoulos, Michael, »Möglichkeitenbändigungen. Disziplin und Versicherung als Konzepte zur Steuerung von Kontingenzen«, in: *Soziale Welt*, 41. Jg., 1990, H. 4, 407-23
- Miller, James, *The Passion of Michel Foucault*, Cambridge/Mass. 1993
- Rehmann, Jan, »Michel Foucault und die Konstruktion eines postmodernen Nietzscheanismus (Teil I)«, in: *Das Argument* 240, 43. Jg., 2001, H. 2, 188-208
- ders., »Michel Foucault und die Konstruktion eines postmodernen Nietzscheanismus (Teil II)«, in: *Das Argument* 244, 44. Jg., 2002, H. 1, 51-73
- Schmid, Wilhelm, *Auf der Suche nach einer neuen Lebenskunst. Die Frage nach dem Grund und die Neubegründung der Ethik bei Foucault*, Frankfurt/M 1991

Cathren Müller

## Neoliberalismus als Selbstführung

Anmerkungen zu den »Governmentality Studies«

In dem Versuch, die Hegemonie des Thatcherismus in England zu erklären, hat Stuart Hall die Wirksamkeit der neoliberalen Ideologie darauf zurückgeführt, dass sie »vor allem im diskursiven Bereich tätig ist, dort erfolgreich in das Territorium der beherrschten Klassen eingedrungen ist, es in Stücke zerlegt und damit einen Bruch in deren traditionellen Diskursen (...) herbeigeführt hat« (Hall 1989, 183). Die Linke habe damit nicht nur einen Stellungskrieg im Symbolischen verloren, sondern auch ihre Deutungskraft für die politischen Prozesse der Gegenwart. Ihre Waffen der Kritik – Hall meint hier die »klassische marxistische Ideologietheorie« und ihre Weiterentwicklung durch Althusser – seien stumpf geworden, da gerade die Adressaten linker Politik, diejenigen, die »objektiv« am meisten unter der thatcheristischen Politik leiden, zugleich diejenigen waren, die den Konservativen 1987 ihre dritte Regierungsperiode ermöglicht haben. Es käme darauf an, die »Subjektpositionen« zu untersuchen, die der Thatcherismus diskursiv geschaffen hat, um zu verstehen, wie sie »aus ihren Verhaftungen gelöst und durch ein neues Diskursbündel erfolgreich re-positioniert werden können« (193).

Halls Diagnose ist exemplarisch für eine diskurstheoretische Umorientierung in der kritischen Sozialwissenschaft, die in den 1970er Jahren einsetzte (vgl. den Beitrag von Sawyer in diesem Heft). Ein neueres Beispiel sind die »Governmentality Studies« (im Folgenden: GS), die sich seit etwa Anfang der 90er Jahre im angloamerikanischen Sprachraum entwickelt haben. Diese heterogene Forschungsrichtung bezieht sich auf eine von Michel Foucault Ende der 70er Jahre anvisierte »Geschichte der Gouvernementalität«. Er formulierte hier die Verschiebungen seines Verständnisses von Macht, Herrschaft und Subjektivität, die für sein gesamtes »späteres« Werk kennzeichnend wurden. Sie führten ihn zur Untersuchung sogenannter Selbsttechniken, z.B. antiker und christlicher Modi der Selbsterforschung (*SuW 2*), und ihrer Verbindungen mit Techniken des Regierens, die das Individuum an die Interessen des Staates oder der Gesellschaft binden. Er fragte nach den »politischen Technologien des Individuums«, durch die wir dahin gelangt sind, »uns selbst als Gesellschaft wahrzunehmen, als Teil eines sozialen Gebildes, einer Nation und eines Staates« (Foucault 1982, 169). Es geht also um die Beziehungen von Selbst- und Fremdkonstitution, um eine »historische Analyse der Beziehung zwischen unserem Denken und unseren Praktiken« (168).

Diesen Impuls haben die GS auf eine Weise aufgenommen, die auf der einen Seite Licht auf die zeitgenössischen Formen von Macht bzw. Herrschaft wirft, gleichzeitig aber methodische Schwächen enthält, die das kritische Potenzial des Ansatzes

beeinträchtigen. Sie resultieren v.a. aus einer Trennung von ›Diskurs‹ und anderen gesellschaftlichen Praktiken, die unreflektiert bleibt. Ein ähnliches Problem wurde bereits in Bezug auf das Werk Michel Foucaults gesehen (vgl. z.B. Honneth 1992, 28), es stellt sich aber im Kontext der GS mit größerer Dringlichkeit, misst man sie an ihrem Anspruch, die »Verbindung zwischen abstrakten politischen Rationalitäten und den Mikrotechniken des Alltags« sichtbar zu machen (Lemke 2000, 40; vgl. Bröckling/Krasmann/Lemke 2000; Lemke 2002). Ich möchte die Perspektive der GS in diesem Beitrag mit den folgenden Thesen problematisieren:

Die Teilung der sozialen Welt in eine Sphäre der Programmatiken und Diskurse einerseits und eine nicht näher bestimmte ›Realität‹ andererseits wiederholt nicht nur die faktische Dominanz der Experten- und Wissenschaftssysteme für die Deutung der Gegenwart, sie führt auch dazu, die sozialen Entstehungsbedingungen sich etablierender Diskurse auszublenden und damit ihre Funktionsweise in einem bestimmten historischen Moment nicht erklären zu können. Die GS geben keine Antwort darauf, wie und warum sich bestimmte Diskurse zu einer bestimmten Zeit etablieren können und wie sie sich mit anderen Diskursen und Praktiken verbinden. Die Ausblendung der Verwendungsweisen und Funktionalitäten führt auf der Ebene der ›Gegenwartsdiagnose‹ dazu, die von Foucault übernommene Unterscheidung von Herrschafts- und Machtverhältnissen praktisch aufzuheben: Während sie für die Wirksamkeit der Diskurse eine Art Vorschriftsmodell nahelegen, das die behauptete Reziprozität von Fremd- und Selbstführung unplausibel macht, tendieren die Analysen gleichzeitig dazu, den Zwangs- und Herrschaftscharakter gerade der ›neoliberalen‹ Führungstechniken auszublenden.

## I.

Als Ausgangspunkt der ›theoretischen‹, ›empirischen‹ und ›kritisch-politischen‹ Weiterführung Foucaults<sup>1</sup> können seine 1978 und 1979 am Collège de France gehaltenen Vorlesungen zur Geschichte der Gouvernamentalität gelten, von denen allerdings der größte Teil nur über den *Fonds Michel Foucault* in Paris als Tonbandaufnahme zugänglich ist (vgl. Lemke 1997; 2002). So können die GS bereits aufgrund der eingeschränkten Zugänglichkeit der Texte nicht als kohärente Weiterführung eines wie immer definierten foucaultschen Projekts verstanden werden, und sie streben dies auch nicht an. Je nach Autor/in bleiben die Bezugnahmen auf Foucault gewollt unsystematisch, jedoch bleibt eine gemeinsame Untersuchungsperspektive erkennbar: Methodisch die Bedeutung der Wissensformen, wie sie in Diskursen artikuliert werden, analytisch eine anti-essenzialistische Perspektive auf das Subjekt. Zentral für die GS wird außerdem, dass der späte Foucault der Frage, wie Subjekte produziert und unterworfen werden, die andere Frage hinzufügt, wie sich das Indi-

1 Vgl. Bröckling/Krasmann/Lemke (2000, 9, 18); Burchell/Gordon/Miller 1991; Dean 1999; Rose/Miller 1992 und 1994 sowie Barry/Osborne/Rose 1996.

viduum als Subjekt »konstituiert und erkennt« (*SuW* 2, 12). Diese Technologien des Selbst sind mit Machttechniken verknüpft, sie können aber auch der Ursprung des Widerstandes gegen diese Techniken werden (Foucault 1983, 250). Macht wird hier zu einem strategischen Gefüge, das sich von verfestigten Formen von Herrschaft und Gewaltausübung unterscheidet, die keinen Raum für ihre Umkehrung oder Kritik lassen. Foucault beschreibt die Beziehung, die auf diese Weise zwischen Individuen und Gruppen installiert wird, als »Regieren« bzw. »Führung«: »Regieren heißt in diesem Sinne, das Feld eventuellen Handelns der anderen zu strukturieren.« (255)

Diese beiden Gedanken – das »freie«, »reflektierende« Subjekt und die Verknüpfung von Technologien des Selbst mit Herrschaftstechniken – bilden den theoretischen Kern vieler Arbeiten der GS. Macht soll nun nicht mehr als Antithese der Freiheit verstanden werden (Cruikshank 1999, 21), denn es kann sie nur geben, sofern Subjekte »handeln oder zum handeln fähig sind« (Foucault 1983, 255). Die Technologien des Regierens stehen damit in einem Korrespondenzverhältnis zu jenen des Selbst, wobei der Regierungsbegriff das unterworfenen Subjekt durch ein reflektierendes und handelndes Individuum ersetzt. Hinzu kommt die These, dass diese Formen der Machtausübung in modernen Gesellschaften *grosso modo* die objektivierenden Disziplinargefüge ablösen, um zu selbstregulativen Formen überzugehen. Für diese Dynamiken »jenseits des Staates« versprechen die GS eine alternative Analytik politischer Macht: »Political power is exercised today through a profusion of shifting alliances between diverse authorities in projects to govern a multitude of facets of economic activity, social life and individual conduct.« (Miller/Rose 1992, 174)

Auf den ersten Blick sieht es so aus, als fügten sich die GS in andere Ansätze kritischer Kulturwissenschaft, die sich auf die diskursive Produktion »neuer Subjektpositionen« (Hall) konzentrieren. Aber die Frage, die ihre Untersuchung leitet, ist nicht, wie Einverständnis oder Widerstand gegenüber einer politischen oder gesellschaftlichen Ordnung entsteht – eine Frage, die Pierre Bourdieu aus einem verwandten Unbehagen an subjektivistischer wie objektivistischer Sozialwissenschaft zur Entwicklung des Habitusbegriffs geführt hat (vgl. Bourdieu 1987). Die Homologie von subjektiven und objektiven Strukturen, die Bourdieu analysiert, wird von den GS praktisch unterstellt, aber nicht theoretisch reflektiert. Dies liegt u.a. daran, dass sie ihrer diskursanalytischen Perspektive einen undifferenzierten Begriff »sozialer Praxis« entgegensetzen, dessen vermeintlichen »Realismus« sie vermeiden wollen. Sie wenden sich gegen die Zurückführung gesellschaftlicher Transformationsprozesse auf »abstrakte« Bestimmungsgründe (z.B. in der Regulationstheorie<sup>2</sup>) und setzen ihnen die Analyse vergleichsweise »kleiner« und marginaler Diskurse entgegen, die auf praktische Alltagswirkungen abzielen. Dies markiert eine spezifische Stärke der GS. In den Blick gerät so nicht nur, welche politischen Mächte »jenseits des Staates« wirksam werden, sondern die spezifische Rationalität von Mikrotechnologien, wie

2 Vgl. z.B. Aglietta 2000; Hirsch/Jessop/Poulantzas 2001.

sie zum Beispiel die Strategie des Empowerments (Cruikshank 1999), die Diskurse zum »unternehmerischen Subjekt« (Rose 2000, Bröckling 2000) und zu Selbstverantwortlichkeit (O'Malley 1994) formulieren.

Nun ist die Diagnose der Subjektivierung, Selbstregulation, Autonomie usw. nicht »neu«, sie wird in der Sozialwissenschaft geradezu unisono konstatiert. Und gerade dort, wo man die Spezifik der GS sehen könnte, in ihrer »diskursanalytischen« und »genealogischen« Untersuchungsmethode, liegen Schwächen, die sie daran hindern, ihr kritisches Potenzial auszuschöpfen. Die Untersuchungen könnten – z.B. anlässlich neuer Steuerungsweisen der Arbeit – eine Form der Kritik und des Widerstandes begründen, die sich nicht allein auf die »gemeinsamen Interessen« der Arbeitenden bezieht und nach neuen Formen der Kollektivität sucht, sondern die subjektivierenden Wirkungen als Techniken des Regierens erkennt und zurückweist. Doch der kritische Anspruch wird zuweilen explizit im Namen einer wertneutralen Diagnose abgelehnt,<sup>3</sup> so dass von ihm oft nicht mehr bleibt als das Vorhaben, »to gain clarity about the conditions under which we think and act in the present« (Dean 1999, 36).

Die strikte undurchlässige Grenze, die die GS zwischen ihrer Untersuchungsperspektive und der Soziologie ziehen, erweist sich gerade dann als problematisch, wenn es um die Zusammenhänge zwischen Selbst- und Fremdführung geht. Bröckling, Krasmann und Lemke bekennen sich zu einem »methodischen Nominalismus«, den sie sowohl von »realistischen« als auch von »ideologiekritischen« Projekten abgrenzen (2000, 19). Die kritische Funktion dieses Ansatzes soll »negativ« in einer »Denaturalisierungsstrategie« bestehen, »die den reifizierenden Gebrauch von Kategorien aufzeigt«, und »positiv« in der Aufdeckung eines »historisch-spezifischen Netzes von Kräfteverhältnissen, Interessen und Strategien (...), das jene Evidenzen ermöglicht und stabilisiert hat« (21). Aber die Kritik bleibt eine intellektuelle Übung, solange sie den Anteil anderer gesellschaftlicher Praktiken und Akteure an der Ausbildung einer »Regierungsmentalität« nicht mit einbezieht. Die ungeteilte Aufmerksamkeit, die den »Programmen« zuteil wird, geht mit einer Vernachlässigung ihrer Entstehungs-, Aneignungs- und Anwendungsbedingungen einher, auf die meist nur mit einer gewissen Verachtung und Verwirrung Bezug genommen wird, als »messy actualities of governance« (Barry/Osborne/Rose 1993, 265), als Ursprung möglicher »Effekte und Friktionen«, die die »Implementation« der Programme erschweren oder verhindern (Bröckling 2000, 135).

Das Forschungsprogramm der GS stößt dort an seine analytische Grenze, wo es um die praktischen Prozesse der Selbstkonstitution geht. Ins Blickfeld können nur solche Konzeptionen der (Selbst-)Führung kommen, die von »außen« an die Subjekte herangetragen werden und die ihnen auch äußerlich bleiben. Durch die Beschränkung auf Programmschriften schrumpft das komplexe Machtgefüge, die Dialektik

3 »These studies do not seek to provide a »critique« of various liberal and neoliberal problematizations of government. The papers do not seek to draw up a balance sheet of their shortcomings or to propose alternatives; they are concerned to diagnose the varied forms of rationality that govern our present rather than simply denounce or condemn them.« (Barry/Osborne/Rose 1993, 265)



von Fremd- und Selbstführung auf einen Mechanismus, der als Wirkung nur die ›Implementation‹, im Widerstand nur ein ›Scheitern‹ der Programme und einen Auslöser für ihre ›Neuentwicklung‹ erkennen kann.<sup>4</sup> Beschrieben wird eine Mechanik, die von oben nach unten wirkt. Die Unterscheidung von Techniken der Selbstführung und Techniken der Herrschaft wird hinfällig, und damit fließen auch die zuvor differenzierten Kategorien Macht und Herrschaft ununterscheidbar ineinander.

## II.

Die politische Rationalität des Neoliberalismus erscheint so zumeist nur auf der ›Ebene des Plans‹: Die Formen des Regierens, die er anstrebt oder – als Idealität – auf Diskursebene formuliert, haben außerhalb des Diskurses keine Entsprechung. Ein gutes Beispiel für diese Beschränkung geben Ulrich Bröcklings Analysen des »unternehmerischen Selbst«, das als zentrales »Produkt des neoliberalen Kapitalismus« (2002, 1) eingeführt wird. Im Gegensatz zu einem Idealtypus im Sinne Max Webers soll das unternehmerische Selbst keine heuristische Kategorie darstellen, das die charakteristischen Elemente einer historisch-sozialen Konstellation »zu einem ›in sich einheitlichen Gedankengebilde‹ steigert und einer Sozialstrukturanalyse den Weg weist«, sondern die »mikropolitische Ratio« benennen, »auf welche die zeitgenössischen Technologien der Selbst- und Fremdführung zulaufen« (3). Als »Topos« bezeichnet es ein inner-diskursives Phänomen, das nicht in den Referenzrahmen des neoliberalen Kapitalismus eingeordnet wird. Es geht auch nicht um den empirischen Nachweis von Individuen, die ihr Handeln an der Maxime des Unternehmertums ausrichten, denn dies käme der von Bröckling abgelehnten Sozialstrukturanalyse gleich, die vielleicht aus der Anzahl von neuen (Schein)Selbstständigen und »Ich-AGs« eine neue soziale Realität deduzieren wollte. Welche Bedeutung für die Gegenwart kommt dem »unternehmerischen Subjekt« dann zu?

Die Subjekte, die die von Bröckling untersuchten Texte bevölkern, seien Subjekte im permanenten Vollzug, gerundivische Subjekte, deren Subjektivierung niemals abgeschlossen sein wird. Die Texte definierten einen »Kanon von Handlungsmaximen« sowie die »Wissensformen, in denen die Individuen die Wahrheit über sich erkennen« (ebd.). Während die Autoren des Neoliberalismus (im engen Sinne), vor allem den spezifischen Handlungstypus des Unternehmers konstruieren und mitunter anthropologisch begründen, geben die Ratgeber Tom Peters und Harriet Rubins konkrete Handlungsanweisungen. Sie liefern, so kann man aus der Analyse Bröcklings schließen, auch gleich die Praktiken mit, durch die es willigen Individuen möglich würde, ihren Unternehmergeist zu kultivieren. Und sie geben

4. Während Foucault unter Gouvernementalität noch eine »Gesamtheit, gebildet aus den Institutionen, den Verfahren, den Analysen und Reflexionen, den Berechnungen und den Taktiken, die es gestatten, diese recht spezifische und doch komplexe Form der Macht auszuüben« (2000, 64) verstanden wissen wollte, beschränken sich die meisten Arbeiten der GS auf die Untersuchung der ›Reflexionen‹.

ihnen Kontroll- und Regulationstechniken mit auf den Weg, anhand derer sich der Fortschritt der Selbstoptimierung überprüfen lässt. Aber sind die Handlungsweisungen, die die Texte formulieren, bereits deshalb als Formen der »Selbstführung« zu bezeichnen, weil ein zu optimierendes »Selbst« ihr Thema ist? Diese Gleichsetzung überspielt den Widerspruch, dass die abhängig Beschäftigten »selbständig«, freiwillig-motiviert fremde Ziele, nämlich Unternehmensziele verfolgen sollen: »Verantwortung für fremdes Eigentum« (vgl. PAQ 1987, 152ff).

Für die »Kontaktpunkte« zu den Herrschaftstechnologien verweist Bröckling auf das hegemonial gewordene Tribunal des Marktes: »Die Anrufung des unternehmerischen Selbst macht auch vor jenen nicht halt, in deren Ohren die Erfolgsverheißungen wie blanker Hohn klingen müssen, weil ihnen ihre Überflüssigkeit tagtäglich vor Augen geführt wird.« (Bröckling 2002, 12). Vor diesem Tribunal müssen auch jene bestehen, denen von vornherein keine Chance dazu eingeräumt wird. Die Ausbildung einer marktförmigen Subjektivität, argumentiert er, ist Teil der Curricula von Sonderschulen ebenso wie von Pflegekonzepten. Und auch NGOs und Selbsthilfegruppen machten sich die Logik der Managementseminare zu eigen: »hier wie dort die gleiche Aktivierungsrhetorik, das gleiche Gebot kontinuierlicher Verbesserung« (ebd.). Diese Programmatiken haben ein gemeinsames Telos: »[Sie] beschreiben nicht die Wirklichkeit, sondern wollen eine neue herstellen und bezeichnen Richtung, Ansatzpunkte und Mechanismen der intendierten Veränderung.« (Bröckling 2000, 135) Die prinzipielle Unabschließbarkeit und soziale Ortlosigkeit des unternehmerischen Subjektivierungsprozesses, die die untersuchten Texte behaupten, dienen Bröckling dazu, die Frage nach der praktischen Relevanz der Programmatiken auszuschließen. Doch ist die Betonung des utopischen Charakters der Programme ein ausreichendes Argument, die »Realität« außen vor zu lassen? Ist nicht vielmehr die Plausibilität der zwischen Programmebene und »Sozialstrukturanalyse« oder sogar »Programm« und »Wirklichkeit« gezogenen Grenze in Frage zu stellen?

Es ist deutlich geworden, dass den Programmatiken der Status einer Realität *sui generis* zukommen soll. Jedoch wird dabei übersehen, dass diese diskursiven Prozesse nur auf einer forschungspraktischen Ebene von anderen Prozessen gesellschaftlicher »Realitätsbildung« abgelöst werden können. Nicht nur präformieren Diskurse gesellschaftliche Realitäten, diese gehen auch in sie ein – eine Beziehung, die alles andere als mechanisch ist. Denn Diskurse sind das Objekt von sozialen Kämpfen und Prozeduren, die die Diskursproduktion kontrollieren, selektieren, organisieren und kanalisieren (vgl. *Odis*, 11), sie sind ein »Gut, das (...) mit seiner Existenz (und nicht nur in seinen »praktischen Anwendungen«) die Frage nach der Macht stellt, (...) das von Natur aus der Gegenstand eines Kampfes und eines politischen Kampfes ist« (AW, 175).

Der Topos des »unternehmerischen Subjekts« steht in wechselvollen Beziehungen zu gesellschaftlich-politischen Bedingungen, von denen ich nur einige herausgreifen will: Der Programmatik der »Selbststeuerung« der arbeitenden Subjekte entspricht auf der institutionellen Ebene des Betriebs die Einrichtung von *Profit Centern*, die die Konkurrenz unter den Mitarbeiter/innen verstärken, die zahlenmäßige Messung

und individuelle Zurechnung von Leistung erleichtern und damit ein Regime des permanenten Vergleichs etablieren. Der in der Arbeitssoziologie diskutierte Übergang von »Ressourcen- zur Kontextsteuerung« (z.B. Naujoks 1994) markiert jedoch gerade keine Rücknahme der Fremdsteuerung, sondern den Übergang zu einem anderen Steuerungsprinzip: »Der Arbeitende wird dem Markt ausgesetzt und soll, ja muss in diesem Kontext so agieren wie ein ›unternehmerisches Subjekt« (Moldaschl 2002, 30). Wichtig ist hier die Betonung des *so wie*. Ihre Wirksamkeit erhalten die Diskurse durch orchestrierende Techniken (Gruppenarbeit, durch Informations- und Kommunikationstechnologien hergestellte »accountability«, Ergebnisbeteiligung u.ä. mehr), die »anstacheln, eingeben, ablenken, erleichtern oder erschweren, erweitern oder begrenzen, mehr oder weniger wahrscheinlich machen« (Foucault 1983, 255). Dieses Möglichkeitsfeld ist beschreibbar. Doch damit haben wir noch keinen Hinweis darauf, warum sich diese Praktiken zu einem bestimmten historischen Zeitpunkt etablieren. Hierzu müssten die neoliberalen Umstrukturierungen der Produktionsverhältnisse mit einbezogen werden wie auch die politischen Steuerungen, die im Namen des ›aktivierenden Staates‹ die Deregulation von Sozial-, Bildungs- und Gesundheitspolitik mit Coachingprogrammen und dem Appell an ›bürgerschaftliches Engagement‹ verbinden und auf diese Weise die Prekarisierung der Existenz durchsetzen und abfedern sollen. Elemente des *Workfare*-Modells zielen direkt darauf ab, Lohnansprüche zu senken (vgl. Grell u.a. 2002, 572); gleichzeitig schaffen sie ein Klima der Verunsicherung, das mit der je individuellen Bereitschaft einhergeht, sich selbst entweder als Schmied des eigenen Glücks oder aber als Verursacher/in des eigenen Scheiterns zu verstehen. Die Verknappung finanzieller Mittel ist eine direkt wirksame Technologie, die die (vermeintliche) Idealität des Programms ›unternehmerische Subjektivität‹ in Realität ›überführt‹.

### III.

Die Einbeziehung dieser Bedingungen hat Konsequenzen für die empirische These der GS. Sie wirft die Frage auf, ob es gerechtfertigt ist, von einem Übergang von Formen der »Fremdführung« zu Formen der »Selbstführung« zu sprechen. Vervielfältigen sich mit dem Verschwinden des keynesianischen Regierungsmodus, der die Zuweisung von sozialen Rechten an die Staatsbürgerschaft bindet, die »Kontaktpunkte, an denen die Form der Lenkung der Individuen durch andere mit der Weise ihrer Selbstführung verknüpft ist« (Foucault 1993, 29)? Die Diffusion der Marktlogik in alle gesellschaftlichen Bereiche wird, folgt man Nikolas Rose, von einer Fragmentierung politischer Machtausübung begleitet. Der Neoliberalismus zeichnet sich durch einen Übergang von staatszentrierten hin zu informellen und individualisierenden Formen des Regierens aus (Rose 2000, 93). Allgemein ist die Betonung von Selbstverantwortung, Flexibilität und Selbstbestimmung für die GS ein Wesensmerkmal oder besser: die zentrale Technik der neoliberalen Regierungsweise. Auf eine Reihe von Vorarbeiten gestützt (vgl. Cruikshank 1999; Rose 2000; Miller/Rose 1992 und 1994) formulieren Bröckling, Krasmann und Lemke:

Im Rahmen neoliberaler Governmentalität signalisieren Selbstbestimmung, Verantwortung und Wahlfreiheit nicht die Grenze des Regierungshandelns, sondern sind selbst ein Instrument und Vehikel, um das Verhältnis zu sich selbst und zu den anderen zu verändern. Der Abbau wohlfahrtsstaatlicher Interventionsformen ist begleitet von einer Restrukturierung der Regierungstechniken, welche die Führungskapazität von staatlichen Instanzen weg auf »verantwortliche«, »umsichtige« und »rationale« Individuen verlegt. (2000, 30)

Die oben umrissenen Realitäten neoliberaler Vergesellschaftung machen es fraglich, ob diese Beschreibung nicht zu harmlos ist.

Unabhängig davon jedoch ist es unwahrscheinlich, dass das theoretische Instrumentarium der GS die fragliche »Selbstführung« überhaupt erfassen kann. Denn sie vernachlässigt eine Erkenntnis, die für Foucaults Unterscheidung von Macht und Herrschaft konstitutiv war: Macht kann es nur dort geben, wo Subjekte frei sind, so oder anders zu handeln. Die Möglichkeit zu handeln findet sich aber nur dort, wo Diskurs und Praxis offen sind für ihre Veränderung.

To be constituted by language is to be produced within a given network of power/discourse which is open to resignification, redeployment, subversive citation from within and interruption and inadvertent convergences with other such networks. »Agency« is to be found precisely at such junctures where discourse is renewed. (Butler 1995, 135)

Widerstände, Einsprüche, Brüche, Resignifikationen etc. nehmen die GS jedoch lediglich auf der Ebene der Programme wahr, als Quelle ihres Scheiterns und ihrer Erneuerung: »Die »Realität« beharrt stets in der Form des Widerstands gegen Programmierung; und die Welt des Programmatikers ist eine des beständigen Experiments, der Erfindung, des Misserfolgs, der Kritik und der Anpassung.« (Miller/Rose 1990, 78) Dieser Satz aus einem frühen Text lässt den Eindruck entstehen, die soziale Welt sei von passiven Kräften der Beharrung bestimmt, die aufgrund ihrer Passivität ein Programm nach dem nächsten zum Scheitern brächten, woraufhin ein neues Programm entworfen werden müsste. Dies ist zweifellos sehr einfach und sicher nicht die Position der meisten Autor/innen der GS. Doch in gewisser Hinsicht haben auch differenziertere Analysen diese Sichtweise beerbt. Sie zeichnen das Bild einer homogenen Gesellschaft, in die sich die Programme lediglich einschreiben müssten. Die soziale Welt hat keinen Einfluss auf die Konzeptionen zu ihrer Umgestaltung. Auf diese Weise können die GS nicht dazu beitragen, das »Problem zu verstehen, wie bereits positionierte Subjekte erfolgreich aus ihren Verhaftungen gelöst und durch ein neues Diskursbündel erfolgreich re-positioniert werden können.« (Hall 1989, 193)

## Literatur

Für die Siglen der häufig zitierten Werke Foucaults siehe S. 60

Aglietta, Michel, *Ein neues Akkumulationsregime. Die Regulationstheorie auf dem Prüfstand*, Hamburg 2000

Barry, Andrew, Thomas Osborne u. Nikolas Rose, »Liberalism, Neo-Liberalism and Governmentality: an Introduction«, in: *Economy and Society*, 22. Jg., 1993, H. 3, 265-66

- Bourdieu, Pierre, *Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft*, Frankfurt/M 1987
- Bröckling, Ulrich, »Totale Mobilmachung. Menschenführung im Qualitäts- und Selbstmanagement«, in: ders., S. Krasmann u. T. Lemke 2000, 131-67
- ders., »Jeder könnte, aber nicht alle können. Konturen des unternehmerischen Selbst«, in: *Mittelweg* 36, 11. Jg., 2002, H. 4 (zit. n. der im Internet unter [www.eurozine.com/article/2002-10-02-broeckling-de.html](http://www.eurozine.com/article/2002-10-02-broeckling-de.html) verfügbaren Version)
- Brückling, Ulrich, Susanne Krasmann u. Thomas Lemke (Hg.), *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*, Frankfurt/M 2000
- Burchell, Graham, Colin Gordon u. Peter Miller (Hg.), *The Foucault Effect. Studies in Governmentality*, London 1991
- Butler, Judith, »For a careful reading«, in: S. Benhabib, D. Cornell u. N. Fraser (Hg.), *Feminist Contentions*, New York 1995, 127-44
- Cruikshank, Barbara, *The will to empower. Democratic citizens and other subjects*, New York 1999
- Dean, Mitchell, *Governmentality. Power and Rule in Modern Society*, London 1999
- Foucault, Michel, »Die politische Technologie der Individuen« (1982), in: L.H. Martin, H. Gutman u. P.H. Hutton (Hg.), *Technologien des Selbst*, Frankfurt/M 1993, 168-87
- ders., »Das Subjekt und die Macht« (1983), in: H.L. Dreyfus u. P. Rabinow, *Michel Foucault. Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik*, Frankfurt/M 1986, 243-61
- ders., »About the Beginning of Hermeneutics of the Self«, in: *Political Theory*, 21. Jg., 1993, H. 2, 198-227, zit. n. Bröckling/Krasmann/Lemke 2000, 7-40
- Grell, Britta, Jens Sambale und Volker Eick, »Workfare zwischen Arbeitsmarkt und Lebensstilregulierung. Beschäftigungsorientierte Sozialpolitik im deutsch-amerikanischen Vergleich«, in: *Prokla* 129, 32. Jg., 2002, H. 4, 557-76
- Hall, Stuart, »Der Thatcherismus und die Theoretiker«, in: ders., *Ideologie, Kultur, Rassismus*, Hamburg-Berlin/W 1989, 172-206
- Hirsch, Joachim, Bob Jessop und Nicos Poulantzas, *Die Zukunft des Staates*, Hamburg 2001
- Lemke, Thomas, *Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität*, Hamburg 1997
- ders., »Neoliberalismus, Staat und Selbsttechnologien. Ein kritischer Überblick über die Governmentality Studies«, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 41. Jg., 2000, H. 1, 31-47
- ders., »Die politische Theorie der Gouvernementalität: Michel Foucault«, in: A. Brodocz u. G.S. Schaal (Hg.), *Politische Theorien der Gegenwart I*, Opladen 2002, 471-501
- Miller, Peter, u. Nikolas Rose: »Political power beyond the state: Problematics of Government«, in: *British Journal of Sociology*, 43. Jg., 1992, H. 2, 173-205
- dies., »Das ökonomische Leben regieren«, in: R. Schwarz (Hg.), *Zur Genealogie der Regulation. Anschlüsse an Michel Foucault*, Mainz 1994, 54-108
- Moldaschl, Manfred, »Subjektivierung. Eine neue Stufe in der Entwicklung der Arbeitswissenschaften?«, in: ders. u. G.G. Voß (Hg.), *Subjektivierung von Arbeit*, München 2002, 23-52
- Naujoks, Henrik, »Konzernmanagement durch Kontextsteuerung – die Relevanz eines gesellschaftstheoretischen Steuerungskonzepts für betriebswirtschaftliche Anwendungen«, in: G. Schreyögg u. P. Conrad (Hg.), *Managementforschung IV*, Berlin 1994, 105-40
- PAQ (= Projekt Automation und Qualifikation), *Widersprüche der Automationsarbeit. Ein Handbuch*, Berlin/W 1987
- Rose, Nikolas, »Tod des Sozialen? Eine Neubestimmung der Grenzen des Regierens«, in: Bröckling/Krasmann/Lemke 2000, 72-109.

Werner Schmidt

## **C. H. Hermanssons Versuch, eine kommunistische Partei über ihren eigenen historischen Schatten springen zu lassen**

Das Mitglied des InkrIT-Kuratoriums C. H. Hermansson ist Ende letzten Jahres 85 Jahre alt geworden. Wie Wolfgang Fritz Haug in einer Würdigung betont, ist Hermanssons wichtigste und bleibende historische Leistung als Vorsitzender der kommunistischen Partei Schwedens (1964 – 1975), »die Partei aus der Subalternität gegenüber der KPdSU herausgeführt, zu einer Partei des westlichen Marxismus gemacht und ihren Einzugsbereich auf die neuen sozialen Bewegungen ausgedehnt zu haben« (2002, 612). In diesem Artikel geht es darum, die Verknüpfung dieser Aspekte und die Schwierigkeiten ihrer Umsetzung aufzuzeigen. Der erstgenannte Aspekt – »den sowjetischen Rucksack« loszuwerden, wie Hermansson es ausdrückte – erwies sich als weitaus komplizierter, als er sich vorgestellt hatte, denn es zeigte sich, dass »der Rucksack« fest mit der Partei verwachsen war.

Hermansson schloss sich im November 1941, nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion, der Schwedischen Kommunistischen Partei (SKP) an. Als im Mai 1943 die Komintern aufgelöst wurde und die SKP sich ein eigenes Programm geben musste, waren die politisch-ökonomischen Kenntnisse des jungen Mitglieds, einer der wenigen Akademiker in der ausgesprochen proletarischen Partei, sehr gefragt und er trug wesentlich zur programmatischen Entwicklung eines auf den nationalen Besonderheiten und demokratischen Traditionen aufbauenden »schwedischen Wegs zum Sozialismus« bei. Obwohl die Partei bis Anfang 1948 große Fortschritte machte und im Begriff war, ein anerkannter Bestandteil der politischen Kultur Schwedens zu werden, war dieser Weg nicht unumstritten, vor allem nicht bei den Mitgliedern, die schon während der ultralinken Periode nach dem Kominternkongress 1928 zur Partei gestoßen und dann während der antikommunistischen Hysterie der ersten Kriegsjahre der Verfolgung – auch und besonders seitens der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften – ausgesetzt waren. Diese fühlten sich nach dem entscheidenden Beitrag der Sowjetunion zum Sieg über den Faschismus in ihrer »standhaft prosovjatischen« Haltung bestätigt und waren nun weder bereit, auf die Sozialdemokratie zuzugehen, noch vom sowjetischen Revolutionsmodell abzugehen. Es kam zum Paradox einer zunehmenden Passivisierung und drohenden Spaltung der Partei just in ihrer Aufstiegsphase.

Mit dem Beginn des kalten Krieges und der Bildung des Kominform, das auf die neuerliche Einschwörung auf das sowjetische Modell zielte, bekam die innerparteiliche Kritik am schwedischen Weg zum Sozialismus höchstinstanzlichen Beistand und Legitimation. Hermanssons Positionen wurden immer mehr zurückgedrängt. Doch er war nicht bereit, sie aufzugeben, auch wenn er öffentlich die von der Mehrheit der Parteiführung geteilte grobschlächtige Kominformpolitik vertrat. Als einen Tief-

punkt seiner – später als Selbstdemütigung empfundenen – Anpassung muss die Rede bezeichnet werden, die er 1953 im Auftrag der Partei zum Tode Stalins hielt und die all die damals üblichen Lobhudeleien auf das »größte Genie aller Zeiten« enthielt.

Chruschtschows Enthüllungen über die Stalinzeit trafen ihn hart. Obwohl er selbst als Gastdelegierter am XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 teilgenommen hatte, las er erst nach seiner Rückkehr in bürgerlichen Zeitungen von Chruschtschows Geheimrede. Was waren die Ursachen, fragte er auf der ersten ZK-Sitzung nach dem XX. Parteitag, bezugnehmend auf seine Stalinrede, dass man solche selbstdemütigenden Formulierungen benutzte? Es war wohl nicht nur ungenügende Information über die Stalinzeit, sondern »vor allem eigene Denkfaulheit, dass man meinte, man müsse sich so ausdrücken und dass man es dann auch so tat, ohne nachzudenken«. Damit war – was ihn betraf – ein für alle Mal Schluss! Chruschtschows Enthüllungen waren aber nur das eine Signal, das für ihn vom XX. Parteitag ausging. Das andere war eine Art demokratischer Aufbruch und die Anerkennung verschiedener nationaler Wege zum Sozialismus. Dies war nach den Verteufelungen während der Kominformperiode eine Bestätigung seiner eigenen Auffassungen. Auf der genannten ZK-Sitzung wandte er sich gegen »den gefährlichen Versuch«, den »Personenkult« auf die Person Stalins und damit zusammenhängender Probleme zu reduzieren. Entscheidend sei, die grosse Bedeutung zu erkennen, die dem Kampf gegen den Dogmatismus in den eigenen Reihen zukomme. Um die neuen Möglichkeiten nutzen zu können, sei es »unbedingt notwendig«, dass alle in der Partei sich »selbstkritisch hinterfragen und die Fehler, die unsere Partei und unsere Parteiführung begangen haben, erkennen und zugeben«. Diese kritische Grundhaltung gelte aber nicht nur in der eigenen Partei: Die wichtigste Botschaft, die seiner Meinung nach vom XX. Parteitag ausging, war, »dass wir nicht alles, was von der KPdSU-Führung oder von anderen kommunistischen Parteiführern kommt, als Worte irgendeines höheren Wesens akzeptieren dürfen«.

Dann brach 1956 ein zweiter Schock über die kommunistische Bewegung herein: Sowjetische Truppen schlugen im Herbst den ungarischen Volksaufstand gewaltsam nieder und demonstrierten damit, was die positive Botschaft, die vom XX. Parteitag auszugehen schien, wirklich wert war. Teilweise als Reaktion auf die nun zunehmenden Angriffe der politischen Gegner würgte die Führung der SKP die innerparteiliche Diskussion wieder ab. Diese Tatsache und das Wechselbad aus der – trotz der Enthüllungen – positiven Aufbruchstimmung des Frühjahrs und dem brutalen Zuschlagen im Herbst lösten bei Hermansson »eine Periode der Depression« aus (1993, 211). Wie viele ihm nahestehende Genossen dachte er ernsthaft über einen Parteiaustritt nach. Doch er begnügte sich damit, sich in sich selbst zurückzuziehen und auf seine Art zu protestieren, indem er eine gewisse Zeit auf den Politbürositzungen schwieg. Die andere – konstruktivere – Konsequenz war, dass er – nachdem er seit 1943 ausschließlich als Parteifunktionär tätig war – nun wieder seine wissenschaftlichen Studien über die schwedische Finanzoligarchie aufnahm.

Seine öffentliche Rede im November 1956 kann als persönlicher Befreiungsschlag und als frühes politisches Signal für die später von ihm geleitete »sozia-

listische Erneuerung« angesehen werden. Er nahm die Schwierigkeiten in den Volksdemokratien, die »ihren Grund teilweise in der mechanischen Übertragung der sowjetischen Erfahrungen auf Länder mit anderen Voraussetzungen und Bedingungen« hatten, zum Anlass, um an seine früheren Vorstellungen von einem schwedischen Weg zum Sozialismus anzuknüpfen und sie weiterzuentwickeln. Beim Beschreiten dieses Weges könne man sich auf »die lange demokratische und parlamentarische Tradition unseres Landes, besonders auf dem Gebiet der lokalen Selbstverwaltung« stützen. Gleichzeitig müsse man wichtige Lehren aus den Fehlern in den Volksdemokratien ziehen. Es habe sich gezeigt, dass der Demokratisierungsprozess, der »Inhalt und Lebenskraft jeder sozialistischen Entwicklung sein muss«, sich nicht automatisch

als ein Resultat der Verstaatlichung der Produktionsmittel und des Entfernens der bürgerlichen Klasse von der Staatsmacht einstellt. Dies schafft nur die Möglichkeit für eine Demokratie, die breiter und tiefer ist, als dies im Rahmen des Kapitalismus möglich ist. Aber es ist unumgänglich, die Entwicklung der Demokratie immer wieder durch hartnäckigen und zielbewussten Kampf zu sichern (Hermansson 1956/1974, 11ff).

In den folgenden Jahren war die Entwicklung der SKP unter dem Druck des kalten Krieges von drei Tendenzen geprägt: 1) zunehmende Erstarrung des innerparteilichen Lebens; 2) innenpolitische Annäherung an die regierende sozialdemokratische Partei SAP und Reduzierung auf die Rolle der »freundlichen Antreiberin« der SAP und des prosozialdemokratischen parlamentarischen »Zünglein an der Waage«; 3) um bei dieser Annäherung und Anpassung nicht ihre eigene politisch-ideologische Identität zu verlieren, vertiefte sie ihre Verbindungen zu den sozialistischen Ländern. Ein Ausdruck der letzteren Tendenz war u.a. der Beschluss, die Kadenschulung ab 1959 mit finanzieller und materieller Unterstützung der SED in Bad Doberan im Bezirk Rostock durchzuführen.

Doch die intimen Beziehungen zu den sozialistischen Staaten wurden in Teilen der SKP in zunehmendem Maße als innenpolitische Belastung empfunden, da die Bemühungen, den Antikommunismus zurückzudrängen, immer wieder durch negative Ereignisse und Erscheinungen in den sozialistischen Ländern zunichtegemacht wurden. Die schwere Wahlniederlage 1962, die nicht zuletzt auf den Bau der Berliner Mauer im Jahr zuvor zurückgeführt wurde, wirkte wie ein Katalysator für die Formierung einer innerparteilichen Opposition. Hermansson forderte auf der ZK-Tagung im November 1962 unter anderem, die Schule in Bad Doberan zu schließen. »Ich habe einige politische Enttäuschungen in meinem Leben hinnehmen müssen«, schreibt er in seinen *Erinnerungen*, »aber diese hier war eine der schlimmsten: Bei der Abstimmung gab es nur eine Stimme für meinen Vorschlag, meine eigene!« (1993, 212). Doch außerhalb der Parteiführung stand er nicht mehr allein, und ein Jahr später wurde die SED darüber informiert, dass die Schule in Bad Doberan nicht mehr in Anspruch genommen werde.

Die keineswegs einheitliche Opposition hatte keine Schwierigkeit, sich auf Hermansson als ihren Kandidaten für den Parteivorsitzenden zu einigen. Er selbst war aber lange unsicher, ob er die Herausforderung annehmen sollte, ließ sich aber



schließlich zur Kandidatur überreden. Obwohl die Anhänger des alten Vorsitzenden Hagberg noch auf dem Parteitag im Januar 1964 versuchten, seine Wahl zu verhindern, indem sie ihm vorwarfen, »die gute Zusammenarbeit mit den Bruderparteien in den sozialistischen Ländern« untergraben zu wollen, wurde er mit sehr großer Mehrheit zum Parteivorsitzenden gewählt. Der neue Vorsitzende machte gegenüber Vertretern sozialistischer Länder deutlich, dass die SKP durchaus für freundschaftliche Beziehungen zu ihren Parteien – wie zu allen anderen kommunistischen und sozialistischen Parteien – sei, aber sie widersetze sich entschiedenen Verbindungen zu *staatlichen* Organisationen und Institutionen der sozialistischen Länder oder einer Teilnahme an Veranstaltungen staatlichen Charakters. Er informierte auch darüber, dass die SKP in Zukunft Erscheinungen in den sozialistischen Ländern mit der gleichen Elle messen würde, die sie auch im eigenen Lande benutzte. Die Zeit der »doppelten Buchführung« müsse vorbei sein, »wenn wir wollen, dass die Menschen in Schweden die Kommunisten ernstnehmen«. Für Hermansson war eine Neuregelung der Beziehungen zu den sozialistischen Ländern kein Selbstzweck, sondern Bestandteil dessen, was er als »sozialistische Erneuerung« bezeichnete. Diese zielte auf die Erringung gesellschaftlicher Hegemonie für ein sozialistisches Projekt. Ausgangspunkt waren für ihn wichtige Strukturveränderungen innerhalb der »Klasse der Lohnabhängigen«, in der die Gruppe der Techniker, Intellektuellen und Angestellten – an der Seite »der eigentlichen Arbeiterklasse« – an Bedeutung gewonnen hätte, ohne dass die beiden Arbeiterparteien dieser Entwicklung Rechnung getragen und die damit zusammenhängenden, neuen Möglichkeiten genutzt hätten. Im Zusammenhang mit diesen Veränderungen musste nach Hermansson auch die »Formierung einer Neuen Linken innerhalb der Arbeiterbewegung« gesehen werden. Aber die Formierung der Neuen Linken war seiner Meinung nach auch Ausdruck der Enttäuschung über die Politik sowohl der sozialdemokratischen als auch der kommunistischen Partei. Was die SKP betraf, so hatte sie es »nicht vermocht, eine realistische und für die Lohnarbeiter insgesamt verständliche Strategie zur sozialistischen gesellschaftlichen Umgestaltung unseres Landes zu erarbeiten«. Schematisch könnten zwei Problemkomplexe als hauptsächliche politische Beweggründe für das Entstehen der Neuen Linken angesehen werden: Der erste hing mit dem Verhältnis der entwickelten Industrieländer zu den unterentwickelten Ländern und zu den nationalen und sozialen Befreiungsbewegungen zusammen. Der andere Problemkomplex kann »als Entfremdungsprozess in der modernen Gesellschaft, als zunehmende Kluft zwischen den demokratischen Idealen und den tatsächlichen Verhältnissen« zusammengefasst werden. Hermansson meinte, dass der Schlüssel zur Aufhebung der Entfremdung in der Entwicklung der innerbetrieblichen Demokratie liege. Diese starke Fokussierung – nicht nur in diesem Zusammenhang – auf die betriebliche Ebene ist Ausdruck dafür, dass er das Kapitalverhältnis nicht wirklich als *gesellschaftliches* Verhältnis, sondern hauptsächlich als Verfügungsgewalt über Sachen begriffen hat.

Hermanssons Politik der Erneuerung war erfolgreich und erreichte auch internationale Anerkennung. Die SKP knüpfte neue Kontakte vor allem zu den Befrei-

ungsbewegungen in der Dritten Welt und zu verschiedenen linkssozialistischen Parteien Europas. Der Abwärtstrend bei den Wahlen wurde 1964 und 1966 in einen Aufschwung verwandelt. Die Partei führte im Sommer 1968 einen optimistischen Wahlkampf. Auf dem Parteitag im Jahr zuvor hatte der Erneuerungsprozess durch die Namensänderung in Linkspartei Kommunisten (VPK) eine symbolische Bestätigung bekommen. Die neue Parteibezeichnung war Ausdruck eines Kompromisses zwischen dem Flügel, der eine linkssozialistische Entwicklung anstrebte, und den Traditionalisten, die die Partei als eine kommunistische Arbeiterpartei mit ihren besonderen Beziehungen zu den sozialistischen Ländern bewahren wollten. Auch hatte sich die ursprünglich um Hermansson gescharte Erneuerungsbewegung differenziert: Eine maoistische Gruppierung gründete nach dem Parteitag 1967 den Kommunistischen Bund Marxisten-Leninisten (KFML), der später den alten Namen SKP übernahm. Auf der anderen Seite wanderten einige Mitglieder zur Sozialdemokratie ab. Aber dennoch konnte die Partei mit einem grossen Erfolg bei den Wahlen Mitte September 1968 rechnen. Veränderungswinde wehten nicht nur in Schweden und anderen westlichen Ländern. Auch innerhalb des Ostblocks schien eine Eisschmelze begonnen zu haben. In der Tschechoslowakei war ein Demokratisierungsprozess, der »Prager Frühling«, im Gang, für den die schwedische Parteiführung starke Sympathien hegte.

Am 21. August frühmorgens um 5 Uhr wurde Hermansson aus seinen Träumen gerissen. Ein Journalist hatte an seine Wohnungstür geklopft und ihm die Nachricht vom Einmarsch der Truppen des Warschauer Vertrages in Prag überbracht. Er war an diesem Tag des Rückschlags für das eigene Projekt ein vielgefragter Mann für die Medien. Er verurteilte die Aktion in scharfen Worten und bekam auch die Unterstützung der Parteiführung, die in einer Resolution »mit Abscheu« auf die Invasion reagierte, die sie als »eine Vergewaltigung der Souveränität des tschechoslowakischen Volkes« und als »ein Verbrechen an den sozialistischen Prinzipien« bezeichnete. Die sozialistischen Länder reagierten äußerst gereizt. Für die SED hatte sich Hermansson nun von einem Abweichler zu einem Feind und Verräter entwickelt. Die von ihm geleitete Partei »war auf der falschen Seite der Barrikaden gelandet«, denn »die Verurteilung unserer Maßnahmen als Intervention oder Okkupation bedeutet objektiv eine Unterstützung des Klassenfeindes.«<sup>1</sup> Das Zentralorgan der SED *Neues Deutschland* druckte die Antwort der *Ostseezeitung* auf folgende Leserfrage ab: »Ich habe gehört, dass der Vorsitzende der KP Schwedens im Zusammenhang mit den Ereignissen in der ČSSR eine Position eingenommen hat, die nur als antisozialistisch und antikommunistisch bezeichnet werden kann. Stimmt das?« »Jawohl«, antwortete die Redaktion, »das stimmt.« Hermansson wurde dann als »typischer Kleinbürger« bezeichnet, »der von unwissenschaftlichen Vorstellungen erfüllt ist« und »in seinem Denken und Fühlen dem kleinbürgerlichen Weltschmerz Ausdruck [verleiht]«. Doch die Redaktion konnte den Leser beruhigen: »Die schwedische Arbeiterklasse wird schließlich die Hermanssonsche Krankheit ausschwitzen« (ND, 13.9.1968).

1 Zum 9. Plenum der SED, DY 30/IV 2/20/13, Sapmo-Barch Berlin.

Die entschiedene Verurteilung der Ereignisse des 21. August verschärfte nicht nur die Spannungen im Verhältnis zu den sozialistischen Ländern, sondern auch die innerparteilichen. Die Traditionalisten hatten sich von Anfang an – aber noch unorganisiert – nicht nur gegen das veränderte Verhältnis der SKP zu den sozialistischen Ländern gewandt; sie bekämpften auch die programmatische Erneuerung und die Öffnung der Partei für neue Schichten und die neuen sozialen Bewegungen, weil sie vor allem befürchteten, die Partei könne dabei ihren Charakter als Arbeiterpartei verlieren. Anfang des folgenden Jahres begann diese Opposition, sich zu einer geheimen Fraktion zu formieren. Eine wichtige Rolle für die weitere innerparteiliche Polarisierung spielte der von einigen staatssozialistischen Parteien provozierte Eklat auf dem 22. Parteitag der VPK im September 1969. Die Delegationen dieser Parteien hatten schon im voraus mit »antisowjetischen Provokationen« gerechnet und sich deshalb auf ein gemeinsames Vorgehen verständigt. Nachdem der Parteitag einer Resolution zugestimmt hatte, die den Einmarsch verurteilte und »den unmittelbaren Abzug aller ausländischen Truppen« aus der ČSSR forderte, überreichte die tschechoslowakische Delegation eine Protestnote, die vom Parteitagspräsidium verlesen wurde. In ihr war von »unqualifizierten und von nicht-klassenmäßigen Positionen ausgehenden Diskussionsbeiträgen« die Rede, dass man sich gegenüber »Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Tschechoslowakei« verahre und sich gezwungen sehe, den Parteitag zu verlassen. Wie abgesprochen verließen auch die anderen Delegationen aus den sozialistischen Ländern – und auch die DKP-Delegation – den Parteitag. Nachdem das Präsidium sein Bedauern über einige scharfe Redebeiträge zum Ausdruck gebracht hatte, überreichten 20 Delegierte seinerseits einen schriftlichen Protest, in dem das Präsidium des Opportunismus beschuldigt wurde, weil es sich gegen die Kritiker jener Parteien gewandt hatte, die »auch Okkupation und Unterdrückung anderer Länder als Ausdruck des proletarischen Internationalismus begreifen«.

Schon vor diesem Parteitag hatten Vertreter der Traditionalisten vorsichtige Kontakte zu Repräsentanten sozialistischer Länder aufgenommen. Frühere Versuche, die SED für eine Unterstützung der Opposition zu gewinnen, waren noch mit der Auskunft beschieden worden, Kontakte könnten nur über oder mit Wissen der Parteiführung in Stockholm aufgenommen werden. Auch später war das vorrangige Ziel sowohl der KPdSU als auch und besonders der SED, die organisatorische Einheit der VPK – natürlich auf der Basis marxistisch-leninistischer Positionen und der Prinzipien des proletarischen Internationalismus – zu sichern. Obwohl die Positionen der Traditionalisten von der SED als allzu dogmatisch und sektiererisch eingeschätzt wurden, wurde ihnen dennoch ab Beginn der 70er Jahre materielle und finanzielle Unterstützung gewährt. So teilten sich SED und KPdSU die Kosten – fast eine halbe Million DM – für eine neue Rotationspresse für die Druckerei der Zeitung der Opposition *Norrskensflaman*.

Hermansson hatte sich schon sehr früh entschieden, sein Amt als Vorsitzender auf dem Parteitag 1975 zur Verfügung zu stellen. Der Zermürbungskampf an mehreren Fronten hatte ihn aufgerieben. Fraktionskämpfe und Heckenschießereien gingen

ihm auf die Nerven, machten ihn buchstäblich krank. Da war auch das immer noch gespannte Verhältnis zu den sozialistischen Staaten, bei dem Hermansson zu keinerlei prinzipiellen Zugeständnissen bereit war. In der innerparteilichen Auseinandersetzung waren zwar die Traditionalisten die stärkste, aber keineswegs die einzige oppositionelle Strömung. Er wurde auch von links, von den sogenannten Neolenenisten, bekämpft. Er war zwar sicher, wiedergewählt zu werden, falls er kandidieren würde, doch er befürchtete, nach dem Parteitag eine Mehrheit aus Traditionalisten im Parteivorstand gegen sich zu haben. Die Wahl eines neuen Vorsitzenden sollte auch dazu dienen, die innerparteilichen Fronten zu klären. Die Erneuerer hatten sich zwischen dem Akademiker Jörn Svensson und dem ehemaligen Bauarbeiter Lars Werner zu entscheiden. Man gab Letzterem den Vorzug, was als Zugeständnis an die Traditionalisten gesehen wurde. Doch diese schickten einen eigenen Kandidaten ins Rennen. Das Abstimmungsergebnis zeigte, dass Hermansson die Stärke der Traditionalisten überschätzt hatte. Diese mussten einsehen, dass es aussichtslos war, eine Mehrheit in der Partei für ihre Positionen zu gewinnen. Sie orientierten nun – gegen den Willen der KPdSU und der SED – auf die Spaltung der Partei, die sie im Februar 1977 vollzogen, indem sie die Arbeiterpartei Kommunisten (APK) gründeten.

Was hatte Hermansson erreicht? Er konnte auf einige Erfolge zurückblicken: Unter seiner Führung wurden die Beziehungen zu den sozialistischen Staaten auf eine völlig neue, autonome und gleichberechtigte Grundlage gestellt. Doch muss hinzugefügt werden, dass vieles, was für ihn von prinzipieller Bedeutung war, unter seinem Nachfolger wieder relativiert wurde, was als Normalisierung der Beziehungen zu den sozialistischen Ländern bezeichnet wurde. Es war Hermansson gelungen, das Antlitz der Partei zu verändern, sie politisch-ideologisch zu erneuern, personell zu verjüngen, für neue Schichten und Bewegungen zu öffnen, sie aus einer politisch sterilen und erstarrten zu einer eingreifenden politischen Kraft zu machen. Allerdings ist die Partei unter seinen Nachfolgern wieder in die alte Rolle der »freundlichen Antreiberin« der Sozialdemokratie geschlüpft und hat sich den in der schwedischen Arbeiterbewegung üblichen Pragmatismus und die damit zusammenhängende Geringschätzung theoretischer Arbeit wieder auf die Fahnen geschrieben. Ein wesentliches Ziel hatte er nicht erreicht: die Erneuerung der Partei bei Bewahrung ihrer Einheit. Vielleicht musste der Spagat, den er versuchte, die Partei zerreißen. Bei dem Versuch, über ihren historischen Schatten zu springen, verweigerte ein Teil den Absprung, da sie befürchteten, ihre Identität als Arbeiterpartei und untrennbarer Teil der kommunistischen Bewegung zu verlieren.

Ein historischer Rückblick mag helfen, diese ambivalente Bilanz zu verstehen. Wie andere kommunistische Parteien war auch die SKP im Zuge des Ersten Weltkriegs – ein halbes Jahr vor der Oktoberrevolution 1917 – als linkssozialistische Abspaltung der Sozialdemokratie entstanden. Sie schloss sich nach dem Scheitern der Revolutionsversuche im Westen der Komintern an. Warum? Für Juri Martow, Lenins alten Weggefährten und späteren Widersacher, war der große Anklang des bolschewistischen Revolutionsmodells bei Teilen der westlichen Arbeiterbewegung keineswegs Ausdruck revolutionärer Stärke; es war im Gegenteil ihre Schwäche, die

sie veranlasste, in das Sowjetmodell zu flüchten und dabei ihre eigene demokratisch-sozialistische Strategie aufzugeben. Ein anderer russischer Sozialist, Fedor Dan, sah die Quelle des ›Mythos Sowjetunion‹ in dem ungeheuren Spannungsverhältnis zwischen der durch den Ersten Weltkrieg hervorgerufenen Sehnsucht nach Sozialismus und Frieden und den begrenzten Möglichkeiten, diese Aufgabe zu verwirklichen. Es war dieses Spannungsverhältnis, das auch die engagierten, aber relativ ohnmächtigen Linkssozialisten Schwedens dazu veranlasste, sich der Komintern anzuschließen. In einer Situation, in der die revolutionäre Nachkriegswelle abzuebben begann, versprach die Komintern den Linkssozialisten, diesen *Jakobinern ohne das Volk*, die ersehnten revolutionären Truppen zur Verfügung zu stellen. Der erwartete ›Vorteil‹ der bolschewistischen Strategie lag ja gerade darin, dass sie nicht – wie die linkssozialistische Strategie – eine selbsttätige Arbeiterklasse zur Voraussetzung hatte. Für die Bolschewiken war die Arbeiterklasse als gesellschaftsveränderndes Subjekt nicht notwendige Voraussetzung, sondern erst allmähliches Resultat des Umsturzes, der durch die revolutionäre Avantgarde bewerkstelligt werden sollte.

Die in anderem Zusammenhang beschriebene ›Ersünde der Spekulation‹ (vgl. Schmidt 1999, 324), das Herleiten des revolutionären Subjektes ›Arbeiterklasse‹ aus einem spekulativen Abstraktum, ohne Analyse des empirischen, historisch-konkreten Zustands dieser Klasse, muss als letztendlicher Grund für das ständige Reproduzieren dessen, was als Abhängigkeit der kommunistischen Parteien von Moskau bezeichnet wird, angesehen werden. Es war immer diese Nichtübereinstimmung zwischen den politischen Zielsetzungen und der Fähigkeit – sowohl der Arbeiter als auch ›ihrer‹ Partei – sie zu verwirklichen, die es nahe legte, sich auf die Unterstützung aus dem Osten zu verlassen oder sich in Zeiten der Niederlage und der Verfolgungen damit zu trösten, dass schon ein Sechstel der Erde rot leuchtete. Die tieferen Ursachen der ›Abhängigkeit‹ dürfen daher nicht in Moskau, sondern müssen in der inneren Konstitution der kommunistischen Parteien selber gesucht werden. Zur Konstitution der kommunistischen Bewegung gehört auch, dass sie seit ihrer Formierung durch die besonderen Beziehungen zum sowjetischen Projekt geprägt ist. Dieses Projekt, das nach Lenins Tod zu einer sozialistischen Gesellschaft überhöht und mystifiziert wurde, war im Grunde der erste Versuch einer Gesellschaft im Grenzland zwischen den Zentren des globalen Kapitalismus und dessen Peripherie, sich von dem polarisierenden Druck des kapitalistischen Weltmarktes zu befreien und eine selbstzentrierte ökonomische Entwicklung einzuleiten. Dieses Projekt lässt sich als *peripherer Sozialismus* begreifen. Die Parteien in den Zentren befanden sich in dem Dilemma, dass sie einerseits an dieses Projekt gebunden waren, das – neben den stalinistischen Verbrechen – durch all jene Beschränkungen, Opfer, Schwierigkeiten und Schwächen gekennzeichnet war, die mit einer Industrialisierung in historisch kurzer Zeit und unter permanenter Bedrohung von außen verbunden waren, und andererseits versuchten, eine vorwärts treibende Rolle in der jeweiligen nationalen Arena zu spielen, wo es darum ging, Aufgaben zu lösen, die aus entwickelteren Verhältnissen erwachsen. Unter der Bezeichnung Marxismus-Leninismus übernahmen diese Parteien ein theoretisches System, das Ausdruck

der russischen ›Dialektik der Rückständigkeit‹ war – sowohl der vorrevolutionären *russischen* als auch der peripher-sozialistischen *sowjetischen* Wirklichkeit. In den Zentren musste der Marxismus-Leninismus, dieser ideologische Stern, der von einem fremden Himmel geholt wurde, ein falsches Licht auf die innere Entwicklung werfen. Er wurde zu einem Irrlicht, das einen beschwerlichen Weg aufzeigte, der oft abseits der wirklichen progressiven Entwicklungstendenzen und -möglichkeiten lag und die kommunistischen Parteien in eine Sackgasse führte. – Vor diesem Hintergrund verringert sich keineswegs die Bedeutung von Hermanssons Wirken für eine sozialistische Erneuerung, im Gegenteil, er lässt dessen geschichtlichen Einsatz desto prägnanter hervortreten.

### Literatur

Haug, Wolfgang Fritz, »Carl-Henrik Hermansson«, in: *Das Argument* 248, 44. Jg., 2002, H. 5/6, 612-14  
 Hermansson, Carl-Henrik, »För en svensk väg till socialismen« (1956), in: ders., *För socialismen*, Stockholm 1974, 11-21

ders., *CH Minnen*, Stockholm 1993

ders., *År av nåd. Minnen och frågor*, Stockholm 1994

Schmidt, Werner, »Arbeiterklasse als Fortschrittssubjekt?«, in: *Das Argument* 230, 41. Jg., 1999, H. 2/3, 316-26.

ders., *Antikommunism och kommunism under det korta nittonhundratalet*, Lund 2002



## Vorschläge für eine Politik in Widersprüchen

W. F. Haug  
**Politisch richtig oder richtig politisch**  
 ISBN 3-88619-317-9 · 17,79 €

Im Buchhandel oder direkt vom  
 Argument-Versand, Reichenberger Str. 150, 10999 Berlin  
 Fax: 030 / 611 42 70, versand@argument.de



**Argument**  
 www.argument.de

Gerd Rienäcker

## Georg Knepler zum Gedenken

Am 14. Januar 2003 ist Georg Knepler gestorben. Wenige Wochen zuvor feierte er seinen Sechsendneunzigsten. Ein halbes Jahr früher lud er zu einem großen Gartenfest, und es kamen Junge und Alte; begierig hörte er, was die Jungen zu sagen hatten. Einigen von ihnen sagte er zum Abschied: »Sie müssen unbedingt wiederkommen. Was Sie sagen, ist sehr aufschlussreich; ich will mehr davon hören. Wenn Sie nicht kommen, versauern wir Alten.« Wenige seiner Generation kenne ich, die so aufgeschlossen waren, mit denen wir Jüngeren und ganz Jungen so offen reden konnten über unsere Probleme, auch über die Fehler, die er und Seinesgleichen gemacht haben auf dem Wege zu einer nichtkapitalistischen Gesellschaft. Noch vor zwei Monaten sprach ich mit ihm über frühere Missverständnisse, die auf seiner Seite aus geradezu irrsinnigen Konflikten, auf unserer Seite aus purer Naivität herrührten. Er hörte zu ohne wohlfeile Rechtfertigungen. Er sagte: »Vielleicht habe ich Euch zuwenig in meine Probleme hineingenommen«. Das war es, aber konnte er uns hineinnehmen in Zeiten gegenseitiger Bergewöhnung, gegenseitigen Misstrauens, gerade auch unter den SED-Mitgliedern? Und so lernte auch ich meinen Lehrer nur zur Hälfte kennen – diese »Hälfte« war ebenso schwierig wie anregend, und was immer ich davon verstand (viele Kontexte wusste ich nicht!), verlangte Nachdenken, Weiterdenken, und das war wichtiger, fruchtbarer als jegliche Akklamation.

Wie ihm zumute war, erfuhr ich 1976, als Wolf Biermann ausgebürgert wurde. Im Nachhinein auch, was er 1968, beim Einmarsch in die ČSSR dachte. »Ich bin verzweifelt«, so im Gespräch mit Rudolf Eller aus Rostock – der hatte sein Vertrauen! Und dies rief er aus, als der Krieg gegen Israel proklamiert wurde, als die Sowjetunion und in ihrem Gefolge die Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes gegen Israel Stellung nahmen: »Ich bin Jude, wie soll ich mich verhalten?« – so vor Studenten in einer Vorlesung. Er wurde denunziert und zur vorzeitigen Emeritierung genötigt. Anfang der 70er Jahre erfuhren wir – damals Assistenten – dass unser Lehrer im Bereich Musikwissenschaft der Humboldt-Universität unerwünscht war. Als »Austromarxist«, also Revisionist mit antisowjetischem Einschlag! Im Jahre 1981 denunzierte ihn ein Kollege beim Ministerium für Staatssicherheit: Durch »westliche Methoden« habe Knepler den Marxismus unterwandern wollen, ja, er habe eine K-Gruppe gegründet aus Dissidenten! Vor wenigen Jahren erst erfuhr Georg Knepler davon, er bat den Denunzianten, einen seiner früheren Assistenten, zu sich, sprach sich mit ihm aus. Und er gab ihm die Möglichkeit der Reue, ja, er bot ihm Freundschaft an. Vielleicht hat es geholfen. Und wenn nicht, so gehorchte es menschlicher Größe – wie wenige Menschen sind heute dazu fähig!

Über Kneplers Leben und Wirken nachzudenken, stößt auf politische, soziale, kulturelle Gegebenheiten fast eines Jahrhunderts, auf die Geschichte jüdischer Intellektueller ebenso wie auf die der Arbeiterbewegung, der Kommunistischen Parteien, schließlich auf die der Kulturen und Künste. Georg Knepler war Musiker, Dirigent, Musikwissenschaftler, und dass er als Musikwissenschaftler wahrhaft bahnbrechend wirkte, lässt sich ohne das Sein des Musikers, Dirigenten nicht verstehen. Er wusste, wovon er redete. Musiko-

logen, die nicht musizierten, konnten sich auf ihn schwerlich berufen. Allerdings: In einer Dankesrede zum Neunzigsten sagte er zu den versammelten Kollegen und Studenten: »Lassen Sie mich mit einem Satz von Hanns Eisler schließen – wer meint, nur von Musik etwas zu verstehen, versteht auch davon nichts.« Was es damit auf sich hatte, war erlebt, erstritten: Inmitten der Arbeiterkämpfe im Wien der 20er und frühen 30er Jahre, in Berlin an der Schwelle zum Nazismus, im Exilland England, nach 1945 erneut in Wien, seit 1950 in Berlin. Georg Knepler hat mit der Oktoberrevolution, mit den kommunistischen Bewegungen, mit dem Marxismus sich auseinandergesetzt und identifiziert, als es für ihn und Seinesgleichen riskant war – gerade noch war er der Gestapo entkommen. Was lag näher, als sich für den Aufbau einer neuen, sozialistischen Gesellschaft einzusetzen.

Als Gründungsrektor der jetzigen Hochschule für Musik »Hanns Eisler« wollte er Musiker neuen Typus ausgebildet sehen, die nicht nur gut musizieren, sondern kulturell, politisch hochgebildet wären. Dass es ihm nicht gelungen ist, diesen Wunsch einzulösen, hat er zwei Jahrzehnte später öffentlich bekannt. Er sehe Musiker »alten Typus« vor sich, wie er sie seit dem 19. Jahrhundert kenne. Sollten die Musikhochschulen sein Anliegen nicht erneut aufnehmen, gleichgültig, ob es sich erfüllen lässt? Als Ordinarius für Musikgeschichte an der Berliner Humboldt-Universität führte er gleich zu Beginn die Vorlesungsreihe »Musikgeschichte im Überblick« ein. Und er ließ sie sich bis 1967 nicht aus der Hand nehmen. Auch die Proseminare »Einführung in die Musikwissenschaft« gehörten ihm, ihm allein! Wenig später forderte er die Kollegen und Studenten auf, sich mit der »Umgangsmusik«, mit der Tanz- und Unterhaltungsmusik zu befassen. Und nicht nur dies: Auch die Kybernetik, Informationstheorie, Mathematik sollten befragt werden danach, was sie für die musikalische Analyse erbringen. Mitte der 60er Jahre wurde an seinem Institut die Abteilung »Systematische Musikwissenschaft« gegründet – das hatte, hat Konsequenzen bis zum heutigen Tage.

Dass Karikaturen der 50er und 60er Jahre ihn mit Zündschnur und Pulverfass versahen, war nicht nur freundlich gemeint. Denn gegen bürgerliche Musikkonzepte in Theorie und Praxis anzugehen, stieß zunehmend auf Gebrechen eben jener Gesellschaft, der Knepler sich verschrieben hatte, auf Gebrechen, vor denen die Augen zu verschließen er immer weniger bereit war. Kaum verwunderlich, dass in den 50er Jahren Etliche an seinem Hinauswurf als Rektor der Musikhochschule bastelten, dass er zur vorzeitigen Emeritierung genötigt wurde. In Wahrheit hatte er den Schritt ins wirklich Interdisziplinäre gewagt, dabei die Erkenntnisse verschiedener Naturwissenschaften nicht mehr ausgespart. Den Marxismus begriff er niemals als Dogma, umso mehr als Anleitung zu permanentem Experiment. Um zu begreifen, dass die Fragen, die er seit dem Ende der 60er Jahre stellte, noch heute größtenteils unbeantwortet sind, lese man sein Buch *Geschichte als Weg zum Musikverständnis* (Leipzig 1978, 1982), namentlich seine Annotationen zum Fortschritt, zu den Perspektiven der Menschheit.

Ja, Georg Knepler glaubte Ende der 40er und in den 50er Jahren an Stalin; in seinem Konzept des Sozialismus sah er eine Alternative zum deutschen Faschismus, zum Kapitalismus in Westeuropa – was es mit beidem auf sich hatte, wusste er zu Genüge. Ja, er sprach vom unbeirrbareren Blick sowjetischer Historiker für die Zusammenhänge von Musik und Gesellschaft. Ja, er wettete gegen den Formalismus und Modernismus in den Künsten – derlei kann man in der Zeitschrift »Musik und Gesellschaft« anfangs



der 50er Jahre lesen. Ja, er schickte, als Rektor der Musikhochschule, Studenten in die Produktion, weil sie für den »westlichen Modernismus« eingetreten waren. Ja, er beantragte ein Disziplinarverfahren gegen einen Studenten, der die Gebrechen der DDR mit denen des NS gleichgesetzt hatte – inmitten der Wirren nach dem 13. August 1961.

Georg Knepler hat nie versucht, dies alles im Nachhinein zu vertuschen oder zu verharmlosen. Im Gegenteil, er hat seine Irrtümer offen als solche bekannt: In vielen Reden und in seinem Buch *Geschichte als Weg zum Musikverständnis*. Dass er seine Fehler öffentlich machte, lag mitnichten im »Strom der Zeit«. Ganz im Gegenteil: »Fehlerdiskussion« war streng verboten, und wenn Fehler zu korrigieren waren, dann ohne Aufhebens, im Stillen. Und so ließen Bekundungen des Unverständnisses nicht auf sich warten. In der Tat: Wer als Gesangs- und Instrumentalschüler die Äußerungen des Rektors Georg Knepler aus den frühen 50er Jahren im Ohre hatte, war erschrocken, ihn zwei Jahrzehnte später als leidenschaftlichen Streiter für die Moderne, für Friedrich Goldmann, Friedrich Schenker, Reiner Bredemeyer, Paul Dessau, für die Regisseurin Ruth Berghaus zu erleben. Große Musiker, so Knepler, erheben ihre Stimme voll Besorgnis über die waffenstarrende Welt. Und selbst, wenn der »kleine Garten DDR gut bestellt sei« (unüberhörbar die Ironie, denn er wusste es anders!), »sehe es in der Welt anders aus.« Wohlgermerkt, nicht unter vier Augen, wie ansonsten üblich, sondern öffentlich. Nebenbei: Auch in Zeiten, da der Stalinismus noch nicht überwunden war (Georg Knepler pflegte nicht seine Ansichten zu wechseln wie die Schuhe oder Hemden), war kein Wort zu hören gegen Ernst Fischer oder Walter Hollitscher – auch dann nicht, als beide zu Revisionisten erklärt wurden!

Wie gesagt: Spätestens seit der Mitte der 60er Jahre ging er mit sich zu Gericht, und von seinen Schülern forderte er das Gleiche. Was Wunder, dass in den letzten Jahren vor der Wende unentwegt von Gorbatschow die Rede war, uns kritisiere er und nicht nur die Eigenen; wir hätten die Begriffe »Glasnost« und »Perestroika« uns einzuprägen. Und wehe uns, glaubten wir, es wäre schon alles gut. »Habt ihr wirklich schon eine marxistische Musikwissenschaft?«. Wer dies ahnungslos bejahte, war sarkastischer Erwidierungen gewärtig. Nein, die Trauer, Verzweiflung über das Misslungene hatten wir alle aufzunehmen, wollte er weiter mit uns reden.

Der Sechsunundneunzigjährige schrieb an einem Buch über Geschichte, nicht mehr nur über Musik. Einige der Kapitel hatte er, kurz vor seinem Tode, den Freunden zu lesen gegeben. Es ist zu wünschen, dass sie redaktionell überarbeitet und ins Öffentliche gegeben werden. Nicht allein deshalb, weil hier die Sorgen, die wir uns um die Welt machen, prägnant auf den Punkt gebracht sind, sondern auch deshalb, weil Georg Knepler noch das ganze Jahrhundert im Blick hatte, also Auskunft darüber geben konnte, ob Gewesenes wiederkehre. Wie sehr es ihm ums Weltganze ging, hat er etwa so ausgedrückt: »Dass wir so wenig über Sänger der dritten Welt wissen, hängt sicher damit zusammen, dass sie buchstäblich verhungern.« So in seiner Dankesrede zum Fünfundachtzigsten, die Fachleute auffordernd, sich um den Hunger in der Welt zu kümmern.

Georg Knepler war mein Lehrer – unbequem, streitbar, gelegentlich harsch, aber unfähig zur Lüge, unfähig zur Intrige, unfähig zum »Süßholz-Raspeln« – somit ein weitaus besserer Verbündeter als alle jene, die ins Gesicht freundlich, hinter dem Rücken böse reden. Dies zu begreifen, hat Jahrzehnte gedauert. Als ich es begriffen hatte, wurde ich auch sein Freund.

## Kongressberichte

**Wissenschaftsorganisationen im Wandel - Neue Perspektiven für die Gleichstellungspolitik?** Workshop, veranstaltet vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), organisiert von Hildegard Matthies, Ellen Kuhlmann, Maria Oppen, Dagmar Simon, vom 5. bis 6. Dezember 2002 in Berlin

Während es an bundesdeutschen Hochschulen mittlerweile flächendeckend Maßnahmen zur Herstellung von mehr Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern gibt, stellen die außeruniversitären Forschungseinrichtungen ein Entwicklungsgebiet dar: Obgleich der Frauenanteil am wissenschaftlichen Personal in diesen öffentlich finanzierten Einrichtungen bei niedrigen 5,2% liegt, basiert Gleichstellungspolitik – wie in der Privatwirtschaft – nur auf unverbindlichen Selbstverpflichtungserklärungen. Diesen Mischstand zu ändern, das in den Hochschulen Erreichte aber nicht nur nachzuholen, sondern über die inzwischen erkennbaren Nachteile bisheriger Förderstrategien hinauszugehen, war das Ziel der Tagung. *Erstens*, so Hildegard Matthies, wolle man sich daher über die empirischen Befunde zu den Ursachen der Unterrepräsentanz von Frauen verständigen, um dann *zweitens* zu der Frage überzugehen, welche politischen Instrumente nötig wären, um mehr Geschlechterdemokratie zu erreichen. Damit war ein klares Erkenntnisziel umrissen, dem sich auf der Grundlage der konkreten Beiträge allerdings kaum genähert werden konnte, da wesentlich schon Bekanntes wiederholt, die zentrale Frage nach den Machtverteilungen im akademischen Feld aber kaum thematisiert wurde.

In der offiziellen Begrüßung der ca. 50 Teilnehmerinnen (darunter vier Männer) betonte Jürgen Kocka, derzeitiger Präsident des WZB, die Wichtigkeit des Themas, um sich sogleich wegen anderer Termine zu entschuldigen. Es folgte der schwedische Botschafter in Deutschland, Carl Tham, der von 1994 bis 1998 in Schweden Bildungsminister gewesen war. Nur durch ein gezieltes Reformprogramm sei es in seiner Amtszeit gelungen, den Frauenanteil an den Professuren von 7 auf heute 15 Prozent anzuheben. Welche bildungs- und wissenschaftspolitischen Reformen gegenwärtig die Situation in der BRD bestimmen, zeigt die 5. Novelle des Hochschulrahmengesetzes. Mit dem Versprechen, das »Wissenschaftssystem« zu »modernisieren« und insbesondere jungen leistungsstarken Wissenschaftler/innen mehr Selbständigkeit zu gewähren, wurden Neuerungen wie die Juniorprofessur eingeführt. Werden deren praktische Konsequenzen für die Einzelnen betrachtet (vgl. auch *Das Argument* 246), so reduziert sich die neue Freiheit darauf, als Unternehmer seiner selbst möglichst viele Konkurrent/inn/en aus dem Feld zu schlagen. Dieser Wandel der Wissenschaftsorganisationen zu marktförmig gestalteten Unternehmen war in den Pausengesprächen als Klage über die sich verschlechternden Arbeitsbedingungen und als Sinnverlust ständig präsent. Im offiziellen Programm fand er aber lediglich am Rande Beachtung. So blieb Dagmar Simons Charakterisierung des »Strukturwandels im Wissenschaftssystem« auf die Bemerkung beschränkt, dass es zu neuen »Governancemustern« komme, die die »Gefahr einer betriebswirtschaftlichen Überformung« beinhalteten. Maria Oppen meinte, mit dem Konzept der »Vertrauenskulturen« und deren geschlechtsdifferenter Wirkung eine neue Dimension von Wissenschaftsorganisationen in den Blick zu bekommen, deren Untersuchung Aufschluss darüber geben könnte, weshalb Wissenschaftlerinnen das Fehlen von Orientierung im wissenschaftlichen Feld häufiger bemängeln als ihre männlichen Kollegen. Unklar blieb, wie eine Politik des »Wandels von

Vertrauenskulturen«, für die sie plädierte, konkret auszusehen hätte, zumal sie diese von der Forderung nach einer stärkeren Regulierung der wissenschaftlichen Arbeitsverhältnisse abgrenzte.

Hildegard Matthies nahm die Versprechungen der neuen Managementmodelle beim Wort und ging der Frage nach, inwieweit die für Frauen nachteiligen »Anerkennungs- und Zuschreibungsspiele«, in denen bislang darüber entschieden wird, wer für eine Stelle als »passfähig« gilt, durch ein formalisierteres Personalmanagement mit Standards für die Leistungsbewertung ausgehebelt würden. Dass das Leistungsargument eines ist, das bislang durchaus erfolgreich *gegen* Frauen gewendet werden konnte, blieb außer Betracht. Ellen Kuhlmann belegte einen Zusammenhang zwischen der jeweiligen fachlichen Ausrichtung eines Instituts und den »Geschlechterbildern«, d.h. den Vorstellungen zu Geschlecht als einem ›hidden organizer‹ von Organisationsprozessen. So dominiere in naturwissenschaftlichen Instituten der Mythos des »gleiche Leistung = gleiche Chancen«, während in sozialwissenschaftlichen Einrichtungen die Benachteiligungen von Frauen durchaus auf »komplexe soziale Prozesse« zurückgeführt würden. Da der feldspezifischen Aneignung und Funktionalität dieser Denkformen nicht weiter nachgegangen wurde, blieb ihr Aufruf, diese kontextspezifischen Unterschiede gleichstellungspolitisch zu berücksichtigen, ohne konkrete politische Orientierung.

Der zweite Teil der Tagung diente explizit der Suche nach eingreifenden Strategien. Neben Berichten, die darüber informierten, welche Aktivitäten es überhaupt gibt, wurden insbesondere die bisherigen Fördermodelle einer kritischen Betrachtung unterzogen. Die Sonderprogramme für Wissenschaftlerinnen – so das wenig überraschende Fazit von Jutta Dalhoff vom »Kompetenzzentrum Frauen in Wissenschaft und Forschung« der Bundesregierung – haben lediglich zu einer kurzfristigen Erhöhung der Frauenanteile geführt, den normalen Wissenschaftsbetrieb aber weitgehend unverändert gelassen. Entsprechend richteten sich große Hoffnungen auf das neue Konzept des Gender-Mainstreaming, in das ihre Kollegin Inken Lind einführte, verspricht dieses doch, Gleichstellungspolitik zur Querschnittsaufgabe der gesamten Organisation zu machen. Dass ein solch ganzheitlicher Ansatz erforderlich ist, bestätigten auch die Beiträge von Ralf Puchert und Irmgard Schultz, die anhand empirischer Untersuchungen die Bedeutung der Arbeits- und Organisationskultur und der Gender-Sensibilität der AkteurInnen für deren Engagement im Gleichstellungsprozess hervorhoben. Ergebnisse und Diskussionsverlauf zeigten auf, wo gleichstellungspolitische Barrieren stecken, machten aber auch deutlich, dass sich durch Gender Mainstreaming das Problem der ungleichen Verteilung von Macht, Einfluss und Ressourcen zwischen den Geschlechtern keineswegs erledigt hat.

In der Mehrzahl der Beiträge wurde der sich abzeichnende Wandel der Wissensorganisationen als eher positive Ausgangsbedingung für gleichstellungspolitisches Handeln gewertet. Zu den wenigen ReferentInnen, die diesen auch kritisch reflektierten, gehörten Karin Zimmermann und Sabine Hark, wengleich die unter neoliberaler Gestaltungshegemonie vollzogenen Transformationsprozesse auch hier randständig blieben. Zimmermann zeigte am Beispiel der Hochschule, dass die Integration von Gleichstellungspolitik in eine betriebswirtschaftlich ausgerichtete Steuerung neue Formen der »Expertokratisierung und Informalisierung« hervorbringt, in denen die Definitionsmacht z.B. darüber, was eine Leistung ist, grundlegend neu verhandelt werden. Harks Ansatz einer reflexiven ›Transdisziplinarität‹ als Potenzial für (feministische) Innovation und Intervention in hegemoniale wissenschaftliche Praxen und Diskurse richtete sich gegen die mit der disziplinären Verfasstheit des wissenschaftlichen Feldes verbundenen Ausgrenzungen. Während sie

den instrumentellen Gebrauch von ›Inter- und ›Transdisziplinarität‹ in der disziplinären Wissenschaftslandschaft vor dem Hintergrund zunehmender Konkurrenz, Entdemokratisierung und steigender Tauschwertorientierung einerseits problematisierte, blieb vollkommen offen, wie das Konzept einer relativ abstrakt formulierten (»zu gewachsenen Grenzen illoyalen«) Transdisziplinarität überhaupt gleichstellungspolitisch zu wenden oder zu nutzen wäre.

Sünne Andresen und Christoph Kimmerle (Berlin)

## Ankündigungen

**Gesunde Körper – kranke Gesellschaft?** Medizin im Zeitalter der Biopolitik. Tagung des Instituts für Sozialforschung in der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main vom 23. bis 24. Mai 2003.

ReferentInnen: *Dr. Ingrid Schneider*, Politikwissenschaftlerin, Hamburg; *Dr. Gesa Lindemann*, Soziologin, München; *Prof. Sarah Franklin*, Soziologin, Lancaster; *Prof. Wolfgang van den Daele*; Soziologe, Berlin; *Prof. Anne Waldschmidt*, Soziologin, Köln; *Prof. Nikolas Rose*, Soziologe, London; *Dr. Joe Dumit*, Kulturanthropologe, Boston; *Dr. Michael Hagner*, Berlin; *Prof. Regine Kollek*, Biologin; Hamburg

Information: Sandra Beaufays, Tel. 069-7561-8316; E-mail: Beaufays@em.uni-frankfurt.de, Internet: www.ifs.uni-frankfurt.de

**standard:abweichung.** 29. Kongress »Frauen in Naturwissenschaft und Technik« an der Technischen Universität Berlin vom 29. Mai bis 1. Juni 2003.

Informationen: <http://finut2003.leipzigerinnen.de>. Veranstaltet von Käthe und Clara – Verein zur Förderung von Mädchen und Frauen in Naturwissenschaft und Technik e.V.

## Besprechungen

### Philosophie

**Smart, Ninian, *Weltgeschichte des Denkens. Die geistigen Traditionen der Menschheit*, Primus/Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 2002 (535 S., Ln., 49,90 €)**

Es gibt nicht wenige Publikationen, die sich die Weltgeschichte des Denkens zum Gegenstand machen und sich an einen weiten Leserkreis wenden. Manche von ihnen, wie etwa H.-J. Störigs *Kleine Weltgeschichte der Philosophie* oder das entsprechende Werk von J. Hirschberger sind am Buchmarkt außerordentlich erfolgreich. Gegenüber den genannten und anderen Versuchen, die globale Vielfalt des Denkens aufzuzeigen, besticht der Band des 2001 verstorbenen Religionswissenschaftlers Smart durch eine große Weite des Horizonts. Die häufig zu findende Dreiteilung ›Indien – China – Europa‹, wobei Europa stets in die Königsposition gerät, wird hier zwar nicht völlig durchbrochen, aber in einleuchtender Weise durch die Entscheidung korrigiert, die »Entwicklung des Denkens auf regionaler Basis nachzuzeichnen« (30). So finden sich Kapitel über Südasien, über China, Korea und Japan, eines über Griechenland, Rom und den Nahen Osten, je eines über jüdische und islamische Philosophie. Das umfangreichste Kapitel heißt »Europa« und ist ein Abriss der Theologie- und Philosophiegeschichte des Kontinents von Johannes Scotus Eriugena bis zur Kritischen Theorie (275-378). Der Bogen schließt sich mit Kapiteln über das Denken in beiden Amerikas, im modernen Islam, in asiatischen Regionen und in Afrika.

Mehr als allererste Orientierungen über die Verortung eines Problems oder eines Autors kann ein Überblick dieser Art nicht geben. Das aber wird eingelöst. Die Darstellungen sind dabei nicht als kritische, zumal ideologiekritische Denkgeschichte angelegt: Verf. nennt Autoren, Themen und Theorieansätze, ganz selten werden sie ansatzweise entfaltet, nie jedoch diskutiert. Darin spiegelt sich wohl der Wille des Religionswissenschaftlers zur Neutralität. Dass dieser aber kaum eingelöst werden kann, zeigt sich darin, dass manche Autoren eher als Kuriosum beschrieben werden (z.B. Nietzsche, 349f), andere jedoch in Stil und Ausführlichkeit deutlich gewürdigt erscheinen (Kant, 331-335; Aristoteles, 199-202). Den großen Systemen und Theorien, gleich welcher Provenienz, steht Verf. näher als ihren Kritikern.

Verf. möchte mit seiner Gesamtdarstellung dem globalen Denken aufhelfen und dabei zugleich einer falschen Gleichmacherei wehren (17). In diesem Sinne soll sein Buch »ein Instrument des Austauschs« (494) sein, das divergente Traditionen in ein Feld der Diskussion zusammen führt. Daran ist nichts zu bemängeln. Verf. möchte aber weiterhin zu nichts geringerem als einer neuen Weltordnung beitragen. Diese brauche einen gemeinsamen Leitmythos, müsse Homogenisierung gleichwohl vermeiden. Ferner benötige sie eine differenzsensible Leittheorie und eine Weltethik, schließlich ein »Weltvokabular« (507). Hier freilich droht ein Widerspruch und eine problematische Position des Bandes. Wie nicht zuletzt an der Diskussion um Hans Küngs ›Projekt Weltethos‹ sichtbar wurde, benötigen Leittheorie und Weltethik einen letzten Interpreten, was aber zur Idee des Austauschs durchaus im Widerspruch steht. Das Buch nährt die Fiktion, über das Gesamt aller Theorien und Traditionen könne ein Bild angefertigt werden, das Verbindendes und gemeinsam Nötiges zu eruieren und zu benennen in der Lage ist. Das aber bedeutet deutlich mehr und anderes als ›Austausch‹. Verf. gerät damit in die Nähe alles integrierender Theorien, die

er durch die Anlage des Buches doch ausgeschlossen sehen wollte. Es endet idealistischer und eurozentrischer, als es programmatisch begonnen wurde. Darin muss man keine verschwiegene Position des Autors sehen. Es ist wohl eher so, dass die berechtigte Warnung vor dem Eurozentrismus der Theorien mit den Mitteln einer Weltgeschichte des Denkens nicht eingelöst werden kann.

Martin Hailer (Regensburg/Bayreuth)

**Soldani, Franco**, *La strada non presa. Il marxismo e la conoscenza della realtà sociale*, Edizioni Pendragon, Bologna 2002 (332 S., br., 21,50 €)

Der »nicht eingeschlagene Weg«, den der Titel meint, ist der von Marx; nicht verstanden hat ihn mehr oder weniger der gesamte Marxismus. Dies in dreifacher Hinsicht: Verfehlt worden sei 1. das »innerste Wesen der kapitalistischen Produktionsweise«; 2. der prägende Einfluss des Kapitals »im Innern der wissenschaftlichen Rationalität«; 3. »Die Widerlegung aller Grundbegriffe des alten Marxismus, besonders des historischen und dialektischen Materialismus seitens solcher Rationalität.« (12) Inzwischen habe die »moderne Wissenschaft alle alten marxistischen Vorstellungen von Natur und Gesellschaft vollständig umgestürzt: Dialektik, Werden, Denken, objektive Außenwelt, technologische Systeme, zwischenmenschliche Beziehungen usw.« (13f). In ausnahmslos allen ihren Ausprägungen (vgl. 17) sei marxistische Gesellschaftserkenntnis daher passé. Verf. verspricht dem Marxismus aber eine Zukunft, falls er den hier angebotenen Weg einschlägt. – Nach dieser Eröffnung, wie man sie von anderen Ich-und-Marx-Autoren kennt und deren Tenor sich durch das gesamte Buch zieht, ist man geneigt, Verf. für eine jener theoretischen Einmann-Parteien zu halten, wie sie immer wieder auftreten. Doch in der Durchführung wird eine These entfaltet und an historischem Material belegt, die marxistisches Denken in der Tat nicht ungestraft vernachlässigen kann.

Soldanis Argument ruht auf zwei Säulen, einer Relektüre der werttheoretischen Äußerungen und einer Untersuchung des wissenschaftslogischen Paradigmas naturwissenschaftlicher Zeitgenossen von Marx. Dabei kann er einen gemeinsamen Hintergrund aufdecken. Zum einen wird deutlich, dass die modernste naturwissenschaftliche Denkweise mehr, als man spontan annimmt, im 19. Jahrhundert und z.T. sogar früher angebahnt worden ist. Zum andern zeigt sich so die marxische Denkweise in einem schärferen Licht als vom Standpunkt traditioneller philosophischer Konzepte, vor allem aber taucht so eine durch keine Weiterentwicklung der Wirklichkeit und keinen Widerlegungsversuch angegriffene Aktualität derselben auf. Um Impulse, die Marx vom naturwissenschaftlichen Denken seiner Zeit empfangen hat, geht es im 3. Kapitel. Die Studien von Annelise Griese (vgl. den von ihr und H.J. Sandkühler 1997 hgg. Band *Karl Marx – zwischen Philosophie und Naturwissenschaften*) und S. Han (*Marx in epistemischen Kontexten*, 1995) zählen zu den ganz wenigen, auf die Verf. positiv Bezug nimmt. Nach Sichtung der nachweisbaren naturwissenschaftlichen Lektüren von Marx (171ff) wendet er sich v.a. William Herschel und Thomas Henry Huxley zu (186f). Die marxische Vorstellung vom »unsichtbaren inneren Zusammenhang« im Gegensatz zu den »sichtbaren äußerlichen Erscheinungsformen« findet sich hier bis in die Formulierung vorbereitet und mit der Evidenz der damals avanciertesten Physik verbunden. Gleiches gilt für das Tendenzmuster der Gesetzauffassung (vgl. etwa 223) und den Gedanken des Primats der »Irregularität« vor der »inneren Regel«, die sich auf die Dauer als Schwankungsbreite darstellt. In der Tat lässt das Wertgesetz in der marxischen Auffassung sich als »regulierendes Resultat« und insofern als immer erst »resultierendes Gesetz« begreifen (W.F.Haug, »Die Bedeutung von Standpunkt und sozialistischer Perspektive für die Kritik der politischen Ökonomie«, Arg. 74/1972). Denn: »Es ist überhaupt

bei der ganzen kapitalistischen Produktion immer nur in einer sehr verwickelten und annähernden Weise, als nie festzustellender Durchschnitt ewiger Schwankungen, dass sich das allgemeine Gesetz als die beherrschende Tendenz durchsetzt.« (MEW 25, 171)

Demnach machen die »empirischen Existenzweisen« der Phänomene es »unmöglich, ihre Ursache zu sehen«, und indem »in der Konkurrenz alles verkehrt« erscheint (Marx), ist es diesem Wirklichkeitscharakter gemäß »unmöglich, die preisregulierende Funktion des Werts in seiner Bestimmung der Preisbewegungen mit der Hand anzufassen oder mit mathematischen Formeln zu berechnen« (»che sia impossibile poter toccare con mano, o computare a traverso formule matematiche, la funzione regolativa del valore nel determinare i movimenti dei prezzi«, 215). Soldani polemisiert daher gegen marxistische Auffassungen der marxischen Werttheorie, die diesen »nie festzustellenden Durchschnitt ewiger Schwankungen« als positives Wesen fassen möchten. Verächtlich fucht er erst recht diejenigen weg, die wiederum in Reaktion auf solchen im Grunde eher ricardianischen Marxismus die marxische Werttheorie für »unbrauchbar« und daher »aufzugeben« betrachten (etwa J. Bidet, *Théorie de la modernité*, Paris 1990, 196-232; dazu Soldani, 226). Der Weg, den Soldani anbietet, vermeidet nun den objektivistischen Materialismus um den Preis, dem Denken den Primat und den Status der realitätskonstituierenden Instanz zuzusprechen, also den Anspruch zu annullieren, mit theoretischen Aussagen etwas außerhalb dieser Aussagen Existierendes zu treffen. Dies versteht er unter der Entontologisierung der marxischen Theorie. Was er damit selbst verschmäht oder vielmehr ignoriert, ist der zu beiden Richtungen alternative Weg der Philosophie der Praxis. Das ist seine »strada non presa«.

Wolfgang Fritz Haug (Los Quemados)

**Fernández Buey, Francisco**, *Leyendo a Gramsci*, El Viejo Topo, Barcelona 2001 (222 S., br., 13,22 €)

Solange westlicher Eurokommunismus als Alternative zum östlichen »Staatssozialismus« erschien, war Gramsci »Mode«. Das Ende dieser Konjunktur, erst recht das Verschwinden beider Seiten dieser Alternative, hat bei den »ernsthaften Leuten« das Interesse am Werk eher noch befördert, wie die »exponentielle« Zunahme der Gramsci-Studien zeigt (7f). Der Autor, einer der profiliertesten Gramsci-Kenner in Spanien (vgl. *Ensayos sobre Gramsci*, Barcelona 1978), versteht deshalb *Gramsci lesen* nicht nur als Sammeltitle seiner vier in diesem Band gesammelten, zwischen 1987 und 2000 entstandenen Studien, sondern auch als Aufforderung. Die editorischen Voraussetzungen sind gegeben: Antonio Santuccis Ausgabe der Gefängnis-Briefe (Palermo 1996) dürfte als »definitiv« betrachtet werden (22); sie wird ergänzt durch die Korrespondenz zwischen Piero Sraffa, der Kontakt mit der Führung der KP hielt, und Tatjana Schucht (Rom 1991) sowie zwischen dieser und Gramsci (Turin 1997). Die Lektüre der Briefe sei die beste Methode, um »Gramsci von innen« kennenzulernen (15). Allerdings nicht im Sinne jener biographischen Ideologie, die den »Menschen« vom »Werk« abspaltet und sich von Briefen nachträglich den Zugang zu dem vom Werk verstellten Innenleben erhofft. Bueys Lektüre der Briefe zeigt im Gegenteil, dass Innen und Außen, »Privates und Öffentliches«, »Liebe und Revolution« (21) dort unauflöslich verschränkt sind. Liebe und Revolution: Zwar habe nur der »Instinkt der Rebellion« ihn davor bewahrt, »innerlich auszudörren«, schreibt Gramsci am 6.3.1924 an seine Frau Julia, bindet aber sofort die Rebellion an die Liebe zurück mit der Frage (die für ihn offenkundig die Antwort enthält), »ob es möglich sei, sich an eine Masse zu binden [...], wenn man nie einzelne menschliche Wesen tief geliebt hat«.

Die philologische Strenge der *Gefängnishefte*, das Interesse für Details und Kontexte, um ein Verfahren zu vermeiden, das er »die Texte überbeanspruchen« nennt (Heft 6, §198), prägt auch die Briefe. Diese Arbeitsweise kann sich, wie Buey zeigt, in eine »verzweifelte Aufmerksamkeit« verkehren, mit der Gramsci »jeden Absatz« durchkämmt, »um noch die geringfügigste Veränderung der Stimmungen der geliebten Frau zu erfassen« (37). Am Ende seines Lebens gesteht er ihr, dass er ihre Briefe mehrmals lese: das erste Mal »interessefrei«, danach »kritisch«, um ihnen »alle nur möglichen Hinweise und Bedeutungen zu entnehmen« (5.1.1937, *Gefängnisbriefe* I, Argument, 1995). Der Mangel an Information und Kontakt lässt alles zu Zeichen werden, die zu deuten sind und deren Sinn sich doch nie mit Sicherheit feststellen lässt – ähnlich den Reflexionen der *Gefängnishefte*, denen er in Heft 11 die »Warnung« voranstellt, es könnte sich »das Gegenteil des Geschriebenen als wahr herausstellen«, weil die Bücher fehlen, um sie zu »objektivieren«. Doch auch wenn das Papier bisweilen wie ein »umgekehrter Filter« wirkt, der verunklart, was zuvor klar war (6.10.1924), entsteht die Kraft im Kampf gegen den politischen Fatalismus und Determinismus – ein durchgängiges Thema des Gefängniswerks – aus der Verbindung von politischem und Gefühlsleben (41), aus den Glücksmomenten, in denen die Geliebte zugleich Genossin ist (vgl. den Brief v. 6.3.1924, wo am Ende von »mia compagna« – meine Genossin – die Rede ist, was in der deutschen Übersetzung (Wien 1992) verschämt mit »meine Gefährtin« wiedergegeben wird). Die Zerrüttung der Gesundheit durch das Gefängnisregime, die Versagungen eines Gefühlslebens auf Distanz zusammen mit den unklaren Nachrichten über den Zustand der kommunistischen Bewegung ließen Gramsci schließlich eine »Persönlichkeitsspaltung« (75; *Gefängnishefte*, H. 15, §9) und den Verrat der ihm Nahestehenden befürchten.

Gramsci ist einer der am meisten zitierten Autoren im *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*. Einer der Gründe dafür liegt in seiner Aufmerksamkeit für die »geschichtlichen Gebrauchsweisen der Wörter«. Buey verdeutlicht es u.a. am Beispiel von »Ordnung« und »Disziplin« – Wörtern, die autoritär entfremdet sind und deren »gesunden Menschenverstand« (97) Gramsci zurückzugewinnen versucht. Ohne diesen emanzipatorischen Sinn von »Disziplin« kann sich kein »Geist der Unterscheidung und des Bruchs« (Heft 11, §15) ausbilden, kein Bewusstsein vom geschichtlichen Wert der eigenen Persönlichkeit. Die auf politische Befähigung zielende Kulturkritik ist, wie Buey zeigt, eine Lehre auch aus der Erfahrung der Rätebewegung, deren Organ sich nicht zufällig *Ordine Nuovo* – *Neue Ordnung* nannte: das »anarchische« Element direkter Demokratie sollte mit dem »kommunistischen« der Ordnung verknüpft werden, um die einander entfremdeten Positionen wieder zusammenzuführen (108). Der »Leninist« Gramsci knüpfte nicht an den Staatsmann Lenin, sondern an den »anderen« Lenin an, der beim IV. Kongress der Kommunistischen Internationale das ein Jahr zuvor verabschiedete Konzept des Parteaufbaus als zu sehr »von russischem Geist durchdrungen« kritisierte (109; LW 33, 418). Gramsci, der unter den Delegierten war, sei durch diese Rede zum (die *Gefängnishefte* durchziehenden) Postulat der »Übersetzbarkeit« von »Sprachen« – des Internationalen ins Populär-Nationale, des Ökonomischen ins Politische usw. – angeregt worden (111). Diesen Zusammenhang entwickelt Buey detailliert im abschließenden Aufsatz über »Sprache, Sprechweisen und Politik«, um schließlich die Notwendigkeit zu betonen, »den Kampf um den Sinn der Wörter der eigenen Tradition, den Kampf um die Benennung der Dinge« zu führen (186).

Das enge Aneinanderrücken von Gramsci und Che Guevara hat den Rezensenten überrascht. Zwar lässt sich sagen, dass bei beiden »Reden und Handeln kohärent sind« (85), aber die Armut der theoretischen Reflexion über den eingeschlagenen politischen Weg, wie



sie im Bolivianischen Tagebuch zum Ausdruck kommt, kontrastiert entschieden mit dem von Buey kompetent vorgeführten Reichtum der *Gefängnishefte*. Im Lichte von Bueys Lektüre erscheint die vollständige Übersetzung der Briefe ins Deutsche als ein um so dringlicheres Desiderat. Ohne die Briefe fehlt nicht nur unverzichtbare Kontextinformation für die Lektüre der *Gefängnishefte*, vor allem wird man nicht verstehen, »was das eigentlich bedeutet: Gefängnishefte« (143).

Peter Jehle (Berlin)

**Foucault, Michel, *Dits et Ecrits. Schriften in vier Bänden*, Band II, 1971-1975, hgg. v. Daniel Defert u. Francois Ewald, aus dem Frz. v. Reiner Ansén, Michael Bischoff, Hermann Kocyba u. Jürgen Schröder, Suhrkamp, Frankfurt/M 2002 (1031 S., br., 58 €)**

Foucaults große Bücher sind durch eine folgenreiche Unbestimmtheit gekennzeichnet. Ihre detaillierten Analysen scheinen sich an übergreifenden Einschätzungen und Handlungsperspektiven auszurichten, die jedoch nie expliziert werden – so dass Anhängern und Schülern die Aufgabe blieb, die ›Suggestion‹ hinter der beanspruchten ›Präzision‹ (Welsch) in politisch-theoretischen Klartext zu übersetzen. Stützen konnten sie sich dabei vor allem auf die kleineren Texte und Interviews, in denen Foucault explizit Position bezog, freilich anlassbedingt und nicht immer kohärent. Man kann in diesem Deutungsspiel eine Stärkung der Autorinstanz ausmachen, die Foucault offiziell demontieren wollte: Unter solchen Vorgaben setzt sich jede Weiterführung oder Kritik dem Einwand aus, eigentlich habe er es ganz anders gemeint. Mit der Gesamtausgabe der kleineren Schriften, deren zweiter Band nun auf deutsch vorliegt, wird das Terrain für die Auseinandersetzung erfreulich geklärt. Hing die allgemeine Sicht auf Foucaults Subversion des Wissens oder Mikrophysik der Macht zuvor maßgeblich von der Tendenz einzelner Sammelbände ab, kann sie sich nunmehr am vollständigen Korpus dessen orientieren, was er selbst zur Veröffentlichung bestimmt hat.

In Foucaults »linksradikaler Phase« (vgl. Rehmann, Arg. 244, 51ff), deren Eckdaten recht genau mit denen des vorliegenden Bandes zusammenfallen, ist der Blick aufs vereinzelt Gesagte und Geschriebene besonders aufschlussreich, weil hier zumeist der maßgebliche Orientierungsrahmen eines öffentlichen Intellektuellen zur Debatte steht: Politik. Dass es um sie gehen muss, ist für Foucault 1974 unbezweifelbar. »Warum habe ich so ein starkes Interesse an der Politik? (...) Welche Blindheit, welche Taubheit, welches Gewicht einer Ideologie könnten die Macht haben, mich an meinem Interesse für das zweifellos entscheidendste Thema unserer Existenz zu hindern, d.h. an der Gesellschaft, in der wir leben, an den wirtschaftlichen Beziehungen, innerhalb derer sie funktioniert, und an dem System, das die regulären Formen, die Erlaubnisse und Verbote bestimmt, die unser Verhalten stets steuern?« (614) Bereits um 1971 ist er derart von seiner politischen Tätigkeit für die Gruppe Gefängnisinformation absorbiert, dass er es wiederholt ablehnt, sich nach »so abstrakten und fern liegenden Dingen wie der Wissenschaftsgeschichte« befragen zu lassen (248; vgl. 251). Stattdessen schreibt er Manifeste und Leserbriefe, interveniert in Diskussionen und bemüht sich vor allem, die Häftlinge selbst über ihre Lebensbedingungen zu Wort kommen zu lassen. Das Hauptgeschehen im vorliegenden Band besteht darin, dass aus dieser Aktivität allmählich eine historisch-soziale Theorie und ein politisches Orientierungsgerüst entstehen. Die Theorie deckt sich keineswegs mit den Ausführungen in *Überwachen und Strafen*. Zum einen entwickelt Foucault eine Reihe von Einsichten über neuzeitliche Disziplinartechniken, die im Buch nur noch am Rande auftauchen. So setzt er z.B. zwischen Gefängnis und Fabrik nicht allein eine Analogie, sondern eine funktionale Beziehung: Laut seinem Bericht fürs Collège de France von 1973 »bringt die

Entwicklung der Industrie den Produktionsapparat massiv und direkt mit denjenigen in Berührung, die für sein Funktionieren zu sorgen haben. (...) die Maschinerie, die Organisation der großen Fabriken mit ihren großen Rohstofflagern, (...) das Auftreten großer Zentren des Warenumschsags machten die Reichtümer zur Zielscheibe unablässiger Attacken« – womit der »Panoptismus«, die optimierte Überwachung, zu einer naheliegenden Abwehrstrategie wurde (580f). Zum anderen beziehen derartige Erwägungen in ihrer Roh- oder Reflexionsform klar Position gegen die Bemühung der fordistischen Staats- und Konzernverwaltungen, alle Lebensvollzüge auf die nationale Produktion auszurichten: »Fabrik, Schule, Gefängnis und Krankenhaus haben das Ziel, den Einzelnen an einen Prozess zur Erzeugung, Bildung oder Besserung von Produzenten zu binden.« (757) Man mag diese Position für differenzierungsbedürftig halten; neben ihrer Klarheit hat sie immerhin den Vorteil, Entsprechungen zwischen fordistischem Kapitalismus und Staatssozialismus sichtbar zu machen.

Zusätzlich zum Gefängniskomplex bietet der Band eine Reihe auf andere Weise zentrale Texte: den Aufsatz über Nietzsche und die Genealogie (1971), eine Erwiderung auf Derrida (1972), die diesen rückwendend als letzten Vertreter einer philosophiehistorischen Weltansicht attackiert, einen langen Vortrag über »Die Wahrheit und die juristischen Formen« (1974), schließlich die Debatte mit Chomsky, in der Foucault seinen politischen Standpunkt erläutert. Selbstverständlich kommt auch manches ans Licht, das man nicht unbedingt hätte lesen wollen. Die neue Ödipus-Lektüre etwa, die Foucault im Vortrag über die juristischen Formen entwickelt, dringt nicht weiter vor als bis zu dem Gemeinplatz, Wissen habe etwas mit Macht zu tun, und überträgt dann auch noch irrtümlich Nietzsches Sokratesbild auf Platon: »Mit Platon beginnt ein großer abendländischer Mythos, wonach es einen unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Wissen und Macht gibt« (705) – als hätte nicht gerade Platons *Politeia* das Ziel, die Staatsherrschaft auf monopolisiertes Wissen zu gründen.

Aber auch Foucaults politische Radikalisierung ist keineswegs immer eine Tugend. Zum einen übernimmt er eine linksradikale Identifizierung mit dem Proletariat, die aus heutiger Sicht mythische Züge aufweist: »sich mit dem Proletariat zu verbünden heißt sich ihm in seinen Positionen und in seiner Ideologie anschließen, heißt die Motive seines Kampfes übernehmen. Heißt darin aufzugehen« (392). Zum anderen bringt ihn seine libertäre Macht- und Gewaltretorik um zustimmungsfähige Veränderungsperspektiven: »Was ist das Wertesystem, das man euch eingeschärft hat? Wenn nicht eben (...) ein Machtinstrument in den Händen der Bourgeoisie. (...) Wenn man euch beibringt, Gewalt nicht zu mögen, für den Frieden zu sein, keine Rache zu nehmen, was bringt man euch da bei? Man bringt euch bei, dem sozialen Kampf die bürgerliche Justiz vorzuziehen.« (419) Foucault kann wohl nur deshalb so radikal reden, weil er sich wie Adenauer nicht um sein Geschwätz von gestern kümmert: »Alles, was ich in der Vergangenheit gesagt habe, ist völlig bedeutungslos.« (379) So wird er später auch mit seiner linksradikalen Periode verfahren, die dann von der ihm nachredenden Sekundärliteratur wie eine niedere Herkunft aus dem Foucault-Bild getilgt wird.

Tilman Reitz (Jena)

**Ludwig, Karin**, *Die Wiederkehr der Lust. Körperpolitik nach Foucault und Butler*, Campus, Frankfurt-New York, 2002 (277 S., br., 34,90 €)

Verf. versteht ihre Dissertation als »Versuch, einen hedonistischen Ansatz in der feministischen Theorie zu fundieren: Gut ist für Frauen, was sie glücklich macht.« (12) Anschlussfähigkeit an den akademischen Mainstream gewinnt dieses Vorhaben mittels der obligatorisch gewordenen Kritik an feministischer Theoriebildung der 60er und 70er

Jahre. Getragen wird sie von jener großen Metaerzählung, nach der die Dekonstruktion des autonomen, selbstidentischen, vernünftigen Subjekts bzw. des Fortschritts der Geschichte erst mit der Postmoderne eingesetzt habe (Kapitel 1). Im Zentrum des Interesses steht dabei Foucault, dessen feministische Rezeption den Inhalt von Kapitel 2 bildet. Indem sich Ludewig ›diskursanalytisch‹ darauf beschränkt, die von ihr zur Kenntnis genommenen Feministinnen selbst zu Wort kommen zu lassen, gerät vom Werk Foucaults nur das in den Blick, was der feministischen Rezeption bislang relevant erschien. Als exponiertestes Unternehmen, nach Maßgabe der foucaultschen Begriffe Sex, Macht, Diskurs und Körper das Denken über Geschlecht neu zu konfigurieren, werden dann im 3. Kapitel Judith Butlers *Das Unbehagen der Geschlechter* und *Körper von Gewicht* ausführlich interpretiert. Eine Vereinseitigung ihrer Theorie auf Radikalkonstruktivismus dient Ludewig zur Inszenierung des eigenen Projektes als Aufhebung: »Butler vom Kopf auf die Füße stellen« (266).

Butlers Konzeption des Körpers wird als nicht immer gelingender Balanceakt dargestellt: einerseits in Theorie und politischer Praxis Partei zu ergreifen für die an den Gegebenheiten des sexuell Faktischen real Leidenden, womit sich die Fiktionalisierung des Faktischen verbietet; andererseits das Geschlecht nicht als biologisches Schicksal hinzunehmen. Meistens gehe letzteres zu Lasten der Parteinahme, da Butler ungewollt auf einen erkenntnistheoretischen Idealismus regrediere, der die außersprachliche Realität der Körper verleugnet. Dagegen gelte es, nach dem Anderen des Diskurses, auch des butlerschen Diskurses, zu fragen. Das meint bei Ludewig, in der Theorie Raum zu schaffen für die gelegentlich zu erlebende Opakheit der Materie, also für die trotzige Weigerung des Fleisches, alle Fragen, die das Ich an es heranträgt, zu beantworten. Dieses Andere individuell-rationaler Kontrolle – der Körper und die Lüste in ihrem ›Sosein‹, ›An-sich-sein‹, ›Von-sich-aus-über-uns-kommen‹ – bezeichnet Verf. etwas eigenwillig als ›zweite Natur‹: »Das Geschlecht ist, wie es ist – Weiblichkeit auch. Wünschenswert wäre es, sie sein lassen und annehmen zu können, wie sie von sich aus, ohne unser Zutun, auf uns zu kommen. Aber weil nach wie vor die um das Geschlecht – insbesondere das weibliche – sich zentrierenden Vorstellungen und Differenzen schmerzhaft sind, hat das Konzept des Von-sich-aus-Seins der (zweiten) Natur Sex nicht deskriptiven, sondern normativen, heute sogar noch utopischen Charakter.« (236) Der Begriff der »zweiten Natur« soll der kulturellen Geformtheit körperlicher Überwältigung weiterhin Rechnung tragen. Doch wird die notwendige Kritik an konstruktivistischen und sprachidealistischen Positionen bei Ludewig beständig in einer feuerbachianischen Rede vom ›unmittelbaren sinnlichen Erleben des Körpers‹ konterkariert und fällt damit hinter den erreichten Erkenntnisstand nicht nur von Butler und Foucault zurück. Dieser Sinnlichkeitskult setzt sich dann auch in der Entwicklung eines neuen Machtmodells fort, dessen poststrukturalistischer Bezug allein durch die Verwendung der gleichen Wörter hergestellt wird (Kapitel 4). Verf. denkt Macht als etwas, das in den lebendigen Körpern als deren Lebenslust entspringt, sich aber durch Abspaltung gegen jene selbst wenden und dann zu einem zwanghaften Gesetz, zu Kultur, Sprache und Gesellschaft verdichten kann. Solchermaßen werde die Seins-Lust der Körper in den Sex kanalisiert, was den Effekt des Geschlechterkampfes produziert, inkl. der diskursiven Zwangsregime, die Butler zutreffend abgebildet habe. Die in der feministisch-poststrukturalistischen Debatte umstrittene Passage aus Foucaults *Der Wille zum Wissen*, wonach der Körper und die Lüste Ort des Widerstandes gegen das Sexualitätsdispositiv sind, wird dazu in das Konzept des von-sich-aus-seienden Körpers ein- und umgeschrieben: »Politisches Ziel feministischer Praxis im Zeichen der Postmoderne muss es sein, so oft und so viele Körper wie möglich als Zentren von Lust zu stabilisieren, ungeachtet ihres Sexes und ohne

ihre Lüste auf diesen einzuschränken. Mithin handelt es sich um ein Plädoyer für einen hedonistischen Feminismus, der das Streben der Frauen nach Macht unterstützt, nach einer Macht, die in der Fähigkeit und Möglichkeit besteht, ein lustvolles Leben zu führen.« (270) Eine solche Haltung impliziere keinen Rückzug in die unpolitische Innerlichkeit, da die real gegebenen gesellschaftlichen Machtverhältnisse »unmittelbar« (!) jene Möglichkeiten einschränken und befördern können, und dort, wo sie dem genannten Ziel im Wege stehen, umgearbeitet werden müssen. Politisch richte sich die Renaturalisierung des Körpers und seiner Lüste gegen die »totale Verfügbarmachung des (geschlechtlichen) Körpers in seiner Materialität durch den menschlichen Geist und seine technischen Erfindungen« (217); eine Verfügbarmachung, in der sich angeblich progressive feministische Denaturalisierungsansätze mit den reaktionären Allmächtsphantasien gegenwärtiger Gen-Politik treffen.

Da Verf. keinen Begriff der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaft entwickelt (der nötig wäre, um Gefahren und emanzipatorisches Potenzial neuer Technologien abschätzen zu können), sondern dieser im Gegenteil in einem essenzialistischen Begriff von Macht (als sich in Kultur und Gesellschaft entfremdende, ursprünglich-körperliche Seins-Lust) aufgeht, bleibt fraglich, inwieweit Ludewigs Ansatz »der Anforderung genügt, praktische politische Kritik am bestehenden Verhältnis der Geschlechter zu fundieren oder gar zu sein« (148).

Thomas Maul (Berlin)

**Jagose, Annamarie, *Queer Theory – Eine Einführung*, hgg. u. übers. aus dem Engl. v. Corinna Genschel, Caren Lay, Nancy Wagenknecht u. Volker Woltersdorff, Querverlag, Berlin 2001 (220 S., br., 15,50 €)**

Im Unterschied zu Deutschland, wo *queer* vorwiegend akademisch verhandelt wird, kommt das Wort im Englischen von der Straße: Die Kritik an den ausschließenden Kategorien schwul-lesbischer Identitätspolitik begann in sozialen Bewegungen und wurde dann theoretisch ausgearbeitet. Damit aber aus diesem kontextspezifischen, historischen Unterschied kein banalisierendes Vorurteil wird, stellen die Hg. die hiesige Aneignung des Begriffs in den Zusammenhang politischer Interventionen der letzten zehn Jahre. – Solide erarbeitet Jagose den begrifflichen und sozialen Hintergrund entsprechender Politiken. Sie geht aus von den Konzepten gleichgeschlechtlichen Begehrens seit Ende des 19. Jhs., behauptet aber keine Entwicklung von unklaren historischen zu heute präziseren Vorstellungen. Vielmehr konzentriert sie ihre Darstellung – in Anlehnung an Foucault und Eve Kosofsky Sedgwick – auf die Widersprüche zwischen partikularistischen, an minoritären Identitäten orientierten, und universalistischen, auf Befreiung aller ausgerichteten sexuellen Politiken. Beide Richtungen fanden und finden – nicht zuletzt durch AIDS – ihre Handlungsbedingungen v.a. im staatlichen und medizinischen Umgang mit Homosexualität. Der eine Strang gehört historisch zur eher liberal orientierten »Homophilenbewegung«, der andere zur anarchischeren »Homo-(Befreiungs-)Bewegung«, die nicht Integration in die bürgerliche Gesellschaft suchte, sondern deren konstitutiv homophobe Normalitätsvorstellungen kritisierte.

Dabei hat Jagose einen wachen Blick für das Konflikthafte innerhalb emanzipatorischer Politiken. So hatte das verstärkte Eintreten für die Anerkennung und die Bürgerrechte sexueller Minoritäten eine böse Kehrseite in der Schwulen- wie der Lesbenbewegung: einen Wandel vom »Befreiungsmodell« zum »ethnisierenden Identitätsmodell«. Dieser erklärt sich aus »Ernüchterung über den Anspruch des Befreiungsprojektes« und war Ergebnis einer »Neubewertung von Macht- und Widerstandsstrategien«, mit der sich die »Aufmerksamkeit zunehmend auf lokale Schauplätze statt auf generelle Veränderungen der

gesellschaftlichen Strukturen« richtete (81). Aber in der Kritik an diesem Wandel wurde auch deutlich, dass – wie *Gay People of Colour* kritisierten – »das schwule und lesbische Subjekt des ethnischen Modells weiß war« (83).

Hier liegen die Wurzeln von *queer* in den späten 1980er, frühen 1990er Jahren. Jagose zufolge wäre seine Entstehung ohne die poststrukturalistische Delegitimierung liberaler, befreiungstheoretischer, ethnischer und separatistischer Vorstellungen von Identität nicht zu verstehen. Sie habe den kulturellen Raum eröffnet, der für den Aufstieg von *queer* notwendig war. Zwar sei der Begriff weder genau definierbar noch unumstritten, aber er drücke eine begriffliche Bewegung aus, die sich auch in feministischen und postkolonialen Kritiken der Identitätspolitik findet und eine übergreifende Veränderung von Wissensformen markiert. Mit Hilfe der Rezeption von Althusser, Foucault, Lacan, Saussure, Freud und Stuart Hall im Poststrukturalismus zeichnet sie dann die Genese queerer Theorien nach – mit dem Ergebnis, dass es heute darum gehe, Identität »als dauerhaft stützende kulturelle Phantasie oder Mythos« zu verstehen (102). Dabei gibt sie eine unterhaltsame, informierte und gut zusammenfassende Lektüre queerer Identitätskritik. Aber für alle, die einen gesellschaftspolitischen Rahmen der Diskussion wünschen, bleiben viele Fragen offen.

Diese Kritik gilt nicht für das Nachwort der Hg., die Jagoses historisch-begriffliche Arbeit würdigen, aber eine gegenüber ihrer Perspektive eigenständige Definition etablieren. Sie fassen *queer* als Aufgabe, normierte Heterosexualität als Regime zu verstehen und zu ent-privilegieren. Damit beziehen sie sich auf vielfältige Initiativen queerer kultureller und politischer Kontexte hierzulande und diese Perspektive macht sie sensibel für Verkürzungen: Die Konzentration der Analyse auf die Sexualität gehe oft mit einer Vernachlässigung anderer Felder sozialer Regulierung einher, die sie auch Jagose als blinde Flecke ankreiden – Rassismus und kapitalistische Vergesellschaftung stellten bei ihr »symptomatische« Auslassungen dar (174). Zudem diskutieren die Hg. theoretische und praktische Entwicklungen seit Erscheinen des Buches im Original, 1996: Heute stellt *Transgender* eine Herausforderung queerer Theorie und Politik dar, die erst in den letzten Jahren an Kontur gewinnt. Einerseits ist damit der Körper als »Urgrund« von Geschlecht problematisch geworden; andererseits könnten erst dann neue Geschlechtergeschichten erzählt werden, wenn das Leben zwischen den Geschlechtern sozial lebbar ist (183).

Katharina Pühl (Kassel)

## Kunst und Kultur

**Ramonet, Ignacio**, *Liebesgrüsse aus Hollywood. Die versteckten Botschaften der bewegten Bilder*, aus dem Frz. v. Bodo Schulze, Rotpunktverlag, Zürich 2002 (242 S., br., 19 €)

Der deutsche Titel des Buches trifft die verhandelte Sache nur teilweise: Zwar ist ein Kapitel der filmischen Behandlung des Vietnamkriegs gewidmet, ein anderes der Art, wie in Hollywood wirtschaftliche und technologische Krisen profitabel zu Katastrophenfilmen umgemünzt werden. Daneben wird aber auch der Italowestern thematisiert oder die Kriegskomödie in Frankreich. Weitere Kapitel gelten dem Werbespot, den amerikanischen TV-Krimiserien *Kojak* und *Colombo* und der Krise des Politfilms. Die französische Originalausgabe hat mit etwas mehr Plausibilität versucht, das alles unter dem Titel »Propagandes silencieuses. Masses, télévisions, cinéma« zu vereinen. Damit wird klar, »worum es eigentlich geht: um Ideologie natürlich« (7). Unter Ideologie versteht Ramonet die Mani-

pulation der Massen und bringt so die bei Adorno und Horkheimer auf die USA und Europa beschränkte Kritik der (fordistischen) Kulturindustrie auf planetarischer Stufenleiter neu in Stellung. Die Grundformel für den nun weltweit konstatierten Zustand lautet: »Endlos wird wiederholt, was alle widerstandslos akzeptieren.« (11) Damit gelangen zunächst die »neuen Megakonzerne der Kulturindustrie« ins Blickfeld, deren »kolossale Marketing- und Marktforschungsressourcen« es ihnen erlauben, »den Akzeptanzgrad ihrer Produkte auf dem Weltmarkt vorab zu bestimmen« (10). Allerdings macht das Aufblähen des Kulturindustrie-Theorems auf globale Ausmaße rasch auch dessen Schwächen unübersehbar; denn wo Ideologie pauschal als Massenbetrug gedacht wird, da schnurrt die Analyse von Kino und Fernsehen tendenziell zusammen auf die Bestimmung ihres »politischen Gehalts«. Ramonets Befunde kann man sich als auf einer Skala liegend vorstellen, die von feigem Konformismus, der »die politische Seite ausblendet« (202), hinüberreicht zum anderen Ende einer filmischen Gegenpropaganda, der es gelingt, »eine Reihe von eindeutig politischen Aussagen einzubauen« (183).

Am unteren Ende dieser Skala siedelt Ramonet etwa den »Konformismus der Kriegskomödie« in Frankreich an, wo von *Babette zieht in den Krieg* (1959) bis zu Philip Clairs *Le Führer en folie* und Gilles Grangiers *Gross Paris* (beide 1974) »ideologische Geschichtsklitterung« betrieben worden sei (211). Ramonets kritische Darstellung jener »methodischen Arbeit der Erinnerungszerstörung, die die Komödien über die Jahre hinweg betrieben« (218), macht erst verständlich, warum später die Fernsehserie *Holocaust*, Claude Lanzmanns *Shoah* und Spielbergs Spielfilm *Schindlers Liste* einen solchen Schock bei der jüngeren Generation auslösen konnten. Wenn der Verf. allerdings die bis in die zweite Hälfte der 70er Jahre anhaltende Konjunktur der klamaukhaften französischen Kriegskomödie damit begründet, dass »der 1975 gewählte französische Staatspräsident Giscard d'Estaing engere Zusammenarbeit mit der BRD anstrebte und das »Modell Deutschland« zum Vorbild für Frankreich hochjubelte« (205), so übergeht die Analyse hier wie an anderen Stellen das konkrete Funktionieren von Ideologie: Ist es eine staatliche Filmfinanzierung, die das Bindeglied abgibt zwischen Staatsdoktrin und Filmproduktion? Und welche weiteren Mechanismen sind es im genannten nationalen und historischen Kontext, die für eine Konformierung der Kulturschaffenden gesorgt haben? Ramonet blendet solche Fragen weitgehend aus, denn sie würden den summarischen Charakter seiner Darstellung medialer Manipulationen sprengen. Für ihn versteht sich der Konformismus der Komödiendichter »fast schon von selbst« (205). Positiv zu Buche schlagen bei einer derart fokussierten Herangehensweise hingegen die klare Konturierung des Themas, die Prägnanz der Aussagen und die gute Lesbarkeit – Qualitäten, für die sich der Direktor des *Monde diplomatique* zu Recht einen Namen erworben hat.

Am anderen Ende der Skala politischer Konformierung rangiert der Italowestern. Er kommt auf zur Zeit, »als die Vereinigten Staaten in Lateinamerika und Vietnam besondere Brutalität an den Tag legten« (183). Ramonet führt aus, dass einige italienische (und spanische) Filmemacher zwischen 1965 und 1975 den Westernn so zweckentfremden konnten, dass »die Auseinandersetzungen zwischen falschen Mexikanern und nachgemachten Yankees« zur politischen Metapher wurden für »den schwierigen Dialog zwischen Dritter Welt und industriellen Metropolen, zwischen Süden und Norden« (183). Interessant ist hier, dass das Material für diese These keineswegs auf die Handvoll Italo-Klassiker von Sergio Leone beschränkt bleibt. Nicht berücksichtigt ist hingegen die rezeptionsästhetische Seite: Welche Wirkung hatte diese »heimliche Gegenpropaganda« beim anvisierten »breiten Publikum« (183)?

Als eine Art roter Faden zieht sich die Kritik an der fortschreitenden »Amerikanisierung der Köpfe« (129) durch das Buch. Mit Blick auf die Manipulation der Massen benennt der Autor als wichtigste Vorgänge der letzten zwanzig Jahre »die blitzartige Ausbreitung des Internets und die neue Kulturoffensive der Vereinigten Staaten« (15). Die internationale Dominanz des Hollywood-Films werde gegenwärtig durch den Aufschwung des Digitalfernsehens noch einmal vorangetrieben. Dies vor dem Hintergrund einer seit der Mitte des 20. Jh. ungebremst fortschreitenden globalen Standardisierung der Filmsprache durch die Ästhetik der Werbung. In ihr erkennt Ramonet den großen »Akkulturator« (86), der weltweit zunehmend auch Öffentlichkeitsarbeit und Demokratie in seinen Bann zieht. Diese Thesen werden durch Argumente und Faktenmaterial hinlänglich untermauert. Offen bleibt hingegen die Frage, ob der Befund einer zunehmenden Standardisierung und Amerikanisierung in der Kultur nicht nach einer Analyse verlangte, die sich der Ambivalenz dieses Vorgangs stärker bewusst bliebe: Zeigt nicht gerade der Italowestern, dass die Ausweitung von Amerikanismen zu einem allgemeinen Fundus kultureller Bezugspunkte auch neues ästhetisches und politisches Potenzial freisetzen kann? Thomas Barfuss (Chur)

**Prokop, Dieter, *Der Medien-Kapitalismus. Das Lexikon der neuen kritischen Medienforschung*, VSA, Hamburg 2000 (356 S., br., 20,40 €)**

Mit Prokops Buch bekommt eine neue Frankfurter Schule kritischer Medientheorie ihr Lexikon, bevor ihr »Ansatz« auch tatsächlich Schule gemacht hätte. Gesucht wird eine »andere Perspektive auf den Mainstream« (13) – anders als Adornos hermetisches System der Kulturindustrie, anders aber zugleich und vor allem als die heute gängige, unterschiedslose Legitimierung aller medienkulturellen Muster, auch wo sie sich in ihrer Mehrheit einem kostengünstigen Konformismus verschrieben haben. Gibt es für neoliberale Medientheoretiker keine Manipulation, solange bloß der Zirkel von Angebot und Nachfrage nicht durch Medienpolitik gestört wird, so will Prokop diesem herrschenden Positivismus mit einer erneuerten Kritischen Theorie gegenüberreten, die gelernt hat, dass es »im Populären und Erfolgreichen Qualitätsunterschiede« gibt – und damit Qualitäten: »Für sie ergreift die neue kritische Medienforschung Partei.« (15) Ist damit avancierte Kunst als Messlatte, vor der Kulturindustrie pauschal versagen musste, verabschiedet, so hält der Autor andererseits an einem Vorgehen fest, das »den Tatbestand, den man untersucht, auf den Gesamtzusammenhang bezieht« (13). Dieser Gesamtzusammenhang, auseinandergelagt in eine Abfolge von Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Publikum und Praxis, dient als (schwach) strukturierendes Prinzip. In lockerer Folge reihen sich Datenmaterial, Begriffserklärungen, essayistische Einlagen, Polemiken und Theorieelemente aneinander, die erst im Anhang durch ein Stichwortregister alphabetisch erschlossen sind. Neben schwächeren Stücken findet sich dabei eine ganze Reihe lesenswerter Texte und erhellender Analysen, z.B. über die oligopolistische Strukturierung des Mediensektors, die Bildung supranationaler Verwertungsketten, die Verwechslung von Flexibilisierung und Individualisierung oder die TV-Kriegsberichterstattung.

Der Verfasser rollt den Kosovo-Krieg von 1999 Woche um Woche neu auf und kommt zum Schluss, »dass die Politiker der regierenden Linken keine öffentliche Debatte über den Krieg führten, sondern die Öffentlichkeit mit Opfer-Mythen und Opfer-Bildern manipulierten« (17). Allerdings wehrt sich Prokop sofort auch gegen eine allzu wohlfeile, weil pauschalisierende Kulturkritik, die eine angeblich sensationslüsterne Öffentlichkeit zur Verantwortung ziehen will, denn »Blut im Fernsehen« ist bloß »der billigste Rohstoff des Außergewöhnlichen, der auf dem Markt zu haben ist« (31). Aber ist es nicht eine Tatsache,

dass Gewalt auf dem Bildschirm die Einschaltquoten in die Höhe treibt? Hier rückt Prokop eingespielte Deutungen in den Vordergrund: »Die Verantwortlichen beim Fernsehen *glauben*, dass Werbungs-Auftragegeber und Werbeagenturen *glauben*, dass grausame Opfer-Bilder die Einschaltquoten steigern.« (56)

Überhaupt zählt die Entmystifizierung von soziologischen Gemeinplätzen und Phrasen zu den Hauptanliegen des Buchs: »Wenn jemand die Floskel gebraucht ›... in unserer immer komplexer werdenden Gesellschaft ...‹, dann weiß man genau, dass darauf ein unverständlicher Satz folgen wird, der, wenn man ihn in Klartext übersetzt, heißt: ›... ist alles in Ordnung, wie es ist.‹« (89) Mit wenigen klugen Erläuterungen relativiert der Autor ganze Regale von Forschung zu den angeblich verbürgten »Wirkungen von Werbung« (240ff). Allerdings liegen Brillanz und Ignoranz bisweilen erstaunlich eng beisammen, etwa wo das verstärkte Bemühen der Konzerne um die Erzeugung von Markenbewusstsein bei Jugendlichen (»markengierige Fernseh-Kids«) mit einem bloßen Hinweis auf ihre infantilen Eltern abgehandelt wird: »Hätten die heutigen Kinder erwachsene, ichstarke Eltern, könnte die Werbung nicht über gewaltige Markenartikel-Werbe-Wirkungen triumphieren, denn dann würden Kinder auf Marken und auf Werbung pfeifen.« (244) Gewiss ist es bisweilen hilfreich, den Mystifizierungen von Marketing und Medienoberflächen mit gesundem Menschenverstand zu begegnen; aber wo der Schein durchschlagen ist, muss die klärende Analyse beginnen, während der gesunde Menschenverstand nur allzu rasch bereit ist, an deren Stelle ein Scheinproblem zu verabschieden. So etwa, wenn Prokop glaubt, alle Marketing-Mythen wie eine Seifenblase platzen lassen zu können mit der Bemerkung: »Es sind immer die realen, reinen Gebrauchseigenschaften, die Nachfrage nach einem Produkt schaffen.« (243) Das ist bloß scheinbar, denn weder ist der Gebrauchswert eine unveränderbare und ahistorische Größe, noch lassen sich platterweise »reale« Gebrauchseigenschaften den bloß scheinhaften entgegengesetzten. Was heute der Realisierung des Tauschwertes durch das extra produzierte Gebrauchswertversprechen dient, kann morgen zum Bestandteil des Gebrauchswertes geworden sein. Mit entsprechenden Begriffen erst lässt sich deshalb die Tendenz analysieren, bereits der Marke und nicht erst dem Produkt das Gebrauchswertversprechen aufzuprägen – es müssten also statt der vermeintlichen Markengier flexiblere Produktionsweisen und veränderte Marktstrukturen ins Bild gelangen. Die *Kritik der Warenästhetik*, die einmal damit begonnen hatte, die nötigen begrifflichen Klärungen vorzunehmen, wird zwar (in der ersten Fassung von 1971) kurz referiert, aber dann pauschal als »puritanisches Moralisieren« (274) abgetan.

Die schwankende Qualität der Einträge macht sich auch und vielleicht besonders klar im Referieren von Thesen und Theorien bemerkbar. Ausschlaggebend ist dabei nicht, ob man die meist zu Gegenthesen zugespitzten Ansichten des Verf. teilt oder nicht; über die Qualität entscheidet eher der Umstand, ob Prokop den jeweiligen Ansatz kritisiert, um mit ihm besser arbeiten zu können – dies geschieht fast immer bei Adorno und macht die Lektüre aufschlussreich und spannend – oder ob eine Theorie mit wenigen Bemerkungen abgeschrieben wird, was dann meist weit unter ihrem Wert geschieht. Gewiss gibt es gute Gründe, Luhmanns systemtheoretischen Ansatz zu kritisieren, der den Massenmedien die Aufgabe zuschreibt, die Selbstbeobachtung des Gesellschaftssystems thematisch zu fokussieren. Aber wenn in kurzen Zitaten zweimal die Metapher des Imprägnierens referiert wird um der Pointe willen, dass »in Wirklichkeit« die Massenmedien keine »Imprägnieranstalt für undicht gewordene Werte« (86) seien, so pocht Verf. dafür permanent auf eine eindeutige und festgefügte Wirklichkeit: »In Wirklichkeit gibt die These von der ›Selbstbeobachtung‹ des Gesellschaftssystems durch Medien lediglich das Wunschenken von



Werbung, Marketing, Public Relations wieder« (87). Die Rückführung von Mystizismen und Ideologie auf ihre materiellen Grundlagen gehört gewiss zum Kernbereich einer neuen kritischen Medientheorie, aber es wäre fatal, wenn dabei Probleme des Scheins auf Scheinprobleme reduziert würden.

Thomas Barfuss (Chur)

**Theweleit, Klaus, *Der Knall: 11. September, das Verschwinden der Realität und ein Kriegsmodell*, stroemfeld/nexus, Frankfurt/Main-Basel 2002 (280 S., br., 24 €)**

Ein Jahr nach den Anschlägen auf das World Trade Center werden 13 Kommentare zur Katastrophe – von Georg Seeßlen über Baudrillard, Diederichsen und Kluge bis hin zu BILD und Peter Sloterdijk – vorgeführt und durch die Mühlen der Theweleitschen Textmaschine gedreht. Fazit: Im »Aschenhaufen eines verglimmenden Diskurssystems« (68) sind die Kategorien von Realität und Fiktion gründlich durcheinandergeraten. Die Bilder der einstürzenden Türme haben für fast alle der zitierten Kommentatoren altbekannte Kinophantasien mit dem realen Terror verwechselbar gemacht. Ihre ästhetische Qualität lässt das Attentat als Zitat (Bronfen) oder als monströses Kunstwerk (Stockhausen) erscheinen – das Ereignis gewinnt so viel an »Fiktion«, wie Film und Inszenierung an »Realität« gewinnen.

Verf. entnimmt diesen Einschätzungen, »dass der Einschlag nicht bloß ins World Trade Center ging«, sondern »auch direkt in die Hirne der Kommentatoren« (73). Er selbst hält den vielen konfusen Realitätsbestimmungen eine recht simple Wahrheit entgegen: »Wir haben eine multiple Realität« (258). Die mediale und die »echte« Welt sind demzufolge getrennte Wirklichkeiten mit eigenen Regeln, sie sind zwar aufeinander bezogen, aber sie lassen sich nicht in nebulöse Mischungsverhältnisse setzen. Die Frage nach der Realität sei vor den Bildern der Anschläge unsinnig. Was die Kommentatoren von sich geben dürfen und was nicht, hänge allerdings von den konkreten Bezugfeldern ab, auf denen sie sich bewegen. So darf beispielsweise CNN ein Musikvideo mit Bildern vom 11. September unterlegen, also die Katastrophe in Kunst überführen, während Stockhausen für seinen heiklen Satz vom Kunstcharakter der Katastrophe schwer einstecken muss. Verf. versetzt sich in die komfortable Position eines Super-Kommentators. Er nimmt den Realitätsdiskurs seiner Autoren vor den Augen der Leser auseinander und setzt ihn neu zusammen, immer nach den lockeren Regeln seiner Montagetechnik und bebildert mit einer durchlaufenden Fotoleiste vom Ground Zero. Nur wenige Zitate werden im Text nachgewiesen, viele Argumentationsstränge enden im Nichts. Trotzdem gelingen dem Verf. sehr unterhaltsame Passagen und eindringliche Skizzen, etwa des slowenischen »Schaudenkers« (221) Slavoj Žižek. Dessen Artikel wird zwar zu Pulver zerrieben (»so geht es im Springen zwischen Kraut- und Rübenbeeten, wenn man nicht ein bisschen einhält, dem eigenen Denken nachlauscht«, 241), dennoch spricht auch eine Art von Bewunderung aus dem Žižek-Kapitel. Gute Zeugnisse erhalten Susan Sontag und – mit Einschränkungen – Diederich Diederichsen, schlechte Jean Baudrillard und Elisabeth Bronfen. Die eigene Diagnose: Die Unverletzlichkeitsphantasie des Westens sei beschädigt worden. Die schrecklichen Bilder, die noch im Golfkrieg als »Überlebensbazillen« ihre Zuschauer stabilisierten, schlagen jetzt los – »Die Immunisierungsbilder sind umgeschlagen in Infektionsbilder« (76). Die abgebildeten Ereignisse können plötzlich jeden treffen, ihre »Realität« reicht bis in unser Wohnzimmer. – Worin Theweleits Idee sich prinzipiell von den Stimmen aus der »Realitätssucherbande« (240) unterscheiden soll, bleibt im Unklaren.

Dem weitaus umfangreicheren Teil über die Bilder-Debatte nach dem 11. September hat Verf. noch einen Text beigegeben, in dem er ein aktuelles ethnopolitisches Kriegsmodell beschreibt. Vorbilder findet er in den Allianzen der Kreuzritter um 1200 im spanischen

Cordoba und vor allem in dem Film *L'Autre* von Youssef Chachine. Das Rezept, das er beiden Konstellationen entnimmt, wird auf die westliche »Krisenherd«-Politik der Gegenwart bezogen: Gewachsene Mischgesellschaften sind leicht von außen zerstörbar, indem fundamentalistische Positionen im Innern gestärkt und religiöse und kulturelle Spaltungen forciert werden. In die eskalierende Situation kann dann eine Ordnungsmacht einfallen, um das Gebiet sowohl den eigenen Interessen als auch einer Rhetorik der Menschenrechte zu unterwerfen. Deshalb wendet sich Verf. gegen die Parole vom »Selbstbestimmungsrecht der Völker« und plädiert »fürs Mischen, bis die Entmischer nicht mehr nachkommen« (46). Er hat viele Fallbeispiele im Blick: vom Balkan, wo die »Genscher Games« (20) stattfanden, über Afghanistan bis zur Kaspischen Region. Leider wird dabei häufig nicht mehr klar unterschieden. Die Technik der Übertreibung ergibt einen mehr suggestiven als analytischen Text, der oft aufbrausend und sprachlich überdosiert daherkommt: »Der NATO-West-Verein wird nicht aufhören zu bomben, bis all die anti-entwickelten Zentral-Herrgottswinkel der humankakerlakischen Rest-Welt zugeteert sind mit Demokratisierung, Menschenrecht und sozialer Marktwirtschaft« (43). So ist »PlayStation Cordoba/Yugoslavia/Afghanistan etc.« als ein letztlich lobenswertes politisches Pamphlet zu lesen, dem aber an vielen Stellen die eigenen Energien durchgehen. Zusammengenommen mit dem Rundgang durch die publizistische Nachbereitung des 11. September ein oft unge naues, aber doch reizvolles und engagiertes Buch.

Jens Wietschorke (Berlin)

## Soziologie

**Halbwachs, Maurice**, *Ausgewählte Schriften*, Bd. 2-4, hgg. v. Stephan Egger u. Franz Schultheis, aus dem Frz. v. Stephan Egger, UVK, Konstanz 2002, Bd. 2: *Klassen und Lebensweisen* (150 S., br., 19 €), Bd. 3: *Kollektive Psychologie* (107 S., br., 16 €), Bd. 4: *Soziale Morphologie* (128 S., br., 19 €)

Halbwachs, 1877 in Reims geboren, war nach seinem Tod am 16. März 1945 im KZ Buchenwald fast vergessen. Erst seit 1966 und 1967 lagen *Das kollektive Gedächtnis* und *Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen* auf Deutsch vor. Nun sollen bis Frühjahr 2003 sieben Bände ausgewählter Schriften in deutscher Übersetzung erscheinen. – In Band 2 steht das Verhältnis zwischen Arbeitswelt und Lebenswelt bzw. die Beziehung zwischen kollektiver Praxis und kollektiver Repräsentation der Klassen im Mittelpunkt. Das Buch enthält fünf Beiträge: Zunächst den 1905 geschriebenen Aufsatz *Bedürfnisse und Triebe in der Sozialökonomie*, in dem Schmollers Verhältnis zur Historischen Schule der Nationalökonomie beleuchtet wird. »Die klassische Ökonomie scheint uns nicht nur deshalb fragwürdig, weil sie dem Streben nach Reichtum, der Verfolgung des eigenen Nutzens ein derart entscheidendes Gewicht beimisst, sondern auch und vor allem, weil sie nirgendwo die sozialen Einflüsse und Gefühle beachtet, an denen individuelle Triebe ihre Grenzen finden. Aber es ist eben nicht diese Sichtweise, von der aus Schmoller die Klassiker angeht: ihren eigennütigen Individuen stellt er im Namen der Geschichte die wirklichen Individuen entgegen, den ganzen Reichtum ihrer Antriebe. Dennoch bleiben es immer *Individuen* und *individuelle* Handlungen, auf die er alle zurückführt. Und diese Grundhaltung ist angreifbar.« (21) Da sich die Gesellschaft aus Gruppen zusammensetze, sei von diesen sowie deren »kollektivem Bewusstsein« (Durkheim) auszugehen und nicht von den individuellen Antrieben. Kurz, die *ökonomischen Tatsachen* sind *soziale Tatsachen* und als solche ganz im Sinne Durkheims soziologisch zu erklären.

In den *Anmerkungen zur Klassenfrage* (1905) geht Verf. wiederum von deutschen Nationalökonomien wie Schmoller, Sombart oder Bücher aus, um zu erläutern, wie sich die kollektiven Vorstellungen von Klassen bilden. Weder deren alleinige Ableitung aus den Eigentumsverhältnissen noch biologische Tatbestände könnten die Maßstäbe liefern, nach denen die Einteilung in Klassen erfolgt. Das soziale Bewusstsein der Klassen sei nicht auf die ökonomische »Wirklichkeit« zu reduzieren (28ff). Die Wahrnehmung von Klassen bestimmt sich vielmehr nach Art der Verfügungsgewalt über gesellschaftliche Güter, symbolisiert durch sozial hierarchisierte Lebensweisen und -stile. Der Lebensstandard spiegelt das Maß der Integration und die Beteiligung der Klassen am gesellschaftlichen Leben wider. – In *Beitrag zu einer soziologischen Theorie der Arbeiterklasse* (1926) entwickelt Verf. anhand einer Ethnographie des Lebens der Arbeiter und deren Haushaltsausgaben eine Entfremdungstheorie und beschreibt die Enteignung von der Teilhabe an gesellschaftlichen Gütern als Determinanten der Lebensweise der Arbeiter, die sich an der Peripherie der Gesellschaft befinden. Schon in seinem Buch *La classe ouvrière* (1913) ging er von einem »Feuerherd« der Gesellschaft aus, wo das gesellschaftliche Leben am intensivsten ist. Die Arbeiter, am Rand dieses »Lagerfeuers«, wissen nicht um die Maßstäbe *gesellschaftlicher* Güter und deren sozialen Gebrauch, wie Verf. an den Ausgaben für ihre Wohnungen rekonstruiert. Insofern sind sie nicht nur materiell, sondern auch sozial und kulturell enteignet. Die Schlussfolgerung lautet: »Wenn die Arbeiter in diesem Sinne weniger »gesellschaftsfähig« sind als andere Menschen, so sind sie doch vielleicht »solidarischer.« (70) – *Materie und Gesellschaft* (1920) verweist auf das 1896 publizierte Hauptwerk Bergsons *Matière et memoire*. Verf. geht hier davon aus, dass die Arbeiterklasse die »Gesamtheit von Menschen ist, deren Arbeitspflichten sie zwingen, sich der Materie zuzuwenden und die Gesellschaft zu verlassen« (91).

Band 3, dessen Titel an Durkheim orientiert ist, untersucht gemeinsame Wahrnehmungen, Handlungs- und Denkschemata sowie Empfindungen, Lebensstile und Dispositionen. Dabei steht der Begriff der »Kollektiven Psychologie« geradezu in einem diametralen Gegensatz zu Psychologismus, Psychologie des Individuums und naturalistischem Menschenbild. Diese Wissenschaft ist, anders als der »Positivismus« wahrhaben will, in einem spezifischen Sinne viel »positiver«, indem sie die sozial konstituierten Wirklichkeiten wie Dinge behandelt, ohne aber positivistisch von tatsächlichen »Dingen« auszugehen. – *Die Kollektive Psychologie nach Charles Blondel* (1928) versucht Individual- und Kollektivpsychologie zu versöhnen und spricht von zwei aufeinander zulaufenden Herangehensweisen (27), um dieselbe Art von Wirklichkeit zu erfassen. Der Soziologe könne vieles gewinnen, wenn er sich von Blondel auf den Pass führen lasse, wo sich zwei Gebirge, Psychologie und Soziologie, treffen (ebd.). – *Individuelles Bewusstsein und kollektiver Geist* (1939) führt diese Linie weiter und steckt das Feld der kollektiven Psychologie ab, die es mit den kollektiven Repräsentationen zu tun hat, die am Anfang von Kultur, Institutionen, morphologischen Tatsachen oder Techniken stehen: »Weder Techniken noch morphologische Tatbestände können also untersucht und erklärt werden, ohne in ihnen selbst und hinter ihnen jene psychologischen Tatbestände zu suchen, die Erscheinungen der kollektiven Psychologie bleiben und folglich den gesamten Bereich der Soziologie einnehmen.« (40) Die kollektiven Repräsentationen werden »objektiver Geist«, um dann wiederum selbst auf die Vorstellungen der Menschen Einfluss zu nehmen. – In *Zur kollektiven Psychologie der Vernunft* (1938) sind viele aktuelle Kritiken des cartesianischen Vernunftdenkens vorweggenommen und hier wird deutlich, wie selbst das »reine« Denken in eine soziale Praxis, kollektive Repräsentationen und sozialen Sinn eingebettet ist. Was heute

wie selbstverständlich klingen mag, war damals unerhört. Ausgehend von Durkheims *Elementaren Formen des religiösen Lebens*, Lévy-Bruhls Studien der den »Naturvölkern« eigenen prälogischen Denkweise und Paretos Unterscheidungen von Residuen und Derivaten entwickelt Verf. wissenssoziologische Ansätze zur Analyse von Denksystemen, Ordnungen der Dinge oder *episteme*, die die »objektive Vernunft« in Beziehung zur gelebten sozialen Praxis setzen. Alle Denksysteme sind kollektive Logiken, die unsere Urteilskraft, unsere »Vernunft« und unser Denken bestimmen; sie sind gesellschaftlich konstruiert.

Vertieft und um die Aspekte der Emotionalität erweitert wird dieser Ansatz im posthum veröffentlichten Artikel *Gefühle und Gesellschaft*. Hatte Marcel Mauss schon 1936 die kollektiven Techniken des Körpers dargestellt, verdeutlicht Verf. nun, wie die Gesellschaft selbst auf die persönlichsten und leidenschaftlichsten Empfindungen wie Lachen oder Trauer einwirkt, ja diese in ihrer Eigenart konstituiert. Die Gefühle – und nicht nur deren Ausdruck – sind als kollektive Repräsentationen, kollektive Regungen zu verstehen: »In den Gruppen, denen wir angehören, haben wir sie zeigen, aber auch empfinden gelernt.« (77) Man fragt sich, warum diese Fragestellungen bislang so wenig wieder aufgegriffen wurden, bezeugen seine Arbeiten über die sozial-strukturelle Bedeutung von Lebensstilen, über die sozialen Konstituierungen von Wirklichkeiten und über die Eingebettetheit angenehmer »natürlicher« Regungen in soziale Rahmungen doch eine erstaunliche Aktualität.

Der vierte Band versammelt Beiträge aus der 1938 veröffentlichten Monographie *Morphologie sociale*, die allesamt die materielle Gestaltwerdung der kollektiven Psychologie behandeln. Verf. schließt sich Durkheims Auffassung an, dass die Soziologie sowohl mit der kollektiven Psychologie, d.h. den Vorstellungen, als auch mit den materiellen Stützen des kollektiven Bewusstseins befasst ist. Der Artikel *Was heißt soziale Morphologie?* macht Bevölkerungsdichte, Geschlecht, Alter, räumliche Verteilung, Wanderungsströme, Ballungsgebiete und Städte, »all das, was sich in irgendeiner Weise messen und zählen lässt« (11), zum Gegenstand soziologischer Forschung. Anhand von Durkheims Buch über Arbeitsteilung und Marcel Mauss' Untersuchung der verschiedenen materiellen Gestaltungen des Gruppenlebens der Eskimos in den verschiedenen Jahreszeiten verdeutlicht Verf., wie materielle Gestaltungen vom Rest der gesellschaftlichen Wirklichkeit zu unterscheiden sind. Aber immer handelt »die soziale Morphologie, wie die Soziologie überhaupt, von kollektiven Repräsentationen« (22). Darüber hinaus werden die Prägungen des Lebensgefühls und der Lebenswelt behandelt. Gegenstand einer »Sozialen Morphologie im weiten Sinne«, die jenseits von Biologismus und mathematischem Probabilismus angesiedelt ist, sind diejenigen materiellen Formen und Einrichtungen, die den Menschen äußerlich und zugleich im Innersten prägen, entstanden aus den kollektiven Repräsentationen Religion, Politik, Ökonomie. So befasst sich ein weiterer Beitrag mit der religiösen Morphologie, d.h. der geographischen Verbreitung der religiösen Gruppen, ihrer Dichte, der Kulturgeschichte und der Dialektik von Form und Sinn, die Verf. später in seinem Buch *La Topographie légendaire des Evangiles en Terre Sainte* (1941) aufgreifen wird. Im Beitrag *Morphologie der Großstadt* beschreibt Verf., wie die sozialen Klassen sich in der Aufteilung des Raumes, in der Verteilung auf die verschiedenen Viertel und Plätze zeigen, die jeweilige Lebensformen und Lebensstile ausdrücken. Die Großstadt ist gleichsam die morphologische Verdichtung der Verdichtungen: »Der kollektive Überschwang, den man von Zeit zu Zeit oder an gewissen Orten, im Kreise der Familie, in religiösen Gruppen, politischen Gemeinschaften, oft auch im Wirtschaftsleben beobachten kann, anlässlich bestimmter Feste und Feierlichkeiten, großer Versammlungen, auf den Märkten, in den großen Unter-

nehmen, die so viele Menschen auf engstem Raum versammeln, eben diese Intensität des sozialen Lebens, die sonst doch eher die Ausnahme bleibt, wird in der Großstadt auf eine gewisse Art zur Regel.« (68)

Halbwachs hat nicht nur maßgeblich zur Weiterentwicklung der Soziologie Durkheims beigetragen, sondern – was wichtiger ist – auf originelle Weise die französische Soziologie auf die Bereiche der Ökonomie, der Psychologie und der Geschichte hin geöffnet. Dieses Werk muss zu einem integralen Bestandteil des soziologischen Diskurses und Lehrstoffes gemacht werden.  
Stephan Moebius (Bremen)

**Fitzi, Gregor, *Soziale Erfahrung und Lebensphilosophie. Georg Simmels Beziehung zu Henri Bergson*, UVK, Konstanz 2002 (340 S., br., 34 €)**

Abgesehen von einer Untersuchung von Lothar Peter im Jahrbuch für Soziologiegeschichte gab es in Deutschland bisher keine größere Studie zum Thema. Fitzi beginnt mit Simmels Kontaktaufnahme zu französischen Intellektuellen in den 1890er Jahren. Seine Zusammenarbeit mit Durkheim scheidet an unterschiedlichen erkenntnistheoretischen und methodologischen Perspektiven. Umgekehrt begann die Beziehung Bergsons zu deutschen Intellektuellen 1904, als Isaak Benrubi ihn zum ersten Mal auf dem zweiten internationalen Philosophiekongress in Genf hörte, wo Bergson auch Kontakt mit Wilhelm Windelband und Adolf Lasson aufnahm. Über die *Revue de métaphysique et de morale* hatten auch Bergson und Simmel die Möglichkeit, ihre Arbeiten wechselseitig kennen zu lernen. Simmel begann sich zwischen 1908 und 1910 intensiv mit Bergson zu beschäftigen und engagierte sich für die Übersetzungen seiner Werke ins Deutsche.

Verf. erläutert zunächst die mittlere Werkepoche mit ihrem »transzendentalen Erkenntnisparadigma«. Dadurch soll erklärt werden, wie Simmels Untersuchungen zu den Apriori der sozialen Erfahrung seine Bergson-Rezeption, seine spätere Kulturtheorie sowie die *Lebensanschauung* vorbereitet haben. Anschließend legt Verf. die wichtigsten Aspekte von Bergsons Lebensphilosophie dar, z.B. die Analyse der *durée*, der Methode der Intuition und des *élan vital*. – Ausgehend davon wird nun die »Kommunikationsphase« zwischen Simmel und Bergson analysiert, die durch Korrespondenzen aus dem Umfeld zumindest in Grundzügen erschlossen werden kann. Der Austausch brach ab mit Beginn des Ersten Weltkriegs, da die Haltungen dazu diametral gegenüberstanden. Gleichwohl widmete sich Simmel gegen Ende des Krieges zunehmend der Lebensphilosophie Bergsons, um dann *Lebensanschauung* vorzulegen, das kulturelle und biologische Aspekte sowie eine »Anthropologie der Erfahrungsgrenzen« umfasst. Bergsons' Gegenüberstellung der vitalen und mechanischen Welt werde dem tragischen Charakter des Lebens nicht gerecht und verfehle den dialektischen Aspekt, dass Leben gerade dadurch existiert, dass es sich in Nicht-Leben verwandelt. – Beide kritisierten zwar die Zunahme instrumenteller Denkformen, doch während Simmel die Wechselwirkung zwischen Leben und formbewahrenden Kräften betont, bekräftigt Bergson den formüberschreitenden *élan vital*, der eine ständig zweiteilende »Lebensschwungkraft« und einen schöpferischen, nicht auf Anpassungsleistung oder Zielverwirklichung beschränkten Prozess bezeichnen soll. – Fitzis Studie hätte an Stärke gewonnen, wenn er über die immanent-theoretische Rekonstruktion hinaus gegangen wäre und etwa dem intellektuellen Milieu um Bergson und der historischen Situation Frankreichs mehr Raum gewidmet hätte. Außerdem verwundert, dass er trotz seiner umfassenden Kenntnisse die eingangs angeführte Studie nicht berücksichtigt.  
Stephan Moebius (Bremen)

**Engler, Steffani, »In Einsamkeit und Freiheit?«** Zur Konstruktion der wissenschaftlichen Persönlichkeit auf dem Weg zur Professur, UVK, Konstanz 2001 (488 S., br., 39 €)

Ausgehend von berufsbiographischen Einzelinterviews mit ProfessorInnen will die Studie zu Verallgemeinerungen »über die soziale Praxis im wissenschaftlichen Feld« (120) gelangen. Ein solches Unterfangen setzt die theoretische Begründung des Verhältnisses zwischen Einzelfall und Allgemeinem voraus. Zu diesem Zweck setzt sich Engler zunächst kritisch mit Methoden der Biographieforschung, v.a. mit Fritz Schützes in der BRD einflussreichem Konzept der narrativen Lebenslaufforschung auseinander (23-135). Dessen Anliegen ist es, über autobiographische Stegreiferzählungen wirkliche Lebensabläufe zu rekonstruieren. Dabei geht es Schütze »nicht um Ablaufmuster, wie sie in der quantitativ ausgerichteten Lebenslaufforschung ins Blickfeld gerückt werden, sondern um die Innenansichten des Biographieträgers und um Veränderungen dieser Innenwelt« (28). Verf. zeigt, dass das hierzu entwickelte methodische Instrumentarium grundlegende Fragen, wie die nach der Bedeutung der Interviewsituation, nach dem Subjektverständnis und dem Verhältnis von Bewusstsein und Wirklichkeit ungeklärt lässt. Sie führt dies darauf zurück, dass die gesamte Forschungsrichtung der problematischen Unterscheidung in Innen- und Außenwelt verhaftet bleibt: »Die impliziten Voraussetzungen bei Schütze führen zur Analyse einer Subjektivität, deren Existenz abgelöst von der sozialen Welt, in der sie entstanden ist, behauptet wird« (47f).

Diesen Dualismus sucht Verf. mit Hilfe von Bourdieus Theorie sozialer Praxis zu überwinden. Sie legt als zentrale Annahme zugrunde, dass es ein »Ich« zwar gibt, dieses aber »nicht als selbstverständliche Gegebenheit hingenommen und [...] auch nicht aus Strukturen abgeleitet« (78f) werden kann, sondern in sozialen Praxen hervorgebracht wird und daher als »Konstruktionsakt« zu analysieren ist. Das eigene Konzept von Verstehen bestimmt sie als »sich gedanklich an den Ort versetzen«, an dem sich die Erzählenden befinden. Dies setze den »Bruch mit dem eigenen (fernen) Standpunkt« als von außen kommende Wissenschaftlerin voraus, wobei gleichzeitig an den Erkenntnismitteln festzuhalten sei, »die sowohl diesen Bruch als auch einen objektivierenden Blick ermöglichen« (121).

Im Anschluss an eine Auseinandersetzung mit der Wissenschaftssoziologie Mertonischer Prägung einerseits, die sich vorzugsweise mit der »Institution« (vgl. 137ff) beschäftigt, und der neueren Wissenschaftsforschung andererseits, die die epistemologische Dimension der Produktion von Wissen in den Vordergrund stellt (142ff), konzipiert Verf. die eigene Empirie folgendermaßen: Bei der Zusammensetzung des Samples orientiert sie sich an der Fachzugehörigkeit, dem Geschlecht sowie dem Zeitpunkt des Erreichens der ersten Professur, der nach 1980 liegen sollte. Mit dem letztgenannten Kriterium wird den historischen Wandlungen des wissenschaftlichen Feldes Rechnung getragen: 1980 waren die Phase des Hochschulausbaus abgeschlossen und die Mehrzahl der Professuren mit vergleichsweise jungem Personal besetzt worden, was für die nachwachsende Generation von WissenschaftlerInnen »extrem schwierige Karriere- und Aufstiegschancen« (157) zur Folge hatte. Interviewt wurden insgesamt 15 ProfessorInnen (jeweils drei männliche und drei weibliche aus den Bereichen Soziologie und Erziehungswissenschaften sowie drei männliche Ingenieurwissenschaftler) aus den alten Bundesländern. In die Veröffentlichung wurden allerdings nur sechs Fälle aufgenommen, was Verf. damit begründet, dass es sich gemessen an der Stellensituation um Extreme handelt: Während SoziologInnen und ErziehungswissenschaftlerInnen mit einer Situation der Schließung konfrontiert waren, konnten die Elektrotechniker zwischen mehreren Stellen in Wissenschaft und Industrie wählen. Die Interpretation der Fallbeispiele nimmt den größten Raum der Studie ein (vgl.

163-440). So interessant die Interviews als Einzelfälle wie auch in der vergleichenden Betrachtung sind, so wird die Geduld der LeserInnen durch unzählige Wiederholungen doch auf eine harte Probe gestellt.

Gleichwohl gelingt es, über die »Realitätskonstruktionen« der ProfessorInnen nachzuzeichnen, wie die »wissenschaftliche Persönlichkeit« als Form der Subjektivität im Prozess des Aufstiegs praktisch hergestellt und angeeignet wird. Sie »wird in sozialen Spielen in Prozessen gegenseitiger Anerkennung und Zuschreibung (...) hervorgebracht und in ihrer Größe verhandelt« (448). Der wissenschaftlichen Arbeit, d.h. den formalen Abschlüssen, den Veröffentlichungen, Vorträgen usw. kommt die Funktion des »Einsatzes« im Spiel zu, dessen Wert niemals feststeht, sondern auf dem akademischen Markt ermittelt wird. Dass es die herausragenden Leistungen, das Schöpferische und das Einmalige der wissenschaftlichen Persönlichkeit sind, denen der Aufstieg zu verdanken sei, während der sozialen Herkunft und dem Geschlecht der AkteurInnen keinerlei Bedeutung zugemessen wird, bezeichnet Verf. abschließend als »illusio des Feldes« (447). Dabei stellt der Blick auf die Praxis auch diese stillschweigenden Voraussetzungen in Frage, indem er zeigt, dass Frauen zwar nicht von »der Wissenschaft« ausgeschlossen sind, dass ihnen der Status der gleichwertigen Mitspielerinnen aber versagt bleibt: »Die schöpferische Kraft ist Männersache, und im Schöpferischen ist die Einmaligkeit begründet.« (461) Einen Standpunkt der Kritik des akademischen Feldes nimmt Verf. nicht ein. So beschränkt sich die Arbeit darauf, das Zustandekommen solcher Vorstellungen nachzuvollziehen »und die damit verbundene Funktionsweise« (463) sichtbar zu machen. Sünne Andresen (Berlin)

**Frerichs, Petra, und Heike Wiemert, »Ich gebe, damit Du gibst«. Frauennetzwerke – strategisch, reziprok, exklusiv. Soziale Chancen.** Schriftenreihe des ISO-Instituts, Köln, hg. v. Walter R. Heinz, Bd. 2., Leske+Budrich, Opladen 2002 (200 S., br., 14,80 €)

Netzwerke dienen als nicht formal organisierte, nichthierarchische Strukturen der Kooperation und Kommunikation sowie gemeinsamer Interessensformulierung und gehören zu den sozialen Phänomenen moderner Gesellschaften. Aktuell, unter den Bedingungen der Globalisierung, wird ihnen eine wachsende Bedeutung für die globale, lokale, regionale Vernetzung kulturell differenter sozialer Akteure zugeschrieben. Frerichs/Wiemert konzentrieren sich auf Frauennetzwerke und ihre Ausbreitung in der Bundesrepublik Deutschland. Aus der Gesamtmenge von ca. 5000 aktuell bestehenden Frauennetzwerken richten sie ihren Blick zum einen auf solche, die »dem alternativen Spektrum, der Selbsthilfe- und autonomen Frauenbewegung zuzurechnen sind« (12) und zum anderen auf »erwerbsnahe, berufsbezogene und/oder institutionell-politische Netzwerke«, unter denen wiederum diejenigen aus dem Wirtschaftsbereich am stärksten vertreten sind. Die Autorinnen schließen damit eine Forschungslücke, da »empirische Untersuchungen zu berufsbezogenen, erwerbsarbeitsnahen und politisch-regionalen Netzwerken« (13) bislang weitgehend fehlen. Sie rekapitulieren zunächst theoretische Ansätze und erläutern die wichtigsten Begriffe (Vertrauen, Reziprozität, Solidarität), die das Besondere von Netzwerken kennzeichnen. Für Frauennetzwerke legen sie darüber hinaus weitere Kriterien an: die Genuszugehörigkeit als Zugangsvoraussetzung, das Ansetzen an struktureller Ungleichheit und Diskriminierung, ein geschlechterpolitisches Anliegen (»Organisationsform von »Fraueninteressen«, vgl. 57f). Frauennetzwerken kommt Frerichs/Wiemert zufolge eine »spezifische, moderne Überbrückungsfunktion sowohl in Richtung der Frauenbewegung als auch in die der institutionalisierten Frauenpolitik zu« (58). Ein bundesweiter Überblick fördert zu Tage, dass die berufsbezogene Vernetzung von Frauen

ziemlich entwickelt ist und eine Vielzahl von Formen aufweist. Ziel dieser Netzwerke ist vor allem die Vertretung von Berufsfachinteressen, z.T. verbunden mit darüber hinausgehenden gesellschafts- und frauenpolitischen Zielen. Sie weisen berufsinteressenbezogene sowie soziale Schließungen auf und sie sind eine Angelegenheit vor allem hochqualifizierter Frauen in leitenden Positionen, von Akademikerinnen, Selbständigen sowie Unternehmerinnen (vgl. 71).

In Fallstudien, die sich auf Frauennetzwerke in der Region Köln konzentrieren, werden diese allgemeinen Befunde empirisch vertieft. In einem kontrastierenden Vergleich verschiedener Formen von berufsbezogenen und politischen Frauennetzwerken werden Gründungskontexte, Selbstverständnis und Verständnis von *networking* untersucht, wird erforscht, wer wem vertraut bzw. gibt, wie Reziprozität und Solidarität inhaltlich gefasst und praktiziert werden. Interessant ist hier insbesondere der Versuch, die Frauennetzwerke – entsprechend ihrer Verfügung über Ressourcen/Kapitalien – als unterschiedlich positioniert in einem sozialen Raum abzubilden. Das Ergebnis der empirischen Untersuchung überrascht nicht: Zwar ist die Zugehörigkeit zur weiblichen Genusgruppe Zugangskriterium zu Frauennetzwerken, Geschlecht allein gibt aber »keine Basis für Solidarität« ab (167). Vertrauen, Reziprozität und Solidarität kommt vielmehr unter den Frauen zustande, die sich als Gleichgestellte und Gleichgesinnte vernetzen; soziale Differenzen unter Frauen werden mit den Netzwerken nicht abgebaut, sondern (bestenfalls) der Abstand zu den Männern (im eigenen Feld) vermindert. »Solidarität trotz oder wegen Differenz«, wie verschiedene Definitionen »moderner« Solidarität« nahe legen, wird »im Fall von empirischen Frauennetzwerken [...] zu einem falsch angelegten Maßstab« (190); Frauennetzwerke sind eher »geeignete Organisationsformen« für »Teilgruppensolidaritäten« (192). Die Autorinnen konstatieren einerseits nüchtern, dass die von ihnen untersuchten Formen von Frauennetzwerken in erster Linie bestimmten sozial positionierten Frauen zugute kommen (können) und nicht per se auf den Abbau von strukturellen Geschlechterungleichheiten gerichtet sind. Andererseits scheinen sie an der abstrakten Idee einer »Frauensolidarität« festzuhalten, wenn sie am Schluss ihrer Studie beschwören, dass solche – berufsbezogenen und politischen – Netzwerke »legitime gleichstellungs- und anerkennungspolitische Strategien« darstellen, solange sie »nicht auf Kosten anderer Frauen gehen und vor allem nicht auf deren Ausbeutung« gründen (193).

Irene Dölling (Potsdam)

## Pädagogik

**Arbeitsgemeinschaft Betriebliche Weiterbildungsforschung e.V. / Projekt Qualifikations-Entwicklungs-Management (Hg.), *Kompetenzentwicklung 2001: Tätigsein – Lernen – Innovation*, Waxmann, Münster u.a. 2001 (418 S., br., 19,50 €)**

Seit nun mehr als zehn Jahren besteht die Arbeitsgemeinschaft Qualifikations-Entwicklungs-Management (QUEM), die – gestützt durch das Referat »Berufliche Kompetenzentwicklung« des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) – durch eine breit angelegte Publikationsstrategie hohe Resonanz erzielt hat. Seit 1992 sind mehr als 80 Nummern des QUEM – Bulletins erschienen, eine ähnlich hohe Zahl des »QUEM – Reports« und nunmehr der sechste Band in der Reihe »Kompetenzentwicklung«. Bearbeitet wird das breite Feld sich verändernder Arbeits- und Lernstrukturen und -kulturen. Wie in vielen Veröffentlichungen der AG-QUEM liegt der Akzent auf arbeitsintegriertem



und informellem Lernen. Diese Sichtweise liefert das durchgängige Argumentationsmuster. Es wird eine deutliche Skepsis gegenüber den Institutionen der Weiterbildung verbreitet. Zugleich dominiert eine ökonomische Sichtweise von »Kompetenzentwicklung«, wengleich nicht mehr so plakativ wie in früheren Publikationen. Der Beitrag von Peter Dehnbostel zum Beispiel ist durchaus anschlussfähig an die Diskussion um Bildung und benennt dies auch (54, 88). Bei Kirchhöfer sind auch kritische Aspekte zur mittlerweile fast erreichten Dominanz des Konzepts informellen und inzidentellen Lernens zu finden (96). Gemeinsam aber ist den Beiträgen die vorangestellte Bezugnahme auf »Anforderungen in der Arbeitswelt« (Bergmann, 13). Das immer wieder gespielte Szenario von Dynamisierung und Globalisierung wird weitgehend ohne kritische Distanz als naturgegeben hingenommen. Maßstab für Kompetenzentwicklung sind Unternehmensstrategien – auch wenn für Dehnbostel veränderte »Lern- und Bildungschancen vor dem Hintergrund des Spannungsverhältnisses von ökonomischer Zielsetzung und personaler Entwicklung neu auszuloten sind« (54).

Lutz von Rosenstiel geht zusammen mit Monika Wastian der Hypothese nach, »dass Weiterbildung durchaus dysfunktionale Effekte haben kann und so in die Gefahr gerät, zum Innovationshemmnis zu werden« (205). Wenn es Prämisse von Kreativität sei, dass »divergentes Denken« möglich sei, Lockerheit und Entspantheit, eine Kultur der Anregung und Ähnliches, so sei möglicherweise die »Intervention« Weiterbildung zweifelhaft (206). Als »Innovationsbarrieren« werden zitiert: Formalisierung, Spezialisierung, Standardisierung und Größe der Einheit (242). Solche Merkmale werden teilweise auch der Weiterbildung unterstellt, was deutlich an ihrer Vielfältigkeit vorbeigeht. Es könnte sein, dass hier ein Gegner aufgebaut wird, der so gar nicht fassbar ist.

Noch schwieriger ist der Umgang mit dem Begriff Kreativität. Es wird durchaus facettenreich der – defizitäre – Stand der Innovations- und Kreativitätsforschung ausgebreitet. Allerdings verzettelt sich die Argumentation aufgrund fehlender theoretischer Einbindung. Aus der Vielfalt der Zitate wird kein systematisierender Fokus gewonnen. Zwar finden sich immer wieder kritische Rückfragen, z.B.: »Wenn Führungskräfte sich von ihren Mitarbeitern mehr Kreativität wünschen, denken sie dann an Mitarbeiter, die spielerisch experimentieren, Bewährtes in Frage stellen, langsamer zu Lösungsentscheidungen kommen, sich Zeit lassen mit ihrer Arbeit, risikobereiter sind und die Team-Besprechungen mit verquer anmutenden Gedanken und freier Assoziation anreichern und verlängern?« (229) Wie »eine innovationsförderliche Lernkultur« aussehen könnte, bleibt unklar. Dezisionistisch erscheint deshalb die Schlussfolgerung: »Weiterbildung kann zum Innovationshemmnis werden. Sie kann allerdings auch innovative Prozesse unterstützen, wenn sie (...) das Lernen im Prozess der Arbeit, wo die Nähe zu den konkreten Problemen gegeben ist und (hoffentlich) die intrinsische Motivation dem Prozess des Arbeitens entspringt und entsprechend der Transfer im Arbeiten selbst liegt« (245) berücksichtigt. Dies klingt fast wie das »Glaubensbekenntnis« der AG-QUEM. Es könnte aber sein, dass Kreativität genau da entsteht, wo sie nicht integriert ist in Hierarchie und Kontrolle, in Stress, sondern institutionell entlastet, zeitlich entspannt und unterstützt durch die Institutionen und das Personal der Weiterbildung.

Peter Faulstich (Hamburg)

**Arnold, Patricia**, *Didaktik und Methodik telematischen Lehrens und Lernens. Lernräume – Lernszenarien – Lernmedien. State-of-the-Art und Handreichung*. Mit Hinweisen für die Entwicklung der telematischen Lernkultur von Gerhard Zimmer, Reihe »Medien in der Wissenschaft« Band 17, Waxmann, Münster u.a. 2001 (174 S., br., 19,50 €)

Der Vorteil orts- und zeitungebundener Lehr- und Lernmöglichkeiten via Internet ist längst erkannt. Doch fehlt es an Untersuchungen, die sich auf die didaktischen Möglichkeiten und Schwierigkeiten konzentrieren. Abhilfe schafft hier der vorliegende Report, der Studienangebote aus Wirtschaft, Informatik und Technik mit besonderer Berücksichtigung »der Didaktik und Methodik des Lehrens und Lernens« (16) untersucht. Dabei wurde eine weitgefaste Definition zugrunde gelegt, die »sowohl Phasen des Offline- wie des Online-Lernens« umfasste, »als auch die ›bloße‹ Beschaffung von Lernmaterialien und Informationen übers Netz« (20). Zur Konzeptualisierung werden Strukturelemente benannt, die sich an den Elementen der traditionellen Didaktik orientieren. Für die Betrachtung der auszuwählenden Projekte wird ein Analyseraster angelegt, das »didaktische Arbeitsfelder identifiziert« (26) und dabei drei Ebenen der Betrachtung unterscheidet, nämlich Lernraum, Lernszenario und mediale Präsentation. Es wurden zehn Projekte ausgewählt, die zum Bereich der wissenschaftlichen Aus- und Weiterbildung gehören, von privaten oder öffentlichen Bildungsträgern für Privatpersonen angeboten wurden, sich im regulären Einsatz befinden und einen Testzugang ermöglichen, der eine Einschätzung des Projektes erlaubt. Die Projekte reichen von einem Online-Studienkurs »You and your computer« bis zu »BAUTOP Baustoffkunde und Bauphysik« der virtuellen Hochschule Bayerns.

Für die didaktische Gestaltung ergeben sich für die einzelnen »Arbeitsfelder« verschiedene Konsequenzen, die hier nur beispielhaft dargestellt werden können. So muss die Unterstützung von selbstgesteuertem Lernen durch Anlegen eigener Notizen innerhalb der Informationseinheiten eines Kurses möglich sein. Daneben müssen Möglichkeiten zum individuellen Zeitmanagement und zur Kontrolle der eigenen Lernaktivitäten sowie Kommunikationsstrukturen für die Teilnehmer der Kurse vorhanden sein. Arnold konstatiert, »dass es keine abgeschlossenen ›fertigen‹ Lösungen gibt« (125). Den interessantesten Teil stellt der Ausblick von Gerhard Zimmer dar. Er macht deutlich, dass der »Verlust des pädagogischen Dialogs« (132) ein reflexiv selbstbestimmtes Lernen, dessen Begriff er am Lernbegriff von Klaus Holzkamp entwickelt, eher behindert denn fördert. Darüber hinaus zeigt er, dass die Notwendigkeit autodidaktischer Lernkompetenz in den telematischen Lernstrukturen vorausgesetzt bzw. entwickelt werden muss. Aber selbst das autodidaktische Lernen muss nicht zwangsläufig der Entwicklung eines expansiven Lernens dienen. Denn die »Entfaltung autodidaktischer Lernkompetenzen kann (...) auch die *fremdbestimmte Steuerung selbstbestimmten Lernens erleichtern*, ohne dass dies den Lernenden selber immer im Vorhinein klar sein muss.« (137) Dennoch sieht er Möglichkeiten, die eine Ausgestaltung der virtuellen Lernumgebungen erlauben, so »dass neue Potenziale für die Entfaltung eines expansiv begründeten autodidaktischen, partizipatorischen und kooperativen Lernens entstehen« (142). Insgesamt stellt der Report eine Menge von Kriterien zur Analyse und Bewertung telematischen Lehrens und Lernens zur Verfügung und ist in seiner inhaltlichen Darstellung vorzüglich. Deutlich wird, dass die emanzipatorischen Potenziale telematischen Lernens zur Zeit noch eher gering einzuschätzen sind und die Gefahr, dass es so bleibt, im telematischen Lehr-Lernprozess selber begründet liegt.

Michael Bauer (Umkirch)

**Enzelberger, Sabina**, *Sozialgeschichte des Lehrerberufs. Gesellschaftliche Stellung und Professionalisierung von Lehrerinnen und Lehrern von den Anfängen bis zur Gegenwart* (Grundlagentexte Pädagogik), Juventa, Weinheim-München 2001 (364 S., br., 21 €)

**Giesecke, Hermann**, *Was Lehrer leisten. Porträt eines schwierigen Berufes*, Juventa, Weinheim-München 2001 (230 S., br., 14,50 €)

**Macha, Hildegard, u. Claudia Solzbacher (Hg.)**, *Welches Wissen brauchen Lehrer? Lehrerbildung aus dem Blickwinkel der Pädagogik*, Julius Klinkhardt, Bad Heilbrunn/Obb. 2002 (280 S., br., 19,50 €)

Sich mit dem Beruf der Lehrerin bzw. des Lehrers auseinanderzusetzen, hat in der Post-PISA-Ära Konjunktur. In jeder Zeitung, auf jedem Fernsehsender äußern sich zahlreiche »Experten«, und auch der wissenschaftliche Diskurs ist so intensiv wie lange nicht mehr. Die Äußerungen der Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer sind dabei genau so widersprüchlich in sich wie untereinander. Umso lobenswerter sind Versuche zu beurteilen, zusammenfassende Überblicke über Entwicklung und Gegenwart des Lehrberufs zu liefern. Dieses Ziel wird in den drei hier anzuzeigenden Büchern jeweils auf spezifische Weise angestrebt. Um das Ergebnis vorwegzunehmen, sei gesagt, dass alle Bände mit ihrem Ansinnen – wieder jeweils auf spezifische Weise – scheitern. Während Giesecke auf der Ebene der Modellbildung die »großen Linien«, also wichtige Eckpunkte des Lehrberufs in Erinnerung ruft und prägnant verdeutlicht, überzeugt er deutlich weniger, wenn er auf die Ebene des empirisch fassbaren Alltags geht. Enzelberger dagegen präsentiert durchaus interessante Wahrnehmungen hierzu, hat allerdings keinen Zugang zu einer theoretischen Fundierung ihrer Analysen, so dass nicht nur keine »großen Linien« zu erkennen sind, sondern auch manche Interpretation der empirischen Daten fragwürdig erscheinen muss. Und Macha/Solzbacher sind Hg. eines Bandes, der an den typischen Problemen einer Tagungsdokumentation leidet: Es sind zwar viele interessante Einzelaspekte zu finden, die Bezüge der Beiträge untereinander müssen aber als deutlich defizitär gekennzeichnet werden – und der Anspruch des Buchtitels wird auf gar keinen Fall eingelöst.

Der ehemalige Göttinger Hochschullehrer Hermann Giesecke analysiert die beruflichen Spezifika der Tätigkeit von Lehrpersonen. Er differenziert einleitend zwischen »Lehren« als Tätigkeit der Lehrpersonen und »Lernen« als Tätigkeit von Schülerinnen und Schülern. Letzteres charakterisiert er als vorrangiges Ziel von Schule, das darauf gerichtet sei, Handlungsfähigkeit in der Zukunft, also in noch unbekanntenen Situationen herzustellen. Lehren ist demgemäß »nur eine nachrangige Variation« (22). Die beiden Tätigkeiten stehen nach Giesecke nicht grundsätzlich in einem hierarchischen Verhältnis zueinander, da das im Moment der Lehre zu konstatierende Kompetenzgefälle in anderen Momenten umgekehrt sein kann. Allerdings weist der Autor zu Recht darauf hin, dass der institutionelle Rahmen der Schule, der Lehren dauerhaft einer Personengruppe zuweist und Lernen dauerhaft einer anderen, den sozialen Prozess prinzipiell asymmetrisch werden lässt. Für Lehrpersonen ergibt sich daraus die Notwendigkeit eines besonderen »Ethos«, dessen Kernbestandteile ein – manchmal leider fehlender – Respekt vor den Schülerinnen und Schülern, ihre generelle Gleichbehandlung nach durchschaubaren Leistungskriterien (was ebenfalls offensichtlich in unseren Schulen kein Alltag ist, siehe LAU und PISA) sowie ein Absehen von zu starken Eingriffen in ihre Persönlichkeiten sind (vgl. 124ff).

In den folgenden Abschnitten stellt sich Giesecke der Frage, was eigentlich die besondere Schwierigkeit von Unterricht ausmacht, die einen eigenen Beruf erforderlich macht. Die Differenz zwischen dem eigenen Können und dem Vorhaben, dieses anderen beizubringen, bringt zum einen die Notwendigkeit mit sich, sich auf einer Metaebene der

dem Können zugrunde liegenden Prinzipien bewusst zu sein. Zum anderen gilt es, den Lernstand und die Lernfähigkeit des Gegenübers einzuschätzen sowie sinnvolle Schritte zu entwickeln, die sein Lernen anregen und es unterstützen können. Und dies muss darüber hinaus nicht nur auf eine einzelne Person, sondern auf eine große Gruppe bezogen geschehen – mit ihrer unvermeidlichen Heterogenität an Interessen, Motivation, Verhalten, Lernvoraussetzungen und Lernfähigkeiten. Schließlich besteht die Aufgabe, die Lernaufgaben systematisch auf größere Blöcke unseres kulturellen Erbes zu beziehen, also exemplarisch angemessene Inhalte auszuwählen und diese sinnvoll anzuordnen, sowie sie so zu vermitteln, dass auch eine dauerhafte Handlungsfähigkeit entsteht. Giesecke stellt diese Zusammenhänge umfassend dar und erläutert sie immer wieder mit Hilfe von Beispielen, so dass der Text auch für Laien gut verständlich ist. Vor allem wird deutlich, dass eine intensive und anspruchsvolle Ausbildung Voraussetzung dafür ist, diese beruflichen Aufgaben angemessen wahrnehmen zu können. Giesecke setzt sich damit bewusst von aktuellen Tendenzen ab, angesichts der bekannten Probleme mit der derzeitigen Organisation der Lehrerbildung auf diese gleich ganz zu verzichten und stattdessen so genannte »Quereinsteiger« zu rekrutieren (vgl. z.B. die kürzlich vorgestellte Empfehlung der Heinrich-Böll-Stiftung). So stark Giesecke in diesen Teilen der grundsätzlichen Diskussion über den Lehrberuf ist, so wenig überzeugend sind seine anderen Kapitel. Die Ausführungen zur Lehrerbildung erfolgen merkwürdig theorielos und fallen gegenüber seinen früheren Veröffentlichungen deutlich ab. Auch seine Auseinandersetzungen mit der Rolle von Erziehung und von außerunterrichtlichen Aktivitäten im Lehrberuf sind wenig prägnant, sondern lassen sowohl die alte Streitlust als auch eventuelle neue Weisheit vermissen. Problematisch ist aber vor allem Gieseckes didaktisch-methodischer Blick auf den Unterricht, der ihn für eine starke Reduktion der Komplexität fachlicher Inhalte und deren kleinschrittige Vermittlung plädieren sowie konstruktivistische Ansätze glatt ablehnen lässt. Abgesehen von kleineren Fehlern, die ihm in dieser Diskussion didaktisch-methodischer Unterrichtskonzepte unterlaufen, ignoriert er damit die komplette erziehungswissenschaftliche und fachdidaktische Folgediskussion nach den verheerenden Ergebnissen der nationalen und internationalen Schulleistungstudien (LAU, PISA, TIMSS etc.) der letzten sieben Jahre – und zwar bewusst, wie seine folgende als Kritik gemeinte Aussage deutlich macht: »Nicht mehr die Lehrbarkeit der Sachen steht im Mittelpunkt der Überlegungen, sondern der subjektive Lernwille und der Lernhorizont des Schülers.«

Enzelberger will den Prozess der Verberuflichung, der Hierarchisierung und Feminisierung des Lehrens zusammenfassend aufarbeiten. Sie periodisiert die Entwicklung in drei Abschnitte: von den Anfängen bis zum Ende des Kaiserreichs, von der Weimarer Republik bis Mitte des 20. Jahrhunderts und von den 60er Jahren bis zu den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts. Zahlreiche empirische Untersuchungen zur Berufsmotivation von Lehrpersonen auswertend kommt sie zu dem Ergebnis, dass entgegen aller öffentlichen Diskussionen pädagogische und soziale Motive entscheidend für die Wahl des Lehrberufs sind, quer durch alle Schulstufen und Unterrichtsfächer hindurch. Die materiellen Rahmenbedingungen im engeren Sinn (z.B. Beamtenstatus oder Bezahlung) sind weniger ausschlaggebend als weithin angenommen, spielen allerdings eine Rolle im Zusammenhang der Analyse des hohen Frauenanteils im Lehrberuf. Frauen stellen zwei Drittel der Absolventen eines Lehramtsstudiums, und mehr als 50 Prozent der Akademikerinnen sind Lehrerinnen. Dahinter steht das Leitbild berufstätiger Mütter. Da der Lehrberuf wegen seiner Möglichkeiten zur flexiblen Zeiteinteilung und der umfassenden Teilzeitregelungen als besonders gut vereinbar mit der Familienplanung gilt, etikettiert Enzelberger diese Entwicklung als »ungleiche Gleichheit«.

Andere Teile ihrer Darstellung sind weit kritischer zu betrachten. So überrascht schon allein das Vorhaben einer erneuten zusammenfassenden Gesamtdarstellung ohne eigene Quellenarbeit, da die wesentlichen Grundzüge der Entwicklung des Lehrberufs durch die Veröffentlichungen von Bölling, Herrlitz/Hopf/Titze, Müller-Rolli, Pollmann u.a. seit mindestens zehn Jahren bekannt sind – und Enzelberger gelingt es dementsprechend auch nicht, eine grundsätzlich neue Perspektive einzunehmen. Bedauerlich ist zudem, dass sie für die Zeit nach 1945 wieder nur (wie die meisten ihrer Vorgänger, deren hauptsächliche Forschungstätigkeit allerdings nolens volens in der Zeit vor der Vereinigung lag) die Entwicklung in der BRD behandelt und die Entwicklung in der DDR damit ein weiteres Mal außen vor bleibt. Und schließlich muss in Bezug auf die Periodisierung der Geschichte die extrem knappe Behandlung des zweiten Kapitels kritisch gesehen werden, das mit der Weimarer Republik und dem NS immerhin zwei vollständig unterschiedliche Regierungsformen umfasst. Die Kürze bringt unweigerlich die Formulierung gewagter Thesen mit sich, wenn Enzelberger die Abhandlung zur Weimarer Republik z.B. mit »Aufhebung der ständischen Trennung der verschiedenen Lehrergruppen« (155) überschreibt, was ganz und gar nicht der Fall war, oder wenn sie für Bayern konstatiert, dass dort nach 1945 70% des Lehrpersonals »ausgewechselt« wurden und dass nur diejenigen wieder eingestellt wurden, bei denen »sich im Laufe der Untersuchungsverfahren herausstellte, dass sie nur ›Mitläufer‹ oder gänzlich politisch inaktiv gewesen waren« (190). Methodologisch ist zu konstatieren, dass die Autorin die theoretischen Grundlagen ihrer Analyse nicht offen legt. So sind zwar implizite Annahmen zu entdecken, die die Argumentation prägen, diese sind aber häufig nur auf den ersten Blick plausibel. So wird das Verhältnis von Theorie und Praxis beispielsweise nicht hinreichend geklärt (vgl. 207f). Grundlegende (soziologische) Theorien zur Entwicklung des Lehrberufs, z.B. von Daheim, Dewe, Luhmann, Oevermann, Radtke oder Stichweh, fehlen vollständig. Entsprechend hat Enzelberger offenbar auch keinen Zugang zu soziologischen Kategorien, wie ihn das Thema der Entwicklung eines Berufs eigentlich erfordern würde, und zu einer differenzierten Analyse von Zahlenmaterial. Ersteres wird z.B. deutlich, wenn sie vorschnell eine Erweiterung der Aufgaben von Lehrpersonen um »existenzielle und praktische Lebenshilfe im psychologischen und sozialpädagogischen Sinne« (328) fordert. In diesem Rahmen hätte mindestens eine kritische Diskussion typischer Eigenschaften von »Berufen« (z.B. ihre Spezialisierung) erfolgen müssen. Die soziologischen Schwächen werden auch deutlich, wenn Enzelberger umstandslos einen Verlust der Selektionsfunktion des Bildungswesens konstatiert. Spätestens seit PISA muss diese These als äußerst gewagt eingeschätzt werden. Enzelbergers problematischer Umgang mit Zahlen soll am Beispiel der gesellschaftlichen Anerkennung des Lehrberufs deutlich gemacht werden. Sie führt aus, dass die Anerkennung in Bezug auf die Grund- und Hauptschullehrerinnen und -lehrer eine geradezu »sensationelle Entwicklung« (332) im positiven Sinn genommen habe. Diese Interpretation ist aber mindestens auf der Basis der von ihr präsentierten Zahlen so direkt nicht zulässig. Abgesehen vom Problem der Vergleichbarkeit unterschiedlicher Erhebungen zeigt sich, dass Grund- und Hauptschullehrer 1966 von 37% (Gymnasiallehrer 28%), 1972-1977 im Mittel von 26% (Gymnasiallehrer 22%), 1988 von 17% (Gymnasiallehrer 20%) und 1993 von 24% (Gymnasiallehrer 15%) wertgeschätzt wurden (vgl. 225f). Eine »sensationelle positive Entwicklung« scheint mir dies nicht gerade zu sein.

Der von Macha/Solzbacher herausgegebene Band dokumentiert offensichtlich eine Tagung. Er ist der im Jahr 2000 verstorbenen Grundschulpädagogin Edith Glumpler gewidmet. Ihr Beitrag zu den historischen und systematischen Diskussionslinien um die

Lehrerausbildung stammt allerdings aus einer Veröffentlichung von 1997, so dass er trotz Überarbeitung für die vorliegende Ausgabe ärgerliche Fehler enthält (z.B. findet die erste Phase in Vechta und Erfurt keineswegs mehr an Pädagogischen Hochschulen statt, sondern wurden diese wie in den übrigen Bundesländern außer Baden-Württemberg in die Universität integriert) und die aktuelle Diskussion um B.A.- und M.A.-Abschlüsse nicht mehr aufgegriffen wurde. Glumpler unterscheidet zwischen Konzeptionsdebatten, Qualitätsdebatten und Statusdebatten. Sie macht darauf aufmerksam, dass Erstere aufgrund des Föderalismus uneinheitlich verlaufen sind und dass es in Bezug auf die Qualität von Lehrerausbildung demzufolge keine länderübergreifende Problemdiskussion geben kann. Das Ideal, das dahinter steht, ist offensichtlich das einer zentralen bundeseinheitlichen Bildungspolitik, was angesichts der weitreichenden Autonomie der einzelnen Universitäten unrealistisch ist. Zudem scheint in der Frage der Lehrerausbildung die Polarisierung zwischen alten Traditions- und neuen Reformhochschulen weitaus dominierender zu sein als die Unterschiede zwischen Bundesländern. Terharts Beitrag, der ebenfalls zuvor woanders erschienen ist, behandelt den Zusammenhang von Kritik an der Lehrerausbildung und ihrer Reform. Er konstatiert eine Ausgangslage, in der »die Lehrerbildung eigentlich *nie gut* war und auch *nie gut* ist, aber *unendlich gut* werden kann« (47). Die Debatten würden ohne Bezug auf empirische Erkenntnisse geführt, da solche nicht vorliegen, so dass Partialinteressen dominieren. Seine Konsequenz ist (insbesondere vor dem Hintergrund, dass Wirkungen in der Lehrerausbildung erst sehr langfristig – nach einem drei bis fünf Jahre dauernden Studium und zwei Jahren Referendariat, insgesamt also frühestens nach ca. fünf bis acht Jahren – im Unterricht wirksam werden können), für mehr Gelassenheit zu plädieren. In den folgenden Teilen diskutiert Solzbacher den Beitrag der Schulpädagogik als wissenschaftliche Disziplin zur Lehrerausbildung, analysiert Sander den Zusammenhang von Evaluationsansprüchen und Veränderungen in der Lehrerausbildung, werden diverse konkrete Reformschläge zur Gestaltung der Lehrerausbildung präsentiert sowie die einzelnen Bestandteile der Lehrerausbildung (Fachdidaktik, Medienpädagogik etc.) in ihrer Bedeutung für diese untersucht. Dabei ist es schwierig, ein konsistentes Bild von dem zu erhalten, was eigentlich »Lehrerbildung aus dem Blickwinkel der Pädagogik« (so der Untertitel des Bandes) ausmacht, da bei den Vorschlägen häufig lokale Eigenheiten zu dominieren scheinen. Zusammenfassend ist festzuhalten, dass kein Band allein überzeugt, wenn man eine aktuelle, theoretisch und empirisch fundierte sowie in sich konsistente Darstellung zum Beruf des Lehrers bzw. der Lehrerin haben möchte.

Sigrid Blömeke (Berlin)

## Soziale Bewegungen und Politik

**Bergmann, Theodor, *Im Jahrhundert der Katastrophen. Autobiographie eines kritischen Kommunisten*, VSA, Hamburg 2000 (286 S., br., 20,40 €)**

Theodor Bergmann, Agronom und – wie er selbst immer wieder hinzufügt: kritischer – Kommunist, hat seit Ende der 1980er Jahre eine Fülle von Schriften zur Arbeiterbewegung vorgelegt, darunter eine (auf jahrzehntelanger eigener Recherche beruhende) Geschichte der KPD (Opposition) und (zusammen mit Wolfgang Haible und Galina Iwanowa) eine Biographie des Sozialisten Friedrich Westmeyer. In diesen Kontext gehören auch seine Lebenserinnerungen. Ihre Lektüre bestätigt, dass die Autobiographie ein bürgerliches Genre ist. Selbstbespiegelung und -forschung gehört nicht zu den Stärken von praktisch

tätigen Sozialistinnen und Sozialisten aus der Generation Bergmanns. Sie berichten durchaus von sich, aber immer im Medium der allgemeineren Zeitläufe. Die Ich-Erzählung trägt Züge eines Rechenschaftsberichts. Das hat den Vorteil der Genauigkeit. Sie macht einen Funktionärstyp sichtbar, der nicht nur selten geworden ist, sondern dies wohl immer schon war. Charakteristisch in dem Versuch, Allgemeines und Biographisches auf knappstem Raum zusammenzufassen, ist schon der erste Satz: »Ich kam am 7. März 1916, also mitten im Krieg, als siebtes Kind der Familie Bergmann zur Welt.« Der Vater war Rabbiner. Sein Sohn Theodor schloss sich dem Sozialistischen Schülerbund an, verließ ihn aber wieder, als er feststellen musste, dass dieser kritiklos dem ultralinken Kurs der KPD ab 1929 folgte. Bergmanns politische Heimat wurde stattdessen die Kommunistische Partei Deutschlands (Opposition), deren Jugendorganisation er beitrug. Diese politische Orientierung hat er sein Leben lang beibehalten. Dass er nach K.H. Tjadens Standardwerk ein zweites Mal die Geschichte der KPD(O) schrieb, ist Ausdruck dieser Verbundenheit und setzt eine Tradition der Arbeiterbewegung seit Franz Mehring fort: die Eigen-Historiographie als Mittel der organisatorischen Identitätssicherung.

Theodor Bergmann konnte noch Abitur in Berlin machen, dann emigrierte er: nach Palästina, wo er in einem Kibbuz arbeitete, in die Tschechoslowakei und schließlich nach Schweden. Dort war er sechs Jahre lang Melker, ein Jahr Pferdekutscher und Waldarbeiter, hielt Kontakt zu anderen emigrierten KPD(O)-Genossen und versuchte gemeinsam mit ihnen Klarheit über die weltpolitische Entwicklung zu gewinnen. Sie erarbeiteten sich die außenpolitische Linie, die sie nach 1945 in Deutschland selbst vertreten sollten: Autonomie der Arbeiterbewegung gegenüber allen vier Siegermächten. Nach Kriegsende war der Autor zunächst noch ein halbes Jahr lang Bergmann in Südschweden. 1946 kam er nach Deutschland zurück, arbeitete bei einem Bauern, schloss 1947 ein Agrarstudium mit dem Diplom ab, war ein Dreivierteljahr Gutsverwalter und danach im Wesentlichen hauptamtlicher Funktionär und Redakteur der Zeitschrift »Arbeiterpolitik«, aber ohne Bezahlung. Seinen Lebensunterhalt bestritt in diesen Jahren meist seine Lebensgefährtin und spätere Ehefrau Gretel Steinhilber (dann: Bergmann), die zugleich Genossin war. Er selbst konnte sich zuweilen als Übersetzer bei Gewerkschaftskongressen etwas hinzuverdienen.

Die Organisation, die Theodor Bergmann mitgründete und für die er arbeitete, war die »Gruppe Arbeiterpolitik«, eine Fortsetzung der alten KPD(O). 1948 wurde für sie zu einem frühen Entscheidungsjahr: in der Sowjetischen Besatzungszone sind ihre Mitglieder verfolgt und zur Selbstkritik gezwungen worden, im Westen wandte sich die Mehrheit der Arbeiterbewegung von einer Politik der autonomen Interessenvertretung ab. Die alte KPD(O)-Lösung wurde notgedrungen wieder aktuell: »Gegen den Strom«. Ein lokaler Stützpunkt war die Verwaltungsstelle Salzgitter der IG Metall mit dem Betriebsratsvorsitzenden in den ehemaligen Reichswerken Erich Söchtig. 1952 endete die »Gruppe Arbeiterpolitik« in einer Spaltung, Theodor Bergmann schied organisatorisch aus, ohne die Sache selbst aufzugeben. Leider nennt er die Gründe nicht so ausführlich, dass der Leser vollständig informiert würde. (Auch dieser aussparende Darstellungs-Stil hat Arbeiterbewegungstradition.) Immerhin entstand 1977 eine akademische Abschlussarbeit von Klaus-Peter Wittemann, die von ihm beratend unterstützt wurde.

Nach dem Ende seiner Redakteurs- und Funktionärstätigkeit war es für Bergmann gar keine Frage, dass er seinen Lebensunterhalt wieder in der Produktion zu verdienen hatte: als ungelernter Arbeiter in der Metall- und in der Möbelindustrie. Er erforschte das Schicksal seiner Verwandten. Sein Bruder Alfred war von der Schweiz an Nazideutschland ausgeliefert und ermordet worden. Nachdem Bergmann durch Handarbeit genügend Ersparnisse

erzielt hatte, konnte er – auch mit finanzieller Unterstützung seines Bruders Arthur – eine Dissertation über Probleme der schwedischen Agrarpolitik schreiben und an der Landwirtschaftlichen Hochschule (später: Universität) Hohenheim promovieren. Anschließend war er Berater bei der Landwirtschaftskammer Hannover, an der er Antikommunismus und Antisemitismus zu spüren bekam. Schließlich schlug er die wissenschaftliche Laufbahn ein: als Mitarbeiter und Professor in Hohenheim.

Der Titel des Buches ist von Eric Hobsbawm übernommen. Dieser bezeichnet als *age of catastrophes* die Zeit von 1914–1945, auf die das *golden age* des Kapitalismus gefolgt sei. In diesem ging es auch den vorher Unterdrückten und Benachteiligten häufig besser. Bergmanns Lebensweg seit Ende der 50er Jahre ist ein Beispiel dafür. Er wurde ein gesuchter Agrarfachmann, der in dieser Eigenschaft viele Entwicklungsländer bereiste und eine rege Gutachter- und publizistische Tätigkeit entfaltete. Auch auf diesem Gebiet werden sozialistische Traditionslinien sichtbar: die positive Bewertung von genossenschaftlichen gegenüber kapitalistisch-einzelbetrieblichen Lösungen, die Kritik der »westlichen« Entwicklungshilfe, aber auch die Distanz zu den Konzepten des *small is beautiful* und eine abgewogene Verteidigung zum Beispiel von großen Staudammprojekten gegenüber ausschließlich umweltpolitisch ausgerichteter Argumentation. Die Skepsis angesichts – aus seiner Sicht – einseitiger Berücksichtigung ökologischer Gesichtspunkte ist auch in seinen allgemeinpolitischen Stellungnahmen spürbar. Nach seinem altersbedingten Ausscheiden aus dem Hochschuldienst verstärkte Theodor Bergmann seine organisatorisch-politische Aktivität wieder, jetzt als Anreger und Promotor historisch-biographischer Tagungen und Publikationen, die vor allem den »Ketzern im Kommunismus« gelten. Die Auswahl ist breit und reicht bis Trotzki, und doch ist der Zusammenhang mit der eigenen Herkunft deutlich: nicht nur August Thalheimer, sondern auch Bucharin und Liu Shaoqi, die angeblichen »Rechten«, kommen zur Geltung. Zutreffend wendet sich der Verfasser dagegen, Gorbatschow zum Sündenbock zu machen. Allerdings untersucht er nicht die Kehrseite der Verdammung: die vorher übliche Projektion von Hoffnungen in sowjetische Generalsekretäre. Zu Recht warnt er vor Pauschalurteilen über die gegenwärtige Volksrepublik China. Seine eigenen Feststellungen über dieses Land, für das er sich sehr interessiert, sind jedoch so zurückhaltend, dass die Neugier des Rezensenten nicht befriedigt wird.

Dies Buch wäre keine klassische Arbeiterbewegungs-Autobiographie, endete es nicht mit einem dezidiert sachbezogenen Teil: einem politischen Rück- und Ausblick, der nichts anderes ist als eine Analyse der Weltlage aus marxistischer Sicht. Die langen allgemeinpolitischen und -historischen Darlegungen gehören nach Auffassung des Autors zweifellos zum Kernbestand dieser Publikation, vielleicht sogar in der Funktion eines Vermächtnisses. Und doch wird – gewiss ganz gegen seinen Willen – daneben und darin vor allem eine Person sichtbar, die zunehmend das Interesse der Leserinnen und Leser gewinnt: eine Art Ein-Mann-Partei, nüchtern, aktiv, lebensstüchtig, solidarisch (Theodor Bergmann hat ab 1989 manchen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern im Osten, die in Bedrängnis geraten waren, geholfen). Der Weg gegen den doppelten Strom – den kapitalistischen und den realsozialistischen – wäre kaum zu machen gewesen ohne eine kräftige Portion Rechthaberei. Sie ist schon deshalb hinnehmbar, weil der Autor ja wirklich immer wieder einmal Recht hatte.

Georg Fülberth (Marburg)



**Bergmann, Theodor, Wolfgang Haible u. Gert Schäfer (Hg.),** *Geschichte wird gemacht. Soziale Triebkräfte und internationale Arbeiterbewegung im 21. Jahrhundert*, VSA, Hamburg 2002 (240 S., br., 18 €)

»Angesichts des historischen Bankrotts von Reformismus und Stalinismus« (7) fragt der Band, der eine der von Bergmann und seinem Umkreis regelmäßig organisierten Tagungen (vgl. etwa Arg. 212, 922ff) dokumentiert, nach Perspektiven sozialistischer Politik. In Teil I geht es um Bedingungen und Krise der Arbeiterbewegung. Im Anschluss an M. Albert analysiert J. Neelsen (Tübingen) Globalisierung als »Akkumulationsregime des Vermögensbesitzes« (21); da eine Verschärfung der Klassenkämpfe nicht zu erwarten sei, gelte es, soziale Errungenschaften zu verteidigen, das Primat der Politik über transnationale Kapitalinteressen zu erringen, die internationalen Organisationen zu demokratisieren und die Nationen und Wirtschaftsgemeinschaften zu stärken. – Nach W.A. Pelz (Chicago) haben Arbeiter heute eher eine Konsumenten- denn Klassenidentität; der Sozialismus müsse deshalb als ein System dargestellt werden, das mehr Konsum erlaube, aber sozial und ökologisch verantwortlich sei. Beide Verf. verwerfen die Arbeiterklasse als revolutionäres Subjekt. – H. Süßner (Linkspartei/Schweden) fordert, die organisierte Arbeiterbewegung solle zu ihren Anfängen zurückkehren und »sozialistische Freizonen in der Gesellschaft erkämpfen« (49). – Für eine »Neubelebung« der Arbeiterbewegung plädiert auch J.D. Holst (Minnesota); die neuen sozialen Bewegungen und deren Theoretiker griffen zwar Gramsci auf, schwiegen aber von dessen »Idee einer Partei« und deren Rolle in der Entstehung eines »historischen Blocks« zur Überwindung des Kapitalismus (68). – Für Narihiko Ito, den Vorsitzenden der Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft, hängt das Schicksal des japanischen Sozialismus an der Verteidigung von Art. 9 der Verfassung (Ablehnung jeglicher Kriegsteilnahme).

Im Schwerpunkt *Arbeiterklasse in Süd- und Ostasien* geht es vor allem um China, Südkorea und Indien. J. Heidrich (Berlin) analysiert die Einbindung der Arbeiterklasse in die Verhältnisse der Dritten Welt. Zur sozialistischen Umgestaltung bedürfe es anticolonialer Bündnisse, die »sämtliche von der [...] Globalisierung betroffenen Schichten und Klassen einschließen« (98) und »progressive wie retrograde Formen des Nationalismus« beinhalten (100). – H. Peters (Berlin) zeichnet die Herausbildung einer neuen Arbeiterklasse in China in den vergangenen 20 Jahren nach, die heute etwa 50% der Erwerbstätigen umfasst, von denen ca. 45% in kapitalistischen oder gemischten Unternehmen arbeiten. – Die Teilnehmer aus Peking und Wuhan kritisieren das alte »stalinistische« Modell Chinas und heben (nicht ohne beschönigende Töne) die Erfolge der Reformen hervor. Während Xiao Feng die KP als »Führungskern beim sozialistischen Aufbau« (130) darstellt, fordert Zhang Guangmin, sich den »demokratischen Kern des marxischen Sozialismus« (139) anzueignen; in Abgrenzung von Liberalismus und Stalinismus solle »eine demokratische und sozialistische Perspektive der Reform« das Ziel sein (142). – Zhang Wencheng verweist auf die soziale Polarisierung, die Korruption im Parteiapparat, die fehlende Solidarität der Jugend und auf die Forderungen der WTO; entscheidend für die Entwicklung des Sozialismus sei das Gemeineigentum. – Nach Wei Xiaoping haben die Reformen ihren eigenen Widerspruch hervorgebracht: Modernisierung der Volkswirtschaft durch Anreize, zugleich marktvermittelte Konkurrenz zwischen sozialen Gruppen. – Wenig aufschlussreich ist der Beitrag über Südkorea (Do-Hyun Yoon, Chungbuk). – Sobhanlal Datta Gupta (Kalkutta) und Dipak Malik (Varanasi) beleuchten die Geschichte der kommunistischen Bewegung in Indien, v.a. der CPI und CPI(M); am wichtigsten seien die Verteidigung der säkularen Grundlagen der indischen Gesellschaft gegen die regierende hindu-fundamentalistische

BJP und der Kampf gegen den Herrschaftsanspruch von Weltbank und IWF. Ein Bündnis mit ländlichen Armen, Bauern und Arbeitern brauche marxistische Antworten auf das im feudalen und Kastendenken verwurzelte Bewusstsein dieser Schichten.

Im Abschnitt *Blick in die Zukunft* diskutiert Th. Bergmann (Stuttgart) den Internationalismus in den sozialistischen Bewegungen und plädiert für einen »demokratischen Kommunismus, der den Erfahrungen der deutschen Werktätigen entsprechen« und die Selbständigkeit der sozialistischen Parteien bei internationaler Solidarität und Kritik untereinander respektieren soll (216). – R. Kröner und W. Haible (Stuttgart) sehen die neuen Medien als Chance bei der Entwicklung einer Gegenkultur. – Das Buch belegt Not und Notwendigkeit der Debatte über sozialistische Perspektiven; besonders seine Beiträge zu Asien machen es wertvoll.

Stefan Müller (Berlin)

**Hierlmeier, Josef**, *Internationalismus. Eine Einführung in die Ideengeschichte des Internationalismus von Vietnam bis Genua*, Schmetterling, Stuttgart 2002 (180 S., br., 10 €)

Es »gibt« Geschichte nicht einfach, sie wird immer wieder neu geschrieben. Auch die des bundesdeutschen Internationalismus, die nach den jüngsten Protesten und mit Blick auf sich formierende Bewegungen wie Attac in anderem Licht erscheint. Die These vom »Ende der Geschichte«, zu Beginn der 1990er Jahre von rechts lanciert und später von gewendeten Linken bestätigt, blamiert sich täglich angesichts des neoliberalen Desasters und einer Weltordnung, deren primäres Mittel die Anwendung offener Gewalt wird. Es sind aber nicht die Krisen selbst, sondern ihre Politisierung durch Bewegungen und Intellektuelle wie den verstorbenen Pierre Bourdieu, die öffentliches Interesse wecken.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen eruiert Hierlmeier, Autor und selbst langjähriger Aktivist, internationalistische Erfahrungen, denn die neue Bewegung steht »im Kontext der alten« und ihre Zukunft hängt davon ab, »ob es ihr gelingt, die Geschichte der Vorläuferbewegungen ins Produktive zu wenden« (8). Nach einem Überblick über den proletarischen, werden drei Phasen des neueren Internationalismus skizziert. Mit »revolutionärer Ungeduld« kritisierte die APO die Verhältnisse im Westdeutschland des Kalten Krieges – v.a. das Beschweigen des Faschismus – und radikalisierte sich mit dem Vietnamkrieg. Angesichts »versteinerter Verhältnisse« wurde die »Befreiung in der Geschichte durch die revolutionäre Tat« zentral (76). Alle Veränderungen sollten sich international vollziehen und von den anti-kolonialen Bewegungen ausgehen. Zugleich ging es darum, die bundesdeutschen Verhältnisse zu demokratisieren, den Alltag zu verändern und neue Subjektivitäten zu schaffen. Dabei bestand kein Widerspruch zwischen Individualität und Internationalismus. Doch mit den Arbeiterkämpfen 1968 und der Ernüchterung durch das Pol Pot-Regime in Kambodscha wandten sich viele von den Kämpfen in der Dritten Welt ab und stärker denen im eigenen Land zu.

In den 70er Jahren war der Internationalismus wegen der Militärdiktaturen in vielen südlichen Ländern in der Defensive. Während der zweiten Phase in den 80ern gab es dann vor allem zwei Handlungsfelder – die Verschuldungskrise, die 1982 mit dem Moratorium Mexikos begann, und die Nicaragua-Solidarität. Zugleich wurde der Trikont vor dem Hintergrund der ökologischen Krise »zur Projektionsfläche für die Träume und Wünsche nach einem Leben ohne Hektik, Stress und Zwang«. Der »Angriff auf die Totalität des Systems« wich der »Verteidigung dieser Refugien« (88). Dabei ging die Alternativbewegung, die Schaffung von Freiräumen im eigenen Land, international mit der Förderung einzelner Projekte und einer Entpolitisierung einher, während in den verschuldeten Ländern der Neoliberalismus mit Strukturanpassungsprogrammen durchgesetzt wurde. Den Beginn

der dritten Phase markieren der Bruch von 1989, die Wahlniederlage der Sandinisten in Nicaragua 1990 und der Golfkrieg 1991. Weder darauf noch auf die Ethnisierung und Kulturalisierung sozialer Konflikte gab es eine emanzipative Antwort. Hierlmeier zeichnet die Probleme nach, die Internationalismus- und Friedensbewegung mit Vergleichen Husseins und Milosevics mit Hitler bzw. Srebrenicas mit Auschwitz hatten. Auch die Konfrontationslinien wurden opak. »Die Seite der Guten, die Stelle des Identifikationsprojektes war [...] verwaist. Dies wird auch in Zukunft immer öfter der Fall sein.« (118) Mit dem Niedergang der Bewegungen und dem Aufstieg der NGOs wurde eine Politik typisch, die sich an »realpolitischen Möglichkeiten orientierte und die enge Zusammenarbeit mit den Repräsentanten von Politik und Wirtschaft suchte und mit Hilfe lobbyistischer Politikberatung« die Entwicklungspolitik beeinflussen wollte. Das ging mit oft normativ überladenen gebrauchten Begriffen wie nachhaltige Entwicklung, Zivilgesellschaft oder *Global Governance* einher, die im Rahmen diverser UNO-Konferenzen eine hohe Legitimation erfuhren. – Diese Argumentation verweist auf den Hintergrund des Buches: Vor wenigen Jahren wäre eine Kritik an NGOs wesentlich spekulativer erschienen, heute kann Hierlmeier auf reale Entwicklungen verweisen, auf das Scheitern eines Politikansatzes, der nur auf Kooperation mit den Mächtigen und alternative Expertise setzt, und auf das Wiedererstarken sozialer Bewegungen.

Die knappe Skizze der Geschichte des Internationalismus wird mit wichtigen Ideen und Theoretikern kombiniert. So spielten Horkheimer und Adorno (mit beiden brachen die Studenten später bekanntlich), Herbert Marcuse sowie Frantz Fanon, Che Guevara und der chinesische Außenminister Lin Biao für die APO eine wichtige Rolle. In den 80er Jahren hatten Befreiungstheologie und Dependenztheorie großen Einfluss, während in den 90ern der »zwanglose Zwang des besseren Arguments« (Habermas) und Hannah Arendts normativer Zivilgesellschaftsbegriff den kooperativen Politikstil vieler NGOs prägten. Demgegenüber hält der Autor einen an Foucault anknüpfenden Macht- und Diskursbegriff für analytisch und politisch produktiver. Deutlich wird, auf welche Erfahrungen die aktuellen Bewegungen zurückgreifen können. Heute besteht Einigkeit darin, dass Solidarität immer der Gefahr von Projektionen ausgesetzt ist. Die Kämpfe in der sog. Dritten Welt werden – im Gegensatz zu Vietnam oder Nicaragua – nicht zu Modellen verklärt. Und kaum jemand wird den Staat als progressiven Motor der Geschichte besetzen wollen. Dem widersprächen negative etatistische Erfahrungen, die sich in K-Gruppen transformierten, ebenso wie die Tatsache, dass das neoliberale Projekt wesentlich durch Staat und Parteien vorangetrieben wurde. Internationalistische Politik muss, den Zeitläufen entsprechend, neu erfunden und mit dem kreativen Potenzial der »globalisierungskritischen« Bewegung verbunden werden.

Ulrich Brand (Kassel)

**Haug, Wolfgang Fritz, u. Frigga Haug (Hg.), *Unterhaltungen über den Sozialismus nach seinem Verschwinden***, hgg. im Auftrag des Berliner Instituts für Kritische Theorie, Kooperationsprojekt der Verlage Argument, BdWi, Berliner Debatte, Karl Dietz, Globus, PapyRossa, Pahl-Rugenstein Nf., spw, VSA, Weiss, Widerspruch, Yetipress 2002 (254 S., kart., 8 €)

Die *Unterhaltungen* sind in vielerlei Hinsicht ungewöhnlich. Erstens ist es ein Gemeinschaftsprojekt von dreizehn Verlagen aus den drei Ländern, in denen deutsch eine Nationalsprache ist. Zweitens ist es ganz im Unterschied zu so vielen Publikationen aus einem wirklichen Diskussionsprozess hervorgegangen. Es greift damit eine Kultur des Dialogs auf, die der monologische Marxismus-Leninismus völlig unterdrückt hatte. Drittens dokumentiert

das Buch einen Dialog sozialistischer Intellektueller über Generationen-, Geschlechter- und regionale Grenzen hinweg. Viertens ist dieses Buch aber auch die Diskussion über die Programmatik einer Partei, der PDS, von der noch nicht klar ist, ob sie als Ergebnis des Zusammenbruchs der DDR und des Beitritts zur Bundesrepublik auch dann noch Bestand haben wird, wenn diese Prozesse – wie jetzt augenscheinlich – fast abgeschlossen sind. Es könnte also auch eine Unterhaltung über die Programmatik einer verschwindenden Partei sein und ist doch gerade deshalb geredet und geschrieben worden, weil alle Teilnehmer dieses Dialogs eine sozialistische Partei in Deutschland links von der SPD und mit deutlich anderem Auftrag als diese für unverzichtbar halten.

Unterhaltungen lassen sich daran messen, was Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus ihnen mitnehmen. Das Vorwort von W. F. Haug ist ein solcher Versuch, Ernte einzubringen und eigene Positionen genauer zu bestimmen. So fasst er die Spezifik eines sozialistischen Projekts mit den Worten: »Eine radikale Überwindung der historischen Scheidung von Kommunismus und Demokratie auf der einen Seite, auf der anderen eine Rückgewinnung der Perspektive solidarischer Vergesellschaftung jenseits des Kapitalismus, die nicht auf konkrete Reformpolitik hier und jetzt verzichtet, bestimmen den Horizont einer neuen sozialistischen Programmatik an der Schwelle des 21. Jahrhunderts.« (13) Auch das Parteiprojekt selbst findet genauere Bestimmung: Es solle kein kommandierendes Zentrum sein, sondern »ein Netzwerk, in das sich Initiativen einbringen können«. Wollte ich selbst als einer der Autoren des zur Debatte gestellten und der Kritik unterworfenen Entwurfs für ein neues Parteiprogramm der PDS die Ernte benennen, die ich aus dem Lesen dieser Unterhaltungen »eingefahren« habe, so ist es vor allem der Gedanke, dass Programmatik die Widersprüche nicht nach außen verlagern darf, in die »fremde Gesellschaft«, sondern als »zerreißende Widersprüche linker Politik« (29) begreifen müsse. Eine sozialistische Partei habe nicht primär Lösungen anzubieten, sondern »Bewegungs-Formen für den Umgang mit Widersprüchen vorzuschlagen« (89).

Wie ein Segler im Sturmwind, so muss auch eine sozialistische Partei nicht mit dem Wind segeln, sondern ihm quer entgegen, die Kraft aus dem Widerstand gegenüber diesem Wind gewinnend. Dazu, so W. F. Haug in einem der Gespräche, gehöre die Fähigkeit, »in der Parteiform entschieden über die Parteigrenzen hinaus zu agieren« (31). Und es gehört dazu, so Frigga Haug mit Verweis auf Rosa Luxemburg, eine neue »revolutionäre Realpolitik«. Es bedürfe, wie Peter von Oertzen im Nachwort schreibt, eines »Übergangsprogramms« (250). Dies verlange auch, so Christoph Türcke, dass Werte auf die realen Konfliktlinien der Gesellschaft bezogen werden müssten (48), um sie nicht ahistorisch zu entsorgen. Und zugleich, so Jan Rehmann keinesfalls deckungsgleich, käme es darauf an, »eine politisch-ethische Sprache (zu) entwickeln, die das, was verallgemeinerbar ist, in die Form kategorischer Imperative übersetzt und den Partialinteressen der Herrschaft entgegengesetzt« (221). Eine sozialistische Partei ausgehend von der immanenten Verfangenheit in den realen Widersprüchen der heutigen Gesellschaft zu denken, so Christoph Spehr, heißt dann eben auch, sich selbst als Produzenten und Organisatoren dieses Kapitalismus zu begreifen und nicht so zu tun, »als ob wir zufällig wie Mieter drin wären und uns beim Vermieter beschweren könnten« (98). Damit wäre aber auch die Frage gestellt, warum fast alle so aktiv mittun, genau diese Eigentums- und Machtverhältnisse hervorzubringen. Der Weg zur Aufdeckung der Ambivalenz von Kapitalismus und Emanzipation wäre offen.

Ausgehend von der Frage der Geschlechterverhältnisse wendet sich Frigga Haug auch der Frage zu, was denn der Maßstab sein könne, mit Hilfe dessen zwischen falschen und richtigen Kämpfen unterschieden werden könne. Es sei geradezu eine Eigenart des Neo-

liberalismus, ein Herrschaftsprojekt mit vielen partikularen Aufstiegsmöglichkeiten zu verbinden. Frauen seien »die zentrale Zielgruppe für die Vereinzelungspolitik von oben« (159). Deshalb müsse man den einzelnen Siegen misstrauen. In der Diskussion wurde dann das Wort von der »solidarischen Selbstverwirklichung« durch Frieder Otto Wolf gefunden, ein Wort, das sich deutlich von der neoliberalen Selbstverwirklichung auf Kosten anderer abgrenzt und zugleich den emanzipativen Anspruch von Selbstverwirklichung bewahrt. Und vielleicht gehört zu den bewahrenswerten Definitionen eines sozialistischen Projekts die von Erhard Crome: »Wenn der Neoliberalismus die Gesellschaft von oben ansieht, dann muss Links-Sein heißen, sie von unten anzusehen.« (53)

Viele Fragen bleiben offen, hat man diese Unterhaltungen gelesen. Ihr Wert besteht vor allem darin, diese Fragen schärfer fixiert zu haben. Eine einzige zumindest sei genannt. So stellt Frank Deppe mit Rosa Luxemburg und Wolfgang Abendroth die These auf: »Jeder Sieg in einer Auseinandersetzung um Reformen verbessert die subjektiven Bedingungen für den Kampf um das Endziel und rückt es zugleich in größere Ferne.« (51) Aber ist diese These denn richtig? Ist es wirklich so, dass sich die »subjektiven Bedingungen« tatsächlich verbessern und vor allem: Wenn reale Reformen das Fernziel objektiv zumindest in immer größere Ferne rücken, dann tut sich eine unendliche Kluft zwischen dem Fernziel und den realen Reformzielen auf. Sie ständen dann in einem geradezu antagonistischen Widerspruch zueinander. Um so mehr man praktisch erreicht, um so ferner rückt zugleich das »eigentliche« Ziel. Aber sind solche Reformziele wie Sozialstaatlichkeit, freier Zugang zu Grundgütern einer Gesellschaft, mehr direkte Demokratie wirklich Ziele, die das Endziel entfernen oder sind es nicht eher Schritte hin zu ihm? Vielleicht ist es so, wie Wolfgang Küttler formuliert, nämlich dass »sich möglicherweise das Prinzip des Maximalprofits, des Kapitals und seiner Logik auf der einen Seite und das der sozialistischen Regulation einer gerechteren Gesellschaft nicht als Entweder-Oder gegenüberstehen, sondern jeweils veränderliche Konstellationen miteinander bilden« (60). Nimmt man eine solche Reformulierung der Fragestellung von Nah- und Fernzielen ernst, dann verschiebt sich der ganze Diskurs. Wo der klassische Leninismus in den Kämpfen zur praktischen Verbesserung der Lage der Arbeiterinnen und Arbeiter und für Demokratie nur die Schulung des Proletariats, sein Werden zu einer Klasse für sich sah, die damit auf eine spätere Revolution vorbereitet wird, müssten diese Fortschritte als Teile der Zielerreichung selbst verstanden werden. Was aber an diesen Fortschritten wäre das »Sozialistische« an ihnen? Denn zweifelsohne ist es ja auch nicht damit getan, der klassischen Sozialdemokratie zu folgen und in der sozialen Begrenzung des Kapitalismus das Ziel zu erkennen. Wo ist die Wasserscheide zwischen einem letztlich konservativen Reformismus, der den Kapitalismus lebensfähig erhält, und einem Reformismus, der die Transformation über den Kapitalismus hinaus anstrebt und Zwischenergebnisse auf diesem Ziel zu erreichen sucht?

Wer die *Unterhaltungen* mit dem Ziel liest, fertige Antworten nach Hause zu tragen, muss enttäuscht sein und musste auch enttäuscht werden. Sie stellen vor allem geistige Bewegungsformen dar, in denen sich die nichtorthodoxe Linke in Deutschland bewegt. Eine Vereinheitlichung ist unmöglich. Wenn man darüber aber belehrt ist, dann kann man über Formen des gemeinsamen Lebens, Streitens und auch politischen Kämpfens in und mit diesen Widersprüchen nachdenken. Die Entwicklung einer neuen Programmatik der PDS gehört dazu. Würde sie dieser Aufgabe gerecht werden, dann hätte die PDS auch eine neue Daseinsberechtigung.

Michael Brie (Berlin)

## Ökonomie

**Duménil, Gérard, u. Dominique Lévy, *Économie marxiste du capitalisme*, Collection Repères, Nr. 349, La Découverte, Paris 2003 (122 S., br., 7,55 €)**

Während Lucien Sève 1980 sein Buch »Eine Einführung in die marxistische Philosophie« genannt hat, sind die Verf., Forschungsdirektoren im CNRS, weniger vorsichtig. Eindeutiger noch als der Titel (»Marxistische Ökonomie des Kapitalismus«) ist die Durchführung: Da gibt es *die* marxistische Ökonomie, und die Autoren führen in sie ein. Doch natürlich ist die Wirklichkeit viel komplizierter. Zu allen Fragen gibt es divergierende marxistische Theorien, und die der Verf. ist es, in die hier umstandslos, wengleich unterm allgemeineren Etikett, eingeführt wird. Dabei geht es zielbewusst auf die gegenwärtige Problematik des Neoliberalismus im Moment seiner imperialen und militaristischen Zuspitzung und des Auftretens einer neuartigen weltweiten Protestbewegung zu (die von den Verfassern freilich nicht in dieser ihrer Neuartigkeit, als »Bewegung von Bewegungen« analysiert, sondern pauschal als »luttes populaires«, »populäre Kämpfe« [111, 114] apostrophiert wird). Eine handliche Einführung, die den Globalisierungskritikern analytische Konzepte und eine Rahmentheorie an die Hand gäbe, ist ein Desiderat. Doch hier wird auf vier Seiten von einer Elementarskizze der marxischen Waren- und Wertanalyse zur Kritik der Regulationsschule als unmarxistisch und einer »marxistischen Lektüre« der »langen Wellen« (im Anschluss an Mandel und Wallerstein) gesprungen (8-10). Generell versprechen die Zwischenüberschriften (das detaillierte Inhaltsverzeichnis umfasst vier Seiten) mehr als sie – anders denn in Gestalt ultrakurzer Andeutungen – halten: So folgt etwa unter der Überschrift »Die Herausforderung durch die Entwicklung der Produktivkräfte« die bloße Nennung der Informations- und Kommunikationstechnologien (immerhin wird gesagt, dass sie »largement celles de la gestion« sind, Technologien, die größtenteils dem Management eine technische Basis geben, 112).

Am Leitfaden der Idee der Wellen werden in den Kap. II-IV zyklische Phasen des Kapitalismus im 20. Jahrhundert vergleichend betrachtet und empirisch belegt anhand von Tabellen bzw. Kurven zur langfristigen Entwicklung der Profitrate, der Lohnerhöhung, des Wachstums, der Verteilung, der langfristigen Zinsraten, der Dividenden im Verhältnis zu den Gewinnen, der Akkumulationsrate, des Produktionsvolumens von Entwicklungs- und Schwellenländern. Im V. Kap. wird dann im Anschluss an Marx' Theorem vom tendenziellen Fall der Profitrate (doch statt wie Marx von der Mehrwertrate und der organischen Zusammensetzung des Kapitals auszugehen, setzen Verf. ohne Erläuterung Lohnquote und Kapitalproduktivität ein, 65) ein »System der großen Variablen« (Technik, Lohn, Profitrate, Akkumulationsquote, Produkt, Beschäftigung, vgl. 66) und das Szenario der Strukturkrisen (mit entgegenwirkenden Tendenzen, 69), die auf Dauer zu »paroxismes de dérélement« (70) führen, skizziert.

Unter dem Titel »Eine Theorie der Gesellschaften und ihrer Geschichte« werden in Kap. VI. (71-84) Grundbegriffe des historischen Materialismus (Produktionsweise, Klassen- und Staatstheorie usw.) in Bezug auf den Kapitalismus skizziert. Staatstheoretisch wird die Dominanz des Klassencharakters hervorgehoben und ein mehrdimensionaler und weiter Staatsbegriff (der etwa Zentralbank und Massenmedien umfasst) umrissen. Ohne Gramsci auch nur im Literaturverzeichnis (4 S.) zu nennen, werden seine Thesen zum integralen Staat und zur Hegemonie etc. adaptiert und mit dem Begriff der Klassenkompromisse verbunden (vgl. 79ff). Das dynamische Wechselverhältnis in

der Entwicklung von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen (83), der Klassenkampf und die Basis/Superstrukturen-Beziehung schließen dieses allgemeine Kapitel ab.

Kap. VII kommt zur eigentlichen These der Verf., wonach sich der Kapitalismus im 20. Jahrhundert zu einer widersprüchlichen Gesellschaftsformation entwickelt hat, die sie nach den beiden zusammen- und gegeneinanderwirkenden Komponenten Kapital und Manager («cadres», weil »manager« im französischen zu sehr nach Privatwirtschaft klinge) »capito-cadrisme« nennen (96ff; Verf. haben die These entwickelt in ihrem Buch *Au-delà du capitalisme?*, Paris: PUF 1998). In Verlängerung der marxischen Überlegung, dass der Kapitalprozess mit seiner permanenten Umwälzung der Produktivkräfte über den Kapitalismus hinaustreibt und nach-kapitalistische Elemente im Innern des Kapitalismus ausbildet, interpretieren sie die Trennung von Eigentum und Leitung in den Aktiengesellschaften (vgl. Engels' Nachtrag zu *Kapital III*, MEW 25, 917ff) in diesem Sinn und gelangen zu einer »Revision« (85) der marxischen Theorie. Sie unterscheiden Kapitalisten, Manager/Kader (wozu sie außer kaufmännischen und auf Finanzen spezialisierten Leitungskräften auch Forscher und Ingenieure sowie die höheren Funktionäre aller Staatsapparate zählen), Angestellte und »produktive Arbeiter« als die vier kapitalistischen Hauptklassen (85ff). Kader und Angestellte zusammen gelten dabei als »neue Klassen auf derselben Ebene wie Kapitalisten und Lohnarbeiter«, also weder als Schicht noch als Fraktion der Arbeiterklasse; die Kader gelten als »Zwischenklasse« (»classe intermédiaire«), weil sie von den Kapitaleignern beherrscht sind und selber die Angestellten und Arbeiter beherrschen (87), bzw. sie, wie man im Französischen den Doppelsinn des »cadre« als Kader und Rahmen sagen kann, zu »encadrés« machen, wobei »cadres« und »encadrés« zusammen das System des »cadrisme« bilden (97). Das Kapitaleigentum aber hat sich im Zuge seiner Trennung von der realen Führung als aggregierter Finanzakteur rekonstituiert. Das Größenwachstum der dominanten Einzelkapitale erscheint in diesem Licht als wachsende Vergesellschaftung (88), und die Delegation der Leitung an die Kader schwebt wie eine »potenzielle Bedrohung über der kapitalistischen Ordnung«; als zweite Gefahr geht damit die Inflationsdrohung einher, die Schuldner zum Nachteil der Gläubiger (bzw. Kapitalgeber) begünstigt (89).

Nun lässt sich der Neoliberalismus mit seiner Politik des harten Geldes und dem über die Börse vermittelten Primat des Shareholder-Value usw. als die Wiederherstellung der bedrohten Herrschaft des (Finanz-)Kapitals interpretieren. Er stützt sich »auf die Schichten der Sparer und der Ruheständler« (109), die er am Anstieg der Börsenkurse mitgewinnen lasse. (Verf. schweigen zu den Effekten des dritten Jahres eines Crashes auf Raten, der die kleinen Anleger teilsenteignet hat.) Zugleich ist damit modo negativo die praktisch-politische Perspektive des Buches angedeutet: »Die Finanz ist als Akteur nicht unentbehrlich, um die ökonomischen Angelegenheiten der Welt zu betreiben, und noch weniger der Gesellschaft im Allgemeinen. Wie immer ihre Ausschaltung (mise à l'écart) bewerkstelligt werden mag – sie wird den Weg für eine andere gesellschaftliche Ordnung öffnen, in der die Manager sich erneut aus der Gängelung durch die Eigentümer emanzipieren werden.« (113) – Als Einführung leidet das Büchlein nicht nur unter der äußerst verkürzten Skizzenhaftigkeit, die nur Rudimentäres durchlässt und das Universum marxistischer Denkerfahrungen ausblendet, sondern liegt auch beständig im Clinch mit sich selbst, insofern es eine ebenso prägnante wie prekäre und diskussionsbedürftige These vorbringen will.

Wolfgang Fritz Haug (Los Quemados)

**Altwater, Elmar, u. Birgit Mahnkopf**, *Globalisierung der Unsicherheit. Arbeit im Schatten, schmutziges Geld und informelle Politik*, Westfälisches Dampfboot, Münster 2002 (393 S., Ln., 24,80 €)

Der Untertitel deutet es an: Bei Arbeit, Geld und Politik sehen die Verf. eine parallele Entwicklung, die sie unter dem Oberbegriff der »Entformalisierung« zusammenfassen. Was die ersten beiden ungleichen Größen zusammenbinden soll, sind ihre vergesellschaftenden Funktionen: »Die Vergesellschaftung kommt durch Arbeit und das Geld des Marktes zustande« (17). Der Staat regelt (normiert und »formalisiert«) beide Formen. Entformalisierung soll so den teils politisch gewollten, teils unfreiwillig eingehandelten Abbau bzw. Machtverlust nationalstaatlicher Regulierung von Arbeit und Geld im Zeichen neoliberaler Globalisierung bezeichnen. Am überzeugendsten sind die Kapitel, in denen (in internationalem Vergleich) Daten zum Schicksal der abhängig Arbeitenden und Arbeitslosen zusammengetragen sind. Unabhängig von der Generalthese bilden diese Passagen gleichsam ein Buch im Buch, das eine nützliche Grundlage für Fragen der Sozial- und Arbeitspolitik darstellt. In dieser Hinsicht ist es mit Oskar Negts ein Jahr zuvor erschienenen Buch *Arbeit und menschliche Würde* (vgl. die Rez. in Arg. 248) vergleichbar, das die Verf. aber (wie fast alle anderen »konkurrierenden« marxistischen Theorien) ignorieren.

Dem Kreuzungspunkt von Statistik und Recht entlehnen Altwater/Mahnkopf die Kriterien zur sozialtheoretischen Klassifizierung einer Erscheinung als »in/formell«. »Informalität« soll bedeuten: »Chiffre *erstens* für nicht-gemeldete [dem Staat, den Ämtern] und nicht-dokumentierte [seitens der Bürokratie] ökonomische Aktivitäten [...], *zweitens* für die verbreitete Vermeidung oder Hinterziehung von Steuern oder/und Sozialabgaben, *drittens* für Arbeitsverhältnisse, die der Normalität der arbeitsvertraglichen Gestaltung nicht entsprechen, [...] aber *viertens* auch die Produktion und Distribution von Gütern und Dienstleistungen, die [...] illegal oder kriminell sind« (86). Die Konstruktion des Grundbegriffs »Formalität/Normalität«, dessen Negation »Informalität« definiert, erfolgt naiv-ideologisch nach dem Schema Normen  $\Rightarrow$  Formen  $\Rightarrow$  Institutionen  $\Rightarrow$  Sicherheit – mit der dazugehörigen Gegenwelt, die sich dieser Verkettung entzieht (28ff).

Die Zusammenbindung heterogener Phänomene unterm Dachbegriff der Informalität erfolgt nicht ohne Gewalt. Dass »Schwarzarbeit« mit »Schwarzgeld«, also beidseitig »an der Steuer vorbei«, entgolten wird und insofern sich den Normen des Staates entzieht, liegt auf der Hand. Das dann aufgeführte Sammelsurium von Arbeitstätigkeiten außerhalb sozialstaatlicher Einbindung (91) ist schon weniger selbstverständlich. Und dass sich »der Bereich der Informalität« von Arbeit, die wie die (im Register nicht auftauchende) Hausarbeit »nicht mit Geld entlohnt wird« (117), »in die Schattenwelt der Illegalität und Kriminalität ausdehnt« (68) bis zur »Entstehung informell vernetzter Gegengesellschaften« (73) und »den erodierenden Staaten, die von der organisierten Kriminalität gekapert worden sind« (82), schafft eine nur noch formell bestimmte, über-allgemeine Menge: »Die Mehrzahl der Menschen in der Welt arbeitet in der einen oder anderen Weise informell.« (83) – Ähnlich beim Geld: Frei flottierende Wechselkurse, Schwarzgeld, Währungsspekulation, geldloser Tauschhandel oder die Äquivalentwaren der Tauschringe u.a.m. lassen sich nur um den Preis der Entleerung unter ein Begriffsdach bringen. Vollends bei der Politik: Beamtenbestechung und die aus heterogenen gesellschaftlichen, ökonomischen und staatlichen Akteuren zusammengesetzten »Gouvernanz«-Gremien der Konflikt- und Krisenbearbeitung passen nicht viel besser zusammen als die roten Rüben mit der Musik bei Marx.

Ihre Kohärenz erhält diese Konstruktion nicht von den Phänomenen her, für die sie ein Prokrustesbett ist, sondern von der These, die der Darstellung zugrundeliegt: Die »for-



distische«, von Nationalstaaten bewachte und ggf. erzwungene Formenwelt ist ausgehöhlt oder zum Teil bereits untergegangen. Eine gleichwertige (d.h. wiederum zwangsstaatlich garantierte) Formenwelt ist nicht in Sicht. Der Einwand: Die Verhältnisse reproduzierten sich ja von Tag zu Tag, und das in bestimmten Formen, zählt für sie nicht, weil ihnen als selbstverständliche, keiner weiteren epistemologischen Rechenschaft bedürftige Norm der – idealtypisch ›gereinigte‹ – nationale Sozialstaat auf fordristischer Grundlage gilt. Die tatsächlich wirksamen Mischformen werden aufgrund dieser.idealisierenden Staatsfixierung en bloc der Informalität zugeschlagen. – Dagegen ist mit Gramsci daran zu erinnern, »dass der gängige Staatsbegriff einseitig ist und zu riesigen Fehlern führt«, weil zum Beispiel »die wichtigsten Tatsachen der französischen Geschichte von [18]70 bis heute [1931] nicht Initiativen der politischen Organismen zu verdanken sind, die sich vom allgemeinen Wahlrecht herleiten, sondern entweder von privaten Organismen (Kapitalgesellschaften, Generalstab usw.) oder von dem Lande unbekanntem hohen Beamten usw. Aber was heißt das anderes, als dass man unter Staat außer dem Regierungsapparat auch den ‚privaten‘ Hege- monieapparat oder Zivilgesellschaft verstehen muss.« (*Gefängnishefte*, H. 6, §137, Bd. 4, 815f) In der Sprache von Altvater/Mahnkopf hieße das, das ›Informelle‹ als regulären Teil des ›Formellen‹ zu erkennen. Dann verschöbe sich das Gesamtbild aber radikal. Die Stärkung des Gesellschaftlichen gegenüber dem Staat würde nicht nur als Niedergang, sondern als Widerspruchsfeld begreifbar, auf dem die Auseinandersetzungen zu führen sind.

Das theoretische Hinterland der normativen These der Verf. bilden die Annahmen der Regulationsschule. Deren Stärke und Berechtigung liegt zunächst darin, dass sie die Handlungsvermitteltheit und damit die relative Offenheit geschichtlicher Prozesse zusammen mit der politischen und kulturellen Einbettung des Ökonomischen betont. Wo auf allen Ebenen der Gesellschaft ein kohärenter Satz institutionalisierter Normalisierungen zusammenwirkt, entfremdet diese Schule einen Grundbegriff des historischen Materialismus und spricht vom Vorliegen einer distinkten »Gesellschaftsformation« (im Sinne einer spezifisch ›formierten Gesellschaft‹) im Rahmen der überdauernden kapitalistischen »Produktionsweise« (die nicht mehr mit Marx als in ständiger Umwälzung begriffene Einheit von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, sondern als der unwandelbare ›Kapitalismus im Allgemeinen‹ aufgefasst wird). Eine Schwäche des Regulationismus besteht darin, dass seine theoretischen Konzepte an der späten Blütephase des Fordismus abgelesen sind, also Züge einer nur scheinbar allgemeinen, in Wirklichkeit Ein-Fall-Theorie (ja sogar einer Idealisierung nur einer relativ krisenfreien Phase dieses einen ›Falles‹) haben. Im vorliegenden Werk werden diese unreflektierten Voraussetzungen zu verblüffender Konsequenz fortgetrieben: Während »manche Theoretiker schon erste Anzeichen eines Postfordismus zu identifizieren meinen«, steht für Altvater/Mahnkopf fest, dass es einen solchen, der ja wiederum eine »Gesellschaftsformation« sein müsste, in absehbarer Zeit nicht geben kann, indem »die alten Formen nicht mehr wirksam und neue soziale Formen (und das Ensemble der Gesellschaftsformation) nicht entwickelt sind« (25). Wahr ist, dass »anders als im keynesianisch-fordistischen Wohlfahrtsstaat« noch kein neuer Klassenkompromiss ausgekämpft ist (149). Überzogen ist die These, dass deswegen überhaupt kein »Regime von Produktion und Reproduktion und Macht auszumachen« sei (ebd.). Es gälte dagegen, die jeweiligen Zustände daraufhin zu untersuchen, wie sie funktionieren, sich reproduzieren und verändern, also auch ein »Regime« bilden. Dass dieses ›relativ‹ (aber in Beziehung worauf?) instabil ist, spricht doch nicht gegen seine Existenz. Das wäre, als würde man nur eine glückliche Ehe als Ehe anerkennen, weil sie anders ihrem idealen Begriff widerspräche.

Die Fixierung an den Fordismus leidet überdies an ›politizistischer‹ Schlagseite. Die für den Fordismus charakteristische monoton-repetitive Fließbandarbeit, überhaupt seine Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse bleiben ebenso ausgeblendet wie ihre formativen Nachfolger, Automationsarbeit und überhaupt die um die neue Leitproduktivkraft des Computers sich gruppierenden ›hochtechnologischen‹ Produktivkräfte und die durch sie ins Transnationale getragenen Produktionsverhältnisse. So rückt die nachträgliche Vorbildfunktion des Fordismus die Gegenstände dieses Buches in eine fast nostalgisch zu nennende Beleuchtung, obwohl es doch darum geht, unter den neuen Bedingungen und zum erstmalig weltweit für neuartige Systeme der Existenzsicherung zu kämpfen. Man muss dieses Buch gegen den Strich lesen, um ihm die notwendigen Einsichten in den Krisenzusammenhang der kapitalistischen Globalisierung abzugewinnen und vor allem das Gewimmel neuer ambivalenter Praxisformen darauf abzutasten, inwiefern in ihnen nicht nur die Hegemonie des Neoliberalismus wurzelt, sondern die weltweite Bewegung der Globalisierungskritik auch die Ansatzpunkte findet, ihm diese streitig zu machen.

Wolfgang Fritz Haug (Los Quemados)

**Boss, Alfred**, *Sozialhilfe, Lohnabstand und Leistungsanreize*, Kieler Studien 318, Springer, Berlin u.a. 2002 (201 S., Ln., 59,95 €)

**Gebauer, Ronald, Hanna Petschauer u. Georg Vobruba**, *Wer sitzt in der Armutsfalle? Selbstbehauptung zwischen Sozialhilfe und Arbeitsmarkt*, edition sigma, Berlin 2002 (231 S., br., 14,90 €)

Nein, die Sozialhilfe abschaffen will niemand. Schließlich erfüllt sie wichtige Funktionen in einer sozialen Marktwirtschaft: »Die Furcht vor dem Scheitern im Wettbewerb darf nicht dazu führen, dass eine den Fortschritt lähmende, existenzielle Angst vor dem Risiko entsteht. Die Regelungen der Sozialhilfe zielen darauf ab, möglichst viele Menschen, also auch die risikoscheuen, zum Mitmachen am ergebnisoffenen Marktprozess zu ermutigen.« (Boss, 1). Zusätzlich leisten sie den legitimatorischen Beitrag, »das Prinzip des Wettbewerbs und dessen Wirkungen zu akzeptieren«. Kritik richtet sich nicht dagegen, dass es Sozialhilfe gibt, sondern, wie sie ausgestaltet ist.

– Boss, Leiter des Forschungsbereichs Öffentliche Finanzen des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, untersucht den Lohnabstand zwischen Sozialhilfe und potenziellem Markteinkommen. Im Gegensatz zu anderen Studien – z.B. des Instituts für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG) Köln im Auftrag der Regierungen Kohl und Schröder – kommt Verf. zum Ergebnis, dass der Abstand in einer signifikanten Zahl von Fällen nicht gewährleistet sei. Seinen Vergleich stützt er auf die im Bundessozialhilfegesetz (BSHG) vorgesehene Bestimmung, die er unter Anreizgesichtspunkten als nicht ausreichend erachtet. Statt – wie im BSHG vorgesehen – von den »unteren« Löhnen auszugehen, sei es notwendig, die »untersten« tatsächlich gezahlten Löhne heranzuziehen, v.a. aus dem Servicesektor. Dieser »ist es, in dem eine Erwerbstätigkeit für Sozialhilfeempfänger angesichts der vorhandenen Qualifikationen am ehesten in Betracht kommt« (115). Das Niveau der Sozialhilfe verhindere, dass SozialhilfeempfängerInnen, wenn sie sich rational verhielten, Jobs in diesem Bereich annähmen. Als negativer Anreiz wirke außerdem die strikte Anrechnung von Einkommen auf die Sozialhilfe bei Arbeitsaufnahme. Auch würden Unternehmen keine Arbeitsplätze für wenig qualifizierte, dementsprechend wenig produktive Arbeitskräfte anbieten, solange über die durch die Sozialhilfe bedingten hohen Lohnansprüche »de facto eine vergleichsweise hohe Untergrenze für den Arbeitslohn festgeschrieben wird«, was zu »Mindestlohnarbeitslosigkeit« (118) führe.

Eine Reform müsse bei der Höhe der Regelsätze und bei den Anrechnungsregelungen ansetzen. Von Arbeitgebern auszufüllende Rückmeldebögen über das Kooperationsverhalten der Arbeitslosen lehnt der Verf. als umständlich ab. Da eine einfache Absenkung der Sozialhilfe »politisch nicht machbar« (138) ist, biete sich nur eine generelle Absenkung des Regelsatzes an, dafür soll es höhere Mehrbedarfzuschläge für Nicht-Erwerbsfähige und Erhöhung des Freibetrags bei Erwerbstätigkeit geben. – Der Beirat des Wirtschaftsministeriums bringt in seinem Bericht von August 2002 den angestrebten Wandel auf die Formel: *von der Lohnersatzleistung zur Lohnergänzungsleistung*. Damit wäre eine Entscheidung gegen den individuellen Rechtsanspruch auf Sozialhilfe und gegen das Bedarfsprinzip gefallen und nebenbei die mittelalterliche, an der Arbeitsfähigkeit und -willigkeit orientierte Trennung in »würdige« und »unwürdige« Arme wieder eingeführt. Zudem wird damit das Ziel existenzsichernder Arbeitslöhne als Ausweg aus der Sozialhilfe aufgegeben.

Derartige Schlussfolgerungen waren für Gebauer, Petschauer und Vobruba Anlass, die Anreizproblematik als »eine der stabilsten Hintergrundgewissheiten der Sozialwissenschaften« (11) genauer zu untersuchen. Verf. rekonstruieren das »Armutsfallen- resp. »Arbeitslosigkeitsfallen-Theorem« als mikroökonomischen Idealtypus des Zusammenhangs zwischen Sozialhilfebezug und individueller Arbeitsmarktentscheidung (12). Wodurch letztere bestimmt ist, steht im Zentrum. Mit dem Armutsfallen-Theorem werde den Betroffenen unterstellt, dass sie allenfalls kurzfristig rationale Gründe hätten, die den Verbleib in der Sozialhilfe als gerechtfertigt erscheinen ließen, jedoch langfristige Folgen wie z.B. Qualifikationsentwertung nicht einbezögen. Sozialhilfekürzungen und Niedriglohnarbeit dienen – so die derzeit herrschende Meinung – also nur dem Schutz des Individuums vor seinen eigenen Entscheidungen. Der fundamentale Fehler einer solchen Argumentation beruhe auf einem Mangel an Differenzierung. Zum einen fehle eine präzise Unterscheidung zwischen institutioneller Anreizstruktur und tatsächlichem individuellen Handeln, zum anderen zwischen aggregierter Arbeitslosenzahl der amtlichen Statistik und der Empirie individueller Arbeitslosigkeitsverläufe. In ihrer theoretischen Erörterung beziehen Verf. Ergebnisse der dynamischen Armutsforschung sowie die gegebene Nicht-Wahlfreiheit zwischen Arbeit und Nicht-Arbeit im BSHG mit ein, die bereits erste Zweifel am Armutsfallen-Theorem begründen. Darüber hinaus erweitern sie die auf monetäre Anreizstrukturen reduzierte Kosten-Nutzen-Betrachtung um eine zeitliche und sachliche Dimension möglicher Entscheidungsgründe. Quantitativ-empirisch prüfen sie Sozialhilfeverläufe anhand von Daten des Sozio-Ökonomischen Panels (SOEP). »Wenn sich sehr viele Übergänge von Sozialhilfe in Arbeit ungeordnet vollziehen, zum Beispiel durch große Überlappungen zwischen Sozialhilfe und Erwerbstätigkeit, muss die These vom »reservation wage« oder Anspruchslohn in Zweifel gezogen werden.« (88f) Sie bestätigen »zwar die Ergebnisse von Boss in dem Sinne, dass es Überschneidungen zwischen untersten Löhnen und Sozialhilfe gebe, aber im Rahmen ihrer qualitativ-empirischen Untersuchung mittels Interviews wird deutlich, dass die Entscheidung für oder gegen einen Arbeitsplatz nicht auf monetäre Anreize reduzierbar ist. »Lediglich bei einem kleinen Teil der Betroffenen kann man davon sprechen, dass die Armutsfalle zuschnappt.« (115) Vorschlägen wie der Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe auf das Niveau der Sozialhilfe, der von der Hartz-Kommission im Modul 6 geforderten Neustrukturierung sowie ähnlichen Konzepten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Jahresgutachten 2002/03 liegt das Armutsfallen-Theorem zugrunde. Nach Ansicht der Verf. müsste die gegenwärtige Debatte um die Reform der Sozialhilfe sowie des Arbeitsmarktes auf anderer Grundlage geführt werden. An interessegeleiteten politischen Diskus-

sionen wie auch an den bestehenden Kräftekonstellationen, zu denen die politikberatende Forschung beiträgt, wird dieser Appell wenig ändern. Zumindest trägt das Buch dazu bei, dass die Diskussion differenzierter und weniger einseitig geführt werden kann, bevor Menschen in Arbeit um jeden Preis gezwungen werden.

Christian Brütt (Berlin)

## Geschichte

**Grosse, Pascal, *Kolonialismus, Eugenik und bürgerliche Gesellschaft in Deutschland 1850-1918*, Campus, Frankfurt/M 2000 (266 S., br., 29,90 €)**

Der Berliner Medizinhistoriker untersucht die Entstehung einer rassistischen, eugenischen Kolonialpolitik aus den Denkformen der bürgerlichen Gesellschaft heraus. Er unterscheidet bei der kolonialen Expansion eine Phase der Politik der Assimilation zwischen Kolonisten und Kolonisierten und einer der Dissimilation, die sich Ende des 19. Jahrhunderts durchgesetzt habe. Das erste Modell ging von der Annahme aus, dass eine Entwicklung der außereuropäischen Völker nur durch Anpassung an die Europäer möglich sei, das zweite zielte auf eine nach anthropologischen Kriterien gegliederte Ständegesellschaft. In Deutschland waren es die bürgerlichen Kolonialreformer, die ›Weiße‹ und ›Farbige‹ rechtlich trennen wollten, um die Arbeitskraft der letzteren mit Hilfe von rudimentären sozialpolitischen und sanitären Maßnahmen optimal für die Ökonomie der Kolonialmacht verwerten zu können. Sexuelle Beziehungen zwischen Kolonisatoren und Kolonisierten widersprachen dem dissimilationistischen Ansatz und bildeten gleichzeitig den wichtigsten Berührungspunkt zwischen Kolonialpolitik und Eugenik (19, 27ff, 51). Grosse fasst die auf dieses Problem reagierende Konstruktion der »Eingeborenenfrage« oder »Rassenfrage« als einen »Synergismus von ökonomischen Interessen und Anthropologie« (99ff). Wissenschaftshistorisch betrachtet verlagerte sich die Anthropologie mit der zunehmenden Formierung der bürgerlichen Gesellschaft weg von der Gleichheitslehre hin zum anthropologischen Empirismus, der die physischen und kulturellen Unterschiede zwischen verschiedenen Gruppen in den Vordergrund rückte (102ff). Grosse stellt den Marburger Philosophieprofessor Theodor Waitz (1821-1864) als repräsentativ für die liberale Richtung dieser Anthropologie vor. Er hebt an ihm die Kolonialismuskritik hervor, die sich am ›Aussterben der Naturvölker‹ entzündet (105-113, vgl. 178ff). Ende des 19. Jahrhunderts setzte sich unter den von der bürgerlichen Sozialreform beeinflussten Kolonialexperten die Einsicht durch, dass die Vernichtung der einheimischen Bevölkerung in den Kolonien kontraproduktiv sei, wenn man eigentlich deren ökonomische Verwertung im Auge habe, so dass man auf Pläne zur Vermehrung der Eingeborenen umschwenkte (113-124, 131, 135f). Mit dieser Fassung der ›Eingeborenenfrage‹ avancierte eine Medizin, die sich der eugenischen Steuerung der biologischen Reproduktion verschrieb, zur Leitdisziplin in der Diskussion um die Kolonialreform (143f). Die medizinisch-anthropologische Perspektive prägte auch die im kolonialistischen Diskurs kontrovers diskutierte Frage, ob sich die Europäer in den Tropen akklimatisieren können. Der altliberale Mediziner Rudolf Virchow verneinte sie, der Anthropogeograph Friedrich Ratzel ging von einer Adaptionfähigkeit aus. Aus der ersten Position folgte eine kritische Einstellung zur Kolonialpolitik, aus der zweiten kolonialpolitisches Engagement. Der Anthropologe Gustav Theodor Fritsch plädierte im Jahr 1885 für die »Rassenmischung« als ein geeignetes Mittel zur Herausbildung einer unter schwierigen klimatischen Bedingungen ausdauernden Bevölkerung (37ff, 53-70). Für das medizinische Denken bildete die Tropenhygiene den Schlüssel zur Expansionspolitik. Fortschritte auf

dem Gebiet der Infektiologie, insbesondere die Ergebnisse der Malariaforschung, ließen das Akklimatisierungsproblem zunehmend in den Hintergrund treten. Damit erledigte sich aus kolonialpolitischer Sicht das Argument für die ›Rassenmischung‹ (70-75).

Nach 1900 setzte eine Neubewertung der sexuellen Beziehungen zwischen deutschen Kolonisatoren und kolonialen Untertanen und vor allem der zwischen ihnen geschlossenen Mischehen ein (146ff). Ein staatsrechtliches Problem entstand, wenn ›Mischlinge‹ aus standesamtlich anerkannten Mischehen Anspruch auf den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit erhoben, weshalb die deutschen Kolonialverwaltungen auf dem Verordnungsweg die Mischehen sukzessive verboten haben (152ff, 161ff). Als »bedeutendste empirische Bearbeitung des kolonialen Rassenmischungsproblems« führt Grosse die Studie von Eugen Fischer zu den »Rehobother Bastards« an. Fischer wollte nachgewiesen haben, dass ›Rassenmischung‹ die »Qualität« der weißen Rasse herabsetze (184ff). Das »Ziel der eugenisch geprägten kolonialen Rassenpolitik« war hingegen die »biologische Qualitätsverbesserung« sowohl der »weißen« Kolonisten als auch der »farbigen« Kolonisierten unter den »Prämissen einer rassenreinen biologischen Reproduktion« (193).

Seit 1910 setzt Grosse einen Sonderweg in der deutschen Kolonialpolitik an, weil die Reichsleitung anders als die britische und die französische Regierung die Bevölkerung der eigenen Kolonien nicht in die militärische Mobilmachung integrierte. Statt dessen stilisierte man die entsprechenden Maßnahmen der beiden Alliierten propagandistisch zum Verrat an der ›weißen Rasse‹ und interpretierte den herauf dräuenden militärischen Konflikt als ›Rassenkampf‹. Das habe den Durchbruch der Eugenik als vorherrschende Leitfigur einer neuen bürgerlichen Gesellschaft vor dem Ersten Weltkrieg bewirkt (22f, 34f, 205). Die »Verquickung von Eugenik und Militarismus« fasst Grosse als Zeichen des »Bedeutungszuwachses einer bürgerlichen Militarismuskonzeption« in Abgrenzung zum »konservativen Militarismus«. Statt auf einen wenig personalintensiven Flottenbau setzte man auf eine Heeresrüstung, die hohe Ansprüche an Quantität und Qualität der Rekruten stellte. Hier eröffnete sich der Eugenik schon vor dem Ersten Weltkrieg ein Handlungsspielraum (195ff). In Deutschland verfestigte sich über das Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 eine »bürgerliche Wehrgemeinschaft« als »Gemeinschaft des Blutes«. Im Zentrum dieses Konzepts stand der »Idealtypus« einer ›rassenreinen‹ »Wehrfamilie« (222ff, 228). Die »eugenische Prägung der kolonialen Rassenpolitik im Kaiserreich« bildete eine »besondere Erblast« für die Weimarer Republik. Grosses Hypothese lautet, dass die Verknüpfung von Anthropologie und Recht als den strukturierenden Elementen einer »rassischen Ordnung« die »vielleicht wichtigste Verbindung zwischen der deutschen kolonialen und der nationalsozialistischen Rassenpolitik« herstelle. Hier habe der deutsche Kolonialismus die »grundlegenden Kategorien« geliefert, die nach 1933 die »Staatsbürgerschaft« auf den »reinrassigen« Volkskörper« reduzierten (233, 245f).

Ohne Foucaults Thesen zur bürgerlichen Biopolitik und der Formierung einer rassistischen Normalisierungs-Gesellschaft zu kennen, geht Grosse auf der Basis seines spezifischen Quellenkorpus genau diesem Problemzusammenhang nach. Um historische Vektoren zu finden, die dem Durchmarsch des Rassenreinheitsparadigmas entgegenstehen, hätte es sich eventuell gelohnt, Robert C. Youngs Ausführungen zum kolonialen Begehren und zur anthropologischen Faszination an einer Hybridisierung der Rassen mit einzubeziehen. Diese Anmerkungen aber sollen die Leistung des Buches nicht schmälern. Grosses überaus anregende Dissertation verbindet die Wissenschaftsgeschichte der Anthropologie und der Medizin mit der Geschichte des Kolonialismus und stellt die Bedeutung diese Komplexes für die deutsche Geschichte klar heraus.

Thomas Schwarz (Daegu, Südkorea)

**jour fixe initiative berlin (Hg.),** *Geschichte nach Auschwitz*, Unrast, Münster 2002 (220 S., br., 16 €)

»Sozialismus oder Barbarei« – Luxemburgs Alternative scheint angesichts der Vernichtung der europäischen Juden entschieden, aller Fortschrittsgedanke unwiderruflich demontiert. Will kritische Gesellschaftstheorie dennoch an der menschlichen Emanzipation festhalten, muss sie auf die »vollendete Sinnlosigkeit« (H. Arendt) von Auschwitz reflektieren. War dies für Adorno Anlass, dem marxischen kategorischen Imperativ, »alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist«, eine pessimistische Wendung zu geben, wollen Hg. »methodische Reflexionen über das Verhältnis des geschichtlichen Ereignisses als Faktum« und das »Problem seiner Repräsentierbarkeit in einer Erzählung« (8) anstellen.

Etwas unerwartet gerät dabei zunächst französische Kriminalliteratur, der *roman noir*, in den Blick: Hier wirkt, indem gegenwärtige Verbrechen auf vergangene verweisen, Geschichte in die Gegenwart hinein. Da Kriminologie gegenüber der Geschichtswissenschaft den Vorteil aufweist, mit dem Subjekt beschäftigt zu sein, besteht der *roman noir* auf der »Subjektivität von Geschichtsschreibung« (27). Doch inwieweit gerade die »verwirklichte Welt- und Selbstverleugnung« (J. Améry) den Überlebenden der Shoah einen radikal-subjektivistischen Geschichtszugriff aufzwingt, wird leider nicht diskutiert.

Ähnlich begriffslos will E. Traverso einen »Sozialismus nach Auschwitz« begründen. Perfiderweise dient ihm dabei *Das Zeitalter der Extreme* zu einer vorgeblich gegen alle revisionistischen Formen immunen Totalitarismustheorie. In deren Zentrum steht die »Zivilisationskrise«, zu deren »totalitären Verkörperungen« (50) auch die Oktoberrevolution avanciert. Schon die Ankündigung im Vorwort, es sei umstritten, »inwieweit sich dieses katastrophale zwanzigste Jahrhundert jenseits von Totalitarismustheorie und »Genozid«-Diskurs auf einen Begriff bringen lässt« (11), verhielt Ungutes und tatsächlich stehen nun Auschwitz, Kolyma und lateinamerikanische Militärdiktaturen unmittelbar beieinander. Versucht Traverso, Hobsbawm für seine Zwecke zu vereinnahmen, weist Z. Sternhell die Idee eines »kurzen« 20. Jhs. zurück: das 19. Jh. habe mit den technologischen Revolutionen der 1880/90er Jahre und der Abwendung von moderner Ideologie geendet. Auch ihm erscheint die Entstehung des Faschismus als direktes »Produkt einer beispiellosen Krise der Zivilisation« (63), als »Reaktion« (65) auf die Aufklärung. Dabei wird Geistesgeschichte gegen Gesellschaftstheorie ausgespielt: für die Bedrohung der Aufklärung soll der Anti-Rationalismus – und nicht ihre eigene Dialektik – verantwortlich sein.

Im Unterschied dazu trägt B. Jensen zum projektierten Ziel des Kompendiums bei: Er beklagt das Fehlen einer »philosophischen Exilforschung« (95) im Nachkriegsdeutschland. Allein Arendts Anspruch, »in Deutschland als Jüdin zu sprechen« (103), und Kraucers Verweis auf die utopische Kraft der Exterritorialität hätten »die diskursiven Effekte und philosophischen Verwerfungen der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik« (97) zum Ausdruck gebracht. Doch dass Exilerfahrung nur bewahren kann, wer die Dialektik verwirft, wird postmodern einfach behauptet. M.T. Koltan beschäftigt sich mit der Editionsgeschichte der »Feuerbach-Manuskripte« der *Deutschen Ideologie*. Sein Vorhaben, die nun über ein Jahrhundert währende »Bürokratisierung des Marxismus« (139) u.a. an der zweiten MEGA zu veranschaulichen, weckt Interesse. Er verfehlt aber sein Ziel, daran auch das Scheitern der marxistischen Bewegung im Nationalsozialismus aufzuzeigen. Und auch die von H. Dahmer diagnostizierte Regression der Freudschen Kulturkritik steht mit Auschwitz in keinem Zusammenhang, denn diese setzte bekanntlich schon 1932 ein. Um

die Texte, die sich mit der Ikonisierung oder Verballhornung von Marx und Freud befassen, dennoch in den Band aufnehmen zu können, wird von den Hg. das unplausible Bild eines durchweg katastrophischen 20. Jhs. gezeichnet, das »Verformungen und Brüche [...] im emanzipatorischen Denken hinterlassen hat« (11).

Wiederum überraschend taucht im letzten Teil die Architektur auf. Zunächst wird die Frage nach einer sinnvollen Bebauung des in seiner historischen Symbolik überdeterminierten Potsdamer Platzes in Berlin aufgeworfen. Der »Vision einer vom technischen Fortschrittsgeist getragenen Gesellschaftsmaschine« (180), die das Areal jetzt suggeriert, wird mit D. Liebeskinds Bebauungsentwurf eine geschichtsbewusste, weil u.a. der Shoah symbolisch Ausdruck gebende Architektur entgegengehalten. F. Winter meint, nur eine solche könnte die zum Erinnern am Potsdamer Platz nötige historische Einbildungskraft in Erfahrung konkretisieren. Das ist auch Anliegen des FAZ-Feuilleton-Redakteurs M. Siemons, der die Möglichkeit des Flaneurs auslotet, »durch sein ästhetisches Erleben und seine philosophische Reflexion eine neue Deutung der Zeit vorzubereiten« (196). Ärgerlich nur, was zu den Aufgaben eines Angestellten dieser Zeitung doch gehört: Luhmann-Apologik und Sinnieren über die »Unausweichlichkeit des Kapitalismus« (202).

Um – so schließt der Band – nach Auschwitz einen Geschichtsbegriff zu entwickeln, muss, wie es sich postmodern gehört, »historisches Erinnern als produktives Moment des Zusammentreffens von Gegenwärtigem und Vergangenen« (209) Diskontinuität und Ereignishaftigkeit bewahren. Wenig verwundert, dass U. Gerhard den marxistischen Diskurs davon ausnimmt: Wie sie die Vorstellung eines subjektlosen Geschichtsprozesses gegen den Marxismus in Anschlag zu bringen versucht, ist angesichts von Althussers Vorschlag, statt Subjekt »Determinierung durch Verhältnisse« zu denken, impertinent.

Kolja Lindner (Berlin)

**Krankenhagen, Stefan, *Auschwitz darstellen. Ästhetische Positionen zwischen Adorno, Spielberg und Walser*, Böhlau, Köln 2001 (284 S., br., 29,90 €)**

Die Frage, welche Darstellung dem Holocaust angemessen ist, wurde in der bundesdeutschen Öffentlichkeit schon früh entlang des adornoschen »Diktums« geführt, nach Auschwitz noch ein Gedicht zu schreiben sei barbarisch. Zu den ästhetischen und gesellschaftstheoretischen Hintergründen von Adornos Kulturkritik bietet Verf. einen materialreichen und intelligenten Zugang. Darüber hinaus verfolgt er die Rezeptionsgeschichte der sogenannten Darstellungsproblematik und meint, deren Ablösung durch die »Amerikanisierung« der Holocausterinnerung in den 1990ern ausmachen zu können.

Als Adorno 1951 die Errungenschaften der Kultur samt ihrer dringlichen Kritik in *Kulturkritik und Gesellschaft* in Frage stellte, passierte zunächst nicht viel. Kultur schien das Andere der Barbarei zu sein und wurde von aufbaubereiten Deutschen in der Nachkriegszeit gerne in Anspruch genommen. So erfolgte die Rezeption des Diktums denn auch erst 1959 durch Enzensberger, der es als Herausforderung an sein eigenes Schaffen verstand. Die im Anschluss erfolgenden Äußerungen wiesen in der Mehrzahl die Tendenz auf, sich in eine »Nachdichtung« der Opferperspektive zu begeben und dabei die eigene Tätergeschichte fern zu halten. Verf. führt zwei Rezeptionshaltungen vor, die Adornos aporetischen Satz vereindeutigend auflösen. Die erste bejaht ihn unkritisch, womit sie sich selbst um Darstellungsmöglichkeiten bringt und zum Kulturpessimismus neigt; die zweite negiert ihn mit dem Verweis auf Gedichte wie die von Paul Celan und Nelly Sachs. Adorno selbst sah die »Darstellung des Undarstellbaren« bekanntlich am besten in Becketts *Endspiel* mit seinen menschlichen Stümpfen verwirklicht. Adornos Reformulierungen des Diktums in den 60er

Jahren sieht Verf. keineswegs als Zurücknahme an. Die Formulierung vom »Recht des perennierenden Leidens auf Ausdruck« (*Negative Dialektik*, 355) interpretiert er als Konzession an die früher unberücksichtigt gebliebenen Zeugnisse von Überlebenden. Verf. meint nun aber, dass die adomosche Kritik auf ihren zeitgeschichtlichen Kontext einzuschränken sei, weil sie durch die unmittelbare Zeugenschaft Adornos ein Schuldbewusstsein voraussetze, das die breite Rezeption seinerzeit erkläre, heute aber nicht mehr gegeben sei, und konstatiert die veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen seit den 60er Jahren, die neben rituellen Selbstläufern auch ernsthafte Anstrengungen um eine vielschichtig zu leistende Aufarbeitung ermöglichten. Er nimmt damit wichtige soziologische Differenzierungen in der Analyse der Vergangenheitspolitik vor, verbannt die Kritische Theorie Adornos aber gleichzeitig ins vermeintliche Dunkel der Nachkriegsgeschichte. Triftiger ist die Argumentation, nach der die ›Amerikanisierung‹ des Holocaust die Darstellungsproblematik schlicht unterlaufen habe, indem sie den Zuschauerblick und die moralische Identifikation mit den Opfern kulturindustriell verallgemeinert habe. Verf. exemplifiziert dies am Washingtoner Holocaust Memorial Museum, *Schindlers Liste* und mit Einschränkungen auch am Verlauf der Goldhagen-Debatte. Ihn interessiert v.a. der Perspektivwechsel von der Täter- zur Zuschauergesellschaft. Eine Wiedergewinnung politischen Terrains in der Darstellungskritik soll bei dem Nachweis ansetzen, wie popularisierte Inszenierungen einem Vergessen der Vergangenheit zuarbeiten.

Am gelungensten sieht Verf. die Darstellungsproblematik in dem fünfbändigen Werk *Festung* von Rainald Goetz gelöst. Zentral ist für ihn die Aussage Filip Müllers im Frankfurter Auschwitz-Prozess. Das Zeugnis des Überlebenden ist eingebettet in den Alltag der TV-Wirklichkeit, die es als Gleiches unter Gleichem zum Verschwinden bringt, aber damit den veränderten Darstellungsformen Rechnung trage. Die Schlussthese lautet: »Nicht mehr Auschwitz ist darzustellen, sondern der gegenwärtige Umgang mit Auschwitz, die heutigen Bedürfnisse und Projektionen, die sich an das Wissen um die Vernichtungslager knüpfen. Die sinnhafte Rekontextualisierung und damit das Vergessen von Auschwitz ist unumkehrbar.« (260f) Damit gerät Verf. in den Sog akademischer Argumentationen, die er zuvor abgewehrt hatte. Das Vergessen des Holocaust erscheint ihm unvermeidlich, weil für ihn nur noch die Übermittlung von Geschichte existiert. Indem er sich derart auf die Konstruktionsleistung des Diskurses versteift, bleibt die Begründung für die Koordinatenverschiebung der Grundhaltung des bürgerlichen Selbst verhaftet, das in der Welt immer nur sich selbst wiedererkennt.

Adornos Diktum leitete ein, was James E. Young im Vorwort seines jüngsten Buches *Nach-Bilder* als den entscheidenden Wechsel im Kunstverständnis der Moderne nach dem Zweiten Weltkrieg charakterisiert, nämlich einen tiefen Zweifel am Erlösungsversprechen ihrer ästhetischen Neuerungen. Diese anti-erlöserische Grundhaltung hat in Auschwitz eine historische Substanz, die weder im Wandel vom kommunikativen Gedächtnis der Zeitgenossen zum institutionell gestützten der Nachgeborenen noch durch die Veränderung der Darstellungsmodi aufzulösen ist.

Michael Elm (Frankfurt/M)



## Verfasser/innen

V: Veröffentlichungen A: Arbeitsgebiete M: Mitgliedschaften

*Andresen, Sünne*, 1958; Dr. phil., Soziologin, wiss. Mitarbeiterin an der Univ. Potsdam, Professur für Frauenforschung. V: *Der Preis der Anerkennung. Frauenforscherinnen im Konkurrenzfeld Hochschule* (2001)

*Barfuss, Thomas*, 1961; Dr. phil. V: *Konformität und bizarres Bewusstsein. Zur Verallgemeinerung und Veraltung von Lebensweisen in der Kultur des 20. Jahrhunderts* (2002). A: Kulturwissenschaft, Transformation von Arbeits- und Lebensweisen

*Bauer, Michael*, 1959; Dipl.-Pädagoge, IT-Professional, A: Didaktik der Weiterbildung, E-Learning

*Blömeke, Sigrid*, 1965; Dr. phil. habil., Prof. für Systematische Didaktik und Unterrichtsforschung an der Humboldt-Univ. Berlin. V: »... auf der Suche nach festem Boden«. *Lehreraus- bildung 1945/46 – Professionalisierung versus Bildungsbegrenzung* (1999); *Medienpädagogische Kompetenz* (2000); *Universität und Lehrerbildung* (2002). A: Empirische Schul- und Unterrichtsforschung, Lehren und Lernen mit neuen Medien, Reform der Lehrerbildung

*Brand, Ulrich*, 1967; Dr. phil., wiss. Assistent am FB Gesellschaftswissenschaften der Univ. Kassel. V: *Global Governance. Alternative zur neoliberalen Globalisierung?* (Mitverf., 2000); *Mythen globaler Umweltpolitik. »Rio plus 10« und die Sackgassen nachhaltiger Entwicklung* (Mithg., 2002); *Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes* (Mithg., 2003). M: Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft im Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen

*Braun, Volker*, 1939; Schriftsteller. V: *Es genügt nicht die Wahrheit* (1976); *Unvollendete Geschichte* (1977); *Training des aufrechten Gangs* (1980); *Hinze-Kunze-Roman* (1985); *Verheerende Folgen mangelnden Anscheins innerbetrieblicher Demokratie* (1988); *Das Nichtgelebte* (1995); *Der Wendehals* (1995)

*Brie, Michael*; Prof. Dr. V: *Die PDS im Parteiensystem* (Mitverf., 2000); *Die PDS – Strategienbildung im Spannungsfeld von gesellschaftlichen Konfliktlinien und politischer Identität* (2000)

*Brütt, Christian*, 1970; Dipl.-Pol., Promovend an der Freien Univ. Berlin, FB Sozialwissenschaften, Stipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung. A: Sozialstaatstheorie, Arbeitsmarktpolitik

*Dölling, Irene*, 1942; Prof. Dr. für Soziologie und Frauenforschung an der Univ. Potsdam. V: *Unsere Haut. Tagebücher von Frauen aus dem Herbst 1990* (1992); *Ein alltägliches Spiel. Geschlechterkonstruktion in der sozialen Praxis* (1996)

*Elm, Michael*, 1967; M.A., Soziologe, Doktorand in Pädagogik. A: Holocaust und Film, Kritische Theorie

*Faulstich, Peter*, 1946; Prof. Dr. für Erwachsenenbildung an der Univ. Hamburg. V: *Weiterbildung. Begründungen lebensentfaltender Bildung* (2003)

*Fülberth, Georg*, 1939; Dr. phil., Prof. für Politikwissenschaft an der Univ. Marburg. V: *Berlin-Bonn-Berlin. Deutsche Geschichte seit 1945* (1999). A: Arbeitet zusammen mit Jürgen Scheele und Malcolm Sylverfs an Band III/29 der Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA). M: DKP, GEW, BdWi

Gill, Stephen; Prof. für Politikwissenschaft an der Univ. York (Kanada). V: *Globalization, Democratization and Multilateralism* (1997), *Innovation and Transformation in International Studies* (1997); *Power and Resistance in the New World Order* (2002). A: Transnationaler historischer Materialismus, Internationale politische Ökonomie, Neogramscianismus.

Hailer, Martin, 1965; Dr. theol., Wiss. Assistent an der Univ. Bayreuth. V: *Theologische Samenkörner. Dem Lehrer Dietrich Ritschl zum 65. Geburtstag* (Mithg., 1994); *Theologie als Weisheit. Sapientiale Konzeptionen in der Fundamentaltheologie des 20. Jahrhunderts* (1997); *Figur und Thema der Weisheit in feministischen Theologien. Ein kommentierender Forschungsbericht* (2001). A: Theorie der Rationalität, religiöse Gegenwartskultur

Haug, Frigga, 1937; Dr. phil. habil., Prof. für Soziologie. V: *Frauenpolitiken* (1996); *Lustmolche und Köderfrauen* (Mithg., 1997); *Vorlesungen zur Einführung in die Erinnerungsarbeit* (1999). A: Arbeit, Frauen, Methode, Lernen. M: Berliner Institut für kritische Theorie (InkriT), BdWi, Wissenschaftlicher Beirat von attac

Haug, Wolfgang Fritz, 1936; Dr. phil. habil., Prof. für Philosophie. V: *Elemente einer Theorie des Ideologischen* (1993); *Philosophieren mit Brecht und Gramsci* (1996); *Politisch richtig oder Richtig politisch – Linke Politik im transnationalen High-Tech Kapitalismus* (1999); *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus* (Hg., 1994ff); *Dreizehn Versuche, marxistisches Denken zu erneuern* (2001). M: Leibniz-Sozietät, Berliner Institut für kritische Theorie (InkriT), BdWi, Wissenschaftlicher Beirat von attac

Hirsch, Joachim, 1938; Dr. phil., Prof. an der Univ. Frankfurt/M. V: *Kapitalismus ohne Alternative?* (1990); *Der nationale Wettbewerbsstaat* (1995); *Vom Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat* (1998)

Jehle, Peter, 1954; Dr. phil., Lehrer. V: *Werner Krauss und die Romanistik im NS-Staat* (1996); *Gramsci, Gefängnishefte Bd. 9* (Mithg., 1999)

Kimmerle, Christoph, 1970; Dipl.-Psychologe, wiss. Mitarbeiter an der Univ. Potsdam, Professur für Frauen- und Geschlechterforschung

Labica, Georges, 1930; Prof. emeritus für Philosophie, Ehrendirektor des Center of economical, political and social philosophy des CNRS. V: *L'Empire en guerre, Le monde après le 11 septembre ...* (2001); *V. I. Lénine, L'impérialisme, stade suprême du capitalisme* (Hg. u. Mitverf., 2001); *Karl Marx, L'expropriation originelle* (2001). A: Politische Philosophie, Geschichte der marxistischen Theorie. M: Bureau de Résistance Démocratique Internationale, Président des Comité ce vigilance pour une paix réelle au Proche-Orient, Appel franco-arabe

Lindner, Kolja, 1980; Student der Politikwissenschaft an der FU Berlin. A: Politische Theorie

Maul, Thomas, 1975; Studium der Philosophie und Theaterwissenschaften an der Freien Univ. Berlin. A: Marxistische Philosophie, Psychoanalyse, feministische Theorie

Moebius, Stephan, 1973; Dr. phil., Lehrbeauftragter im Studiengang Soziologie an der Univ. Bremen, DFG-Stipendiat. V: *Postmoderne Ethik und Sozialität* (2001); *Simmel lesen* (2002); *Die soziale Konstituierung des Anderen. Grundrisse einer poststrukturalistischen Sozialwissenschaft nach Lévinas und Derrida* (2003). A: Kultur- und Wissenssoziologie, Poststrukturalismus, Anthropologie, feministische Theorie. M: Deutsche Gesellschaft für Soziologie, BdWi, Rosa-Luxemburg-Initiative Bremen

Müller, Cathren, 1970; M.A., Soziologin. A: Geschlechterforschung, Soziologische Theorie. M: Sektion Frauen- und Geschlechterforschung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie

Müller, Stefan, 1966; Dipl.-Politologe, wiss. Mitarbeiter an der Freien Univ. Berlin, FB Politikwissenschaften. A: Industrielle Beziehungen, gewerkschaftliche Bildungsarbeit

Pühl, Katharina, 1965; M.A. Philosophie, wiss. Mitarbeiterin an der Univ. Kassel, FB Gesellschaftswissenschaften, Frauen- und Geschlechterforschung. V: *Donna Haraway: Die Neuerfindung der Natur* (Mithg., 1995); *Gewalt und Geschlecht. Konstruktionen, Positionen, Praxen* (Mithg., 2003). A: Feministische Theorie und Gesellschaftskritik, Geschlechterverhältnisse in Gegenwartsgesellschaften. M: Sektion Frauenforschung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie.

Rehmann, Jan, 1953; Dr. phil., unterrichtet Gesellschaftstheorien und Sprachen am Union Theological Seminary in New York. V: *Theorien über Ideologie* (Mitverf., 1980); *Die Kirchen im NS-Staat* (1986); *Max Weber: Modernisierung als passive Revolution* (1998). A: Ideologietheorie, christlich-marxistischer Dialog, Nietzsche und die Postmoderne

Reitz, Tilman, 1974; M.A., wiss. Mitarbeiter am philosophischen Institut der Univ. Jena. V: »Lorianismus, Kulturindustrie und Postmoderne« (1998, in *Argument* 225); »Der Fortschritt ist von Beginn an in der Katastrophe fundiert« (1999, in *Argument* 230); *Kritisierte Gesellschaft. Gabi Althaus zum 61. Geburtstag* (Mithg. und Autor, 1999). A: Geschichtliche Gesellschaftstheorie, Ästhetik

Rienäcker, Gerd, 1939; Prof. für Theorie und Geschichte des Musiktheaters an der Humboldt-Univ. Berlin. V: *Richard Wagner: Nachdenken über sein »Gewebe«* (2001); *Zu einigen Aspekten der Struktur und Funktion des Singens im Musiktheater* (Mitverf.); *Der Zeitgenosse auf der Musikbühne* (1977). A: Geschichte der Oper (Oper des 19. und frühen 20. Jahrhunderts, Richard Wagner), Aspekte der *Musica teatralis*, Wort-Ton-Verhältnis in den Kantaten und Passionen von J.S.Bach

Sawyer, Keith R., 1960; Ph.D., Prof. für Pädagogik an der Univ. St. Louis. V: *Improvised dialogues: Emergence and creativity in conversation* (2003), *Creating conversations: Improvisation in everyday discourse* (2001). A: Gruppensoziologie und Kreativität

Schmidt, Werner, 1944; Dr. phil., Historiker an Södertörns högskola, Stockholm. V: *Antikommunism och kommunism under det korta nittonhundratalet* (2002). A: Kommunismusforschung, Geschichtstheorie

Schwarz, Thomas, 1962; DAAD-Lektor an der Keimyung University in Daegu, Südkorea. A: Exotismus. M: Vorstandsmitglied der Lektorenvereinigung Korea

Wietschorke, Jens, 1978; Student der Europäischen Ethnologie, Philosophie und Neueren Deutschen Literatur an der Humboldt-Univ. Berlin. A: Kulturtheorie, Stadtgeschichte, Nation, Ethnizität

199

*World Heritage – Die Welt beerben?*

D.Hoffmann-Axthelm: Die Welt beerben. Möglichkeiten und Unmöglichkeiten eines Weltkulturerbes

R.Bernecker: Anmerkungen zu dreißig Jahren UNESCO-Welterbekonvention

M.-T.Albert: Globalisierung und kulturelle Entwicklung. Das kulturelle Erbe der Menschheit und seine zeitgemäße Interpretation

J.Oexle: Kulturpolitik in den Neuen Bundesländern. Ein Blick zurück auf die alte Bundesrepublik

W.Prigge: Weltkulturerbe zwischen nationalen Gedächtnissen und kosmopolitischen Erinnerungen

L.Schmidt: Die Berliner Mauer. Grenze, Fragment, Leere, Erinnerung

T.Reitz: Vom Nutzen und Nachteil des Sehens für die Politik. Systematische Bemerkung zur Documenta 11

U.Tietz: Musik und Tanz als symbolische Formen. Nietzsches ästhetische Intersubjektivität des Performativen

33. Jg. 2003

Hg.: Ästhetik & Kommunikation e.V./Potsdam Kolleg für Kultur und Wirtschaft Berlin. – Redaktion: R.Althammer, H.Berking, I.Bindseil, H.Boehncke, C.Dormagen, T.Fichter, E.Haebler, D.Hauser, D.Hoffmann-Axthelm, E.Knödler-Bunte, V.Hammann, K.Hickethier, G.Kayser, H.Schwengel, W.Siebel, D.Spreen (geschäftsf.), G.Treusch-Dieter. – Erscheint viermal jährlich, Einzelheft 11 €, Jahresabo 39 € incl. Versand. – Redaktion und Verlag: Ästhetik & Kommunikation e.V., Wallstraße 60, 10179 Berlin

20

*Außenlager von Ravensbrück*

E.Schwarz, S.Steppan: Die Außenlager Königsberg/Neumark, Zichow und Mildenberg des Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück

K.Pätzold: Ausgewählte neuere Literatur zur Geschichte von Judenverfolgung und Judenmord. Anzeige und Kommentar

19

*Nazivbrechen von DDR-Gerichten. Eine Edition*

G.Wieland: Die Amsterdamer Edition »Ostdeutsche Justiz und NS-Verbrechen«

M.Moll: »Ich bekomme 200 Gulden und du die Kugel.« Denunziation in der österreichischen Provinz zu Beginn des ersten Weltkrieges

Dokumente: 60 Jahre »Generalplan Ost« an der Humboldt-Universität

18

*»Reichsgau Wartheland« 1939-1945. Vom »Exerzierplatz« zum »Mustergau des Nationalsozialismus«?*

B.Rosenkötter: »Deutschmachung auf wirtschaftlichem Gebiet.« Zur Tätigkeit der »Haupttreuhandstelle Ost« in den annektierten polnischen Gebieten 1939-1945

W.Röhr: »Reichsgau Wartheland.« Vom »Exerzierplatz des praktischen Nationalsozialismus« zum »Mustergau«?

Herausgeber: W.Röhr. – Redaktion: B.Berlekamp. – Redaktionsadresse: PF 870351, 13162 Berlin, Tel./Fax 030-4275144, E-mail: edition-organon@t-online.de. – Erscheint halbjährlich, Umfang: 125-150 S. – Preise: Einzelheft im Direktabo 7 €, im Buchhandel 10 €. – Vertrieb: Argument-Versand Klaus Gramlich, Reichenberger Str. 150, 10999 Berlin, Tel. 030-6113983, Fax 030-6114270, E-mail: versand@argument.de

129

*Arbeit und Arbeitsmärkte*

H.Herr: Arbeitsmarktreflexionen und Beschäftigung. Über die ökonomietheoretischen Grundlagen der Vorschläge der Hartz-Kommission

M.Wendl: Jenseits des »Tarifgitters«. Krise und Erosion des Flächentarifvertrages in Deutschland

B.Grell, J.Sambale, V.Eick: Workfare zwischen Arbeitsmarkt- und Lebensstilregulierung. Beschäftigungsorientierte Sozialpolitik im deutsch-amerikanischen Vergleich

C.Gather: »Aus meiner Familie weiß niemand, dass ich putzen gehe.« Informelle Erwerbsarbeit in Privathaushalten

C.Engemann: »Big Brother« ein Arbeitshaus im 21. Jahrhundert. Zur Aktualität des panoptischen Modells

T.Lemke: Biopolitik im Empire. Die Immanenz des Kapitalismus bei Michael Hardt und Antonio Negri

C.Görg, U.Brand: Konflikte um das »grüne Gold der Gene«. Access, geistiges Eigentum und Fragen der Demokratie

32. Jg. 2003

Herausgeber: Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V. – Redaktion: E.Altvaier, M.Heinrich, H.Herr, B.Mahnkopf, K.Müller, S.Nuss, P.Schaper-Rinkel, D.Schmidt – Erscheint vierteljährlich. Einzelheft 10,20 €, Jahresabo 8,20 € zzgl. Porto. – Redaktionsanschrift: Postfach 100529, 10565 Berlin. – Verlag Westfälisches Dampfboot, Dorotheenstraße 26a, 48145 Münster

2 / 2003

*Nach Porto Alegre*

F.Bertinotti: Die Lektion der sozialen Bewegungen

Redaktion Sozialismus: Bewegung & Politik

*Die Lage im Land*

H.-G.Lorenz: Berlin – Ein Fall von fiskalpolitischer Fahrerflucht

J.Bischoff: Realitätsflucht – Zur Programmdiskussion der PDS

J.Finkenberger: »Deutsches Kolleg«: Nationalisten befähigen, öffentlich das Wort zu ergreifen – Die Rechte vor und nach dem NPD-Verbot

J.Bischoff: Was tun gegen Stagnation und Deflation?

*Forum Gewerkschaften*

M.Wendl: Balanceakt – Der Kompromiss im öffentlichen Dienst

R.Detje: Verbetrieblichung und Vermarktlichung – Wandel der Leistungsentlohnung

E.Wehner: Jenseits der Grenzen des Arbeitskampfrechts

M.Wendl: DGB – Plädoyer für die Deflation?

H.-J.Urban: Das neue europäische Sozialmodell und die Linke in Europa

*Supplement*

S.Gindin, L.Panitch, Monthly Review-Redaktion, J.Bischoff, R.Detje: Krise der US-Ökonomie. Kontroversen der Linken

30. Jg. 2003

Herausgeber: T.Bergmann, H.Bierbaum, J.Bischoff, K.Bullán, H.Conert, F.Deppe, O.König, S.Stamm, M.Wendl, A.Zieher u. Sost e.V. – Redaktion: J.Bischoff, R.Detje, C.Lieber, B.Müller, B.Sander – Erscheint 11mal jährlich. Einzelheft 6,20 €, Jahresabo 62 € zzgl. Porto, ermäß. 44 € – Redaktionsanschrift: Postfach 106127, 20042 Hamburg. – St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg – www.sozialismus.de

1/2003

*Identität und Politik*

M.Vester: Schieflagen sozialer Gerechtigkeit

U.Eith: Zwischen Tradition, Modernisierung  
und Hoffnung

C.Schicha: Mediendiskurse und Politik

M.Kludt: (Kinder-)Armut und Generationen-Debatten

R.Rünker: alltägliche Lebensführung und  
Politik

*Theorie & Strategie*

H.J.Bontrup: Mitbestimmung – eine polit-  
ökonomische Begründung

M.Band, F.Werner: Unternehmensgeschichte  
und die Probleme von heute

G.Caglar: Migration und »Kultur«

H.Scheer: Die Wirtschaftsfelder der Zukunft

147

*Programmdiskussion der PDS*

D.Klein: Demokratischer Sozialismus – ein  
transformatorisches Projekt

*Finanzen & Politik*

L.Brangsch: Legitimität und Notwendigkeit  
einer demokratisierten Haushaltspolitik

*Kunst & Politik*

J.Meier: Durch jedes Kunstwerk schimmert  
Weltanschauung

R.Behrens: Der Surrealismus im letzten  
Jahrhundert – Kunst, Politik und Erotik einer  
bürgerlichen Revolte

*Standorte*

W.F.Haug: 1. Volxuni des »social forum«  
Tübingen/Reutlingen

H.Lange: SED und SPD im Dialog

148

J.Bischoff: Hat der Linkssozialismus eine  
Zukunft?

*Wirtschaft & Politik*

F.J.Radermacher: Ökoeffizienz – Ein »Balanced  
Way« als Zukunftsentwurf

K.Steinitz: Wirtschaftswachstum ist unver-  
zichtbar?

*Gesellschaft: Arbeitszeit & Freizeit*

M.Steinbrücke, K.Jürgens: Utopien in Arbeit  
und Familie

U.Schröter, R.Ullrich: Wer putzte in der DDR  
das Klo?

*Alternative Wirtschaftstheorie*

K.Müller: Kritik des neoklassischen Lohn-  
und Beschäftigungsmodells

Hg.: H. Albrecht, E. Bulmahn, K. Benz-Overhage, K. Fuchs,  
C. Hannewinckel, U. Kremer, D. v. Larcher, S. Möbbeck,  
P. v. Oertzen, H. Peter, S. Skarpelis-Sperk, T. Westphal.  
– Redaktion: U. Biermann, S. Gerszewski, B. König, D. Meyer,  
R. Rünker, R. Schauff, C. Walther, F. Wilhelmy. – Erscheint mit  
sechs Heften im Jahr. Jahresabo 34 €, mit Bankeinzug 32 €,  
im Ausland 37 €. Einzelheft 5,50 €. – Redaktion und Verlag:  
Westfälische Str. 173, 44309 Dortmund

Herausgeber: Förderverein Konkrete Utopien e.V. unter Vorsitz  
von G. Kohlmeier und H. Steiner. – Redaktion: Wolfram Adolph,  
Arndt Hopfmann, Marion Kunze, Ulla Plener, Arnold Schölzel,  
Jörn Schüttrumpf. – Einzelheft 6 €; Jahresabo im Inland  
57 € incl. Versand, im Ausland 75 €. – Redaktionsadresse:  
Weydingerstraße 14-16, 10718 Berlin

## Summaries

### **Wolfgang Fritz Haug: Domination Without Hegemony?**

Based on Gramsci's theory of hegemony and his distinction between domination and leadership, Haug examines the meaning and the possible consequences of the worldwide rejection of the Bush administration's politics of war. Unilateralism replaces leadership with supremacy and can be described as hegemonism as opposed to hegemony. The conditions of dys-hegemony are fulfilled on the military-political level, where a negative unity about what to reject is sufficient. A counter-hegemony, however, requires a constructive unity concerning the hoped-for »different world« as outlined by the »movement of movements« in Porto Alegre. The opinions already diverge when it comes to an explanation of the motives of current U.S. politics.

### **Stephen Gill: Supremacy and Surveillance Power in Global Capitalism**

The current modes of regulation of »disciplinary neo-liberalism« can no longer be characterized by *hegemony* in the sense of inclusion and consent in relations between ruling and subaltern forces; they are rather characterized by *supremacy*. This concept refers to a non-hegemonic form of rule relying upon depoliticization and fragmentation of opposition forces, as well as on coercion and incarceration. Within this context, Gill investigates the importance of »panoptic« surveillance in the private sector (business panopticism) as well as in state apparatuses. Current panopticism is a means to coercively contain the contradictions between capital accumulation and social reproduction. Where it fails, strategies of incarceration and punishment are increasingly used.

### **Joachim Hirsch: Power and Anti-Power. A Comment on John Holloway's book *Changing the World Without Taking Power: The Meaning of Revolution Today***

Holloway's book rightly demonstrates the fetishized nature of the state and the futility of any vanguard strategy of seizing state power. In order to conceptualize a liberationist strategy of »anti-power«, he invokes an existentialist »cry« as a genuine mode of resistance and as the starting point of critical reflection. Yet, with this approach, he falls back to an essentialist concept of subjectivity. His critique of the state misses its contradictory character, and his concept of liberation appeals to vague notions like »love«, »community«, »solidarity«. This leads to an idealistic discourse of hope that is not founded in a clear analysis.

### **Georges Labica: Violence of the Ruling, Violence of the Ruled**

Looking at various features of the discourse on violence, Labica points out the difficulties in distinguishing terrorism from armed resistance to the oppressor. The current discursive constructions of terrorism as articulated by the US aim at preventing any assertion of national independence. They try to maintain imperialist domination by a single superpower and to veil its own monopoly of the exercise of terror.

### **R. Keith Sawyer: An Archeology of the Term »Discourse«**

The broad usage of the term »discourse« is generally attributed to Foucault. In some ways, however, it stands in contrast to his own limited technical usage, especially in the *Archeology of Knowledge*. The concept did not originate with Foucault, but rather with French Marxists like Paul Henry and Michel Pêcheux whose approach

was situated in the framework of Althusser's theory of ideology. *Cultural Studies* »forgot« its Marxist origins and incorrectly transferred it to the competing Foucauldian framework. Sawyer's historical archeology demonstrates the way the concepts of »ideology« and »culture« were replaced by an indistinct term like „discourse“, and unveils the ideological needs that made this »success story« possible.

### **Jan Rehmann: From Prison to the Modern Soul. Foucault's *Discipline & Punish* reconsidered**

Foucault's concept of disciplinary power is generally said to have overcome a Marxist »reductionism« in the domains of punishment in modern society. But a careful comparison with Rusche/Kirchheimer's study *Punishment and Social Structure* reveals that it is Foucault himself who falls back into a reductionist approach: whereas Rusche/Kirchheimer carefully distinguish different periods and functions of prisons, Foucault reduces them to a single pattern that is assumed to spread throughout society without any hindrance. His critique is exclusively focused on the relatively progressive models of rehabilitation and neglects the aspects of deterrence, retribution, and exploitation that have become predominant in the neoliberal »Prison Industrial Complex«.

### **Tilman Reitz: The Care for Oneself and for No One Else. Foucault as a Proponent of Neo-Liberal Fragmentation**

Taking issue with Nancy Fraser's recent claim that Foucault's writings essentially belong to the Fordist era and thus have become »historical« today, this essay investigates the reasons for his ongoing success. Foucault remains up-to-date because he has contributed to the buildup of a neo-liberal constellation from a leftist position: His opposition to the disciplinary apparatuses of normalization combines with a political and methodological belief in fragmentation which finally leads to a mere affirmation of individual difference and particularistic identity.

### **Cathren Müller: On the Question of »Governmentality«**

Building on Foucault's reflections on technologies of the self, Governmentality Studies seek to explore the subjectivities produced by neo-liberalism. Proponents of this approach claim to replace »ideology-critique« with more differentiated methods of »genealogy« and »discourse analysis«. Their analyses, however, tend to reduce social theory to a descriptive reproduction of neo-liberal ideologies. Müller's essay shows how the methodology dissociates programmatic patterns like the »enterprising self« and its »self-government« from the social conditions and contradictions in which they are at work. Thereby, the aspects of constraint and domination within neo-liberalism are rendered invisible.

### **Werner Schmidt: On C. H. Hermanssons's attempt to make a communist party jump over its historical shadow**

Hermansson's lasting historical achievement as Chairman of the Swedish Communist Party (1964-1975) is that he led the party out of its subordination to the CPSU. He transformed it into a party of Western Marxism and enlarged its sphere of influence to encompass new social movements. Schmidt's political biography shows the difficulties of implementing these transformations, in particular those arising from the attempt to rid the party of a »Soviet rucksack« (Hermansson) that was at the same time a vital part of the party's identity.